

Wegweiser zur Geschichte



Ukraine und Ostmitteleuropa

ZMSBw

BRILL | Ferdinand Schöningh

Anregungen und Nachfragen richten Sie bitte an:

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr (ZMSBw)

Projektbereich Einsatzunterstützung

Zeppelinstraße 127/128

14471 Potsdam

Telefon (0331) 9714 0

BwKz (90) 8529 88

E-Mail zmsbweinsatzunterstuetzung@bundeswehr.org

www.zms.bundeswehr.de (auch im Intranet Bw)

Ukraine und Ostmitteleuropa

Wegweiser zur Geschichte

Begründet vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Herausgegeben vom
Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

**Wegweiser zur Geschichte
Ukraine und Ostmitteleuropa**

Im Auftrag des
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
herausgegeben von

Martin Rink, Clemens Haug und
Helmut R. Hammerich

BRILL | Ferdinand Schöningh

Umschlagabbildung:

Ein Kind wirft einen Erwachsenen beim Judo zu Boden. Das Bild knüpft an das biblische Motiv von David und Goliath an. Schablonengraffiti, das dem britischen Streetart-Künstler Banksy zugeschrieben wird, Borodjanka, Oblast Kyjiw, 23. Dezember 2022.

(Imago/ZUMA Wire).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

© 2023 Brill Schöningh, Wollmarktstraße 115, D-33098 Paderborn, ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill NV, Leiden; Brill USA Inc., Boston, MA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn; Brill Österreich GmbH, Wien)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, V&R unipress und Wageningen Academic.

Redaktion und Projektkoordination:

ZMSBw, Fachbereich Publikationen (0959-01)

Koordination, Lektorat: Michael Thomae; Bildrechte: Esther Geiger, Michael Thomae; Satz und Layout: Martina Reuter, Antje Lorenz; Grafiken: Daniela Heinicke, Yvonn Mechtel, Frank Schemmerling

DSK SF004520008

Druck und Bindung: Druckerei Weidner GmbH, Rostock

Printed in Germany

ISBN 978-3-506-79153-5 (paperback)

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	11
Mitteleuropa, Osteuropa, Ostmitteleuropa: Im Osten Europas, der westlichen Halbinsel Eurasiens <i>Helmut R. Hammerich, Clemens Haug, Martin Rink</i>	16
I. Historische Entwicklungen	
Der nördliche Schwarzmeerraum in der Antike <i>Eike Faber</i>	28
Ostmitteleuropa im Mittelalter <i>Christian Lübke</i>	38
An der Schnittstelle der Imperien. Ostmitteleuropa und das »Wilde Feld« in der Frühen Neuzeit <i>Martin Rink</i>	50
Imperien und Nationalbewegungen. Ostmitteleuropa vom Wiener Kongress bis zum Ende des Ersten Weltkriegs <i>Stephan Lehnstaedt, Peter Lieb</i>	70
Die Erbmasse der alten Imperien. Ostmitteleuropa im Zeitalter der Weltkriege <i>Christian Hartmann</i>	84
Die sowjetische Nationalitätenpolitik in der Ukraine 1917–1991 <i>Cornelia Schenke</i>	98
Die unabhängige Ukraine nach 1991 <i>Rudolf A. Mark</i>	116
Vom hybriden Krieg zum Großangriff. Der Ukrainekrieg seit 2014 <i>Agilolf Kesselring</i>	130

II. Konflikte und Wahrnehmungen

Die europäische Friedensordnung von 1990 und ihr Niedergang <i>Tim Geiger</i>	142
Stabile Instabilität. Russlands Ansprüche in Ostmittel- europa in den 1990er Jahren <i>Martin Reese</i>	158
Russlands Militärpolitik im postsowjetischen Raum <i>Florian Seiller</i>	168
Die NATO und ihr Verhältnis zur Ukraine <i>Dieter H. Kollmer</i>	180
Gaspipelines in Ostmitteleuropa. Die Rolle russischer Rohstoffexporte <i>Clemens Haug</i>	192
Völkermord, Kriegsverbrechen, Angriffskrieg. Politische Deutung und juristische Aufarbeitung des russischen Kriegs gegen die Ukraine durch das Völkerrecht <i>Henning de Vries</i>	202
Religion und Kirche in Ostmitteleuropa <i>Andriy Mykhaleyko</i>	212
Die weibliche Seite der Geschichte. Frauen zwischen Macht und Krieg <i>Helene Heldt, Lilith Reuter, Martin Rink</i>	222
Der Ukrainekrieg in den Medien <i>Helene Heldt</i>	234
Jekaterinoslaw – Dnjepropetrowsk – Dnipro. Ein Städteportrait <i>Andrii Portnov</i>	242

III. Die NATO-Ostflanke

Die nukleare Abschreckung und Osteuropa <i>Severin Pleyer</i>	250
Das Deutsche Heer an der NATO-Ostflanke <i>Helmut R. Hammerich</i>	258
Die NATO-Raketenabwehr in Europa <i>Friederike Hartung</i>	268
Die Deutsche Marine an der Ostflanke der NATO <i>Christian Jentzsch</i>	282
Die Übungsserie Rapid Trident in der Ukraine <i>Jörn Oliver Rist</i>	290
Zäsur oder Kontinuitäten? Ukrainekrieg und »Zeitenwende«. Ein Kommentar <i>Sönke Neitzel</i>	298

Anhang

Länderinformationen	306
Geschichte im Überblick	310
Literatur, Film und neue Medien	338
Konkordanz der Toponyme	352
Personenregister	354
Autorinnen und Autoren	358

Karten und Übersichten

Historische Regionen der Ukraine	21
Die Kiewer Rus	43
Großfürstentum Litauen 13.–15. Jh.	53
Polen-Litauen (Rzeczpospolita) um 1618	54
Bevölkerung/Sprachen um 1875	68/69
Die politische Gliederung Osteuropas 1919/20	82
Die »Einkreisung« Sowjetrusslands 1918/19	89
Kriegsgebiet Ukraine, 1.12.2022	140/141
Die Osterweiterung der NATO ab 1990	147
Gaspipelines in Europa	199
Missile Defense System	276
Länderinformationen I (LIT, LET, EST, RUS, DEU)	306/307
Länderinformationen II (UKR, RUM, MDA, SVK, POL)	308/309

Vorwort

Seit dem 24. Februar 2022 ist unser Blick auf die Ukraine gerichtet. Der russische Angriffskrieg gegen das erklärte Brudervolk markiert eine »Zeitenwende«. Nach einer kurzen Phase der vorsichtigen Annäherung zielte die russische Außenpolitik immer rücksichtsloser auf die Wiederherstellung einer Großmachtstellung und einer politischen Einflusszone in Ost- und Ostmitteleuropa. Seit den 1990er Jahren drängten daher die unmittelbaren Nachbarstaaten Russlands in die Europäische Union und in die NATO. Andere Staaten überdachten ihre Neutralitätspolitik.

Aufmerksamkeit erlangten einige Staaten Ost- und Ostmitteleuropas wie Georgien und die Ukraine 2003 und 2004 durch die sogenannten Farbenrevolutionen, die Ukraine um die Jahreswende 2013/14 erneut durch den Euromajdan. Spätestens mit der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 rückten das Land und die Region in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Seit Beginn der Kämpfe im ostukrainischen Donezbecken im Frühjahr 2014 herrschte dort ein Kriegszustand, der auch als »hybrid« beschrieben wurde. Der Großangriff vom 24. Februar 2022 lässt nunmehr keinen Zweifel daran, dass es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handelt.

Der Westen zeigte sich mit Beginn des russischen Vormarsches auf Kyjiw im Februar 2022 geschlossen. Starke Wirtschaftsanktionen und zahlreiche Waffenlieferungen, darunter auch Flugabwehrsysteme, gepanzerte Fahrzeuge und schwere Artillerie aus deutscher Produktion, verdeutlichen den Willen der Europäer und der Amerikaner, die Ukraine im Kampf um ihre Unabhängigkeit zu unterstützen und ihre NATO-Ostflanke zu verteidigen. Die Bündnispartner mit direkter Grenze zu Russland, zur Ukraine und zur Schwarzmeerregion zu stärken, ist derzeit Schwerpunkt der Allianzpolitik. Die Landes- und Bündnisverteidigung steht somit wieder im Vordergrund. Sie wird künftig auch die militärische Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Bundeswehr prägen.

Der »Wegweiser zur Geschichte: Ukraine und Ostmitteleuropa« gibt einen Überblick über die historischen Entwicklungen sowie ausgewählte Einblicke in die politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen dieser Krisenregion. Dieser Band korrigiert einige geschichtspolitische Erzählmuster, die von Russland als Kriegsgrund herangezogen werden, ihren Widerhall aber auch in der westlichen und speziell der deutschen Wahrnehmung gefunden haben.

Mit der Reihe »Wegweiser zur Geschichte« bietet das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) seit 2005 komprimierte Informationen über Einsatz- und Krisengebiete im handlichen Format. Für die Angehörigen der Bundeswehr stellen die Bände wichtige Hintergrundinformationen über das Geschehen in Kriegs- und Krisengebieten bereit, in diesem speziellen Fall auch für jene benachbarten Regionen, die vom Ukrainekrieg indirekt betroffen sind und in denen unsere Soldatinnen und Soldaten ihren einsatzgleichen Verpflichtungen nachkommen. Mit dem jetzt vorliegenden 20. Band ist die Buchreihe mittlerweile die auflagenstärkste des ZMSBw.

Mein Dank gilt den Herausgebern, Martin Rink, Clemens Haug und Helmut R. Hammerich, sowie den Autorinnen und Autoren, die bereit waren, ihre Beiträge in nur kurzer Zeit – oft auch zulasten anderer Projekte – zu verfassen, und somit zum Gelingen des Bandes beigetragen haben. Ich wünsche diesem Wegweiser zur Geschichte eine zahlreiche Leserschaft.

Dr. Sven Lange
Oberst und Kommandeur des
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Einleitung

Am 24. Februar 2022 begann mit dem russischen Angriff auf die Ukraine der erste Krieg zwischen zwei souveränen Staaten in Europa nach 1945. Ein gewaltsamer Konflikt war allerdings bereits acht Jahre zuvor ausgebrochen: Ende Februar 2014 wurde die Halbinsel Krim von prorussischen bewaffneten Kräften besetzt, am 18. März völkerrechtswidrig die Angliederung an die Russländische Föderation proklamiert. Ab April 2014 folgten Kämpfe in den von der Ukraine abgespaltenen »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk (ukr. Luhansk). Spätestens ab diesem Zeitpunkt herrschte Krieg. Bis Anfang 2022 dürfte er bereits über 13 000 Todesopfer gefordert haben. Eine nochmals deutlich größere Dimension besaß der russische Überfall vom Februar 2022. Im Verlauf des vorangegangenen Jahres hatten großangelegte Manöver mit mehr als 200 000 Soldaten stattgefunden. Von den Angriffsoperationen auf die ukrainische Hauptstadt Kyjiw sowie auf weite Teile im Süden und Osten des Landes waren die Öffentlichkeit und auch das politische Führungspersonal Deutschlands – wie auch Europas und des Großteils der Welt – zutiefst verstört. Krieg auf dem europäischen Kontinent – das sprengte die Vorstellungskraft der Menschen in Mittel- und Westeuropa, die über ein Dreivierteljahrhundert in einer Zone des Friedens gelebt hatten. Die Ausnahme bildeten die (Bürger-) Kriege der Teilrepubliken und Provinzen Jugoslawiens in den 1990er Jahren.

Wie viele Todesopfer der Krieg in der Ukraine seit Februar gefordert hat, ist derzeit (Januar 2023) schwer zu ermitteln. Mit Sicherheit handelt es sich um Zehntausende gefallene ukrainische und russische Soldaten und Soldatinnen. Diese sowie die über 30 000 getöteten Zivilpersonen, die schwer zu ermittelnde Zahl der gefangen gehaltenen oder verschleppten Personen sowie die jeweils rund sieben Millionen Menschen, die innerhalb der Ukraine ihren Wohnort verlassen oder ins Ausland flüchten mussten, unterstreichen das Ausmaß dieses Krieges: Es ist eine humanitäre, politische und menschliche Katastrophe.

In den ersten Tagen des Großangriffs drängte sich nicht nur in Deutschland die Erkenntnis auf, dass gerade in der Bundesrepublik die Dimension von Krieg, Sicherheitspolitik und Streitkräften von maßgeblichen Teilen ihrer Führungseliten vernachlässigt worden war (siehe den Beitrag von Sönke Neitzel). Nur drei Tage nach der russischen Invasion, am 27. Februar, sprach Bundeskanzler Olaf Scholz von einer »Zeitenwende«. Er kündigte ein umfangreiches Programm zur materiellen Modernisierung der Bundeswehr sowie zur wirtschaftlichen, humanitären und rüstungstechnischen Unterstützung der Ukraine an. Wie kontrovers auch immer diese politischen Entscheidungen im Einzelnen zu bewerten sind: Der Krieg in der Ukraine hat Auswirkungen auf die Bundeswehr, auf Deutschland, Europa und die westliche Werte- und Staatengemeinschaft. Dieser Band will dazu beitragen, diese Auswirkungen aufzuzeigen. Den unmittelbaren Anlass zu seiner Herausgabe bildet die Präsenz deutscher Soldaten an der NATO-Ostflanke.

Im Jahr 2005 erschien der erste »Wegweiser zur Geschichte: Bosnien-Herzegowina«. Mit dieser Publikation liegen nun 20 Bände der erfolgreichen Reihe vor. Ihr gemeinsames Anliegen ist es, in knapper Form Hintergrund- und Orientierungswissen über Krisenregionen zu vermitteln, in denen deutsche Streitkräfte im Einsatz sind. Hinsichtlich des Ukrainekrieges ist dies nicht der Fall. Doch befinden sich – nicht erst seit 2022 – umfangreiche deutsche Kräfte im Verbund der NATO-Partnernationen in den drei baltischen Staaten in einsatzgleichen Verpflichtungen, die seit dem russischen Überfall weiter verstärkt wurden. Hinzu treten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche, die namentlich in Rumänien, der Slowakei sowie an Bord von Schiffen und Flugzeugen eingesetzt sind, um der erheblich gestiegenen Bedrohungslage der Mitgliedsstaaten von NATO und Europäischer Gemeinschaft (EU) sowie deren Partnerländern Rechnung zu tragen.

Bereits mit dem 2018 veröffentlichten Baltikum-Wegweiser hat das ZMSBw der neuen sicherheitspolitischen Realität Rechnung getragen; der 2008 publizierte »Wegweiser zur Geschichte: Kaukasus« wurde vor dem Hintergrund der Spannungen in Georgien erarbeitet, die dann in einem kurzen Krieg zwischen russischen und georgischen Streitkräften eskalierten.

Der neue Band zur Ukraine und zu Ostmitteleuropa trägt mit den anderen beiden Wegweisern zu einem historischen, politischen und gesellschaftlichen Gesamtbild bei. Er gliedert sich thematisch in die Abschnitte »Historische Entwicklungen« sowie »Konflikte und Wahrnehmungen«. Neben dem chronologischen Abriss werden damit Aspekte von Politik, Wirtschaft, Recht, Religion, Geschlechterverhältnissen und Medien berücksichtigt. Ein dritter Abschnitt betrachtet die Bundeswehr und ihre Verbündeten an der NATO-Ostflanke. Ein chronologischer Überblick und Literaturempfehlungen im Anhang sowie Karten und Übersichten sollen es einem breiten Publikum ermöglichen, sich mit einer Materie vertraut zu machen, die lange nicht im Kern des Interesses der deutschen und auch der westlichen Öffentlichkeit gestanden hat. Dieser Wegweiser schließt eine Lücke, die nicht nur geographisch, sondern auch historiographisch das »weite Feld« zwischen den bisher behandelten Regionen abdeckt: zwischen dem Baltikum, dem Balkan und der Kaukasusregion im weiteren Sinn; zwischen der Ukraine und ihren nördlichen sowie westlichen Nachbarstaaten im engeren Sinn. Dass die Thematik von Krieg und Gewalt unterschiedliche Bewertungen zulässt, ja erzwingt, reflektiert auch dieser Band. Alle Beiträge geben die persönliche Auffassung der Autorinnen und Autoren wieder, die zumeist auf gesicherten Ergebnissen der Forschung beruhen, sich aber auch aus eigener Erfahrung speisen. Auch der Ostmitteleuropa-Wegweiser folgt dem Postulat, dass Publikationen zur Geschichte – und besonders zur Militärgeschichte – die Pluralität der Zugänge und Meinungen sowie die Offenheit des Forschungsprozesses nicht nur zu respektieren, sondern sie mit Leben zu füllen haben.

Das Bild auf dem Cover dieses Buches greift, mit Blick auf den Krieg, die ungleiche personelle wie materielle Ausgangslage der Russländischen Föderation und der Ukraine auf. Der britische Streetart-Künstler Banksy, der seine Identität nach wie vor geheim hält, nutzt mit seiner Judoszene das biblische Motiv David gegen Goliath und drückt damit eine Hoffnung aus, die sich auf unvorhersehbare Dynamiken und die Bedeutung des Willens für den Kampf berufen kann. Dass der Präsident der Russländischen Föderation, Wladimir Putin, seinerseits ein begeisterter Judoka ist, öffnet eine weitere Deutungsebene des Bildes.

Dieser Sammelband richtet sich an ein breites Publikum, weshalb wir auf die in der Osteuropaforschung übliche wissenschaftliche Transliteration bei Orts- und Personennamen verzichtet haben, genauso wie auf diakritische Zeichen und das Weichheitszeichen kyrillischer Schriften. Dass zum Teil die im Deutschen gebräuchlichen Namen verwendet werden, verbindet sich mit für Fachleute verwunderlichen, doch hoffentlich hinnehmbaren Inkonsistenzen: Vitali und Wladimir Klitschko haben im Russischen wie im Ukrainischen dieselben Initialen (ukr. Witalij und Wolodymyr Klytschko); die Fachsprache schreibt ihre Vornamen denn auch mit »V«. Dass die größte Stadt der Westukraine auf ukrainisch »Lwiw«, auf polnisch »Lwów« (sprich: Lwuw) und auf russisch »Lwow« heißt, erleichtert an manchen Stellen die Entscheidung zugunsten des deutschen Namens Lemberg. Im Fluss befindet sich dagegen die zunehmende Verbreitung ukrainischer Namen anstelle der bisher gängigen russischen Bezeichnungen. Gleichwohl firmiert die ukrainische Hauptstadt hier oftmals unter Kiew, während der Duden als Umschrift der ukrainischen Bezeichnung »Kyjiw« oder »Kyïv« erlaubt. Dieser Wegweiser verwendet zum Teil die eingeführten, auf das Russische zurückgehenden Schreibweisen; bei den Beiträgen über die Ukraine nach 1990/91 werden Ortsnamen in aller Regel auf Basis des Ukrainischen transkribiert. Mitunter stehen in einem Beitrag die Transkription aus dem Ukrainischen und dem Russischen nebeneinander, etwa im Fall von Luhansk (ukr.), wenn im weiteren Verlauf von der russisch kontrollierten »Rebellenrepublik« Lugansk die Rede ist; die Verwendung der ukrainischen Variante verbietet sich dann geradezu. Der Fluss Dnipro (ukr.) firmiert hier auch in der im Deutschen bislang gebräuchlichen Bezeichnung Dnjepr; die gleichnamige Stadt hingegen, die ihren Namen mehrfach geändert hat, wird mit dem ukrainischen Namen angesprochen (vgl. den Beitrag von Andrii Portnov). Diese Namensgebung ist kompliziert. Und sie ist umstritten, ja umkämpft – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne. So ist es auch für uns als Herausgeber ein Anliegen, dem Publikum zu vermitteln, dass Zwei- oder Mehrsprachigkeit sowohl in der Ukraine als auch in Ostmitteleuropa gelebte Praxis war und ist – und hoffentlich auch bleiben wird. Eine Konkordanz der wichtigsten Toponyme am Ende des Bandes soll dabei

helfen, sprachlich unterschiedliche geografische Bezeichnungen einander zuzuordnen; auf eine Doppel- oder Mehrfachbezeichnung – als Beispiel sei hier wiederum Lemberg (ukr. Lwiw, russ. Lwow, poln. Lwów) genannt – in den Beiträgen haben wir daher zumeist verzichtet.

Auch dieser Wegweiser ist online auf der Website des ZMSBw abrufbar (zms.bundeswehr.de) und als Print über den Buchhandel zu beziehen. Bundeswehrangehörigen stehen alle Wegweiser zur Geschichte kostenlos zur Verfügung. Sie können in größerer Anzahl von den Dienststellen über das »Regelungsportal – Druckschriften Einsatz (DSE)« (bundeswehr.org) beim Streitkräfteamt bestellt werden oder in kleineren Mengen über das ZMSBw: ZMSBwEinsatz@bundeswehr.org.

Eine Publikation wie diese kann nicht von langer Hand geplant werden. Alle Beteiligten mussten mehr oder minder unvermittelt für die Mitarbeit gewonnen werden und haben dabei zweifellos zahlreiche andere Arbeitsprojekte zurückgestellt. Die Herausgeber bedanken sich daher zuallererst bei allen Autorinnen und Autoren, die an diesem Band mitgewirkt haben. Der Dank richtet sich auch an die Kolleginnen und Kollegen im Fachbereich Publikationen des ZMSBw, die Lektorat, Layout und Satz sowie die Erstellung der Karten in gewohnt professioneller Weise übernommen haben. Ein großer Dank gilt unseren temporären Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Ohne das Engagement von Praktikantinnen und Reservedienstleistenden hätte diese Publikation nicht in so kurzer Zeit fertiggestellt werden können. Stellvertretend seien hier genannt: Johannes Aclassato, Lilith Reuter, Florian Seiller und Fabian Weigand. Darüber hinaus hat es uns nur die mehrmonatige, intensive Mitarbeit von Clemens Haug ermöglicht, diesen Band zeitgerecht fertigzustellen: Er firmiert daher als Mitherausgeber dieses Sammelbandes.

Die Geschichte Ostmitteleuropas und der Ukraine ist hierzu-lande in Teilen ein weites, unbearbeitetes Feld. Sie ist mit derjenigen Mitteleuropas nicht nur eng verflochten, sondern ihr oft auch ähnlich. Die Herausgeber hoffen, diese Geschichte einem Publikum in Bundeswehr und interessierter Öffentlichkeit näher zu bringen, um sie als Teil der eigenen, gemeinsamen Geschichte Europas zu begreifen.

Helmut R. Hammerich, Clemens Haug, Martin Rink



picture alliance/Ulstein

Eine genaue historische und geographische Definition von Großregionen wie Mittel-, Ost-, oder Ostmitteleuropa ist schwierig. Zu umstritten waren und sind die Zuordnungen: sprachlich, literarisch, politisch, ethnisch und im bewaffneten Konflikt. Wie andere Großregionen Europas und Eurasiens auch ist »Ostmitteleuropa« eine historisch gewachsene Bezeichnung; wie der Begriff inhaltlich gefüllt wird, hängt von der jeweiligen Perspektive ab.

In diesem Band steht die Ukraine im Zentrum der Betrachtung, doch ist der Blick auf die angrenzenden Regionen unerlässlich: Zu eng ist die Geschichte Polens, Litauens, Rumäniens und Moldawiens, von Belarus und Russland mit der ukrainischen Geschichte verknüpft. Daraus speisen sich geteilte Erinnerungen und Geschichtsmymthen, die – in der Vergangenheit wie in der Gegenwart – auch den Hintergrund der Gewaltgeschichte bilden. Der um 1770 in Nürnberg gedruckte und kolorierte Kupferstich von Johann Baptist Homann zeigt eine historische Karte der Ukraine und der an das Schwarze Meer grenzenden Kosakengebiete.

■ Mitteleuropa, Osteuropa, Ostmitteleuropa: Im Osten Europas, der westlichen Halbinsel Eurasiens

So wie in der Antike und in der Frühen Neuzeit der »Norden«, so ist seit dem 18. Jahrhundert auch »der Osten« und damit »Osteuropa« oft mit Vorstellungen von »Rückständigkeit« belegt worden. Diese Wahrnehmung stand im Zeitalter der Aufklärung unter dem Zeichen von Fortschrittserzählungen und zivilisatorischer Überheblichkeit. Doch nährte die Idee des »Westens«, die seit der Ausprägung des christlich-katholischen »Abendlandes« im Mittelalter gepflegt wurde, spätere Geschichtserzählungen und damit politische Vorstellungen. Im Kalten Krieg stand dann der »freie Westen« dem »Ostblock« gegenüber. Auch damit waren wertende, auf ein jeweiliges politisches Ordnungsmodell rekurrierende Ideen verbunden. Nach dem Zerfall der Sowjetunion Ende 1991 erhofften sich der Westen sowie große Teile der Bevölkerung in den östlichen Staaten, dass sich das westliche Modell durchsetzen werde. Davon zeugte Anfang 1995 die Umwandlung der 20 Jahre zuvor begonnenen blockübergreifenden Serie der *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE) zu einer multinationalen *Organisation* (OSZE).

Aber schon den Zaren und Zarrinnen sowie Teilen der Eliten des Russländischen Reiches diente »Europa« immer wieder als Modell, im 18. Jahrhundert insbesondere unter Peter I. (dem Großen) und Katharina II. (der Großen). Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts regierte Moskau mehr als bloß Russland im engeren Sinn. Dies bringt der Begriff des »Russländischen Reiches« zum Ausdruck: Sowohl in der Zarenzeit als auch in der Sowjetunion oder der Russländischen Föderation (Rossijskaja Federacija) bildet die russische Titularnation zwar den größten Bevölkerungsteil, sie ist aber nur *eine* Ethnie neben anderen. Ob die Ukraine oder gar Ostmitteleuropa zur westlichen oder zur russischen Einflussphäre gehört(e) oder gehören soll(te), war und ist strittig. Damit verknüpfen sich unterschiedliche National- und Geschichtserzählungen, die auch im Ukrainekrieg eine Rolle spielen. So eindeutig wie der russische Präsident Wladimir Putin die Ukraine für die »russische Welt« zu vereinnahmen

sucht, so klar ist die Verortung des Landes in »Europa« für dessen demokratisch gewählten Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Ukraine bedeutet »Grenzzone«. Der Name kam im Spätmittelalter auf und bezeichnete die Grenzgebiete des von Kiew aus beherrschten Reichs der Rus (siehe Infokasten S. 42). Ab dem 16. Jahrhundert wurde der Ausdruck Ukraine für die Zone am mittleren Dnjepr verwendet: Hier grenzte die polnisch-litauische Adelsrepublik an das »wilde Feld« (russ.: dikoje polje, ukr.: dikie pole). Dieses wiederum bezeichnete die eurasische Steppenzone zwischen der polnisch-litauischen Adelsrepublik, dem Osmanischen Reich mit seinem krimtatarischen Vasallenstaat und dem expandierenden Russländischen Reich. Für rund zwei Jahrhunderte befand sich hier das Wirkungsfeld der freien Kosaken, bis das Gebiet bis zur Schwarzmeerküste von den Truppen Katharinas der Großen erobert wurde. Seitdem firmierte der Süden der heutigen Ukraine unter dem Namen »Neurussland« (siehe den Beitrag von Martin Rink). Genau hierauf richtete sich im Frühjahr 2014 der Versuch prorussischer Akteure und irregulärer Kräfte: das Küstengebiet bis Odesa unter russische Kontrolle zu bringen. Und genau hier liegt im Jahr 2022 die Kontaktzone, in der russische und ukrainische Streitkräfte die heftigste militärische Auseinandersetzung auf europäischem Boden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges austragen.

Die Unabhängigkeitserklärung durch das Parlament der Ukraine am 24. August 1991 und die Loslösung von der Sowjetunion, welche die drei Regierungschefs der Russischen, Weißrussischen und Ukrainischen Sowjetrepubliken am 8. Dezember proklamierten, leitete das Ende der Sowjetunion ein. Dem folgte die Neuvermessung der politischen, wirtschaftlichen, aber auch mentalen Grenzzonen zwischen verschiedenen politischen Ordnungsmodellen. Als die politische Führung der Ukraine im beginnenden 21. Jahrhundert die Entscheidung zwischen dem »östlichen« russischen und dem »westlichen« Modell nach Art der Europäischen Union zu treffen hatte, stieß die von Präsident Leonid Kutschma (1994–2005) verfolgte Politik einer gleichzeitigen Integration in beide Sphären an ihre Grenzen. Die weit verbreitete Unzufriedenheit aufgrund der Korruption, der schwachen Wirtschaft und des Fortwirkens alter Eliten lösten Ende 2004 die Massenproteste der Orangen Revolution aus. Die Ausein-

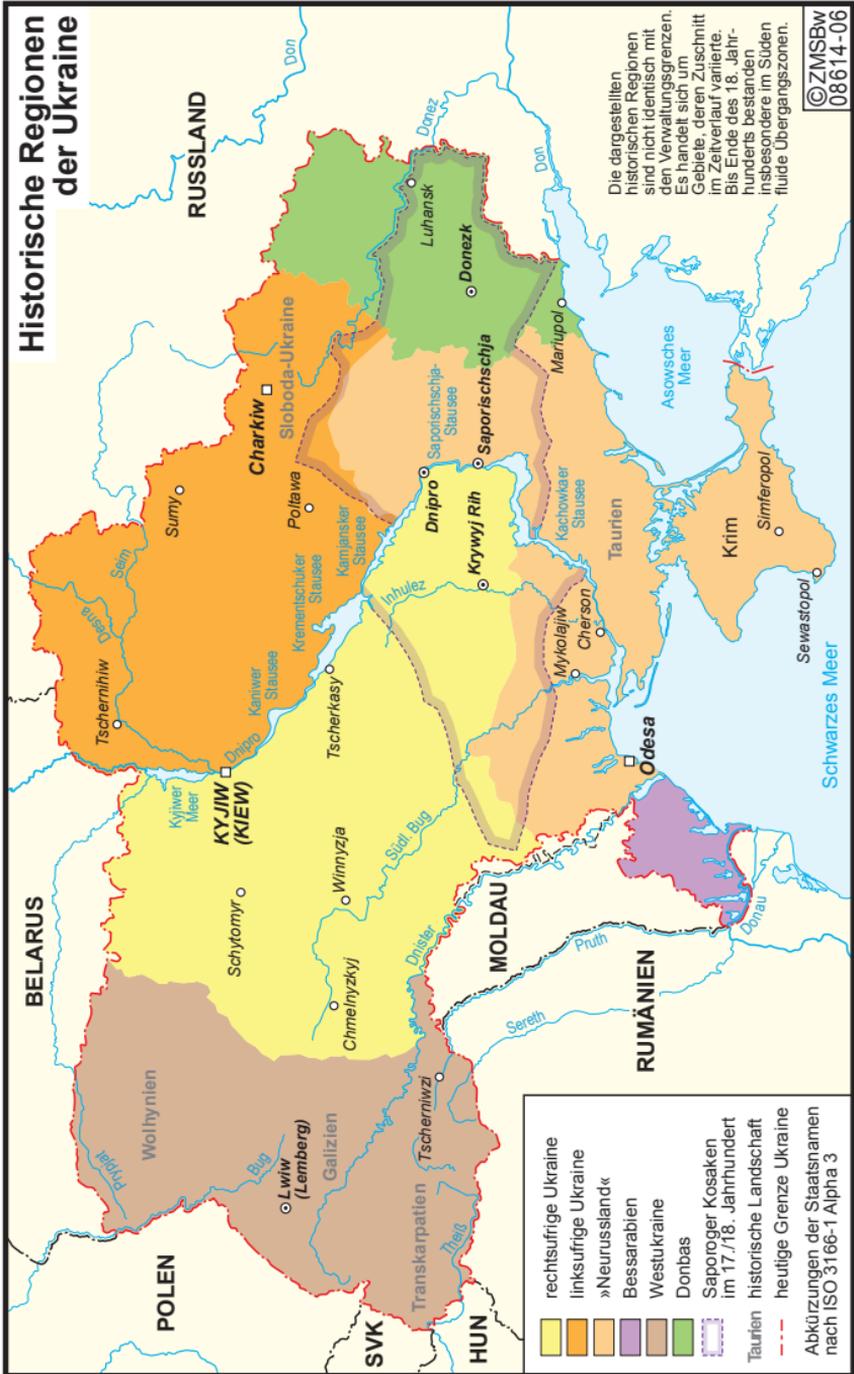
andersetzung zwischen Wiktor Janukowytsch (Ministerpräsident 2002–2004, Präsident 2010–2014) und seinem prowestlich orientierten Rivalen Wiktor Juschtschenko (Ministerpräsident 1999–2001, Präsident 2005–2010) führten Ende 2013 zur bürgerrechtlichen Bewegung des Euromajdan (siehe den Beitrag von Rudolf A. Mark). Anlass war das im November 2013 zuerst von der Ukraine unterzeichnete, dann auf russischen Druck zurückgenommene Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union. Ungeachtet der komplexen innenpolitischen Verhältnisse im Land war doch unverkennbar, dass ein großer Teil der ukrainischen Bevölkerung Teil von Europa – und gemeint war: der Europäischen Union – sein wollte. Die damit verbundene Absage an die Ansprüche der Russländischen Föderation eskalierte im Frühjahr 2014 in einem bewaffneten Konflikt. Die vom Schauspieler und Filmproduzenten Wolodymyr Selenskyj inszenierte Filmserie »Diener des Volkes« (Infokasten S. 238 f.) rekurrierte nicht nur auf die innen- und außenpolitische Neuverortung seines Landes zugunsten des europäischen – westlichen – Modells; sie mündete auch in der Gründung einer gleichnamigen Partei und seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Mai 2019. Der im Gefolge der Krimannexion von 2014 und der Abspaltung der beiden »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk (ukr. Luhansk) begonnene russisch-ukrainische Krieg fand – ungeachtet der zwischenzeitlichen Friedensabkommen Minsk I und II – kein Ende. Vielmehr begann am 24. Februar 2022 ein Krieg, der nun nahezu die ganze Welt direkt oder indirekt betrifft.

Die Ukraine: Mitte oder Osten Europas?

Der in Ostgalizien geborene Schriftsteller Joseph Roth nannte im Jahr 1924 Lemberg die »Stadt der verwischten Grenzen«. Dies lässt sich auf die Ukraine als Land übertragen. Einerseits lag es buchstäblich am Rande Europas und diente an der Grenzzone zwischen sesshaften und nomadischen Kulturen als Durchzugs- und Interessensgebiet auswärtiger Akteure. Andererseits aber liegt hier die geographische Mitte des europäischen Kontinents: Als solchen identifizierte das Militärgeographische Institut der Habsburgermonarchie am Ende des 19. Jahrhunderts den Ort

Dilowe. Dieser liegt heute in der ukrainischen Oblast (Verwaltungsbezirk) Transkarpatien an der Grenze zu Rumänien. Dass auch andere Orte für sich beanspruchen, die räumliche Mitte Europas zu sein, zeigt einmal mehr, dass Geschichtsregionen nicht objektiv, sondern nur nach ihren historischen Prägungen unterschieden werden können. Entsprechend vielfältig ist die Ukraine: Zum Land gehört *erstens* die westlich des Dnjepr gelegene rechtsufrige Ukraine, wo die lange Zugehörigkeit zur polnisch-litauischen Adelsrepublik nachwirkt. Ihr gegenüber stand, *zweitens*, die linksufrige Ukraine, die ab Mitte des 17. Jahrhunderts in zunächst lockerer, dann immer engerer Abhängigkeit zum Russländischen Reich stand. Eine eigenständige Rolle spielte hier lange die sogenannte Sloboda-Ukraine um Charkiw (russ.: Charkow) ebenso wie das Herrschaftsgebiet der »freien« Kossaken um Saporischschja in der Zentralukraine. Im Süden kam, *drittens*, die seit ihrer Eroberung im 18. Jahrhundert »Neurussland« genannte Region hinzu. Zu ihr gehört auch die Halbinsel Krim mit ihrer Sondergeschichte. *Viertens* bildete die Region westlich des Flusses Dnjestr die historische Region Bessarabien, die heute zum größten Teil zur Republik Moldau gehört. Ganz im Westen bildete, *fünftens*, die Westukraine einen eigenen Teil, der sich seinerseits wieder in Wolhynien im Norden, Ostgalizien in der Mitte und Transkarpatien im Süden gliedern lässt. Hier wirkt die frühere Zugehörigkeit zur multiethnischen Habsburgermonarchie bis in die Gegenwart fort. *Sechstens* schließlich entwickelte sich im späten 19. und im 20. Jahrhundert das Donezbecken (auch Donbas) im Osten im Zuge der Industrialisierung zu einer eigenen Region.

Die Bevölkerung des nach der Russländischen Föderation flächenmäßig zweitgrößten Landes Europas war und ist mehrsprachig, multikonfessionell und ethnisch gemischt: Bis zur Ermordung von rund 1,4 Millionen Menschen im Holocaust und der Emigrationswelle der Überlebenden besaß die jüdische Bevölkerung auf dem Gebiet der Ukraine einen ihrer europäischen, ja globalen Siedlungsschwerpunkte. Der Zensus von 2001 wies rund 100 000 Menschen aus, die sich der jüdischen Ethnie zurechneten. Neben einer belarusischen, moldawischen, bulgarischen und krimtatarischen Minderheit von jeweils rund einer Viertelmillion Menschen lebten in diesem Stichjahr je rund 150 000



Polen, Rumänen und Ungarn, ferner jeweils knapp 100 000 Armenier und Griechen sowie kleinere Minderheiten (Roma, Aserbaidzchaner, Gagausen) in der Ukraine. Zudem gaben rund 33 000 Menschen ihre Nationalität mit deutsch an; sie bildeten damit 0,1 Prozent der Bevölkerung. Bis 1941 hatten dort in etwa 700 000 Deutsche gelebt (siehe Infokasten S. 75), genauso wie sehr viele Polen. Von den um 2001 rund 48 Millionen Menschen (2022: 44 Millionen) bildeten die Ukrainer mit 37,5 Millionen (77,8 Prozent) die Mehrheit. Die russische Bevölkerung stellte mit 8,3 Millionen (rund 17,3 Prozent) die zweitstärkste Gruppierung. Demgegenüber hatte die Volkszählung von 1989 noch 72 Prozent ukrainische und 22,1 Prozent russischer Bevölkerung angegeben. Neben der freiwilligen oder zwangsweisen Migration sind solche Schwankungen allerdings auch ein Ergebnis von Selbst- und Fremdzuschreibungen. Und diese sind infolge einer verbreiteten Zwei- oder Mehrsprachigkeit veränderlich: Um 2013/14 bezeichneten sich jeweils rund 30 bis 40 Prozent der Menschen in der Ukraine als russisch- oder als ukrainischsprachig. Trotz einer weit verbreiteten Zweisprachigkeit gaben nur 20 Prozent der Befragten an, beide Sprachen gleichberechtigt zu verwenden. Schon daher ist eine klare Trennung nach sprachlichen oder ethnischen Grenzen schwierig. Genau dies aber verdeutlicht den Stellenwert der politischen Ordnungssysteme, um derentwillen dieser Krieg ausgetragen wird.

Europa, Mittel-, Ostmitteleuropa, »Bloodlands«

Der »Kontinent« Europa ist in geographischer Hinsicht die westliche Halbinsel des Großkontinents Eurasien. Mit gleichem Recht könnten der Indische Subkontinent und andere Großregionen als eigene Kontinente verstanden werden – oder eben nicht. Europa ist daher nicht eine geographische, sondern eine kulturell und historisch gewachsene Vorstellung. In der Antike lag auf dem Gebiet der Ukraine die Grenze zu Asien: Inmitten der zwischen dem Bosphorus, der Balkanhalbinsel und dem Kaukasusgebirge befindlichen Steppe bildete der Borysthenes (Dnjepr) die gedachte Grenze. Dort wurde sie noch im 17. Jahrhundert verortet, sodass die Kosaken zwischen dem polnisch-litauischen

Großreich und dem Wilden Feld eine Kulturgrenze – je nach Perspektive – bewachten, besiedelten oder heimsuchten.

Wo das »historische Gebiet« der Ukraine liegt, hängt natürlich vom Zuschnitt ihrer Nachbarn ab. Lag es während des Großen Nordischen Krieges (1700–1721) noch im Schnittpunkt zwischen dem Russländischen Reich, dem Osmanischen Reich und der polnisch-litauischen Adelsrepublik, so spalteten die polnischen Teilungen im späten 18. Jahrhundert einen kleineren Teil ab, der als Königreich Galizien-Lodomerien an die Habsburgermonarchie fiel. Bis zum Ersten Weltkrieg gehörte der größere Teil als Kleinrussland zum russländischen Imperium, genauso wie Litauen, Lettland und das Gebiet von Belarus und weite Teile Polens. Mit der Expansion des Russländischen Reiches wanderte die Grenze Europas: Zu Beginn des 18. Jahrhunderts bildete der Don, seit dem späten 18. Jahrhundert der Ural die Grenze zu Asien. Dies alles zeigt den Zuschnitt der Kontinente als einen kollektiven Entwurf von Werten, Traditionen und Geschichtserzählungen. Dies hat auch – und insbesondere – eine Geschichte zu berücksichtigen, die von der Ukraine und Ostmitteleuropa handelt. Der Grenzcharakter kam in der ethnischen und sprachlichen Vielfalt zum Ausdruck.

Auch der Begriff »Mitteleuropa« ist weder selbstverständlich noch naturgegeben. Das Wort kam um die Mitte des 19. Jahrhunderts auf, als der österreichische Ministerpräsident Fürst Felix von Schwarzenberg und sein Handelsminister einen überstaatlichen deutschen Wirtschaftsraum planten. Während des Ersten Weltkrieges griff der liberale und national geprägte deutsche Politiker Friedrich Naumann diese Konzeption wieder auf. Sein Buch »Mitteleuropa« aus dem Jahr 1915 forderte eine Nachkriegsordnung, die zwischen dem Balkan und der Ostsee zwar zahlreiche souveräne Nationalstaaten vorsah, welche aber unter deutscher Vorherrschaft stehen sollten. Als sich mit dem Zerfall der drei Kaiserreiche im Ersten Weltkrieg tatsächlich neue Nationalstaaten formten, hatten sie ihre Unabhängigkeit zunächst kriegerisch durchzusetzen. Aufgrund der ethnischen Durchmischung blieb heftig umstritten, wo die nationalen Grenzen anzusiedeln waren. Den baltischen Staaten sowie Finnland und Polen gelang es, ihre Unabhängigkeit zu behaupten, während die Ukraine und andere Territorien des untergegangenen Zarenreichs

ab 1922 Teile der formal supranationalen Sowjetunion wurden. So entsprach es einer abgrenzenden Perspektive, dass sich die neuen Staaten nun als »Zwischeneuropa« bezeichneten: Hierzu zählten Polen, die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten im engeren Sinn sowie Finnland, die Ukraine, Weißrussland, Rumänien und Ungarn im erweiterten Sinn. Damit verband sich eine Abgrenzung zu »Osteuropa« als dem Raum, den die drei ostslawischsprachigen und durch die orthodoxe Konfession geprägten Länder Russland, Weißrussland und Ukraine einnahmen. Hinzu kam die Abgrenzung gegen die junge Sowjetunion, wo die neue Führung der Bolschewiki den Bürgerkrieg für sich entschieden hatte und die Grenzen des russländischen Imperiums unter ihrem Roten Banner wiederherzustellen suchte.

In ähnlicher Weise etablierte sich in der Zwischenkriegszeit auch der Begriff »Ostmitteleuropa«. Das Ende der übernationalen Imperien zugunsten der Nationalstaaten verband sich mit der Unterdrückung von Minderheiten. Von hier aus wiederum formierten sich politische, paramilitärische oder terroristische Netzwerke, die Schutz bei »ihren« Nationalstaaten suchten. Als Beispiele hierfür sei die Anlehnung der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei und in Polen an das Deutsche Reich genannt; ähnlich war es bei den Auseinandersetzungen zwischen der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen mit der rumänischen Staatsmacht und der antisowjetisch und gleichzeitig antipolnisch ausgerichteten Nationalbewegung in der Ukraine: In der postimperialen Welt war der Nationalismus eine identitäre Integrationsideologie sowohl der großen Nationalstaaten wie der ethnischen Minderheiten. Gegenmodelle boten die liberalen Demokratien im Westen und die übernational konzipierte, aber russisch dominierte Sowjetunion im Osten.

In den 1930er und 1940er Jahren wurde Ostmitteleuropa zum Schauplatz grenzenloser Gewalt. Mit Stalins Alleinherrschaft griff eine Politik der Zentralisierung, Industrialisierung und landwirtschaftlichen Kollektivierung, die in Südrussland und der Ukraine zwischen 1931 bis 1934 eine staatlich geförderte Hungersnot auslöste. Es folgte 1937/38 der »Große Terror«, der zumal in der Ukraine erhebliche Teile der Eliten auslöschte. Der deutsche Überfall auf Polen 1939 und auf die Sowjetunion 1941 machte die Region zum Hauptschauplatz des deutschen Vernichtungskrie-

ges durch die rücksichtslose wirtschaftliche Ausplünderung und Versklavung der Bevölkerung, das bewusste Verhungernlassen von Millionen von Kriegsgefangenen sowie die Verquickung des »Bandenkampfes« gegen Partisanen mit dem Grauen des Holocaust. Es folgten die Vergeltungsmaßnahmen der sowjetischen »Befreier«, die sich auch gegen heimgekehrte Kriegsgefangene, nach Deutschland verschleppte Zwangsarbeiterinnen und echte wie vermeintliche Kollaborateure richteten. Die von sowjetischer wie deutscher Gewalt heimgesuchte Zone bezeichnete der Historiker Timothy Snyder 2010 als »Bloodlands«. Das zwischen Deutschland und der Sowjetunion im August 1939 geschlossene Geheime Abkommen zur erneuten Aufteilung Polens stand am Beginn der massiven ethnischen Säuberungen, die während des Zweiten Weltkrieges ihre monströse Ausprägung erlangten. Die in Jalta und Potsdam besiegelten Staatsgrenzen von 1945 beruhten schließlich auf einer Separierung der einst ethnisch und religiös vielfach durchmischten Bevölkerungen.

Ostmitteleuropakonzeptionen nach 1945

Im Kalten Krieg standen Ost- und Ostmitteleuropa im Zeichen des Sozialismus unter der Herrschaft Moskaus. Der im Westen Europas und in Nordamerika oft negativ verwendete Ausdruck »Ostblock« reproduzierte mitunter vorangegangene Wertungen. An den Wettlauf der Systeme knüpften sich neben dem technischen Fortschritt von Industrie, Landwirtschaft und Rüstungstechnologie auch ein »Way of Life«. Demgemäß war das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell im Kalten Krieg ein Angebot, um die Loyalität der eigenen Bevölkerung zu sichern, und eine Waffe, um als Modell auf andere auszustrahlen.

Synchron zur Neukonfiguration der Mächte im Kalten Krieg etablierte sich unter dem Einfluss des in Wien geborenen und 1940 in die USA emigrierten polnischen Historikers Oskar Halecki in den frühen 1950er Jahren der Begriff »East Central Europe«. Damit bezog er sich auf die Rolle der lateinischen, also polnisch-katholisch geprägten Länder als Grenzraum: als *borderlands of western civilization*. In diesem Sinne verortete auch der ungarische Historiker Jenő Szűcs 1983 eine strukturelle Trenn-

linie zwischen einem westlichen *Europa occidentalis* und einem östlichen *Europa orientalis* – mit *Mitteleuropa* als dritter Region dazwischen. Haleckis Vorstellungen wirkten fort: Einer seiner Schüler, der in Warschau geborene US-amerikanische Diplomat und Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski, plädierte für eine Einflussnahme der USA im Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok, um demokratiefeindliche Kräfte einzuhegen und eine neue, westliche Weltordnung durchzusetzen. Kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhanges skizzierte der US-amerikanische Soziologe Samuel P. Huntington seine These vom »Clash of Civilisations«. Damit meinte er eine kulturelle Trennlinie in Europa, die er bereits Anfang des 16. Jahrhunderts an der östlichen Grenze der westlichen Christenheit verortete und die zwischen den heutigen Ländern Finnland und Lettland, Estland und Litauen einerseits sowie Russland und Belarus andererseits verlief. Diese Grenze trennte Transsylvanien von Rumänien und durchschnitt das in Kriege zerfallende Jugoslawien. Freilich verkennt diese vieldiskutierte These die mehrfachen Überlappungen, Anpassungs-, Transfer- und Wandlungsprozesse.

Trotz der Einbindung in die OSZE und der Teilnahme am NATO-Programm Partnership for Peace verfolgte die Politik der Russländischen Föderation ab der Jahrtausendwende zunehmend einen Konfrontationskurs. Mit der ersten NATO-Osterweiterung um Polen, die Tschechische Republik und Ungarn wurde Ostmitteleuropa im engeren Sinn 1999 Teil des westlichen Bündnisses; mit der zweiten Erweiterungsrunde von 2004 mit Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Slowenien und den drei baltischen Staaten auch das Osteuropa im erweiterten Sinn. Spätestens die während der Münchner Sicherheitskonferenz von 2007 gehaltene Rede Putins ließ aufhorchen, als er die NATO-Osterweiterungen sowie die Präsenz von US-Soldaten in Bulgarien und Rumänien als »provokierenden Faktor« bezeichnete. Demzufolge seien die Truppen an der NATO-Ostflanke angriffsfähige »Stoßkräfte«, die immer dichter an die russische Staatsgrenze heranrückten. Doch zeigte die Beendigung des langjährigen Tschetschenienkriegs im russischen Sinne genauso wie die folgenden Interventionen in Georgien, Syrien und dann in der Ukraine das Bestreben seiner Politik, das »nahe Ausland« zu kontrollieren.

»Zeitenwende«: Der russische Angriffskrieg

Ostmitteleuropa ist eine zeitlich gebundene Zuschreibung für eine politisch-historische Region. Dabei haben sich imaginierte wie politische Grenzen im Laufe der Geschichte immer wieder verschoben. Auch blieben manche Begriffe wie »Zwischeneuropa« oder »Mitteleuropa« umstritten, da sie nie frei von wertenden Konnotationen waren. Dies gilt ebenso für den Begriff »Europa«, der oft als kulturalistischer Kampfbegriff gebraucht und manchmal auch missbraucht wurde. Seit der Unabhängigkeitserklärung von 1991 und verstärkt seit 2004 erfährt der Weg der Ukraine nach »Europa« eine immer breitere Unterstützung durch die Bevölkerung. Manifest wurde dies mit dem Euromaidan von 2013/14. Indessen dürfte kaum etwas die innere Nationsbildung derart gefestigt haben wie die im Februar 2022 begonnene Invasion Russlands. Dieser Ordnungskrieg verbindet sich nicht mit geographischen, sondern mit historisch-kulturellen Vorstellungen von »Ost« und »West«: Auf der einen Seite steht der Ideologiemix des russischen Staatspräsidenten aus Versatzstücken der russisch-imperialen Geschichte, eines Neo-Eurasismus, Legitimationsansätzen der russisch-orthodoxen Kirche und den Praktiken der Macht aus sowjetischen Zeiten. Das Ziel ist offenkundig eine Wiederherstellung eines »historischen Russlands« mit seinen Kernländern Russland, Belarus und Ukraine. Auf der anderen Seite geht es um die von der ukrainischen Bevölkerungsmehrheit offenkundig gewünschte Integration in »Europa«. Der Titel dieses Wegweisers zur Geschichte lautet »Ukraine und Ostmitteleuropa«. Auch wenn die Ukraine weder Mitglied der Europäischen Union noch der Nordatlantischen Allianz ist, so beeinflusst ihr Kampf gegen die russische Aggression beide Staatenbünde und ihre Mitgliedsstaaten. Damit ist dieser Krieg auch ein Lackmustest für die Frage, wo Europa eigentlich liegt.

Helmut R. Hammerich, Clemens Haug, Martin Rink



picture alliance/akg-images

Die Bewohner der eurasischen Steppe nördlich des Schwarzen Meeres, die Skythen, galten aus Sicht der griechisch-römischen Antike als »die Anderen«. Dessen ungeachtet belegten bereits die frühesten historischen Überlieferungen diesen Raum als eine kulturelle und wirtschaftliche Kontaktzone. Den oft stereotypen Berichten der antiken Literatur über die »Barbaren« jenseits des eigenen Kulturkreises standen also Handels-, Siedlungs- und künstlerische Einflüsse gegenüber, wie die auf einem aus dem 5./4. vorchristlichen Jahrhundert stammenden Bartkamm dargestellte Kampfszene veranschaulicht (gefunden 1913 in einem skythischen Fürstengrab in Solocha in der Zentralukraine). Zudem führten die griechischen Siedlungen zu politischen, ethnischen und familiären Verflechtungen. Ab dem vierten nachchristlichen Jahrhundert gelangten mit der sogenannten Völkerwanderung Einflüsse der Steppenkultur von Osteuropa auch bis nach Mitteleuropa.

Der nördliche Schwarzmeerraum in der Antike

Bereits um Christi Geburt lieferte der antike Geograph Strabon Informationen über die Region nördlich des Schwarzen Meeres: Vom antiken Griechenland oder Rom aus gesehen lag dort die Peripherie. Die Gegend ist so weit weg, dass sich Klima und Raum veränderten. Die dort lebenden Menschen waren kaum bekannt und galten daher pauschal als fremdartig, wild und bedrohlich. Diese Einschätzung veränderte sich geradezu in ihr Gegenteil, als griechische Siedler durch Stadtgründungen selbst Erfahrungen machten und ihre Berichte in die Schreibstuben gelangten. Aus dem »ungastlichen« wurde das »gastfreundliche« Meer. Zu den ersten griechischen Stadtgründungen kam es im 7. und 6. Jahrhundert v.Chr. Strabon konnte sich also auf einen mehr als sechs Jahrhunderte alten Erfahrungsschatz gegenseitiger Kontakte zwischen dem Mittelmeer und den Küsten der Schwarzmeerregion stützen.

Skythen und Griechen. Koexistenz seit dem 6. Jahrhundert v.Chr.

Die Bewohner der westlichen und nördlichen Schwarzmeerküste wurden Skythen genannt. Diesen literarischen Begriff verwendeten gelehrte Autoren in der gesamten Antike: vom 6./5. vorchristlichen bis zum 6. nachchristlichen Jahrhundert. Bereits die früheste Überlieferung schilderte das nördliche Schwarzmeergebiet als besiedelten Raum, nicht als menschenleer. Allerdings wurden seine Bewohner ausdrücklich und bewusst als »anders« dargestellt: Die Skythen, so die Erzählungen, »schlachten Fremde« (und verspeisten diese womöglich). Auch trafen skythische Nomaden in der Steppe jenseits des Meeres auf andere außergewöhnliche Gruppen, die unter anderem Kriegerfrauen einsetzten. Es handelte sich also um eine Zone vielfältiger Kontakte; hier trafen Mittelmeerraum und eurasische Steppe zusammen.

Dass Menschen sich durch die Gründung von Städten und Reichen, durch Handelskontakte und Eheschließungen begegneten, war in der antiken Literatur kaum ein Thema. Für sie begann an der Küste, spätestens aber in der Steppe das Unbekannte, das »Fremde«. Deshalb wurden hier Nomaden mit anderer Lebensweise verortet. So sehr wurden sie als Gegenbild und Gegenteil der Mittelmeeranrainer gekennzeichnet, dass mit ihrer Darstellung als »Menschenfresser« ihre Fremdheit betont, ja ihr Menschsein überhaupt in Frage gestellt wurde.

Die Landstriche nördlich des Schwarzen Meers wurden durch Flüsse begrenzt und gleichzeitig erschlossen: Es waren die Donau (Istros), der Pruth (Pyrethus), der Dnjestr (Tyras), der Südliche Bug (Hypanis), der Dnjepr (Borysthenes), der Don (Tanais) und schließlich das Asowsche Meer (Maeotis). Im Landesinnern mag der mittlere Lauf der Wolga (Rha) als östliche Begrenzung dienen. Die Halbinsel Chersonesos (die heutige Krim) ragt ins Schwarze Meer vor und begrenzt die Maeotis.

Die ältesten Spuren griechischer Stadtgründungen liegen auf der heute Berezan genannten Insel; in der Antike war sie noch eine Halbinsel. Wie Keramikfunde und Inschriften belegen, etablierte sich hier im späteren 7. Jahrhundert v.Chr. eine Stadt. Zusammen mit der Halbinsel und dem Fluss Dnjepr (ukr. Dnipro) erhielt das Gebiet in der Antike den Namen Borysthenes. Mutterstadt der Siedlung war das kleinasiatische Milet, das wenig später auch an anderen Orten der westlichen und nördlichen Schwarzmeerküste Kolonien gründete. Einige Jahrzehnte jünger als Borysthenes sind die milesischen Gründungen Istros, Olbia und Pantikapaion. Istros (oder Histria, das heutige Caranasuf in Rumänien) wurde im späten 7. Jahrhundert v.Chr., Olbia (südlich des heutigen Parrutyne in der Ukraine) zu Anfang des 6. Jahrhunderts v.Chr. gegründet, die Stadt Pantikapaion auf der Krim, das heutige Kertsch, an der Wende vom 7. zum 6. Jahrhundert v.Chr. Jede dieser Neugründungen erschloss Flüsse als Handelswege ins Landesinnere in Richtung Norden: Von Milet aus spannte sich damit ein Netz zwischen der Ägäis, dem Bosphorus, den Küsten des Schwarzen Meers und darüber hinaus. Am Beispiel von Olbia zeigt sich das planvolle Vorgehen. Zunächst entstand in einer räumlich sicheren Lage der Ort Borysthenes. Von hier aus wurde dann im nächsten Schritt



Ruinen eines Amphitheaters der griechischen Stadt Chersones, ca. 5. Jahrhundert v.Chr., Teil des Freilandmuseums »Chersones von Tauria«, Sewastopol, Halbinsel Krim.

Olbia an einer hervorragend für Handel geeigneten Stelle platziert, im gemeinsamen Mündungsgebiet von Bug und Dnjepr.

Auch andere griechische Stadtstaaten waren als Gründer von Kolonien tätig. Dorische Siedler errichteten in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts v.Chr. die Stadt Chersones auf der Krim (beim heutigen Sewastopol; nicht zu verwechseln mit der heutigen Stadt am Dnjepr). Auch die Halbinsel erhielt diesen Namen. Im Mündungsgebiet des Don (unweit des heutigen Rostow) entstand im 3. Jahrhundert v.Chr. die Stadt Tanais. Ihre Geschichte zeigt, dass Gründungen von Handelskolonien, in diesem Fall durch bosporanische Griechen mit milesischer Beteiligung, über mehrere Jahrhunderte erfolgten. Bei fortbestehenden Beziehungen zur Mutterstadt brachten die Einwohner von Pantikapaion ihre Ortskenntnis, Kontakte und Sprachkenntnisse, ihr Geld und ihren Unternehmertegeist ein, um Händlern griechischer, sarmatischer und maeotischer Herkunft als Ausgangspunkt für deren Unternehmungen flussaufwärts zu dienen. Diese reichten bis ins

Hinterland zur Wolga. Die genannten Orte begegnen uns in den Schriftquellen als griechische Stadtstaaten (griech. *poleis*), und sie verstanden sich wohl auch als solche. Archäologische Funde wie etwa Grabanlagen belegen darüber hinaus das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft oder jedenfalls verschiedener Namen: In Tanais sind etwa 40 Prozent der Namen auf Grabinschriften nicht griechisch. Die griechischen Städte waren auf stabile, also weitgehend friedliche Kontakte mit den Bewohnern der Umgebung angewiesen. Es handelte sich nicht um militärische Besatzungen.

Bei ihren Stadtgründungen trafen die Griechen auf eine Vielzahl von lokalen und regionalen Ethnien, die sie alle als »Skythen« bezeichneten. Allerdings lassen sich diese Gruppen nur in wenigen Fällen konkret geographisch verorten; auch blieben sie als Gruppe im Zeitverlauf wenig stabil. Bis heute wissen wir nur wenig Konkretes über die Situation vor Ort. Demgegenüber aber hatten Kundschafter, Händler und Soldaten vermutlich recht präzise Kenntnisse über das Hinterland und seine Bewohner. Diese Informationen blieben jedoch als (Geschäfts-)Geheimnisse vertraulich und konnten von den Gelehrten nicht wirklich eingeordnet werden. Auch sind deren Texte nur noch in Fragmenten erhalten. Nachdem in Osteuropa bereits seit dem 2. Jahrtausend v.Chr. berittene Kriegergruppen existiert hatten, entwickelte sich die skythische Kultur im 1. Jahrtausend v.Chr. im weiten Bereich zwischen der Mongolei und den Karpaten. Nördlich des Schwarzen Meers wandten sich um die Wende vom 10. zum 9. Jahrhundert v.Chr. Nomaden verstärkt der Pferdezucht zu. Prägend für ihre mobile Lebensweise waren vierrädrige Planwagen. Zur Identifikation orientierte sich die archäologische Forschung an der sogenannten skythischen Trias: Eng verwandt waren über weite geographische Räume erstens die Gestaltung der Waffen, zweitens die des Pferdegeschirrs und drittens der skythische Tierstil in der bildenden Kunst.

Offenbar lebten die Skythen hochmobil, jedoch nicht ausschließlich nomadisch. Im südlichen Russland und in der Ukraine fanden sich Bestattungskomplexe mit ausgeklügelter Grabarchitektur, darunter auch Kurgane (Grabhügel), und reichhaltigen Grabbeilagen. Zudem bezeugen diese Grabanlagen die Existenz von befestigten Siedlungen, Herrschersitzen, Handwerks- und

Handelszentren sowie einer Ackerbau betreibenden Landwirtschaft. Bilsk, rund 50 Kilometer nördlich der ukrainischen Stadt Poltava, wird häufig mit einer Stadt identifiziert, die der griechische Historiker Herodot »Gelonos« nannte. Es war offenbar eine skythisch-griechische Stadt, deren Bevölkerung beide Sprachen verwendete. Sie wurde nach griechischem Muster, aber vollständig aus Holz erbaut. Allerdings ist der genaue Ort dieser Stadt umstritten. Entwicklungen hin zu stadtähnlichen Siedlungen bezeugen aber sowohl die Archäologie als auch Herodot. Ihm gelang es in seinen Historien geschickt, die griechischen Einflüsse als die maßgeblichen darzustellen. Indessen gelangten Skythen auf militärischen Unternehmungen durch den Kaukasus bis nach Kleinasien und brachten auch von dort Impulse mit. Auf den Wohlstand der skythischen Führungsschicht weisen Niveau und Umfang von Goldschmiedekunst und Metallverarbeitung hin, die wiederum engste Kontakte nach Griechenland belegen. Auch waren die Skythen offenbar in der Lage, selbstständig auszuwählen, welche der von ihnen rezipierten Elemente der zeitgenössischen griechischen Kunst sie sich in verwandelter Form aneigneten. Im 3. Jahrhundert v.Chr. wurden die Skythen von den Sarmaten (oder Sauromaten) verdrängt. Bei diesen handelte es sich um eine iranischstämmige (halb-)nomadische Gruppe aus den Steppen nördlich des Kaukasus, die bis dahin östlich des Don gelebt hatte und ihr Gebiet nun nach Westen erweiterte.

Die Zeit der »Völkerwanderung« vom 3. bis zum 6. Jahrhundert n.Chr.

Im 3. nachchristlichen Jahrhundert erreichten gotische Gruppen aus dem Ostsee- und Weichselraum die Schwarzmeerregion. Bis zur Ankunft der Hunnen im Jahr 375 stellten sie die stärkste Macht im nördlichen Schwarzmeergebiet. Sie wiederholten das Vorgehen der vorangegangenen Gruppen: Wie die Sarmaten etablierten sie sich als militärisch und daher auch politisch maßgebliche Gruppen, indem sie die bisherigen Herrscher unterwarfen oder beseitigten. Bei dieser Landnahme stand die ansässige Bevölkerung vor der Wahl, entweder wegzuziehen oder sich

Die Goten und die Völkerwanderung

Als »Völkerwanderung« gelten die Migrationsbewegungen germanischsprachiger Großgruppen im 4., 5. und 6. Jahrhundert n. Chr. von Ostmittel- und Nordeuropa ins Römische Reich. Der seit dem späten 18. Jahrhundert üblichen deutschsprachigen Bezeichnung »Völkerwanderung« steht im Französischen oder Italienischen die »Barbareninvasion« gegenüber. Nationale Erzählstränge durchwirken so Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik. Gerade das Beispiel der »Goten« zeigt eine komplexe Geschichte von Migration, ethnischer Überlagerung, Verdrängung und Austauschprozessen. »Goten« war eine Fremdbezeichnung der römischen Welt. Als »Germanen« galten dagegen die Bewohner jenseits des Rheins. Die gotischen Wanderungsbewegungen begannen an der Ostsee. Doch wanderten keine geschlossenen »Völker«, sondern Führungspersönlichkeiten mit ihren Gefolgschaften oder Heeren mitsamt Familien. Dabei mischte sich die ethnische Zusammensetzung. Bereits im 3. Jahrhundert überfielen gotische Gruppen aus dem Donau- und Schwarzmeerraum römisches Gebiet. Eine durch die hunnische Reichsbildung verdrängte gotische Gruppierung drang ins Römische Reich ein und besiegte im August 378 eine römische Armee. Kaiser Valens fiel im Kampf; Goten wurden nun als »Bundesgenossen« im Reich angesiedelt. Eigenständige Reichsgründungen erfolgten später durch die Westgoten (Wisigoten) in Gallien und Spanien, während die Ostgoten (Ostrogoten) unter Theoderich (451–526) über Italien herrschten. Neben Kriegen gab es auch kulturellen Austausch. Andere Teilgruppen blieben vor Ort: Zur multiethnischen Einwohnerschaft der Halbinsel Krim zählte bis in die Frühe Neuzeit ein kleiner gotischer Bevölkerungsanteil.

Anders als von der deutschen Nationalbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts behauptet, sind diese Gruppierungen keine ethnisch homogenen »Völker«. Speziell die nationalsozialistische Ideologie verinnahmte die Goten für ihre Volkstumsideologie. Ihre rassenideologischen Pläne richteten sich auf eine deutsche Besiedelung der Krim: Sewastopol hätte »Theoderichshafen«, die Inselhauptstadt Simferopol »Gotenburg« heißen sollen. Tatsächlich umbenannt wurde die nach 1918 als polnischer Kriegshafen ausgebaute Stadt Gdingen (Gdynia). Nach dem deutschen Überfall hieß sie Gotenhafen – bis zum Zusammenbruch des Deutschen Reichs 1945. MR

Skythische Darstellung der Sage von Herakles, der demjenigen seiner drei Söhne die Herrschaft übertragen wollte, der seinen Bogen zu spannen vermochte. Ausschnitt eines Gefäßes (ca. 400–350 v.Chr.), gefunden im Kurgan von Kul-Olba auf der Krim.



Roland and Sabina Michaud/Jag-images

unter der neuen herrschenden Gruppe zu arrangieren. Schriftliche Quellen und archäologische Funde belegen das eine wie das andere. Anders als die deutsche Bezeichnung »Völkerwanderung« nahelegt, erfolgten jedoch keine kompletten Verschiebungen ganzer Völker. Denn weder Skythen und Sarmaten noch Goten oder Hunnen wurden zu den einzigen Bewohnern der von ihnen neu kontrollierten Gebiete. Die archäologischen Befunde für die Zeit der Spätantike zeigen etwa, dass die unterschiedlichen Kulturen, die verallgemeinernd als »Goten« identifiziert werden, in denselben Siedlungen über Jahrzehnte unterschiedliche Traditionen des Hausbaus parallel pflegten. Die gotischen Neuankömmlinge im Gebiet nördlich der Donau wurden als Terwingen, die nördlich des Schwarzen Meers als Greuthungen bezeichnet. Offensichtlich mischten sie sich mit der ansässigen Bevölkerung und tauschten dabei Fertigkeiten und Kenntnisse aus.

Mit den Hunnen und Protobulgaren drangen Gruppen aus der eurasischen Steppe in die Randgebiete der Mittelmeerwelt ein. Ihre Turksprachen und der weiterentwickelte Tierstil in der Kunst verbinden in der Wahrnehmung antiker Autoren die Skythen (zu Beginn der Antike) und Hunnen (gegen Ende der Antike). Diese Ähnlichkeiten und ihre jeweilige Rolle als regional herrschende Gruppe erklären, warum die antiken Schriftsteller und deren Leser zunächst alle Kulturen der Steppe pauschal als »Skythen« bezeichneten.

Lebensgrundlage der Städte war der Handel. Von Olbia, Tanais, Chersonesos, Pantikapaion und anderen Orten aus existierte ein Netzwerk von Handelskontakten nach Süden Richtung

Kleinasien, vor allem über Byzanz (von 330 bis 1922 Konstantinopel, heute Istanbul) zu den großen Verbrauchs- und Umschlagplätzen Milet, Athen und Delos. Olbia war zentraler Exporthafen für Getreide, Tanais ein Zentrum des Sklavenhandels. Auf der Krim als Kontaktzone zwischen den Skythen und den griechischen Städten verbündeten sich die lokalen Stadtstaaten – zu deren Ideologie ursprünglich die politische Autonomie gehörte –, sodass sich ca. 480 v.Chr. das Bosporanische Reich bildete. Es etablierte sich für die nächsten Jahrhunderte als regionale Vormacht, blieb aber in Abhängigkeit von den Großmächten im Mittelmeer- und Schwarzmeerraum: zuerst von Athen und dem von diesem dominierten Seebund, später den hellenistischen Königreichen, insbesondere dem Pontischen Reich des Königs Mithradates VI. (ca. 132–64 v.Chr.). Nach einer Serie von Kriegen wurde schließlich das Imperium Romanum Großmacht im Schwarzmeerraum. Das Bosporanische Reich und andere unabhängige Stadtstaaten der Region waren hier grundsätzlich die kleineren Partner, behielten aufgrund ihrer Lage jedoch relativ viel Autonomie. Sie dienten als Vorposten, Kontaktzone und politisch-militärische Informationsquellen.

Im Jahr 375 n.Chr. besiegten die Hunnen die greuthungischen Goten im Gebiet der heutigen Ukraine. Der römische Kaiser Valens hatte 369 die Donaugrenze weitgehend geschlossen und diplomatische wie Handelskontakte quasi abgebrochen, weswegen die Römer von den Hunnenzügen keine Kenntnis hatten. Von der Fluchtbewegung der terwingischen Goten, die westlich der Greuthungen siedelten, in Richtung Römischer Reich waren die Römer daher völlig überrascht. Die »Völkerwanderung« ging also vom Gebiet nördlich des Schwarzen Meeres aus. Der größte Teil der greuthungischen Goten verblieb unter hunnischer Herrschaft. Dies belegt die archäologisch nachgewiesene Mischung der Baustile. Auf den Zerfall des hunnischen Reiches nach dem Tod ihres langjährigen Herrschers Attila (ca. 400 bis 453) drangen Bulgaren, später auch Slawen und skandinavische Rus in den nördlichen Schwarzmeerraum ein. Alle verfolgten vor allem zwei Ziele: die Erschließung von Handelswegen sowie die politische Kontrolle der Region. Auch ihre Gruppen waren vielfach offen für diejenigen, die unabhängig von ethnischer Herkunft oder Muttersprache ein kriegernomadisches Leben führen woll-

ten. Die nicht-kriegerische Bevölkerung erlebte einen – oft gewaltsam ausgetragenen – Wechsel der Herrschaft, während sich im dörflichen Alltag die Lebensbedingungen meist nur wenig änderten.

Skythische Lebenswelten im nördlichen Schwarzmeerraum

Im Denken und Schreiben der Athener und Römer begann in den Wäldern und Steppen nördlich des Schwarzen Meers die prototypische Fremde, wo die städtische, mittelmeerische Zivilisation fehlte. Wie weit sich dieses Gebiet überhaupt noch ausdehnte, war unbekannt. Das Land zwischen dem Schwarzen Meer und dem Okeanos, dem alle Kontinente umfließenden Weltmeer, war in der Vorstellung der Menschen des Mittelmeerraums mit Nomaden, Amazonen oder gar mit Fabelwesen gefüllt.

Gleichwohl hatten auch die weitab liegenden Städte teil an gesellschaftlichen und religiösen Veränderungsprozessen. Die Christianisierung der Städte im Norden des Schwarzen Meers hielt Schritt mit der Entwicklung im Römischen Reich. Bereits am Ersten Ökumenischen Konzil von Nicaea (heute Iznik, Türkei) im Jahr 325 beteiligten sich zwei Bischöfe aus der Region. Es gab also Gemeinden mit einer Hierarchie von Klerikern und einer entsprechend hohen Zahl an Gläubigen. Zu den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen traten nun auch christlich-religiöse Kontakte. Diese reichten bis weit ins Römische Reich, galten aber vor allem dem Patriarchen von Konstantinopel. Im Verlauf der oströmisch-byzantinischen Geschichte waren diese religiösen Verbindungen ein wesentliches stabilisierendes Element von Herrschaft und Gesellschaft. Eine Spätfolge dieser christlichen Durchdringung war die erfolgreiche Missionierung der Kiewer Rus im 10. Jahrhundert. Denn bis weit ins Hinterland hinein strukturierten der religiöse Primat und die nun auf Byzanz ausgerichteten Handelsbeziehungen die langfristigen Machtstrukturen.



Das 1911 auf dem Michaelplatz in Kiew errichtete, 1919 von den Bolschewiki gestürzte und 1996 wiedererrichtete Denkmal zu Ehren der Heiligen Olga wird im März 2022 angesichts der russischen Invasion mit Sandsäcken geschützt. Olga von Kiew war von 945 bis 960 Regentin der Kiewer Rus. Das 10. Jahrhundert war zugleich der Höhepunkt der Kiewer Macht. Olga wurde 955 in Konstantinopel getauft. In der orthodoxen Kirche wird sie als apostelgleiche Heilige verehrt, da sie sich, vergleichbar den Aposteln, auf besondere Weise um die Verbreitung des Christentums verdient gemacht hat.

Ostmitteleuropa im Mittelalter

Für das Verständnis einer spezifischen Region »Ostmitteleuropa« sind weniger geographische Faktoren entscheidend, sondern historisch und kulturell gewachsene Eigenheiten. Deren Anfänge liegen im Mittelalter. Während die Fachwissenschaft diese Erkenntnis nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend thematisierte, blieb das Verständnis über die Geschichtsregion Ostmitteleuropa im breiteren gesellschaftlichen Bewusstsein weitgehend diffus. Auch wenn die Zweiteilung des europäischen Kontinents in »West« und »Ost« mit dem Ende der Blockkonfrontation des Kalten Krieges überwunden zu sein scheint, wirken diese undeutlichen Vorstellungen teilweise noch bis heute nach.

Ursprünge im 9. Jahrhundert

In der Antike bezeugten nur gelegentliche Nachrichten die Existenz von Germanen und anderen Barbarenstämmen im Osten des Römischen Reiches. Um wen genau es sich dabei handelte, blieb unklar, außer dass die Regionen, in denen diese Menschen lebten, nicht oder nur peripher zur Reichweite römischer Zivilisation gehörten. So gab es denn im frühen Mittelalter eine Zweiteilung Europas: Der Zivilisation des Römischen Reichs im Westen und Süden stand das Barbaricum in Nord- und Osteuropa gegenüber. Letzteres war im Vergleich zu den Nachfolgestaaten des Römerreichs, dem weströmisch-fränkischen und dem oströmisch-griechischen Reich, lange eine Art »Grauzone« ohne Binnendifferenzierung. Mit der Aufhebung der kulturellen, soziopolitischen und ökonomischen Unterschiede zum Westen und mit der Herausbildung einzelner Herrschaftsräume begann die Formierung Ostmitteleuropas im Wesentlichen im 9. Jahrhundert.

Bis dahin bestand dort eine slawischsprachige Bevölkerung, die auch im heutigen Deutschland östlich der Elbe und der Saale – und auch weiter westlich – siedelte. Davon zeugen noch heutige Ortsnamen. Die Verbreitung slawischer Ortsnamen lässt auf Siedlungsbewegungen schließen, die aus einer slawischen »Ur-

heimat« nördlich des Karpatenbogens heraus erfolgte. Damit setzte sich ein flächenmäßig dominantes »slawisches Kulturmodell« durch. Nachweisen lässt sich das archäologisch: Beim Grubenhaus handelte es sich um einfache, an die Klima- und Bodenverhältnisse angepasste und in die Erde eingetiefe einräumige Behausungen. Ferner zählten handgeformte und zumeist unverzierte Keramik vom sogenannten Prager Typ sowie die Brandbestattung zu den Merkmalen dieser Kultur. Die Menschen betrieben einfache, durch Fischfang, Jagd und Waldwirtschaft ergänzte Landwirtschaft. Von ihrer Effizienz und Produktivität profitierte durch Naturalabgaben und zeitweilige Einquartierungen (Gastung) auch die aus Asien stammende turksprachig-nomadische Oberschicht, die als »Awaren« seit der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts weite Teile des östlichen Europas beherrschten. Deren Macht zerfiel nach der erfolglosen Belagerung Konstantinopels (626) allmählich, bis schließlich Karl der Große am Ende des 8. Jahrhunderts die letzten Reste ihres Reiches zerschlug.

In Auseinandersetzung mit den Awaren hatte sich im 7. Jahrhundert wohl im böhmisch-mährischen Raum unter dem Franken Samo eine auf slawischer Ethnizität beruhende Herrschaftsbildung vollzogen. Die Forschung verstand dies als einen »ersten slawischen Staat«. Obwohl die byzantinischen und fränkischen Quellen von einigen slawischen Heerführern und Fürsten berichten, wirkte aber die Beschreibung der slawischen Gesellschaften durch den byzantinischen Geschichtsschreiber Prokop von Caesarea (ca. 500 bis ca. 560) bis ins 9. Jahrhundert hinein fort: Sie würden »nicht von einem Mann regiert«, sondern lebten »seit alters her in einer demokratischen Ordnung«. Dass diese »Demokratie« nicht im modernen Sinn verstanden werden darf, liegt auf der Hand: Es handelte sich um akephale (»kopflose«) Gesellschaften, deren Segmente, in der Regel Verwandtschaftsgruppen, gleichrangig nebeneinanderstanden. Ein spätes Beispiel bei den Slawen ist der im 10. Jahrhundert westlich der Oder entstandene heidnisch-gentilreligiöse und fürstenlose Lutizenbund. Er bestand aus vier Kernstämmen, deren gemeinsame Versammlung das höchste politische Organ war. Trotz der archaisch wirkenden Organisationsform entwickelten die Lutizen eine erstaunliche Machtfülle, die ihnen bis ins 12. Jahrhundert

die Existenz gegenüber einer Umwelt sicherte, in der längst die zum Christentum bekehrten Fürsten regierten.

Die Vielzahl segmentärer Gesellschaften im östlichen Europa tritt schon in der Mitte des 9. Jahrhunderts in einer Liste von Völkerschaften »am nördlichen Ufer der Donau« hervor, die ein »Bayerischer Geograph« genannter Chronist aufzählte. Die hier mit zumeist slawischen Namen erwähnten 58 Einheiten mit ihren zahlreichen Mikroregionen offenbaren in ihrer Gesamtheit eine völlig andersartige Struktur als die beiden Imperien Byzanz und das Frankenreich, die in der Tradition des Römischen Reiches standen. Eine Ahnung der gesellschaftlichen Vielfalt vermitteln auch im Osten Deutschlands die zahlreich überlieferten Namen von slawischen Stämmen und Siedlungskammern im Gebiet der Elbslawen zwischen Elbe, Saale und Oder.

Zwei miteinander korrespondierende Faktoren gaben seit dem 9. Jahrhundert den Anstoß zu einem Wandel der Verhältnisse, der je nach Region in unterschiedlichem Tempo voranschritt. Erstens erfolgte die Transformation zu zentralisierten Gesellschaften durch gewaltsame Ereignisse. Dabei handelte es sich um Kriege an den Grenzen zu den beiden Kaiserreichen, um Beutezüge steppennomadischer und skandinavischer Nachbarn, um die Errichtung von Tributherrschaft sowie um die militärische Sicherung von Handelswegen und der dortigen Profite. Zweitens wirkten Einflüsse von außen, allen voran die Christianisierung.

Ein erstes Ergebnis des Wirkens dieser Komponenten war das Reich der Mährer (ca. 830 bis Ende des 9. Jahrhunderts) unter der Fürstendynastie der Mojmiriden. Seine kulturelle Blüte mit einer reichen kunsthandwerklichen Hinterlassenschaft in protourbanen Zentren spiegelt wohl auch das Erbe des Awarerreiches wider. Das Mährerreich fand sein Ende durch dynastischen Streit und die Ankunft (in der ungarischen Tradition: »Landnahme«) der Ungarn im Karpatenbecken. Untrennbar ist dieses Reich mit der Mission der Slawenapostel Kyrrill und Method seit 863 verbunden. Seine Organisation wurde in der historischen Forschung zum Teil als Vorbild für die im 10. Jahrhundert entstandenen Fürstenstaaten aufgefasst: Böhmen, Ungarn und Polen, die den Kern des historischen Ostmitteleuropas bilden. An ihren Anfängen standen Expansion und Tributherrschaft

Die Kiewer Rus

Die »Kiewer Rus« war ein mittelalterliches Reich auf Gebieten von Belarus, der Ukraine und Russlands. Die Bezeichnung stammt aus dem 19. Jahrhundert und meint das »Land der Rus aus Kiew«. Gemäß der Nestor-Chronik (12. Jahrhundert) riefen ostslawische und finno-ugrische Gruppen südlich des Finnischen Meerbusens Fürsten von der anderen Seite des Meeres zu sich. Die Wahl fiel auf drei als Rus oder Waräger bezeichnete Brüder: Rurik, Sinaw und Truwor. Waräger waren skandinavische Wikinger, die sich von der Ostsee her als Händler und Krieger entlang der großen Flüsse den Weg zum Schwarzen und Kaspischen Meer erschlossen. Die drei Brüder kamen 862 n.Chr. samt ihrem Rus-Gefolge und ließen sich in Nowgorod, Belo Osero und Isborsk nieder. Rurik, der älteste, begründete die bald slawisierte Rurikidendynastie, die bis zum Tod Iwans IV. (1584) und seines Sohnes Fjodor I. (1598) über die Rus herrschte, über das ostslawische Land, das seinen Namen von den Ankömmlingen des 9. Jahrhunderts adaptierte.

Anfangs herrschten die Rus über Burgstädte wie Rostow, Jaroslawl, Murom, Smolensk und Polozk. 882 eroberte Oleg Kiew für die Rurikiden und verlegte ihren Hauptsitz dorthin. Von hier aus kontrollierten sie den Weg von der Ostsee über den Dnjepr zur byzantinischen Hauptstadt Konstantinopel. Entlang der Handelswege gewann die Kiewer Rus von Galizien bis zum Ladogasee und von der oberen Wolga bis zur nördlichen Ukraine trotz innerer Wirren Stabilität, wozu auch die Christianisierung unter Fürst Wladimir beitrugen. Unsicher war im Süden die Grenze zu den turksprachigen Steppennomaden. Zwischen 1236 und 1241 verheerten die Mongolen die Rus, die in einzelne Fürstentümer zerfiel. Während der Westen und der Süden der alten Rus im 14. Jahrhundert in das Großfürstentum Litauen integriert wurden, erlangten im Nordosten die Fürsten von Moskau Vorrang. Sie warfen die tatarische Oberherrschaft ab und sicherten sich die Großfürstenwürde im Rahmen einer programmatischen »Sammlung der russischen Erde«. Daraus resultierten zahlreiche Kriege mit Litauen und dessen späterem Unionspartner Polen. Heute leiten sowohl die Russländische Föderation als auch die Ukraine ihre nationale Identität aus der Kiewer Rus ab. In Geschichte und Geschichtserzählung sind beide Länder somit vereint und getrennt zugleich.

HH, CL



Quelle: M. Hildermeier: Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution, München 2013, S. 40.

mithilfe militärischer Gefolgschaften und der Anschluss an frühe Handelszentren und -wege. Darin unterschied sich Ostmitteleuropa noch nicht von der nach Osten angrenzenden Kiewer Rus, also dem historischen Kern der heutigen Ukraine, von Belarus und der Russländischen Föderation. Als die expandierenden Herrschaftsgebilde aneinanderstießen, entstanden Konflikte wie zwischen Polen und seinen Nachbarn, nämlich mit Böhmen um die Herrschaft über Schlesien und Kleinpolen, mit Ungarn um Mähren, mit dem ostfränkisch-deutschen Reich um die Lausitzen und mit der Rus um die Tschervenischen Burgen (in der historischen Grenzlandschaft in Ostpolen und der Westukraine). Im Vergleich zu Expansion und Beute gewann bald die Notwendigkeit der Erschließung neuer Einnahmequellen im Innern an Gewicht, unter anderem durch An- und Umsiedlungsaktivitäten und durch neue Formen der Entlohnung der Getreuen.

Böhmen, Ungarn, Polen: Die drei historischen Kernländer Ostmitteleuropas

Es begann eine Phase der Konsolidierung, aus der die bis heute existierenden Staaten hervorgingen. Dabei trat erstens ein soziopolitischer Wandel ein: An die Stelle nebeneinanderstehender gesellschaftlicher Segmente trat im 10. Jahrhundert die fürstliche Alleinherrschaft unumstrittener Dynastien über territoriale Einheiten. So herrschten die Piasten in Polen bis 1370, die Przemysliden in Böhmen bis 1306, die Árpáden in Ungarn bis 1301 und die Rurikiden in der Kiewer, später Moskauer Rus bis 1598. Zweitens erfolgte ein radikaler Wandel im Kultus. Die alte Religion mit ihrer Vielzahl an lokalen und regionalen sakralen Plätzen und Hausgöttern wurde bis zum Ende des 10. Jahrhunderts durch das zentral und hierarchisch organisierte Christentum abgelöst. Die neu eingeführten Kirchenorganisationen mit ihren Bistümern Prag und Olmütz in Böhmen, den Erzbistümern Gnesen in Polen und Gran (Esztergom) in Ungarn sowie der Metropole von Kiew in der Rus kamen der Festigung der Fürstenstaaten zugute. Schließlich ist drittens ein weitgehender Austausch der Eliten in der unmittelbaren Umgebung der Für-

sten zu beobachten. Sie waren nur zum Teil Repräsentanten der älteren Einheiten. Hinzu kamen von außen herbeigeholte Individuen und Gruppen. In Administration, Militär und Kirchenorganisation wurden zugewanderte Personen einbezogen, die in die Gesellschaften der neuen Staaten integriert wurden. Sie wurden direkt entlohnt oder mit Posten in der Verwaltung versehen, wodurch eine enge Bindung zwischen dem Fürsten und seinen Ministerialen entstand.

Im Rahmen dieser Entwicklungen deutete sich um die erste Jahrtausendwende ein im östlichen Europa abgesondertes Ostmitteleuropa zunächst nur dadurch an, dass seine Fürsten die weströmisch-lateinische Taufe empfangen und die Kirchenorganisation unter dem Dach des Vatikans eingerichtet wurde, während die Kiewer Rus Teil der oströmisch-griechischen Kirche wurde. Eine wirklich differenzierende Wirkung hatte dies noch nicht, wie an den Heiratsbeziehungen deutlich wird, welche die Einbindung der ganzen Region inklusive der Rus in die gesamteuropäische Mächtepolitik widerspiegeln. Diese Konstellation blieb auch noch über das häufig für die Kirchenspaltung genannte Jahr 1054 hinaus erhalten. Erst längerfristig verstärkte sich das Bewusstsein für den Unterschied zwischen »Lateinern« und »Rechtgläubigen«. Schließlich meinte Bischof Matthäus von Krakau Mitte des 12. Jahrhunderts, dass die »Rus quasi eine andere Welt« sei. Das minderte aber nicht spätere Ansprüche lateinischer Fürsten aus Polen und Ungarn auf die Herrschaft über das ostkirchlich-altrussische Fürstentum Haljtsch-Wolhynien, die auf dynastischer Verwandtschaft basierten.

Zur Zeit von Bischof Matthäus hatten sich bereits weitere Unterschiede zwischen der Rus und Ostmitteleuropa vertieft. Bis heute ist dies an einer Vielzahl von tätigkeitsbezeichnenden Ortsnamen abzulesen. Sie bezeugen für Polen, Böhmen und Ungarn eine flächendeckende Dienstorganisation, die an fürstliche Burgen und Wirtschaftshöfe gebunden war, wo gemäß dem Fürstenrecht Abgaben und Dienste der Landbevölkerung eingeholt wurden. Da sich hohe Beamte (Kastellane) allmählich fürstliche Rechte über die dienstpflichtige Bevölkerung aneigneten, setzte im Laufe der Zeit ein Prozess der Territorialisierung der älteren Kriegerschicht ein: Es bildete sich ein Adel, für den die direkten Beziehungen zum König zwar wichtig blieben, in

dessen Reihen aber allmählich Staatsvorstellungen jenseits seiner Person erwachsen. Hieran knüpfte sich das neue Selbstverständnis einer »politischen Nation«. Dagegen blieb in der Rus der Gefolgschaftscharakter mit einer stärkeren Bindung der adligen Dienstleute an die Mitglieder der Rurikidendynastie noch weit länger erhalten.

Ostmitteleuropäische Angleichung durch »Landesausbau«

Nach Christianisierung und Staatsbildung bedeutete dann der »Landesausbau« (gemäß älterer deutscher Terminologie die »Ostkolonisation«) des 13. und 14. Jahrhunderts mit der Einführung des »deutschen Rechts« eine weitere, diesmal ökonomische und rechtliche Vereinheitlichung für das östliche Mitteleuropa. Dies lässt sich mit dem Begriffspaar »Verdichtung und Ausweitung« charakterisieren, weil in ihrem Verlauf auch zuvor unbesiedelte Landschaften neu erschlossen wurden. Ostmitteleuropa fand nun den Anschluss an Strukturveränderungen, die im Westen schon eingetreten waren. Die Einführung dort erprobter technischer und sozialer Neuerungen bewirkte eine Agrarrevolution, die durch eine neue Stadtkultur ergänzt wurde. Das dokumentiert nicht nur das vielerorts neu etablierte Stadtrecht, sondern auch die Terminologie: das »Stadt«-Wort (im ursprünglichen Sinn von »Stelle, Stätte«) ersetzte das ältere »Burg« nicht nur im Deutschen, sondern auch in den westlawischen Sprachen und im Ungarischen. Im Russischen blieb dagegen das ältere *grad/gorod* für die »Burgstadt« erhalten, deren Bewohner auch keine rechtlich differenzierende Sonderstellung erlangten. Als Ausdruck des wachsenden Wohlstands der Stadtbürger sind in Ostmitteleuropa die strukturellen Umbrüche bis heute häufig in der Stadtarchitektur mit ihrem regelmäßigen Straßenverlauf im Schachbrettmuster, einer »Großen« oder »Langen« Straße und einem großen Marktplatz samt Rathaus erkennbar. Während sich im Moskauer Staat des 16. Jahrhunderts älteres Fürstenrecht zur unumschränkten Zarenmacht weiterentwickeln sollte, entstand in Ostmitteleuropa insgesamt eine neue Dualität von Staat und

Gesellschaft, wobei Wirtschaftskraft und politische Bedeutung mancher Einzelregionen wuchsen, während die Gesamtstaaten schwächer wurden.

Angesichts der geschilderten Angleichungen schien auch ein politisch-dynastisch vereintes Ostmitteleuropa realisierbar. Konkret erfolgte dies zuerst unter dem böhmischen König Wenzel III., der 1301 nach dem Aussterben der Árpáden als László/Ladislaus V. auch von den ungarischen Großen zum König gewählt wurde. Seinem Vater Wenzel II., der sowohl den Thron Böhmens als auch Polens (hier als Wacław I.) innegehabt hatte, folgte er 1305 in beiden Ländern nach, womit er die drei Königreiche in einer Hand vereinte. Allerdings hielt diese Konstellation nur wenige Wochen an: von Juni bis August 1305. Denn am 5. August verzichtete Wenzel III. gegenüber Albrecht von Habsburg auf Ungarn, und ein Jahr später fiel er einem Mordanschlag zum Opfer, der auch die dynastische Vereinigung von Böhmen und Polen beendete. Die ostmitteleuropäische Königsherrschaft Wenzels blieb also eine Episode. In manchem aber scheint sie eine spätere Entwicklung vorweggenommen zu haben. Dazu gehört die Zusammenkunft der drei Könige Kasimir III. von Polen, Johann von Böhmen und Karl I. von Ungarn im Jahr 1335. Dieses Ereignis hat bis heute eine so hohe Symbolkraft, dass der Ort des Treffens, die ungarische Königsburg Visegrád an der Donau, namenbildend für die Gruppe der Visegrád-Staaten innerhalb der EU wurde – für Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei (damals ein Teil Ungarns) und Ungarn.

Visegrád und einige weitere Treffen der Könige Ostmitteleuropas in der Mitte des 14. Jahrhunderts bezeugten aber nicht nur deren Willen zur Verständigung angesichts dynastischer Nachfolgeprobleme; sie bildeten auch eine Etappe auf dem Weg zur Ausbildung paralleler Verfassungsformen, in denen der Adel als Ganzes immer stärkeres politisches Gewicht erlangte. Immer mehr nahmen die Magnaten, schließlich vereint mit Mittel- und Kleinadel, entscheidenden Einfluss auf die Königswahl. Infolge dieser Partizipation des Adels erfolgte am Ende des Mittelalters noch einmal eine dynastische Vereinigung der drei Königreiche, jedoch bereits erweitert um das Großfürstentum Litauen als Teil seiner Union mit Polen: An der Wende zum 16. Jahrhundert besaß die polnisch-litauische Dynastie der Jagiellonen in Person



Ruine der Burganlage in Visegrád an der Donau, wo sich 1335 die Könige von Polen (Kasimir III.), Ungarn (Karl I.) und Böhmen (Johann) trafen.

der Könige Kasimir IV. Andreas von Polen (1447–1492) und seiner Söhne Vladislav II. von Böhmen (1471–1516) und Ungarn (1490–1516) sowie Johann Albrecht (1492–1501) und Alexander (1501–1505) von Polen die Königsthronen in Polen (vereint mit dem Großfürstentum Litauen), Böhmen und Ungarn.

Die »Republik« Polen-Litauen

Mit der Union von Krewo 1385 sowie der lateinischen Taufe und Krönung des litauischen Großfürsten Jogaila (polnisch Jagiełło) zum König Polens waren nach dem Aussterben der Piasten die Weichen für die Königsherrschaft der Jagiellonen gestellt worden. Polen und Litauen waren fortan in Personalunion vereint, blieben aber eigenständig. Das formal noch heidnische Großfürstentum Litauen war im Laufe des 14. Jahrhunderts durch die Integration von Teilfürstentümern aus dem Bestand der alten Kiewer Rus zum flächenmäßig größten Staat Europas angewach-

sen. In Konkurrenz zu Litauen und auch zu Ungarn hatte aber Polen das Fürstentum Halysch (Galizien) mit seinem Zentrum Lemberg (poln.: Lwów) im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts in die polnische Krone integriert. Das ermöglichte die allmähliche Angleichung eines traditionell ostslawisch-orthodoxen, ruthenischen Gebietes an die ostmitteleuropäischen Spezifika.

In nur eingeschränktem Maße erfolgten diese Prozesse im Territorium des Großfürstentums, wo die Jagiellonen gemäß Erbrecht regierten. So wurde zwar die in Polen und ganz Ostmitteleuropa entwickelte Stadtkultur punktuell nach Osten hin ausgeweitet, sodass Kiew und Minsk gegen Ende des 15. Jahrhunderts das Magdeburger Stadtrecht erhielten. Allerdings genoss der Adel noch nicht die Privilegien seiner ostmitteleuropäischen Standesgenossen, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts konstitutionell verankert wurden. Damals anerkannte König Alexander für Polen das Edikt »Nihil Novi« (Nichts Neues) des polnischen Reichstags von Radom (1505) an. Dem standen die zur selben Zeit verabschiedeten Vorschriften über die ungarische Königswahl zur Seite, und in Böhmen gehörte die im Jahr 1500 erlassene Landesordnung zu diesen entscheidenden Beschlüssen. Sie sicherten dem Adel gegenüber der Königsmacht weitgehende Kompetenzen, ja sie erhoben ihn zu der den ostmitteleuropäischen Staat bestimmenden Elite. Im Großfürstentum Litauen mit seinen heute zu Belarus und der Ukraine gehörenden Territorien erlangten diese Regelungen erst mit der Union von Lublin 1569 Geltung, mit der Polen und Litauen zu einem Staat vereinigt wurden. Diese aus dem späten Mittelalter herrührende, dennoch jetzt neue »Republik« (polnisch Rzeczpospolita) überdauerte bis zum 18. Jahrhundert. Ihr Niedergang unter dem Druck der Nachbarmächte mündete in die Dritte Teilung Polens (1795): Ostmitteleuropa blieb bis zum Ende des Ersten Weltkriegs unter den Großmächten der Neuzeit Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt.

Christian Lübke



picture alliance/Artcolor/Jersicky

»Die Saporoger Kosaken schreiben dem türkischen Sultan einen Brief.« Das Historien Gemälde des russisch-ukrainischen Malers Ilja Repin entstand Ende des 19. Jahrhunderts. Die fiktive Szene aus dem späten 17. Jahrhundert zeigt die Dnjepr-Kosaken, wie sie den Herrscher des Osmanischen Reiches mit grob beleidigenden Worten herausfordern. Das Bild entstand vor dem Hintergrund der russisch-osmanischen Kriege des 19. Jahrhunderts. Dass Zar Alexander III. das Gemälde für viel Geld kaufte, verdeutlicht, wie sehr die Kosaken zur Mythologie seines Imperiums gehörten. Demgegenüber waren die Kosaken in der Frühen Neuzeit eigenständige Gewaltgemeinschaften. Teils im Dienst Russlands oder Polen-Litauens, teils politisch selbstständig, lebten sie in der umstrittenen Grenzzone zwischen den Großmächten. Zeitgenossen nannten diese Zone das »Wilde Feld«. Hier erfolgten die Auseinandersetzungen zwischen dem Osmanischen Reich, den Krimtataren, Polen-Litauen und dem Russländischen Reich. Letzteres eroberte bis zum Ende des 18. Jahrhundert das Schwarzmeergebiet, den größten Teil Polens sowie fast die gesamte Ukraine.

An der Schnittstelle der Imperien. Ostmitteleuropa und das »Wilde Feld« in der Frühen Neuzeit

Erst in der Frühen Neuzeit, also zwischen dem frühen 16. und dem späten 18. Jahrhundert, erlangte der Begriff »Ukraina« annähernd seine heutige Bedeutung. In diesem Grenzland zwischen »Europa« und »Asien« kämpften drei Großmächte: Erstens gehörten das heutige Staatsterritorium von Belarus sowie der Norden und Westen der heutigen Ukraine zur polnisch-litauischen Adelsrepublik. Zweitens beherrschte das Osmanische Reich den gesamten Balkan, Ungarn, die Kaukasusregion und die dazwischenliegende Steppenzone nördlich des Schwarzen Meeres teils direkt, teils über Vasallenstaaten. Drittens schließlich gliederte sich das Moskauer Zarenreich seit dem 16. Jahrhundert die Randgebiete der nördlichen und im 17. Jahrhundert der östlichen Ukraine ein. Im späten 18. Jahrhundert eroberte es den als »Neurussland« bezeichneten Schwarzmeerraum. Bis zum Ersten Weltkrieg wurde der überwiegende Teil der heutigen Ukraine von Moskau aus regiert.

Am Rande der eurasischen Steppe – am Rande »Europas«

Zwischen den drei genannten Großreichen bestand das »Wilde Feld« (dikoe pole/dyke pole). Zeitgenössische Karten vermerkten diese Steppe im Süden der Ukraine als »loca deserta«, als Einöde. Neben dem unabhängigen Hetmanat der Kosaken am Dnjepr bestand hier ein komplexes Mit- und Gegeneinander von sesshaften Ackerbauern und Nomaden: Schon dem Reich der Kiewer Rus lagen die Weide- und Durchzugsgebiete der nomadischen Kumanen gegenüber. Mit dem Mongolensturm ab 1237 wurde das russische Kerngebiet unterworfen und Kiew im Jahr 1240 zerstört. Für die folgenden zwei Jahrhunderte blieb das Moskauer Herrschaftsgebilde den tatarischen Nachfolgern des Mongolenreichs tributpflichtig. Dieses Goldene Horde genannte

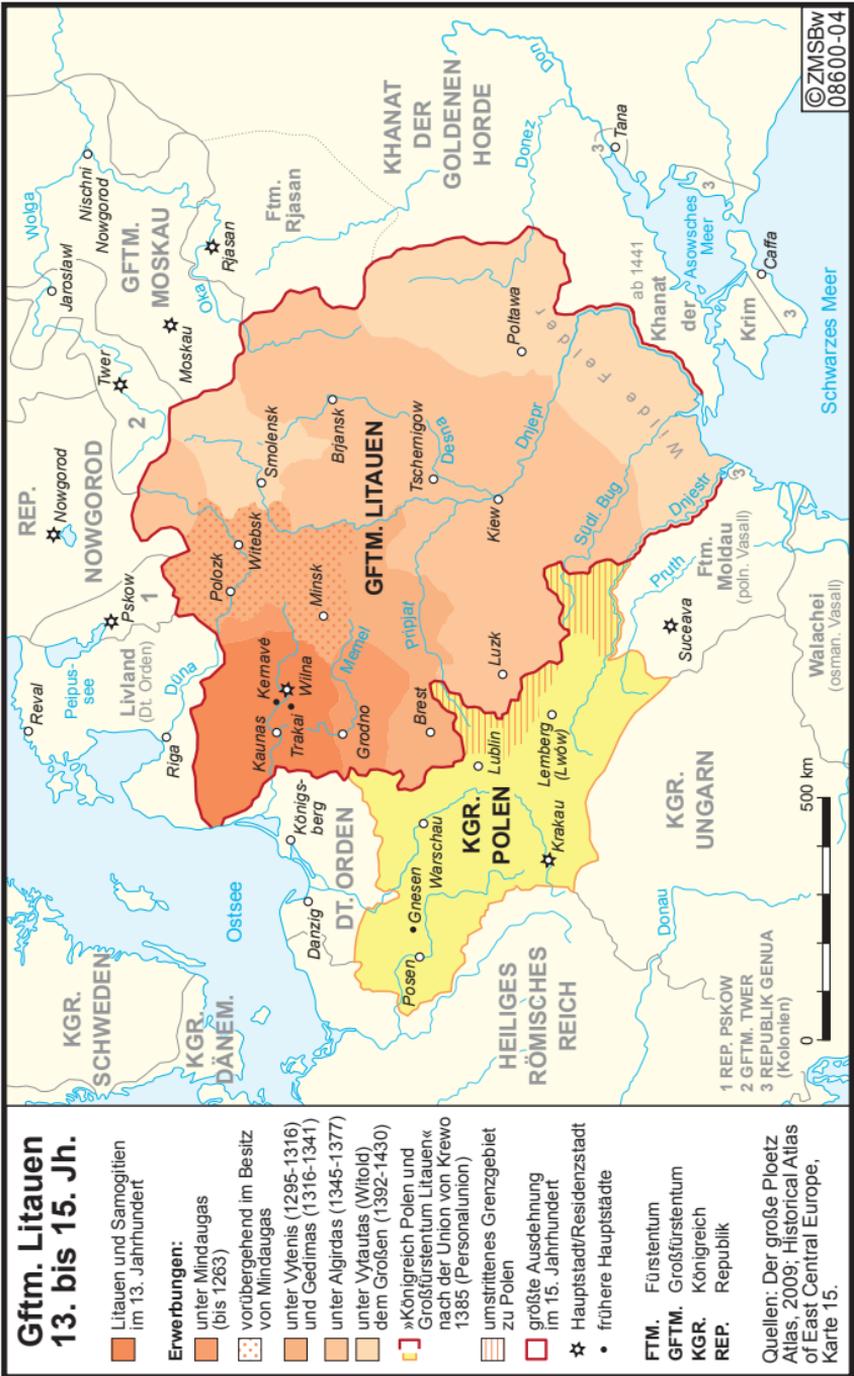
Reich mit seiner zum Islam konvertierten Herrschaftsschicht zerfiel um die Mitte des 14. Jahrhunderts in mehrere Nachfolgereiche. Dazu zählten unter anderem die Khanate Kazan an der mittleren und Astrachan an der südlichen Wolga. Beiderseits dieses großen Stroms war die Nogai-Horde ansässig, nördlich des Kaukasus lebten die Nogai-Tataren. Während diese turksprachigen Völker der islamischen Religion anhingen, waren die im frühen 17. Jahrhundert von Zentralasien in den Schwarzmeerraum eindringenden Kalmücken mongolischsprachig und buddhistisch.

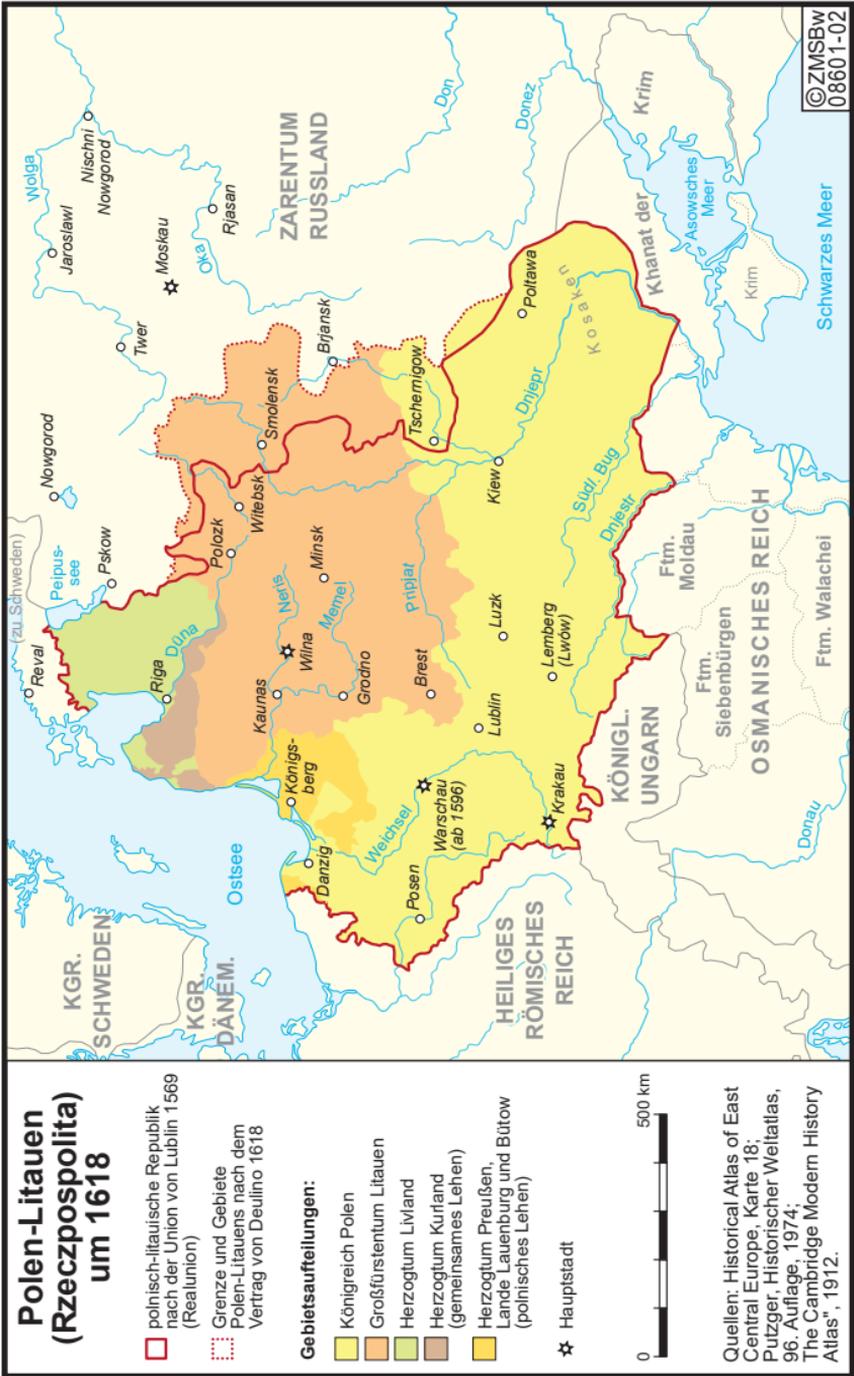
Auf der polyethnisch bewohnten Halbinsel Krim und der nördlich angrenzenden Steppe bildete bis ins späte 18. Jahrhundert das muslimische Khanat der Krimtataren unter der Dynastie der Giray einen Machtfaktor in der Region. So wie alle nomadischen Völker besaß es ebenfalls eine leistungsstarke leichte Kavallerie. Zudem aber erlaubte seine komplexe Staatsstruktur, trotz der Anlehnung an das Osmanische Reich, eine eigenständige Politik gegenüber den Großmächten.

Bis zur russischen Eroberung der Region erfolgten im Rahmen der sogenannten Steppenpolitik komplexe Aushandlungsprozesse, Bündniswechsel und interne Machtverschiebungen. Mit der seit dem späten Mittelalter einsetzenden und im 18. Jahrhundert beschleunigten europäischen Siedlung verkleinerte sich der Raum zwischen den Sommer- und Winterweidegebieten der nomadischen Völker. Vor allem im Russländischen Reich verdichtete sich parallel dazu die Herrschaft. Bis ins 19. Jahrhundert blieben die Staatsgewalt lückenhaft, die Grenzen offen und die Reiche polyethnisch, doch formten die Moskauer Zaren und Zarrinnen zunehmend ein auf klare Binnenhierarchien und eindeutige Außengrenzen ausgerichtetes Territorium.

Die polnisch-litauische Adelsrepublik

Im Spätmittelalter stieg das Großfürstentum Litauen zur Großmacht auf. Unter Algirdas (1296/1345–1377) und Vytautas (polnisch: Witold, ca. 1354/1392–1430) expandierte es bis zur Schwarzmeerküste und beherrschte Teile der vormaligen Rus. Trotz seiner noch heidnischen Großfürsten stützte sich die litauische Herrschaft auf die ostslawische Amts- und die kirchensla-





wische Literatursprache. In innerdynastischen Kämpfen erhob sich Jogaila (ca. 1362–1434) im Jahr 1377 zum Großfürsten. Seine Heirat mit der polnischen Königstochter Hedwig (Jadwiga) führte ab 1386 zu einer Personalunion zwischen dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen. Der gleichzeitig getaufte, nun als Władysław II. Jagiełło firmierende König herrschte über ein Reich, in dem die katholische Konfession die Legitimität stiftete. Zudem erfolgte eine zunehmende sprachliche und kulturelle Polonisierung der litauischen und ostslawischen Eliten. Im Nordosten, in (Ost-)Preußen und im Baltikum, wurde der jahrzehntelange Konflikt mit den Deutschordensrittern 1410 durch die Schlacht bei Tannenberg zugunsten des Doppelreichs entschieden. Nachdem Polen in einem erneuten Krieg die preußischen Städte gegen ihre Deutschordensherren unterstützt hatte, brachte es den westlichen Teil Preußens 1466 als »königliches Preußen« unter seine Oberhoheit.

Mit seiner Expansion nach Südosten geriet das Polnisch-litauische Reich in Konflikt zum Osmanischen Reich und brachte phasenweise dessen Vasallenstaat Moldau unter seine Oberhoheit. Vor allem unter dem Eindruck der Expansion des Moskower Reichs beschloss der polnisch-litauische Adel am 12. August 1569 in Lublin, die bestehende Personalunion des Herrscherhauses zur staatsrechtlichen Realunion zu vertiefen. Die Masse des ukrainischen Gebiets gelangte nun vom litauischen zum polnischen Reichsteil. Wie in vielen frühneuzeitlichen Monarchien Westeuropas existierten in Polen-Litauen dezentrale Strukturen, doch anders als dort blockierte der Adel die Versuche der Könige, ihre Zentralgewalt durchzusetzen. Somit galt das Reich als Adelsrepublik, als Rzeczpospolita. Anders als sonst in Europa umfasste der Kleinadel, die Szlachta, rund zehn Prozent der Bevölkerung, während die wenigen Magnaten teils riesige Güter besaßen. Beide Adelsgruppen vereinte das Interesse, auf ihren Landsitzen unbehelligt von der Zentralgewalt zu bleiben und ihr Steueraufkommen für die Armee gering zu halten. Eine enge Symbiose mit der polnischen Herrschaftsschicht gingen jüdische Gutsverwalter, Schankwirte und Geldverleiher ein. Im Gegensatz zu den sich modernisierenden Armeen in West- und Mitteleuropa und bald auch im Zarenreich behielt die polnisch-litauische Armee noch lange Zeit den Charakter eines adlig

dominierten Gefolgschaftsverbands. Oft unterhielten die Magnaten Privatarmeen.

Im Parlament der Adelsrepublik, dem Sejm, besaß jeder Vertreter die Möglichkeit, ein Veto gegen Gesetzesvorlagen einzulegen. Beschlüsse erforderten Einstimmigkeit im Sejm, weswegen insbesondere bei Königswahlen erhebliche Bestechungssummen zur Entscheidungsfindung fließen mussten. Die Städte waren sehr auf ihre Eigenständigkeit bedacht. Dies galt vor allem für Danzig als Drehscheibe des Getreideexports. Den schwachen Status der polnischen Krone bestätigte nach dem Tod von Sigismund II. August die Inthronisierung des Heinrich von Valois (1573/74): Schon ein Jahr nach seiner Wahl zum König von Polen und Großfürsten von Litauen reiste der Prinz aus dem französischen Königshaus eigenmächtig ab. Nach einer regentschaftsfreien Zeit folgte 1776 der Ungar Stefan Báthory (1533/1576–1586) als Staatsoberhaupt von Polen-Litauen nach, der zudem danach trachtete, Polen, Litauen, Russland und Siebenbürgen zu einem Staat zusammenzufassen – erfolglos.

Gegen das Russland Iwans IV. (1530/1547–1584) führte die polnisch-litauische Adelsrepublik lange Kriege. Der russische Drang nach einem Zugang zur Ostsee sowie die konkurrierende Herrschaftslegitimation aus der Kiewer Rus machten beide Reiche zu Dauergegnern. Russlands innere Krise nach dem Tod Iwans nutzte der polnische König Sigismund III. (1566/1587–1632), dazu, zwischen 1609 und 1618 ins russische Kerngebiet vorzudringen und sogar Moskau besetzen zu lassen. Schon zuvor hatten sich in der Kirchenunion von Brest im Oktober 1596 die Führer der orthodoxen Reichsteile der religiösen Oberhoheit des Papstes in Rom unterstellt, allerdings unter Beibehaltung des orthodoxen Ritus.

Unter den Zaren Michail (1596/1613–1645) und Alexei (1629/1645–1676) aus der Romanow-Dynastie erfolgte eine Konsolidierung des Russländischen Reichs. Dies verband sich mit wiederholten Kriegen zwischen Russland und Litauen-Polen. Während sich im Zarenreich die Herrschaftskonzeption der Autokratie festigte, hatte König Władysław IV. (1595/1632–1648) zahlreiche Auseinandersetzungen mit dem Adel und den Kosaken seines Reichs auszutragen. Von 1648 bis 1657 erschütterte der große Kosakenaufstand des Hetmans Bohdan Chmelnyzkyj

die Adelsrepublik. Neben den Kämpfen erfolgten massive Ausschreitungen gegen polnische Adlige und Vertreter der katholischen Kirche sowie Massaker an der jüdischen Bevölkerung mit Zehntausenden von Opfern. Nachdem sich das Kosakenhetmanat 1654 mit Russland verbündet hatte, führte Polen-Litauen erneut Krieg gegen Russland und trat 1667 definitiv die Ukraine östlich des Dnjepr ab. Weil die Armee Schwedens, der neuen Vormacht im Ostseeraum, das Land ab 1655 ebenfalls verwüstete, blieb die Zeit als »Sintflut« im polnischen Gedächtnis. Doch bewies die polnische Armee unter König Jan III. Sobieski (1629/1674–1696) im September 1683 ihre Schlagkraft, als sie zum Sieg über das osmanische Belagerungsheer vor Wien beitrug. Von 1697 bis 1763 gelangten zwei sächsische Kurfürsten auf den polnisch-litauischen Thron. Unter August dem Starken (polnisch: August II., 1670/1697–1733) wurde Polen-Litauen von 1700 bis 1721 Schauplatz des Großen Nordischen Krieges. Auch im Siebenjährigen Krieg von 1756 bis 1763 war das Land Aufmarschgebiet für fremde Armeen. Kurz nach dessen Ende wurde Stanislaus II. August Poniatowski (1732/1764–1798) mit Unterstützung seiner Gönnerin Katharina II. der Großen (1729/1762–1796) zum König gewählt. Trotz und auch wegen der Versuche, die Zentralgewalten der Adelsrepublik zu stärken, probten ab 1768 in der rechtsufrigen (westlichen) Ukraine die Hajdamaken einen Aufstand. Auch dieser richtete sich gegen die Adelsherren, und erneut verband er sich mit antijüdischen Pogromen. Im selben Jahr schlossen polnische Kleinadlige die Konföderation von Bar. Sie diente der Verteidigung ihrer Autonomie und zielte maßgeblich auf Russland, dessen Truppen dann auch einmarschierten. Die Kämpfe dauerten bis zur Ersten Polnischen Teilung von 1772. Neben Gebietsverlusten an Russland fiel Westpreußen an Preußen und Galizien an Österreich. Parallel stand Polen-Litauen im Krieg mit dem Osmanischen Reich. Die Reformen Poniatowskis und seiner vom Geist der Aufklärung geprägten Unterstützer mündeten in die am 3. Mai 1791 verabschiedete erste republikanische Verfassung Europas; erst vier Monate später folgte das seit 1789 revolutionäre Frankreich mit seiner Verfassung.

Inzwischen versuchte Katharina die Große alle revolutionären und antimonarchischen Bewegungen niederzuhalten. So



Erste Polnische Teilung 1772: Die Karikatur zeigt Katharina II. (Russland), Leopold II. (Heiliges Römisches Reich) und Friedrich Wilhelm II. (Preußen) an einem Tisch sitzend, auf dem eine Landkarte Polens liegt. Hinter ihnen stehen Ludwig XV. (Frankreich) und Karl III. (Spanien), noch weiter hinten schläft auf einem Thron Georg III. (Großbritannien). Links im Bild sitzt mit gesenktem Kopf, einer zerbrochenen Krone und auf dem Rücken gefesselten Händen der König von Polen, zu seiner Linken steht Sultan Selim III. in Ketten, über dem Tisch hängt eine aus dem Gleichgewicht geratene Waage mit der Aufschrift »The Ballance of Power«.

lösten die erneuten antirussischen Bewegungen in Polen eine weitere russische Intervention aus, die nach heftigen Kämpfen die Adelsrepublik auslöschte: Mit der Zweiten Polnischen Teilung gehörten ab 1793 Weißrussland sowie die westufrige Ukraine zum Reich der Zarin. Zwei Jahre später verschwand Polen-Litauen komplett von der Landkarte. Ironischerweise erhielt das Russländische Reich damit aber eine Adelsschicht, in der die Polen zahlenmäßig dominierten; diese brachten ihr nationales Bewusstsein weiterhin politisch und kulturell zur Geltung. In ganz anderer Weise wurden die ukrainischen Eliten aus den vormaligen Kosakengebieten integriert – als nunmehr meist russischsprachige »Kleinrussen«.

Die Expansion des Russländischen Reichs bis zum Nordischen Krieg

Das ethnisch russisch besiedelte »Russland« im engeren Sinn ist zu unterscheiden vom »Russländischen Reich« mit seinen zahlreichen nichtrussischen Völkern. Neben den am Ost- und Südrand Europas lebenden muslimischen und turksprachigen Tataren gehörten hierzu seit dem späten 17. Jahrhundert die Ukrainer. Mit einem ersten Sieg über die Tataren im Jahr 1380 demonstrierte das Moskowiter Fürstentum erstmalig seine Eigenständigkeit, vergrößerte sich anschließend zulasten seiner ostslawischen Nachbarterritorien und wurde 1480 auch formal von der Goldenen Horde unabhängig. Die Bündniskonstellationen wechselten: Während zuvor oft Moskau und das Krimkhanat gemeinsam gegen die Goldene Horde und Polen-Litauen gekämpft hatten, richteten sich die Allianzen des Krim-Khanats und Polen-Litauens nun gegen die Moskowiter. Mehrfach drangen tatarische Kriegszüge weit in deren Gebiet ein. Nach der osmanischen Eroberung Konstantinopels im Mai 1453 stellte sich der Moskauer Herrscher Iwan III. (1440/1462–1505) mit dem Zarentitel in die Linie des untergegangenen byzantinischen Kaiserreichs und bekundete die Gleichrangigkeit mit den Kaisern im Westen. Um 1503 gelangte Sewerien, das Grenzgebiet zwischen der nördlichen Ukraine und dem südlichen Russland, an das Moskauer Reich.

Eine Epoche der inneren Reform, der äußeren Expansion, aber auch der Krise war die Regierungszeit Iwans IV. (des »Gestrengen« oder »Schrecklichen«, 1530/1547–1584). Mit der neu aufgestellten Strelitzentruppe gelang ihm am 2. Oktober 1552 die Eroberung Kasans und vier Jahre später des Khanats von Astrachan. Neben den langen Kämpfen um die Ostseeküste im Livländischen Krieg gegen Polen-Litauen, Schweden, Dänemark und den Livländischen Ordensstaat (1558–1583) wiederholten sich Einfälle aus dem Süden: Die tatarische Belagerung Moskaus von 1571 löste einen Großbrand aus, der die Stadt zerstörte. Danach aber lief die territoriale Expansion umgekehrt: entlang der Wolga und nach Sibirien. Spätestens jetzt regierten die Moskauer Herrscher ein multiethnisches Reich. Ab 1560 initiierte der ohne-

hin gewalttätige Zar eine Terrorherrschaft, zumal gegen die einflussreichen Bojaren. Auf seinen Tod 1584 folgten Herrschaftskrise und Bürgerkrieg. In diese »Zeit der Wirren« (Smuta) von 1598 bis 1613 fiel nicht nur der Aufstand von Kosaken und Bauern unter Iwan Bolotnikow, der 1606 vor die Tore Moskaus zog, sondern auch die zweijährige Besetzung Moskaus durch polnisch-litauische Truppen und deutscher Söldner ab 1610. Nicht zufällig erhob Präsident Wladimir Putin den Abzugstag vom 4. November 1612 im Jahr 2005 zum offiziellen Feiertag.

Nachdem die auswärtigen Besatzer durch ein russisches Aufgebot aus Adel und Bevölkerung vertrieben worden waren, wurde Michail Romanow (1596/1613–1645) von der russischen Ständeversammlung zum ersten Zaren dieser Dynastie gewählt. Unter ihm und seinem Sohn Alexei I. (1629/1645–1676) gelang eine Konsolidierung des Reichs, in das nun auch die linksufrige (östliche) Ukraine einschließlich der Stadt Kiew integriert wurde. Zur europäischen Großmacht wurde dieses Reich unter Peter I. dem Großen (1672/1682–1725). Nachdem dieser sich gegen seine Halbschwester Sofia und das sie unterstützende Strelitzenkorps



Peter I. der Große, Zar und Großfürst von Russland, Kaiser des »(All-)Russischen Imperiums«. Kupferstich, nach 1696, von Christian Lorenzen Rothgiesser.

ab 1682 durchgesetzt hatte, reformierte er Militär und Adel. Sein Feldzug nach Süden von 1695/96 führte zur Einnahme der osmanischen Festung Asow, die bis 1711 russisch blieb. Dagegen erwiesen sich Peters Feldzüge zur Eroberung des russischen Ostseezugangs als langfristig erfolgreich. Im Großen Nordischen Krieg (1700–1721) kämpfte eine Dreierallianz aus Russland, Sachsen sowie Dänemark gegen Schweden. Zunächst, im November 1700, brachte der junge schwedische König Karl XII. seinem russischen Konkurrenten Peter I. bei Narva eine katastrophale Niederlage bei. Nach wechselhaftem Kriegsverlauf und der zwischenzeitlichen Absetzung Augusts II. als polnischer König unternahm Karl XII. ab 1708 einen Angriff auf Russland bis tief in die Ukraine. Doch wurde die durch Gewaltmärsche und den Verlust der Nachschubkolonne geschwächte schwedische Armee zusammen mit dem verbündeten Kosakenhetman Iwan Masepa in der Schlacht bei Poltawa am 8. Juli 1709 vernichtend geschlagen. Dieser russische Sieg leitete die definitive Herrschaft Moskaus über die linksufrige Ukraine ein. Vor allem aber bestätigte der Friedensschluss von 1721 die Eroberung des nördlichen Baltikums sowie jenes Gebiets, auf dem ab 1703 die neue (und parallel zu Moskau bestehende) Hauptstadt St. Petersburg errichtet wurde.

Mit den Reformen Peters I. gelang es der Romanow-Dynastie, die Autokratie als Herrschaftsform zu etablieren und sich dabei auf die Loyalität des Adels sowie auf einen zunehmend institutionalisierten Staatsapparat und die Armee zu stützen. Phasenweise griff das Russländische Reich sogar über das Kaspische Meer nach Persien aus. Allerdings führten die zunehmende Ausbeutung und Verarmung breiter Schichten zu großflächigen Aufständen an der Peripherie. Am nachhaltigsten wirkte die Revolte unter dem Ataman der Donkosaken Stenka Rasin, die maßgeblich von bäuerlichen und nichtrussischen Bevölkerungsschichten getragen wurde und von 1669 bis 1671 die gesamte Region der unteren Wolga erfasste. Eine ähnliche Rebellion erfolgte in den Jahren 1707/08 unter Kondratyj Bulawin. Dass vom linken Dnjeprufer aus bis vor den Zugang zum Asowschen Meer mehrere Befestigungslinien den Nordosten der Ukraine durchzogen, diente also der inneren wie der äußeren Konsolidierung einer keineswegs überall gesicherten Herrschaft des Zaren.

Kosaken: Von freien Kriegerern zum Dienst für das Imperium

Wie im Polnisch-litauischen Reich sicherten auch im Russländischen Reich Kosakenverbände die Landesgrenzen, die sukzessive nach Süden und Osten verschoben wurden. Zudem expandierte Moskaus Reich hinter dem Ural. Die Erschließung Sibiriens durch Handel, Gewalt und Tributforderungen im Auftrag des Zaren verbindet sich namentlich mit dem Kosakenführer Jermak Timofejewitsch. Die Durchdringung des Kontinents entlang der Flussläufe endete 1639 am Pazifik. Doch traten Kosaken auch als Faktor der Anarchie in Erscheinung; so in der »Zeit der Wirren« unter Iwan Bolotnikow (1565–1608). Dieser war aus der Leibeigenschaft geflohen, wurde Kosak und später von Krimtataren versklavt. Seinem Schicksal als Galeerensklave entkam er, floh über Venedig in die nördliche Ukraine und stellte dort ein Kosakenregiment auf. Mit seiner Aufstandsarmee belagerte er im Herbst 1606 Moskau. Zwar wurde er im Folgejahr geschlagen und 1608 hingerichtet, doch wiederholte sich dasselbe Muster auch in den folgenden Jahrzehnten: Gegen die ausgreifende Staatsmacht vereinten sich Kosaken, bäuerliche Unterschichten und nichteuropäische Völker zu großen Aufstandsbewegungen.

In Polen-Litauen trugen Kosaken 1621 maßgeblich zum Sieg über ein osmanisches Heer bei Chotyn bei. Die Stadt Kiew mit seinem Höhlenkloster und den dortigen Bildungsinstitutionen erhielt gleichfalls im 17. Jahrhundert eine wichtige Rolle für die Ausbildung ukrainischer Eliten, die sich zunehmend gegen die polnisch-katholische Dominanz auflehnten. Die Kosakenaufstände von 1637/38 und vor allem der ab 1648 von Hetman Bohdan Chmelnyzkyj getragene Volksaufstand gegen die polnische Oberhoheit galten später als die »goldene Zeit« des Kosakentums. Im Folgejahr zog der Hetman triumphal in Kiew ein. Damit einher gingen massive Ausschreitungen gegen die katholische Geistlichkeit und polnische Adlige sowie Massaker gegen die der Kollaboration verdächtige jüdische Bevölkerung. Trotz des 1649 geschlossenen Vertrags von Zboriw mit Polen-Litauen blieb das Bündnis fragil. Es folgten weitere Kämpfe und die

Kosaken

Der Begriff »Kosak« ist turksprachigen Ursprungs und bedeutet »freier Krieger«. Anfangs handelte es sich bei den Kosaken noch um Tataren, die sich seit dem 15. Jahrhundert im sogenannten Wilden Feld niederließen. Deren Gruppen wandelten sich bald zu polyethnischen Gemeinschaften, die seit dem 16. Jahrhundert an der Steppengrenze entlang der großen Flüsse siedelten. Die kriegerischen Verwüstungen im Polnisch-litauischen wie im Russländischen Reich, die steigenden Abgabenlasten und eine sich gleichzeitig verschärfende Grundherrschaft und Leibeigenschaft veranlassten zahlreiche Bauern zur Flucht und zum Fortzug in die siedlungsarmen Räume. Indem sie Kleidung und Bewaffnung ihrer Nachbarn übernahmen, »kosakisierten sich« die europäischen Siedler; sie entwickelten eine hybride Kultur, die sie von anderen europäischen Völkern abgrenzte. Mit ihrem orientalischen Habitus, dem orthodoxen Glauben, der russischen oder ukrainischen Sprache und ihrer kriegerisch-freiheitlichen Männerkultur galten die Kosaken oft als eine eigene Ethnie.

In diesem Sinne beschrieb sie das Zedler-Lexikon im Jahr 1737 als »gute Soldaten und noch bessere Räuber«. Die zunächst ausschließlich aus Männern bestehenden Gewaltgemeinschaften lebten von der Jagd, vom Fischfang und von Raubzügen. Anfangs stützten sie sich bei ihren Unternehmungen vor allem auf ihre Boote, später übernahmen sie die Taktik der leichten Reiterei. Zu ihren gewalttätigen Geschäftsfeldern gehörten neben dem Einbringen materieller Beute auch Geiselnahmen zur Lösegelderpressung und der Menschenhandel. Zunehmend wurden Kosaken von verschiedenen Herrschern zum Grenzdienst eingesetzt.

Eine größere freie Kosakengemeinschaft bildete sich um die Mitte 16. Jahrhunderts am Dnjepr, als sie unter ihrem Anführer (Hetman) Dmytro Wyschnewekyj eine Befestigungsanlage auf der Insel Chorutzja errichteten. Dass diese als »Sitsch« bezeichnete Siedlung »jenseits der Stromschnellen« (*za poroge*) lag, verlieh ihnen den Namen Saporoger Kosaken. Ähnliche Siedlungen entstanden am unteren Don, am Ural (Jaik) sowie am Terek nördlich des Kaukasus, nicht aber an der Wolga, wo die russische Herrschaftsverdichtung bereits weiter fortgeschritten war.

In den freien Kosakengemeinschaften verzahnten sich militärische, politische und gesellschaftliche Ordnung: Entscheidungen wurden durch alle Männer im »Ring« getroffen, in dem auch der Hetman gewählt wurde. Trotz ihrer Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit differenzierten sich die Gemeinschaften infolge ihres zahlenmäßigen Anwachsens, sodass den einfachen Kosaken eine Offizier- und Führungsschicht gegenüberstand. Aus Sicht der Großmächte waren die Kosakenverbände einerseits als Bündnispartner gefragt, andererseits als Quelle von Aufständen und sozialer Anarchie gefürchtet. Abgesehen vom Kampf in der Steppe führten sie weiträumige Überfälle zur See durch: Im Jahr 1637 gelang den Donkosaken die Eroberung von Asow (Tana). Andere Raubzüge führten sie über das Schwarze Meer nach Kleinasien bis vor Konstantinopel und über das Kaspische Meer nach Persien. Kosaken verdingten sich als Dienstleute im Dienst der Großmächte, als Teil von Privatarmeen der Magnaten, zum Schutz von Städten und als Wehrbauern.

Seit den 1570er Jahren existierten erste »Registerkosaken«, die in ein Soldregister eingetragen waren, als reguläre Kämpfer im polnisch-litauischen Dienst. Um diesen Status entbrannten in den 1590er Jahren und zu Anfang des 17. Jahrhunderts heftige Auseinandersetzungen mit dem polnischen Adel, da sich daran garantierte Soldzahlungen knüpften. Zudem traten die Anhänger der Orthodoxie den Bestrebungen des polnisch-litauischen Reichs entgegen, ihre Kirche an Rom zu binden. Die Kosakenaufstände in der Ukraine erhielten somit eine konfessionelle und protonationale Prägung. Von Kosaken getragene weiträumige Aufstände erfolgten auch im Russländischen Reich.

Bis zum 19. Jahrhundert wurden die Kosakenheere zunehmend reguliert, sodass es zuletzt zwischen dem Don und dem Ussuri elf Kosakenheere gab. Spätestens die Teilnahme am Vaterländischen Krieg gegen Napoleon im Jahr 1812 und die folgenden Feldzüge durch Deutschland und nach Frankreich sicherten ihnen einen bleibenden Platz im russischen wie im ukrainischen Nationalmythos. Schon zuvor hatten sie sich vom Element der Anarchie zu einem Instrument der äußeren Expansion und gleichzeitig der inneren, gewaltsamen Herrschaftsausübung des Zarenreichs gewandelt.

MR

Niederlage der Kosaken, deren Hetman nun die Anlehnung an Moskau suchte. Das am 18. Januar 1654 zwischen Chmelnitzkyj und Alexei I. geschlossene Abkommen von Perejaslaw besiegelte ein gemeinsames Vorgehen.

Die ukrainische und die russische Geschichtsschreibung deutet das Abkommen sehr unterschiedlich: als ein Bündnis unter Gleichen oder als Unterordnung der Kosaken unter Moskau. Nicht zufällig wurde 1954, genau 300 Jahre später, die Halbinsel Krim von der Russischen an die Ukrainische Sowjetrepublik übertragen. Schließlich gingen die Herrschenden in Moskau davon aus, dass beide Länder ohnehin historisch untrennbar seien. Mit dem Vertrag von Hadjatsch fand das Kosakenhetmanat 1658 einen temporären Ausgleich mit Polen-Litauen. Doch wurde mit dem 1667 geschlossenen polnisch-russischen Waffenstillstand nicht nur das Gebiet um Smolensk an Russland abgetreten, sondern auch die linksufrige (östliche) Ukraine einschließlich Kiews. Ein Jahrzehnt später wurde der Kiewer Metropolit dem Patriarchat in Moskau unterstellt. Auf dem rechten Ufer des Dnjepr beendete Polen-Litauen 1699 das bis dahin eigenständige Kosakenhetmanat. Davor war das Gebiet derart von Kriegszügen seiner Nachbarn heimgesucht worden, dass diese Zeit als »Ruin« in Erinnerung blieb.

Im 18. Jahrhundert verloren auch die Kosaken am Dnjepr ihre Eigenständigkeit. Ihr Hetman Iwan Masepa (1639/1686–1708) beendete im Großen Nordischen Krieg sein bisheriges Bündnis mit Peter dem Großen durch einen Wechsel auf die schwedische Seite. Russischerseits gilt er seitdem als das Sinnbild eines Verräters. In der ukrainischen Geschichtsdeutung firmiert er dagegen als Held, der ein letztes Mal versuchte, die beiden Landesteile zu vereinen. Nach dem Ende des Krieges setzte die Moskauer Regierung 1722 das Kleinrussische Kollegium ein, also eine innere Verwaltungseinrichtung. Die linksufrige Ukraine und mit ihr die Saporoger Kosaken gehörten nun zum Russländischen Reich. Dieses verdichtete seine Herrschaftsausübung zunehmend. Seit 1754 wurde auch der Ataman der Donkosaken von Moskau eingesetzt. Am Dnjepr amtierte Kirill Rasumowski (1728–1764) als letzter Hetman. Der ukrainischstämmige Gelehrte verdankte seinen Aufstieg seinem Bruder, dem Favoriten der Zarin Elisabeth Petrowna (siehe hierzu auch den Beitrag »Die weibliche Seite der

Geschichte«). Während Elisabeth ihre außenpolitischen Energien in den Siebenjährigen Krieg gegen Preußen lenkte, betrieb ihre Nachfolgerin Katharina II. (1729/1762–1796) die Expansion des Russländischen Reiches konsequent zum Schwarzen Meer und zur Donaumündung. Im zweiten Jahr ihrer Herrschaft setzte sie Rasumowski als Hetman ab, ohne einen Nachfolger zu bestimmen – und ernannte ihn zum Feldmarschall. Im Krieg gegen das Osmanische Reich (1768–1774) wurde das Krimkhanat offiziell unabhängig, bis es 1782 vom Russländischen Reich erobert und im Folgejahr annektiert wurde. In diesem und im folgenden Krieg (1787–1792) wirkte der Favorit und (heimliche) Ehemann Katharinas Grigori Potjomkin (1739–1791) als Oberbefehlshaber und avancierte als Fürst von Taurien zum Statthalter in den als »Neurussland« titulierten neuen Gebieten.

Parallel zur Südexpansion erfolgten jedoch Aufstände in den Grenzregionen. Am gefährlichsten für die Herrschaft der Zarin war der Aufstand unter Führung des Donkosaken Jemeljan Pugatschow zwischen 1773 und 1775. Dieser gab sich als noch am Leben befindlicher Gatte Katharinas und rechtmäßiger Herrscher Peter III. aus. In Westsibirien und an der Wolga versammelte er die dortigen Kosaken, die Unterschichten sowie Baschkiren, Tataren und Kalmücken gegen die Zentralgewalt. Nach der Niederschlagung dieser Großrevolte und in Anbetracht der Rolle, welche die am Fluss Jaik ansässigen Kosaken gespielt hatten, dekretierte die Zarin 1775 den Namenswechsel von Fluss und Gebirge zu »Ural«. Er bildet seitdem eine mehr politische denn geographische Grenze zwischen »Europa« und »Asien«. Ebenfalls 1775 erfolgte im Zuge des Feldzugs auf die Krim die Zerstörung der Saporoger Sitsch. Die Eroberung der Steppe im südlichen Ostmitteleuropa war damit abgeschlossen.

Nationen und Mythen nach dem Ende des freien Kosakentums

Durch die Integration der kosakischen Elite in den Adel und der Kosaken in die russische Armee entstand in Russland wie in der Ukraine ein nationaler Mythos um die Kosaken. Doch gelang

es dem Reich letztlich nicht, die polnische Adselite für sich zu vereinnahmen. Seit den Polnischen Teilungen stellte sie den personenstärksten Teil im Adel des russländischen Imperiums. Die polnischen Aufstände bezeugten den zunehmenden Gegensatz der nationalen gegenüber der früheren übernationalen imperialen Herrschaftskonzeption.

Auch verstärkte sich die europäische Kolonisierung in Neurussland und an der Wolga. Mit der Ausweitung der Ackerbauzonen verband sich eine gezielte russische wie ausländische Besiedelung. Die damit einhergehende Verdrängung nomadisierender Ethnien verschärfte die Konflikte: So sahen sich die Kalmücken gezwungen, in ihre früheren Siedlungsgebiete Zentralasiens zurückzukehren, wobei aber ein erheblicher Teil von ihnen den Angriffen der Kasachen zum Opfer fiel. Gleichwohl integrierte das Russländische Reich kooperationswillige Eliten: So wie zuvor schon Tataren aus dem Raum Kasan in den Reichsadel aufgestiegen waren, beteiligten sich Eliten aus der Ukraine, Georgien und anderen Reichsteilen an der imperialen Expansion, die sich nun auf die Kaukasusregion und später nach Zentralasien richtete. Von der polyethnischen Reichskonzeption zeugten die komplexen Siedlungsstrukturen in der Ukraine und in Südrussland. Neben den im späten 18. Jahrhundert unter Katharina der Großen nördlich der Kalmückensteppe an der Wolga angesiedelten Deutschen erfolgte zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine russische, ukrainische, bulgarische, deutsche und weitere europäische Besiedlung am Schwarzmeersaum. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde die krimtatarische Bevölkerung nach dem Krimkrieg zunehmend verdrängt, genauso wie die Völker nördlich des Kaukasus. Durch die dortigen Kosaken wuchs dagegen der ukrainische Bevölkerungsanteil. Von den demographischen Bewegungen aus der litauisch-polnischen Zeit zeugte die massive jüdische und polnische Siedlung rechts des Dnjepr. Im neuerworbenen Gebiet östlich des Dnjestr entstand ab 1794 die Stadt Odessa. Im folgenden Jahrhundert entwickelte sie sich rasch zu einer jüdisch geprägten Metropole Neurusslands. All dies war ein Erbe der komplexen Machtverschiebungen in der Frühen Neuzeit.

**Bevölkerung/Sprachen um 1875
nach A. Rittich (vereinfacht)**



An der Schnittstelle der Imperien





Im 19. Jahrhundert entwickelten sich Nationalgefühl und Nationalismus zu Leitideen der Zeit. Sie traten an die Stelle der übernationalen Reichsvorstellungen, welche die aus zahlreichen Ethnien zusammengesetzten Imperien bis zum Ende der Frühen Neuzeit geprägt hatten. Insbesondere von der polnischen Nationalbewegung gingen wiederholt Aufstände aus. Das Bild »Melancholia« des polnischen Malers Jacek Malczewski aus dem späten 19. Jahrhundert zeigt in verdichteter Form das Schicksal seiner geteilten Nation. In einer traumartigen Szenerie erscheinen die Freiheitskämpfer im Atelier des Künstlers: Bewaffnete Bauern kämpfen zusammen mit Adligen, Offizieren und katholischen Geistlichen. Vor den Betenden am Fenster steht die personifizierte Melancholie: Die polnische Nation wurde zum Opfer der drei Mächte Preußen, Österreich und Russland, die das Land von 1772 bis 1795 vollständig unter sich aufgeteilt hatten.

Imperien und Nationalbewegungen. Ostmitteleuropa vom Wiener Kongress bis zum Ende des Ersten Weltkriegs

Mit ihrem Sieg über Napoleon I. und dem Wiener Kongress 1815 beendeten die Großmächte Preußen, Österreich und Russland für die nächsten hundert Jahre ihre kriegerischen Streitigkeiten um Ostmitteleuropa. Sie kehrten zu jener Politik zurück, die sie seit dem 18. Jahrhundert verfolgt hatten: die gemeinsame Herrschaft über ein ethnisch und religiös heterogenes Gebiet, in dem Ethnien in aller Regel in gemischter Besiedelung lebten. Einen ununterbrochenen Frieden bedeutete das freilich nicht, denn immer wieder mussten sie innere Unruhen und Aufstände niederschlagen. Der einzige große Krieg, den die europäischen Großmächte vor 1914 in Osteuropa führten, fand von 1853 bis 1856 an der Peripherie statt: auf der Krim. Ursache war das russische Streben nach der Inbesitznahme von Gebieten des Osmanischen Reiches auf dem Balkan und im Kaukasus. Nur halbherzig wurde dies als Schutz der Christen im Heiligen Land getarnt. Nachdem Konstantinopel unannehmbare russische Forderungen abgelehnt hatte, marschierten russische Truppen 1853 in die Donaufürstentümer Moldau und Walachei ein (heute Teile Rumäniens und der Republik Moldau). Großbritannien und Frankreich hatten sich währenddessen auf die Seite der Hohen Pforte (der osmanischen Regierung) gestellt. Ihre Landung von Truppen im Gebiet des heutigen Bulgariens veranlasste Russland zum Rückzug. Das aber konnten die beiden Westmächte daheim nicht als Sieg feiern lassen, weshalb sie 1854 mit der Belagerung der Festung Sewastopol begannen und die Stadt erst nach einem verlustreichen Material- und Stellungskrieg ein Jahr später erobern konnten.

Russland ersuchte nach dieser Niederlage um Frieden und erhielt ihn auch. Die Regierung in St. Petersburg musste aber erkennen, dass es seinen Nachbarn Preußen und Österreich nicht trauen konnte. Außerdem waren innere Reformen unumgänglich: Sie betrafen den Eisenbahnausbau und ab 1861 vor allem die Aufhebung der Leibeigenschaft durch Zar Alexander II. Doch auch danach blieben die nun freien Bauern in wirtschaft-

Der Krimkrieg 1853–1856

Der Krimkrieg entzündete sich Mitte des 19. Jahrhunderts an einem explosiven Gemisch aus religiösen Verwicklungen zwischen Christen und Muslimen in Jerusalem, diplomatischen Fehlritten und russischem imperialem Expansionsstreben. Die europäischen Großmächte betrachteten das ausgedehnte Osmanische Reich als »kranken Mann am Bosphorus« und hofften, ihren Einfluss auf dessen Kosten auszuweiten. Großbritannien und Frankreich waren jedoch nicht bereit, dem Vormarsch der Zarenarmee auf dem Balkan tatenlos zuzusehen, ohne dass eigene Interessen berücksichtigt würden. Da Preußen und Österreich neutral blieben und damit der Landweg nach Russland weitgehend gesperrt war, entschieden Großbritannien, Frankreich, Sardinien-Piemont und das Osmanische Reich, ihre Truppen per Schiff auf die Krim zu bringen.

Im September 1854 landeten die Verbündeten nahe der Festung Sewastopol an. Dabei wurden Truppen und Ausrüstung oftmals voneinander getrennt. Choleraausbrüche und Nahrungsmangel schwächten die Angreifer. Das schlecht vorbereitete Landungsunternehmen gelang nur, weil die Armee des Zarenreiches über ganz Russland verstreut war und auf der Krim zu wenige Verteidigungskräfte bereitstanden. Um die Festung Sewastopol entwickelte sich ein Belagerungskrieg. Das von Höhenzügen und Tälern zerfurchte Gelände war für die Defensive gut geeignet. Die russischen Verteidiger verstärkten es durch Gräben und Befestigungswerke. Auch die Invasoren schanzten; vor allem bauten sie ihre Artilleriestellungen aus, um die Belagerten zu zermürben. Die blutigen Schlachten von Balaklawa und Inkerman brachten keine Entscheidung. Nach einer Reihe von Angriffen fiel die Festung nach 349-tägiger Belagerung im September 1855. Während der Pariser Friedensverhandlungen wurde die Demilitarisierung des Schwarzen Meeres beschlossen und damit das vorläufige Ende des russischen Machtstrebens im Süden besiegelt. Die verbündeten Truppen verließen die Krim im Juli 1856.

CN

licher Abhängigkeit vom Adel, was eine wesentliche Ursache für die Revolutionen von 1905 und 1917 darstellen sollte. Der Krimkrieg hatte außerdem gezeigt, dass der Zar nicht unbedingt

auf die Loyalität seiner Untertanen bauen konnte: Die tatarische Mehrheitsbevölkerung der Halbinsel, die Russland 1783 annektiert hatte, stellte sich auf die Seite der Invasoren Frankreich und Großbritannien und forderte die Rückkehr einer osmanischen Herrschaft. Was dort stark religiös motiviert war, äußerte sich andernorts als Nationalismus, mit dem alle drei Großmächte in Ostmitteleuropa konfrontiert waren.

Das geteilte Polen

Das betraf besonders Polen, dessen Teilungen im späten 18. Jahrhundert durch den Wiener Kongress eine Bestätigung erfahren hatten. Anstelle eines zahlenmäßig großen Adels, der weitgehende Freiheiten und Rechte besaß und der sich 1791 die erste Verfassung in Europa gegeben hatte, bestimmten nun fremde Herrscher. Gegenbewegungen blieben nicht aus. 1830/31 kam es zum sogenannten Novemberaufstand gegen Russland; 1846 folgten der Krakauer Aufstand gegen Österreich und, damit verbunden, der Großpolnische Aufstand in der preußischen Provinz Posen. Die letzte Erhebung gegen Russland war der Januaraufstand von 1863. Und wie derjenige von 1830 dauerte er mehrere Monate und war von militärischen Auseinandersetzungen hoher Intensität geprägt.

Erfolgreich waren die polnischen Aufständischen jedoch nicht, was auch daran lag, dass von Volksbewegungen noch keine Rede sein konnte. Aber wo am Anfang vor allem der Adel agierte, waren 33 Jahre später schon weite Teile des Bürgertums aktiv, die sich für die Ideen des Nationalismus begeisterten. Gleichwohl erfassten die Erhebungen nie alle drei Teilungsgebiete zugleich. Das lag auch daran, dass die jeweiligen Voraussetzungen und Reaktionen zu unterschiedlich waren. Russland beseitigte weitgehend die noch vorhandenen Reste polnischer Autonomie und strebte eine stärkere Integration in sein Imperium an. Damit einher ging eine Russifizierung, die etwa im öffentlichen Raum den Gebrauch der Herrschaftssprache vorschrieb und auf die Errichtung orthodoxer Kirchen in dem mehrheitlich katholischen Land setzte. Erste Tendenzen einer Lockerung der autoritären Regierung waren erst infolge der Revolution von 1905 zu be-

obachten, die nicht nur das russische Mutterland, sondern auch dessen Provinzen betraf; freilich bestärkte das Scheitern dieser Bewegung auch die beharrlichen Kräfte.

Preußen übte ebenfalls einen hohen Assimilierungsdruck auf seine polnischen Untertanen aus. Eine kurze deutsche Polenbegeisterung im Umfeld der Revolution von 1848 verwandelte sich schnell ins Gegenteil und verstärkte sich nochmals nach der Reichsgründung 1871. Die Polen waren fortan die einzige größere ethnische Minderheit im Deutschen Kaiserreich. Formal waren sie gleichberechtigt, weshalb sie Abgeordnete in die Parlamente entsandten und insbesondere durch den Rechtsstaat auch Schutz erfuhren. In Preußen-Deutschland lebende Polen etablierten ein ausgeprägtes Genossenschafts- und Vereinsleben für den Erhalt ihrer nationalen Identität, die sich stark über den Katholizismus definierte. Gerade das aber war im protestantischen Preußen – wie im orthodoxen Russland – ein Problem: Die katholische Konfession entwickelte deshalb in beiden Fällen eine zentrale Integrationskraft für die Nationalbewegung; sie trat neben Kultur und Sprache als vereinendes Element.

Das Habsburgerreich als »Völkerkerker«?

In deutlichem Kontrast zum deutschen und russischen Imperialismus stand die Wiener Politik für Galizien. Anders als das Deutsche Reich war Österreich-Ungarn ein Vielvölkerstaat. Hier bildeten die deutschsprachigen Österreicher als sogenannte Titularnation zwar die größte Gruppe, doch stellen sie nicht die Bevölkerungsmehrheit. Unter dem Motto »Teile und herrsche« gingen die Habsburger daran, Hierarchien zwischen den einzelnen Völkern ihres Reichs zu errichten. So dominierten die Polen das politische Leben in Galizien trotz ihrer annähernd zahlenmäßigen Parität mit der ukrainischen Bevölkerung – zum Nachteil der Letzteren. Offizielle Mitsprache und lokale Autonomien führten so zu einer durchaus staatstragenden Haltung der österreichischen Polen, die Anfang des 20. Jahrhunderts auch die Regierung in Wien unterstützten. Diese Praxis politischer Teilhabe hatte in Österreich System: Noch 1849 war es auf russische Hilfe angewiesen, um einen Aufstand der Ungarn niederzuschlagen.

Deutsche in Ost- und Ostmitteleuropa

Der hochmittelalterliche Landesausbau vom 10. bis 13. Jahrhundert etablierte deutsche Siedlungsgebiete im Osten. Sie reichten von der Saale bis ins Baltikum, von Westpolen bis nach Ungarn. Dieser schrittweise Prozess führte nur höchst selten zur Verdrängung der slawischen Bevölkerung. Vielmehr erfolgte deren allmähliche sprachliche Assimilation, wobei gerade in den Randgebieten ein heterogenes ethnisches Miteinander herrschte. Zeitgleich luden slawische Herrscher auch gezielt deutsche Siedler ein, da diese technisches Können in Handwerk und Landwirtschaft mitbrachten. So kamen deutsche Minderheiten beispielsweise ins heutige Tschechien, die Ostslowakei oder nach Siebenbürgen. Noch weiter in die Ferne zogen diejenigen, die – seit dem 18. Jahrhundert von russischen Zarininnen und Zaren angeworben – sich in der Bukowina, in Wolhynien, am Schwarzen Meer oder an der Wolga und in Sibirien niederließen. Trotz sprachlicher Autonomie gelang die Integration meist gut und war für alle Seiten vorteilhaft. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten somit zahlreiche Menschen, die sich als ethnische Deutsche verstanden oder Deutsch als Muttersprache verwendeten, in Ostmitteleuropa: Auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik waren es rund drei Millionen, in der Slowakei etwa 150 000, in Polen über 740 000 und in Ungarn über 300 000, in Rumänien 700 000, in der Ukraine um 1939 rund 700 000, und in der Wolgadeutschen Republik der Sowjetunion bis 1941 etwa 370 000 Deutsche. Aufgrund der deutschen Verbrechen und Umsiedlungen im Zweiten Weltkrieg setzten die kommunistischen Nachkriegsstaaten auf ethnische Homogenität: Flucht und Vertreibung kennzeichneten bis 1950 das Schicksal von 12 bis 14 Millionen Deutschstämmigen; eine weitere Auswanderungswelle folgte in den 1980er und 1990er Jahren. Nennenswerte deutschsprachige Minderheiten gibt es in Ostmitteleuropa heute vor allem in Polen (ca. 150 000 Menschen), Ungarn (ca. 130 000), Tschechien (ca. 40 000), Rumänien (ca. 36 000) und der Ukraine (ca. 30 000).

SL

Später verdeutlichte die Niederlage von 1866 gegen Preußen, dass eine Zukunft der Donaumonarchie weder nach Art des alten Deutschen Reiches noch im Deutschen Bund zu suchen war. Der sogenannte Ausgleich von 1867 ermöglichte Ungarn

den Aufstieg in der damit begründeten Doppelmonarchie und band dessen Adel zugleich an das Habsburgerreich: Österreicher und Ungarn herrschten nun gemeinsam über Tschechen, Slowaken, Rumänen, Polen, Ukrainer, Slowenen und Kroaten, die wiederum in den Landtagen genau austarierte politische Teilhabe erlangten.

Ein »Völkerkerker« war das nur teilweise. Stattdessen erzählt dieser Kampfbegriff verschiedener Nationalbewegungen etwas über deren Streben nach Eigenständigkeit. Auch diese Aktivisten mussten sich gegenüber dem Imperium positionieren und zunächst einmal eine kritische Masse von Unterstützern hinter sich versammeln – und dafür waren Hinweise auf angebliche und tatsächliche Unterdrückung hilfreich. Gerade auf dem Land aber war die bäuerliche Bevölkerung oft wenig an Politik interessiert, sondern an lebenspraktischeren Dingen wie der nächsten Ernte, der Ausbildung der Kinder oder der medizinischen Versorgung.

Für die Zentrale in Wien – und auch für die in St. Petersburg oder Berlin – war der Nationalismus eine kaum lösbare Herausforderung: Je mehr Wohlstand, Bildung und Verstärkung zunahmen, desto mehr Zulauf erhielten die Gegner der Imperien. Zudem schuf gerade die Moderne mit ihrer Bürokratie oft erst das Bewusstsein für nationale Fragen, etwa wenn im Rahmen einer Volkszählung eine Erklärung zur ethnischen Zugehörigkeit gefordert oder in den Schulen nicht die Umgangssprache unterrichtet wurde. Österreich-Ungarn versuchte, den katholischen Glauben und die Dynastie der Habsburger als verbindende Elemente zu inszenieren. Dennoch entwickelte sich in Böhmen und Mähren seit Ende des 18. Jahrhunderts ein eigener Nationalismus, der zunächst die freie Verwendung der tschechischen Sprache, später auch politische Autonomie einforderte. Der Prager Pfingstaufstand von 1848 wurde allerdings nach nur fünf Tagen niedergeschlagen und es kam, trotz sprachlicher und, insbesondere in Mähren, auch gewisser politischer Zugeständnisse nicht zu einem angestrebten österreichisch-tschechischen Ausgleich. Das wiederum führte zu einer stetig wachsenden Verständigung mit den Slowaken. Diese aber gehörten zum ungarischen Teil der Doppelmonarchie und waren dort einer vehementen Magyarisierung ausgesetzt, also einer politisch-kulturellen

Vereinnahmung durch die ungarische Titularnation. Diese nahm weitaus weniger Rücksicht auf die nationalen Befindlichkeiten, als das im österreichischen Reichsteil der Fall war. Als trennendes Element erwies sich die Religion in Österreich-Ungarn: mit Blick auf die muslimischen Bosnier (seit 1878 faktisch Teil der Donaumonarchie), die rumänisch-orthodoxen Rumänen und zumindest partiell die griechisch-katholischen Ukrainer.

Die grenzüberschreitenden Minderheiten ließen sich jeweils gegen den imperialen Rivalen mobilisieren oder zumindest als entsprechende Drohung instrumentalisieren. Noch bedrohlicher waren aber gerade für Österreich-Ungarn die bereits existierenden Nationalstaaten Serbien und Rumänien, die eine stete Verlockung für die Minderheiten der Doppelmonarchie darstellten. Der Auslöser für den Ersten Weltkrieg war das Attentat auf den Wiener Thronfolger Franz Ferdinand durch einen serbischen Nationalisten.

Polnische und ukrainische Unabhängigkeitsbewegungen nach dem Ende der Imperien

Mit dem Krieg von 1914 sahen viele Nationalbewegungen die Gelegenheit gekommen, ihren Traum von einem eigenen Staat endlich zu realisieren. Doch vorerst verhielten sie sich loyal gegenüber ihren Monarchen. Gerade im polnischen Fall hatte dies eine Art Bruderkrieg zur Folge: In der russischen, der österreichischen und der preußischen Armee kämpften jeweils mehrere hunderttausend Polen. Józef Piłsudski, der spätere Vater der Unabhängigkeit, ging allerdings noch im Jahr der Kriegsbeginns daran, eine Legion im österreichischen Heer aus russisch-polnischen Freiwilligen zu bilden. Mit den militärischen Erfolgen 1915 stellte sich für die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn mit noch größerer Dringlichkeit die Frage, wie denn politisch mit Polen umzugehen sei. Sie hatten das Kernland des künftigen Staates erobert und zunächst aufgeteilt, aber, wie die Alliierten auch, einen eigenen Staat in Aussicht gestellt. Zu diesem Versprechen trat der Wunsch nach Soldaten. Diese durften jedoch unter den Bedingungen einer fremden Besatzung

nicht rekrutiert werden: Das Völkerrecht setzte hier klare Grenzen. Alle Parteien waren willens, dies zu respektieren.

Die Lösung der angesprochenen Probleme versprach die Proklamation des Königreichs Polen im November 1916. Dieser neue Staat durfte nun Aushebungen für eine eigene Armee vornehmen. Die Unabhängigkeit war freilich nur nominell; an der Besatzung änderte sich zunächst wenig. Erst 1918 kam es zu einer nennenswerten polnischen Selbstverwaltung, die dann wichtige administrative Grundlagen für die spätere Eigenstaatlichkeit legte. Doch die Wünsche der Besatzer erfüllten sie nicht: Einerseits war das Land weitgehend verwüstet, sodass eine substantielle Mobilisierung wirtschaftlicher Ressourcen nicht möglich war. Andererseits gab es keine Autonomie und vor allem kein Staatsgebiet, weshalb kaum jemand darin einen Grund erkennen wollte, sich freiwillig als Soldat zu melden. Der wesentliche Grund für diese unerfüllten Versprechungen – und polnischen Wünsche – war in den eroberten Gebieten der Ukraine zu suchen.

Die Ukraine war in der Frage nationaler Selbstbestimmung gewissermaßen ein Nachzügler im östlichen Europa. Die ukrainischsprachige Bevölkerung verteilte sich auf die beiden Imperien Russland und Österreich-Ungarn: Gut 30 Millionen Ukrainer lebten im Zarenreich und etwa vier Millionen im Osten der Habsburgermonarchie, wo sie damals meist als »Ruthenen« bezeichnet wurden. Das Zusammenleben von Ukrainern und Russen war im Zarenreich des 19. Jahrhunderts kaum von Konflikten geprägt. Dazu trug vor allem die kulturelle, sprachliche und religiöse Nähe der beiden Bevölkerungsgruppen bei. Zugleich wurde die Ukraine nach und nach russifiziert. Die Nutzung der ukrainischen Sprache war durch Edikte des Zaren im öffentlichen Leben weitgehend verboten: Gaben Mitte des 19. Jahrhunderts in Kiew noch 60 Prozent der Bevölkerung ukrainisch als Muttersprache an, waren es im Ersten Weltkrieg nur mehr 16 Prozent. Spannungen entzündeten sich weniger an nationalen, sondern eher entlang sozialer Fragen, allen voran der Bauernfrage. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren fast 90 Prozent der ukrainischen Bevölkerung durch Armut geprägte Bauern. Das Bürgertum als Antriebskraft fast aller Nationalbewegungen in Europa war in der Ukraine des Zarenreichs hingegen zahlenmäßig sehr

schwach. Von einer nationalen Massenbewegung war die russische Ukraine daher bis in den Ersten Weltkrieg hinein noch weit entfernt.

Die Geburtsstätte des ukrainischen Nationalismus lag in Galizien und der Bukowina, also im Osten des Habsburgerreichs. Im Gegensatz zum Zarenreich war dort das Ukrainische keinen Repressionen ausgesetzt; die griechisch-katholische Kirche bildete einen wichtigen Pfeiler für die ukrainische Sprache und Kultur. Und während das ländliche Galizien mit seinem Nationalitäten-gemisch aus Ukrainern, Polen, Deutschösterreichern und Juden das Armenhaus der Doppelmonarchie darstellte, erlebte seine multikulturelle galizische Hauptstadt Lemberg (poln.: Lwów, ukr.: Lwiw) um die Jahrhundertwende eine kulturelle Blüte. Das polnisch-ukrainische Verhältnis war allerdings spannungsgeladen. Anders als die Polen strebten die Ukrainer weniger nach nationaler Unabhängigkeit; ihnen ging es zunächst einmal um politische Teilhabe und Autonomie. Mit dem Ersten Weltkrieg wurden Galizien und die Bukowina zum Kampfgebiet. Die dortigen Ukrainer sahen sich plötzlich einer bislang nicht geahnten Repressionspolitik ausgesetzt, da die Habsburger Armee in ihnen russische Kollaborateure zu erkennen glaubte. Tausende Ukrainer wurden hingerichtet oder deportiert. Die Russen hingegen gaben sich 1914/15 der Illusion hin, sie kämen als Befreier nach Galizien, doch verspielten sie mit ihrer harten Besatzung und ihrer Russifizierungspolitik sehr schnell die Sympathien der Ukrainer.

Die Revolutionen im Zarenreich und die Machtübernahme der Bolschewiki 1917 beeinflussten auch die Situation in Kiew. Dort sammelte sich die relativ kleine Nationalbewegung in der Rada (Rat/Parlament), die zunächst die Autonomie und schließlich am 12. Januar 1918 die Unabhängigkeit von Sowjetrußland proklamierte. Der junge Staat konnte sich dabei auf einen starken Verbündeten stützen, der bislang kein Interesse an der Ukraine gezeigt hatte: das Deutsche Reich. Indem es die Unabhängigkeit der Ukraine unterstützte, schwächte es Rußland – freilich um den Preis einer Verstimmung der Polen in Warschau, die nun Gebiete an den neuen Nachbarn im Osten abtreten sollten. Die Bolschewiki in Moskau waren gezwungen, am 3. März 1918 den Friedensvertrag von Brest-Litowsk zu unterzeichnen. Dem Ab-

Juden in Ostmitteleuropa

Im Spätmittelalter vertrieben westeuropäische Städte und Herrscher fast alle dort lebenden Juden. Aufnahme fanden sie in Polen, wo die Könige ihnen umfangreiche Privilegien gewährten. Die Aschkenasim, wie diese Gruppe im Unterschied zu den unter islamischer Herrschaft lebenden sephardischen Juden genannt wird, entwickelten ihre eigene Kultur: Deren wichtigster Ausdruck waren rabbinische Gelehrsamkeit und die jiddische Sprache – ein mittelhochdeutscher Dialekt in hebräischer Schrift mit vielen hebräischen und slawischen Lehnwörtern. Erst im 17. Jahrhundert begann eine Rückwanderung nach Westen. Grund dafür war die zunehmende antijüdische Gewalt in Ostmitteleuropa. Sie erreichte während des Chmelnyckyj-Aufstands der Kosaken gegen die polnische Krone einen ersten Höhepunkt: Allein im Gebiet der heutigen Ukraine starben die Hälfte aller Juden (zwischen 20 000 und 40 000). Dennoch war die jüdische Bevölkerung in Polen-Litauen 1674 wieder auf fast 600 000 Menschen angewachsen.

Nur selten mischte sich die jüdische Bevölkerung mit der christlichen Mehrheit. Meist lebte sie in separaten Stadtvierteln oder eigenen Orten, den Shtetln, wo die jüdische Religion den Lebensrhythmus und den rechtlichen Rahmen vorgab. Dort kam es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu messianischen Bewegungen und Spaltungen. Bis heute bedeutsam ist der Chassidismus, der, nachdem er durch die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten fast ausgelöscht worden war, nach 1945 wiedererstandene ist. Dessen größte und wohl bekannteste Gruppe sind die Satmarer Juden in New York (nach dem Ort Satu Mare an der rumänisch-ungarischen Grenze). Mystische Lehren, Volksfrömmigkeit, Musik und rabbinische Höfe waren seine wesentlichen Ausdrucksformen, die weite Teile der jüdischen Bevölkerung erfassten.

Mit den Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts und dem Wiener Kongress 1815 gelangte die große Mehrheit des ostmitteleuropäischen Judentums unter russische Herrschaft. Kleinere Teile lebten im österreichisch-ungarischen Galizien. Anfang des 20. Jahrhunderts lebten in beiden Gebieten annähernd 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung weltweit. In dieser Zeit führten die jüdische Aufklärung, die Haskala, sowie der einsetzende Zionismus, die Idee der Auswanderung

nach Palästina, in Ostmitteleuropa zu einer kulturellen jiddischen Blüte vor allem in Theater und Literatur.

Die russische Politik blieb insgesamt intolerant. Neben rechtlicher Diskriminierung und zahlreichen Pogromen blieb es Juden verboten, außerhalb des sogenannten Ansiedlungsrayons zu siedeln, der im Wesentlichen dem untergegangenen polnisch-litauischen Staat entsprach. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es deshalb zu einer millionenfachen Auswanderung in die USA sowie in deutlich kleinerem Umfang auch nach Deutschland und Westeuropa. In diesen Ländern galt das Judentum als eine Religion und nicht als Nationalität, womit eine rechtliche Gleichstellung einherging.

Der Erste Weltkrieg und besonders die ihm folgenden Unabhängigkeitskriege der neuen Staaten in Ostmitteleuropa führten zu hunderttausenden jüdischen Toten und brachten außerdem eine weitere Art von antijüdischem Stereotyp hervor: den Judäobolschewismus, also die angebliche Verbindung von Judentum und Kommunismus. Weil die neuen Staaten ein nationales Bekenntnis verlangten und die Juden damit als nicht mehr nur religiös anders klassifizierten – im Unterschied zum offiziell areligiösen und internationalen Kommunismus –, wurde der Antisemitismus auf eine neue Stufe gehoben.

Die deutsche Vernichtungspolitik des Zweiten Weltkriegs nutzte dies gezielt aus, indem sie die NS-Ideologie und die vorhandenen Ressentiments der besetzten Völker mit einer präzedenzlosen Mordmaschinerie kombinierte. Über fünf der fast sechs Millionen jüdischen Toten des Holocaust stammen aus Ostmitteleuropa, Osteuropa und dem Baltikum; deutlich weniger als zehn Prozent der Vorkriegsbevölkerung überlebte. Nach 1945 wanderten die meisten Überlebenden nach Israel oder in die USA aus – auch infolge erneuter antisemitischer Kampagnen in den ostmitteleuropäischen Ländern. Außerhalb Russlands gibt es heute vor allem in der Ukraine eine substanzielle jüdische Minderheit von ca. 150 000 Menschen. In Polen, wo vor dem Krieg über drei Millionen Jüdinnen und Juden gelebt hatten, zählt die jüdische Gemeinde weniger als 10 000 Mitglieder, selbst wenn von einer größeren Anzahl von Menschen mit jüdischer Abstammung auszugehen ist.

SL

Die politische Gliederung Osteuropas 1919/20



kommen hängt bis heute der Makel eines »Diktatfriedens« an. Für das von den Bolschewiki regierte Russland mag das gelten. Für die Nationalbewegungen im östlichen Europa hingegen bedeutete Brest-Litowsk einen großen Fortschritt, weil Russland zum ersten Mal auf diese Gebiete verzichtete.

Um vollendete Tatsachen zu schaffen, marschierten ab Februar 1918 deutsche und später auch österreichisch-ungarische Truppen in das Land ein und vertrieben die Bolschewiki. Als Ordnungsmacht konnten die Deutschen die schwierige innenpolitische Lage in der Ukraine jedoch nicht lösen. »Wenn es richtig ist, dass die Grundmauern eines gesunden Staatswesens eine tüchtige Armee und gute Finanzen sind, so hat der ukrainische

Staat derzeit keine Grundmauern«, befand daher der Chef des Stabes der deutschen Streitkräfte in der Ukraine, Generalleutnant Wilhelm Groener. Nach dem Waffenstillstand Deutschlands mit seinen westlichen Kriegsgegnern in Compiègne am 11. November 1918 zogen die deutschen Truppen sukzessive aus der Ukraine ab. Das Land glitt in einen blutigen Bürgerkrieg zwischen Nationalisten, Bolschewiki, Anarchisten und den externen Kriegsparteien Polen und Russland. 1921 fiel die Ukraine wieder zurück an Russland und wurde Teil der Sowjetunion.

Andere Länder im östlichen Europa konnten hingegen in teils verlustreichen Kriegen ihre Unabhängigkeit behaupten. Wo einst die drei Imperien Deutsches Reich, Russland und Österreich-Ungarn herrschten, gingen nach 1918 die Tschechoslowakei, Polen, die drei baltischen Staaten und Finnland aus der Konkursmasse des Zaren- und des Habsburgerreichs hervor. Rumänien konnte sein bisheriges Staatsgebiet beträchtlich erweitern. Die staatliche Unabhängigkeit bedeutete aber keinesfalls eine friedliche Koexistenz der Ethnien. Ein echter Frieden war in Ostmitteleuropa nach 1918 nicht eingekehrt.

Stephan Lehnstaedt, Peter Lieb



Auf dem Gebiet der untergegangenen Imperien der Habsburgermonarchie, des Osmanischen Reichs und des Russländischen Reichs entstanden nach dem Ersten Weltkrieg selbstständige Staaten. Ihre Unabhängigkeit und territoriale Integrität wurde zwischen 1919 und 1923 in den Pariser Vorortverträgen vertraglich festgelegt. Doch schuf dies allein noch keinen Frieden. Es folgten zahlreiche Kriege zwischen diesen Staaten sowie mit der neu entstandenen Sowjetunion. So drangen im Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1919 bis 1921 polnische Truppen phasenweise bis ins Baltikum vor, die jedoch von sowjetischen Truppen bis Warschau zurückgeschlagen wurden. Nach ihrem Sieg in der Schlacht bei Warschau, auch bekannt als »Wunder an der Weichsel«, führte die polnische Armee einen Gegenangriff bis nach Kiew. Weder das Ziel, eine polnisch dominierte Zone zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer zu errichten, noch die sowjetische Absicht einer Weltrevolution wurden letztlich verwirklicht.

Das Plakat von 1920 wirbt für den Eintritt von Arbeitern und Bauern in die Reihen der »Roten Reiterarmee«. Der sowjetische Großverband war an nahezu allen Kämpfen des Russischen Bürgerkriegs beteiligt und ist zu einem Mythos der Sowjetunion geworden.

Die Erbmasse der alten Imperien. Ostmitteleuropa im Zeitalter der Weltkriege

Die gern verklärte Welt vor 1914, die »Welt von gestern« mit Europa als ihrem vermeintlich selbstverständlichen Zentrum, ging im Ersten Weltkrieg unwiederbringlich zu Ende. Mit ihm endete viel. 1918 gingen vier alte Dynastien zugrunde und zwei ihrer großen Reiche, das Osmanische Reich und das der Habsburger. Dagegen überlebten die Reiche der Hohenzollern und der Romanows das Ende ihrer Herrscherhäuser – wenn auch reduziert, verändert und geschwächt.

Geschrumpft auf die Türkei war das *Osmanische Reich*. Sein Untergang und das seines Sultanats im November 1922 kamen eigentlich nicht überraschend. Schon vor 1914 hatte der »kranke Mann am Bosphorus« seine Territorien Stück für Stück verloren. Am 10. August 1920 besiegelte der Vertrag von Sèvres das Ende dieses langen Sterbens: Es blieb nur noch das Kernland, die am 29. Oktober 1923 als Republik ausgerufene Türkei, und selbst sie war anfangs in ihrer staatlichen Existenz gefährdet: Nach langen Kämpfen gegen Griechenland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Armenien hatte erst der Vertrag von Lausanne am 24. Juli 1923 die internationale Anerkennung eines Staates gebracht, der nun nicht mehr zu den Großmächten zählte.

Österreich-Ungarn hingegen war für immer zerfallen. Den im November 1918 entstandenen eigenständigen Republiken Österreich und Ungarn blieb eine Größe von 84 000 beziehungsweise 93 000 Quadratkilometern. Österreich-Ungarn war mit knapp 680 000 Quadratkilometern noch das zweitgrößte Land Europas gewesen; über Jahrhunderte hatte die Donaumonarchie Politik und Kultur Deutschlands, des Balkans und Ostmitteleuropas geprägt. Nun wurde durch die Verträge von St. Germain (10. September 1919) und Trianon (4. Juni 1920) der Rest dieses Reichs aufgeteilt: auf Jugoslawien, Rumänien, Polen, Italien und die Tschechoslowakei. Sie waren die eigentlichen Gewinner des Krieges, selbst wenn man das dort mitunter ganz anders empfand.

Vergleichsweise glimpflich schien das *Deutsche Reich* aus dem Ersten Weltkrieg herausgekommen. Dass es überhaupt erhalten blieb, war nach einer Existenz von weniger als 50 Jahren nicht selbstverständlich. Doch hatten die partikularen Kräfte, die in Süd- und Westdeutschland auf eine Rückkehr in die Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts hofften, keine Chance. Der Niederlage zum Trotz hatte die Schöpfung Otto von Bismarcks Bestand. Auch die Gewinner des Ersten Weltkriegs ließen dieses Reich bestehen. Anstatt es zu zerschlagen, versuchten sie es langfristig zu schwächen – durch seine Verkleinerung (um 13 Prozent seines vorherigen Gebiets und um 10 Prozent seiner Bevölkerung) sowie eine Fülle politischer, finanzieller und militärischer Auflagen. Allerdings war abzusehen, dass die Einhegung durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 auf Dauer keinen Bestand haben würde. Zwar verlief der Übergang zur ersten deutschen Demokratie zunächst erstaunlich friedlich, doch trafen die darauffolgenden Krisen sie dagegen umso härter. Auch die Auflagen des Versailler Vertrags, allen voran die astronomisch hohen Reparationen, waren für die junge Republik von Weimar eine schwere Hypothek. Dass es ihren Politikern dennoch gelang, diese Auflagen nach zähen Verhandlungen allmählich abzubauen, kam der Republik kaum noch zugute, umso mehr aber den Nationalsozialisten, die diese Republik mit allen Mitteln bekämpften.

Auch das *Russländische Reich* existierte fort, wenn auch in völlig veränderter Form. Das betraf weniger seine territorialen Verluste in Höhe von ca. 1,1 Millionen Quadratkilometern; dieses Imperium war das größte Land der Erde geblieben. Als viel einschneidender erwies sich der Umbruch im Innern. Das Staatsgebilde hieß seit dem 30. Dezember 1922 *Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*. Die tiefgreifenden politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen hatten die neuen bolschewistischen Machthaber mit größter Härte erkämpft und durchgesetzt. Dabei waren mehr Menschen gestorben als im Ersten Weltkrieg, in dem 1,8 Millionen russische Soldaten gefallen waren. Die Zahl der Opfer des Bürgerkriegs, des beginnenden bolschewistischen »Umbaus« der Gesellschaft und der sie begleitenden Hungersnöte wird auf sieben bis zwölf Millionen Menschen geschätzt. Diese Orgie der Gewalt, aber auch der politische Dilettantismus der neuen Machthaber hatten zur

Der Russische Bürgerkrieg und die Ukraine 1918 bis 1923

Der maßgeblich durch die Partei der Bolschewiki unter Wladimir I. Lenin betriebene Oktoberumsturz in Petrograd (heute wieder St. Petersburg) von 1917 entfachte im ehemaligen Russländischen Reich lange und blutige Kämpfe. Sie werden oft unter der Bezeichnung »Russischer Bürgerkrieg« zusammengefasst. Hierbei handelte es sich um ein Konglomerat aus Konflikten: Sie ergaben sich aus dem Zerfall eines kontinentalen Kolonialreichs und den daraus entstehenden Kämpfen der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. Hinzu kamen bewaffnete Auseinandersetzungen um das künftige politische System, um strategische Positionen, um Verkehrsstraßen, Bodenschätze und Getreide. Der Bürgerkrieg gilt als eines der verheerendsten Ereignisse der russländischen Geschichte. Seine Opferzahlen und Auswirkungen gelten als ähnlich desaströs wie der Mongolensturm im 13. oder die Adelsfehden im frühen 17. Jahrhundert.

Der Bürgerkrieg begann im Oktober 1917, die letzten Kämpfe endeten 1923. Eine erste blutige Bürgerkriegsphase verzeichnete die Ukraine im November 1917, als sie »nationale Kompanien« aufstellte. Darauf besetzten Truppen der von den Bolschewiki mobilisierten Roten Armee am 26. Januar 1918 Kiew. Doch bereits am 3. März nahmen deutsche Truppen im Rahmen der letzten Großoffensive des Ersten Weltkriegs im Osten (Operation Faustschlag) Kiew ein. Am 18. April besetzten sie mit Charkiw das Zentrum der ukrainischen Sowjetrepublik. Die von den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn gestützte Marionettenregierung unter Hetman Pawlo Skoropadskij forcierte die Getreidelieferungen an die Mittelmächte und machte sich damit bei der Landbevölkerung unbeliebt. Die Novemberrevolution sowie die Kapitulation Deutschlands entzogen sowohl diesem Regime als auch dem konterrevolutionären, »weißen« Militärregime auf der Krim Ende 1918 den Boden. Für die Ukraine folgten daraus Kämpfe zwischen Nationalrevolutionären unter Symon Petljura und der Roten Armee, die Mitte Dezember 1919 erneut Kiew eroberte. Als Maßnahme des »Kriegskommunismus« folgte die Zwangseintreibung des Getreides auf den Dörfern. Dies löste Hungersnöte und Aufstände aus, die wiederum gewaltsame Repressalien gegen die als »Kulaken« diffamierten Bauern sowie weitere Hungersnöte zur Folge hatten. Insofern waren es Vorboten des Holodomor der 1930er Jahre. AK

Folge, dass das neue, seltsame Reich fürs erste auf sich selbst zurückgeworfen und mit sich selbst beschäftigt blieb. Die übrigen Großmächte wollten nach ihren gescheiterten Interventionsversuchen der Jahre 1918 bis 1922 mit den Sowjets nichts mehr zu tun haben. Schon die Gründung der Kommunistischen Internationale in Moskau am 2. März 1919 war eine klare Kampfansage. Zumindest fürs erste galt die Sowjetunion als ein weitgehend isolierter Paria in der internationalen Politik.

Formierung eines »Cordon Sanitaire«

Vom Machtvakuum, das durch den Ausgang des Weltkriegs im östlichen Teil Europas aufgebrochen war, profitierten andere. Die völkerrechtliche Legitimation dafür bot das damals vehement propagierte Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Alte Staaten veränderten sich, neue schossen wie Pilze aus dem Boden, aber nicht alle überlebten diese steinigen und oft blutigen Gründungsprozesse. Am Ende blieb ein Staatengürtel, den man damals als »Cordon Sanitaire« bezeichnete, als Puffer gegenüber der Sowjetunion. Nicht überlebt hatten dagegen einige Staaten, die aus der Konkursmasse des Russländischen Reichs entstanden waren, deren Verlust die Sowjetunion jedoch nicht akzeptierte. Neben großen Abspaltungen wie der Ukrainischen Volksrepublik (1917 bis 1920) existierten Gebilde, deren Namen heute kaum einer mehr kennt, wie die Volksrepublik Krim (1917/18), die Demokratische Aserbeidschanische Republik (1918 bis 1920) oder die Union der Bergvölker Nordkaukasiens und Dagestans (1917 bis 1920). Sie wurden schon bald als Autonome Sowjetrepubliken der UdSSR wieder angegliedert. Damit wurde die alte imperialistische Machtpolitik mit den »völkerverbindenden« Prinzipien der neuen sozialistischen Staatsideologie kaschiert.

Die übrigen Staaten Ostmitteleuropas schienen indes lebensfähig. Das hatte zunächst außenpolitische Gründe. Vor allem Frankreich entwickelte sich zu einer Garantiemacht dieser neuen politischen Ordnung. Dahinter standen zwei klare Frontstellungen – gegen die Sowjetunion, aber mehr noch gegen das Deutsche Reich. Zu den Pfeilern dieser französischen Politik zählten die Allianzen mit Polen (19./21. Februar 1921) und der



Tschechoslowakei (25. Januar 1924), während sich die Freundschaftsverträge mit Rumänien (10. Juni 1926) und Jugoslawien (11. November 1927) eher gegen die Sowjetunion richteten. Diese Strategie versuchte Moskau wiederum durch eine Reihe bilateraler Nichtangriffsverträge mit den sowjetischen Nachbarn zu unterlaufen. Zum Dreh- und Angelpunkt der sowjetischen wie auch der deutschen Außenpolitik entwickelte sich freilich ihr gemeinsamer Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922, durch den sie ihre internationale Isolierung erstmals wieder durchbrachen.

Die heterogene Staatenwelt des »Cordon Sanitaire« auf einen Nenner zu bringen, ist kaum möglich. Zu groß waren die Unterschiede in ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Kultur, ihrer Größe, ihrer geographischen Lage und ihrem wirtschaftlichen Potenzial. Doch gab es auch Parallelen. Diese Staaten wurzelten in nationalen Bewegungen, deren Geschichte oft bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zurückreichte. Historisch gesehen waren sie aber auch Nachzügler; entsprechend aggressiv und unverbraucht präsentierten sich ihre Nationalismen. Permanente Spannungen und Grenzstreitigkeiten waren die Folge. Diese lassen sich grob in zwei Gruppen unterscheiden: Die Gewinner wie Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei suchten ihren Gebietsstand zu wahren, während die Verlierer wie Ungarn und Bulgarien eine Revision des Status quo anstrebten. Selbst wenn sich diese Staaten territorial und demographisch deutlich unterschieden, so existierte unter ihnen doch keine wirkliche Großmacht, selbst wenn man in Polen von einem solchen Status träumte.

Mit Ausnahme der Tschechoslowakei war Ostmitteleuropa zu dieser Zeit weitgehend agrarisch geprägt, die ökonomischen und sozialen Strukturen waren oft ärmlich. Erschwerend kam hinzu, dass sich auch diese neuen Nationen mit Minderheitenproblemen auseinandersetzen hatten, genauso wie mit der Herausforderung gerechter Bodenreformen und mit der fehlenden parlamentarischen Erfahrung ihrer Bevölkerung. Von Finnland und der Tschechoslowakei abgesehen verwandelten sich daher all diese Staaten bis 1938 in autoritäre, meist bürgerlich-konservative Regime oder Diktaturen. Problematischer schien freilich eine viel grundsätzlichere Frage: Wie nachhaltig war eigentlich diese Staatenwelt angesichts der politischen und ökonomischen Krisen der 1920er und 1930er Jahre?

Im Spannungsfeld totalitärer Ideologien

Zum Totengräber Ostmitteleuropas sollte der Nationalsozialismus werden. Als dessen Anhänger 1933 in Deutschland an die Macht kamen, deutete zunächst wenig darauf hin, im Gegenteil: Zwar endete die deutsch-sowjetische Koalition, doch machte dies den Weg frei für den deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag vom 26. Januar 1934. Damit hatte kaum jemand gerechnet; eine alte Feindschaft schien erst einmal beigelegt. Die Sowjetunion konterkarierte dies wiederum durch Beistandspakte mit Frankreich und der Tschechoslowakei vom 2. und vom 16. Mai 1935. Gleichzeitig versuchte Ostmitteleuropa dem nun wachsenden Druck aus Ost wie aus West durch eine Reihe interner Bündnisse entgegenzuarbeiten: Die Kleine Entente schlossen die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien am 16. Februar 1933; die Balkan-Entente die Türkei, Griechenland, Rumänien und Jugoslawien am 9. Februar 1934; die Baltische Entente Litauen, Lettland und Estland am 12. September 1934. Doch waren das bald nur noch Drohgebärden.

Mit der Aufrüstung und der Radikalisierung seiner Außenpolitik wurde das nationalsozialistische Deutsche Reich mehr und mehr zum politischen Gravitationszentrum, die ostmitteleuropäische Staatenwelt hingegen zum bloßen Objekt deutscher Eroberungspolitik. Bereits der »Anschluss« Österreichs vom 13. März 1938 eröffnete dem neugeschaffenen »Großdeutschen Reich« viele Chancen in Südosteuropa. Der Wirtschaftsvertrag mit Rumänien vom 23. März 1939 bot ihm den Zugriff auf Erdöl, und der Beitritt zum Antikomintern-Pakt am 24. Februar 1939 band Ungarn näher an Deutschland. Wie aggressiv das Deutsche Reich mittlerweile auch außerhalb seiner Grenzen agieren konnte, bekam als erstes die Tschechoslowakei zu spüren. Im September 1938 zwang Hitler den multiethnischen Staat, seine sudetendeutschen Gebiete mit seinen 3,5 Millionen Menschen an das Reich abzutreten. Im März 1939 besetzte die Wehrmacht dann die »Rest-Tschechei«, während der »Schutzvertrag« vom 23. März 1939 die neugeschaffene Slowakische Republik zum deutschen Vasallenstaat degradierte. Damit demonstrierte die deutsche Führung bereits vor Beginn des Zweiten Weltkriegs unmissverständlich, was sie mit ihren Nachbarn im Osten vor-

hatte. Im Grunde hatten diese nur noch zwei Perspektiven – als willfährige Verbündete oder als rechtlose Heloten.

Mit dieser Frage begannen Hitler und seine Entourage seit Frühjahr 1939 auch den polnischen Verbündeten zu konfrontieren. Die Wiederangliederung der seit 1920 völkerrechtlich autonomen Freien Stadt Danzig an das Deutsche Reich war dabei nur ein Vorwand. Hitler wollte wissen, ob Polen sein eigentliches Ziel, den geplanten Eroberungszug gen Osten, unterstützen würde. Die polnische Seite wollte sich indessen nicht den Deutschen ausliefern. Deren Reaktion auf die britisch-französische Garantieerklärung an Polen vom 31. März 1939 und die darauffolgenden Beistandspakte ließen nicht lange auf sich warten. Seit Mai 1939 bereitete die Wehrmacht den Angriff auf Polen vor. Die verzweifelten Versuche der internationalen Diplomatie, diesen Krieg doch noch zu verhindern, wurden durch den unerwarteten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 wie mit einem Schlag hinweggefegt. Der Pakt eröffnete den beiden ideologischen Todfeinden die Möglichkeit, das zwischen ihnen liegende Terrain völlig neu zu ordnen. Gegen die am 1. September und am 17. September 1939 beginnenden Angriffe von Wehrmacht und Roter Armee hatte Polen keine Chancen. Ende September liefen die Kämpfe aus; am 4. Oktober 1939 teilten Deutschland und die Sowjetunion die polnische Beute unter sich auf. Damit begann Polens eigentliche Leidenszeit. Mit rund sechs Millionen Todesopfern, also 17 Prozent der Gesamtbevölkerung, hatte kein Staat während der Jahre 1939 bis 1945 so große Verluste wie Polen.

Die Gier der beiden totalitären Diktaturen nach Land, Rohstoffen und Menschen war damit noch längst nicht gestillt. Durch den knapp gewonnenen Winterkrieg gegen Finnland konnte sich die Sowjetunion im März 1940 Südkarelien sichern. Nach den überraschenden deutschen Erfolgen im Feldzug gegen Frankreich und die Beneluxländer im Mai/Juni 1940 besetzten sowjetische Truppen kurzerhand den Osten Rumäniens, das heutige Moldawien, und im August Litauen, Lettland und Estland. Auch diese vertraglich zugesicherte Verlagerung der sowjetischen Grenze nach Westen wurde begleitet von brutalen »Säuberungen«. Sie kosteten Zehntausenden der dort lebenden Menschen Existenz, Gesundheit oder das Leben.

Die Shoah und Babyn Jar

Das Menschheitsverbrechen der Shoah forderte zwischen 5,3 und 6,1 Millionen jüdische Opfer. Davon stammten allein 2,3 bis drei Millionen Menschen aus Polen und bis zu zwei Millionen aus der Sowjetunion. Infolge der Grenzverschiebungen Polens während und nach dem Zweiten Weltkrieg sind die Zuordnungen dieser Opfergruppen jedoch schwierig, genauso wie die Ermittlung der genauen Zahl der Ermordeten.

Die Shoah wird gewöhnlich mit den Vernichtungslagern in Verbindung gebracht, mit Orten wie Auschwitz oder Treblinka. Ein großer Teil der Ermordeten starb jedoch »draußen« – vor aufgelassenen Panzergräben, am Rande von Siedlungen oder auf offenem Feld. Die hierfür Verantwortlichen deutschen Täter gehörten meist zu drei Organisationen: zu den vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD), zu den Polizei-Bataillonen sowie zu drei Brigaden der Waffen-SS. Hinter der ab dem 22. Juni 1941 vorrückenden deutschen Front taten sie das, was in der Sprache der Täter als »säubern« galt. Sie ermordeten Menschen. Anfangs waren dies vor allem sowjetische Funktionäre, tatsächliche oder vermeintliche Partisanen, ferner »Asiaten«, Roma und zahlreiche Juden. Seit Ende Juli 1941 gingen die deutschen Invasoren dazu über, alle jüdischen Männer zu erschießen, derer sie habhaft wurden. Seit September 1941 traf das Morden ganze jüdische Gemeinden – also auch Alte, Frauen und Kinder.

Das mit Abstand größte Massaker erfolgte am 29./30. September 1941 am nordöstlichen Stadtrand von Kiew. Zum Schauplatz wurde ein tief eingeschnittenes Tal, die »Weiberschucht«, auf Ukrainisch Babyn Jar. Nachdem es im deutsch besetzten Kiew zu einer Reihe von Sprengstoffanschlägen gekommen war, beschlossen Vertreter des SS- und Polizeiapparats in Absprache mit dem Stadtkommandanten der Wehrmacht »Sühnemaßnahmen«. Diese aber waren nichts anderes als ein Teil des längst angelaufenen Völkermords. Angehörige des Polizeiregiments Süd, unterstützt von ukrainischen Polizisten, brachten die Kiewer Juden zu Fuß oder mit Lastwagen an die Schlucht. Die Opfer ahnten zunächst nichts von ihrem Schicksal. Das Morden selbst übernahmen das Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C, zwei Polizeibataillone und ukrainische Hilfskräfte. Die Täter führten über ihr Tun genau Buch: Sie ermordeten 33 771 Menschen, in der Mehrzahl Frauen

und Kinder. Jedoch wäre dieses Massenverbrechen ohne die Unterstützung der Wehrmacht nicht möglich gewesen. Schuldig wurde nicht nur der Stadtkommandant, sondern auch ein Pionierbataillon, das nach dem Massaker die Wände der Schlucht sprengte, sowie die örtliche Feldkommandantur, welche zuvor die Plakate hatte drucken lassen, um die jüdische Bevölkerung Kiews zu sammeln.

Als der deutschen Führung 1942/43 klar zu werden begann, dass ihr Vernichtungskrieg nicht mehr zu gewinnen war, versuchten sie, dessen Spuren zu verwischen, auch in Babyn Jar. Unter der Leitung des eigens dafür eingesetzten Sonderkommandos 1005 mussten im August und September 1943 etwa 100 jüdische Häftlinge aus einem nahegelegenen Konzentrationslager die Leichen exhumieren und in riesigen Scheiterhaufen verbrennen. Dann wurden auch sie ermordet.

In der Sowjetunion gab es zunächst kein offizielles Gedenken an die Opfer von Babyn Jar. Auch in diesem Fall war lediglich verallgemeinernd von ermordeten »Sowjetbürgern« die Rede. 1960 wurde die Schlucht sogar geflutet, nachdem man einen Staudamm angelegt hatte, der allerdings kurz darauf brach. Auch ein nahegelegener jüdischer Friedhof wurde eingeebnet, um dort den Kiewer Fernsehturm zu errichten. Erst seit 1991 erinnert ein Denkmal in Form einer Menorah, eines jüdischen Leuchters, an eines der größten Massaker im Zweiten Weltkrieg. Dass russische Truppen am 1. März 2022 die Gedenkstätte durch den Beschuss mit Raketen beschädigten, verdeutlicht einmal mehr, was von einer Propaganda zu halten ist, welche die russische Invasion zum Kampf gegen einen angeblich ukrainischen »Nazismus« stilisiert.

CH

Selbst wenn die territorialen Ziele der Sowjetunion noch weiter nach Westen reichten, wie der sowjetische Außenminister am 13. November 1940 gegenüber Hitler offenherzig bekannte, so war die deutsche Führung davon nicht wirklich beunruhigt. Hitler sah in dem »widernatürlichen« Pakt nur ein Bündnis auf Zeit; die deutschen Erfolge im Westen waren für ihn nur ein Zwischenschritt. Ihm ging es nicht um einige Grenzkorrekturen, sondern um den Aufbau eines neuen Weltreichs. Sein Plan war ein rassenideologischer Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Bei diesem monströsen Vorhaben sollte

Ostmitteleuropa nur das Hinterland bilden. Mitte 1941 befanden sich große Teile Ostmitteleuropas im deutschen Einflussbereich: als besetzte Gebiete wie die tschechischen Landschaften Böhmen und Mähren sowie Polen und Serbien; als Verbündete wie die Slowakei, Ungarn, Kroatien und Rumänien; oder als befreundete Mächte wie Bulgarien und die Türkei. In der Vorstellung der nationalsozialistischen Führung handelte es sich hier nur um »Hilfsvölker«, um Rüstungs- oder Rohstofflieferanten oder um potenzielles Aufmarschgebiet. Militärisch wirklich beteiligt waren zunächst nur Rumänien und Finnland; sie sollten als »Eckpfeiler« der neuen Front nach Osten dienen.

Nach dem 22. Juni 1941, dem Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, zeigte sich bald, wie sehr sich das Großdeutsche Reich mit diesem »Unternehmen Barbarossa« übernommen hatte. Im Winter 1941/42 verloren die deutschen Angreifer vor Moskau erstmals die Initiative. Das spürte man auch in Ostmitteleuropa. Während die deutsche Führung die Lücken an der Ostfront zunehmend mit Einheiten aus Ungarn, Rumänien, Finnland, Italien, Kroatien und der Slowakei füllte, rekrutierte die Wehrmacht und noch mehr die Waffen-SS »fremdvölkische« Freiwillige. Den deutschen Rassentheorien zum Trotz kamen diese bald auch aus Ostmitteleuropa sowie den besetzten sowjetischen Gebieten. Nicht nur in der Kriegführung erhielt das Reich Unterstützung aus Europa. Auch beim Holocaust wurden Rumänen, Ungarn, Balten und Ukrainer teils notgedrungene, oft aber willige Vollstrecker.

Je kompromissloser das NS-Regime seine Verbündeten für seine wahnwitzigen Kriegsziele einspannte und regelrecht verheizte, desto mehr wuchs die Skepsis in Helsinki, Budapest oder Bukarest gegenüber dieser selbstmörderischen Allianz. Seit dem Menetekel von Stalingrad 1942/43 begannen sich die ostmitteleuropäischen Staaten neu zu positionieren. Das war kein geradliniger Prozess. Denn attraktiv schien weder ein Sieg des nationalsozialistischen Deutschlands noch einer der stalinistischen Sowjetunion. Nicht selten waren daher Angehörige der Völker und Ethnien Ostmitteleuropas auf beiden Seiten zu finden – als reguläre Soldaten, als Partisanen, als Hilfstruppen oder als Schergen der NS- oder der Sowjet-Ideologie. Ab 1943 kam jeder dritte Soldat auf der deutschen Seite der Front nicht aus Deutsch-



Propagandaplakat der 14. SS-Grenadierdivision Galizien zur Anwerbung ukrainischer Freiwilliger, April 1943.

land. Während diese Front noch hielt, wurden dahinter immer mehr Gebiete zum Schauplatz eines unerbittlichen Partisanenkriegs, der teils das Ausmaß von Bürgerkriegen annahm. Mitte 1944 zerbrach die Front gegen die Sowjetunion. Rumänien wechselte am 25. August 1944 die Seiten, Finnland folgte am 19. September. Das bislang neutrale Bulgarien erklärte Deutschland am 8. September 1944 den Krieg. Bereits am 19. März 1944 war das einst verbündete Ungarn, das im Jahr zuvor erste Kontakte mit den Alliierten aufgenommen hatte, von deutschen Truppen okkupiert worden. Von August bis Oktober 1944 erfolgten im besetzten Warschau und in der Slowakei Aufstände gegen die Deutschen, auf die diese mit äußerster Brutalität reagierten, während die sowjetischen Truppen bewusst abwarteten.

Dennoch gab das nationalsozialistische Deutschland nicht auf. Dem totalen Krieg folgte die totale Niederlage. Ostmitteleuropa aber geriet immer mehr zwischen die Fronten und wurde 1944/45 zum Schauplatz der »Endkämpfe«. Dabei ging es nicht nur um eine militärische Entscheidungsfindung. Während sich die Rote Armee mit Einsatz aller Mittel und unter entsetzlichen Verlusten in Richtung Westen vorankämpfte, hinterließen die deutschen Okkupanten oft nur noch verbrannte Erde; nichts

sollte den Eroberern in die Hände fallen. Begleitet wurde diese Apokalypse von den Verwüstungen der Eroberer und ihren beginnenden »Säuberungen«, vom Terror des NS-Regimes und seiner letzten Verbündeten, die immer weniger zu verlieren hatten, sowie von Fluchtbewegungen biblischen Ausmaßes: Das, was die selbsternannten deutschen »Herrenmenschen« und ihre nichtdeutschen Helfershelfer »im Osten« angerichtet hatten, schlug nun auf sie selbst zurück. Auch hier traf es, wie bei solchen Umbrüchen üblich, oft die Falschen.

Ostmitteleuropa nach 1945

Zurück blieb eine Trümmerlandschaft, in der alteingesessene Ethnien wie die jüdische oder die deutsche nun fehlten. Vernichtet waren nicht nur Städte, Industrien oder Infrastrukturen, sondern auch jahrhundertealte Kulturen und Traditionen. Dieser Kahlschlag erleichterte den neu entstandenen »Volksrepubliken« den Aufbau von völlig neuen sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen. Einen Wiederaufbau der historischen Altstädte wie in Polen gab es nur selten, und die Frage bleibt, ob das alles einen adäquaten Ersatz darstellt für das, was vorher gewesen war. Immerhin hatte der größere Teil der ostmitteleuropäischen Staatenwelt überlebt, wenn auch als – mehr oder weniger – willige Satelliten. Fest eingebunden in die Warschauer Vertragsorganisation (WVO), dienten sie nun als Vorfeld sowjetischer Sicherheitsinteressen. Mit der eliminatorischen Ideologie des Nationalsozialismus waren diese neuen Verhältnisse zwar nicht annähernd gleichzusetzen, doch reichten die politische Unfreiheit, die ineffektive Planwirtschaft und eine unverhältnismäßige Aufrüstung, um diese Staaten in nur wenigen Jahrzehnten in den Ruin zu treiben. Der Traum von freien und demokratischen Nationalstaaten in Ostmitteleuropa hat diesen Niedergang überdauert. Schon vor dem Ende der Sowjetunion und der WVO wurde das offenbar. Nun liegen die Hoffnungen von Ostmitteleuropa auf dem Westen. Ob das eine Zukunft hat, wird sich zeigen.

Christian Hartmann



Trotz der gemeinsamen Sprache und der grenzüberschreitenden Verbindungen im Rahmen der Nationalbewegung wurde die Ukraine erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Staatsgebilde innerhalb der Sowjetunion zusammengefasst. In der Stalinzeit herrschte jedoch weiterhin eine auf Russland ausgerichtete Politik. Die sowjetische Propaganda betonte demgegenüber die Völkerfreundschaft. Das Foto von 2021 zeigt eine monumentale, mehrteilige Skulptur in Kyjiw, die 1982 als Denkmal der sowjetischerseits propagierten Völkerfreundschaft eingeweiht wurde. Nach dem russischen Überfall im Februar 2022 wurde es umbenannt in »Freiheitsbogen des ukrainischen Volkes«. Die Bronzeskulptur mit den beiden Männern links im Bild, die den ukrainischen und den sowjetischen Arbeiter symbolisierten, ist im April 2022 auf Anordnung des Bürgermeisters der Hauptstadt Vitali Klitschko demontiert worden.

Die sowjetische Nationalitätenpolitik in der Ukraine 1917–1991

Die Sowjetunion war ein Vielvölkerstaat. Formal zwar föderal aufgebaut, wurde er jedoch als zentralistischer Einheitsstaat regiert. Angeblich war hier die »nationale Frage« erfolgreich gelöst. Dies behaupteten sowjetische Nationalitätenexperten und das Parteiprogramm der KPdSU von 1986. Auch westliche Experten folgten dieser Auffassung. Doch schon Ende 1991 zerbrach die Sowjetunion entlang der zuvor als politisch bedeutungslos geltenden »administrativen« Grenzen ihrer Unionsrepubliken in 15 unabhängige Staaten.

Von Beginn an spielte die ukrainische Frage in der sowjetischen Nationalitätenpolitik eine zentrale Rolle. Die Ukrainer waren die größte der rund 150 nichtrussischen sowjetischen Nationalitäten und Titularnation einer der die Sowjetunion konstituierenden Unionsrepubliken. Diesen stand laut sowjetischer Verfassung das Recht auf Austritt aus der Union zu. Im Jahr 1926 machten Ukrainer rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion aus; 45 Prozent der nichtrussischen Sowjetbürger waren ukrainischer Nationalität. Von einer zentral gesteuerten nationalitätspolitischen Strategie lässt sich allenfalls für eine kurze Zeit in den 1920er Jahren sprechen. Die ukrainische Frage spielte bei der theoretischen Formulierung, der programmatischen Konkretisierung, bei der Implementierung und an den Wendepunkten der sowjetischen Nationalitätenpolitik eine zentrale Rolle. Eine Schlüsselposition kam der Ukraine auch im Prozess der Auflösung der Sowjetunion zu.

Die nationale Frage besaß im marxistischen Denken der Bolschewiki keine Priorität. Zum Zeitpunkt ihrer Machtübernahme während der Oktoberrevolution 1917 besaßen sie weder ein kohärentes nationalitätspolitisches Programm noch ein realistisches Bild der Dynamik und des Mobilisierungspotenzials der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen der nichtrussischen Völker. Gemäß der marxistisch-leninistischen Ideologie sollten nationale Differenzen mit der revolutionären Ablösung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und dem Niedergang der bürgerlichen Gesellschaft verschwinden. Die Bolschewiki hatten

vor und während der Revolutions- und Bürgerkriegszeit die Forderung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker einschließlich des Rechts auf Sezession unterstützt. Tatsächlich verhinderten sie aber die Konsolidierung eines von Russland unabhängigen ukrainischen Nationalstaats mit militärischer Gewalt und stellten den Territorialbestand des Zarenimperiums weitgehend wieder her. Die Plötzlichkeit und unerwartete Vehemenz der Artikulation nationaler Autonomieforderungen und Sezessionsbestrebungen der nichtrussischen Völker veranlassten Wladimir Lenin zu einer eingehenderen Analyse des Nationalitätenproblems und zur Revision früherer Auffassungen. Diese wurden nach kontroversen Diskussionen innerhalb der Partei zur Grundlage der föderalen Struktur der Sowjetunion und ihrer in den Folgejahren ausdifferenzierten Nationalitätenpolitik.

Sowjetföderalismus, Territorialisierung und Indigenisierung

Lenin stellte das Fernziel des Verschmelzens der Nationen in einer internationalistischen Weltgesellschaft nicht in Frage. Auf dem Weg dahin hielt er jedoch den Prozess der Nationsbildung der nichtrussischen Ethnien für einen unausweichlichen und notwendigen Entwicklungsschritt. Ziel der sowjetischen Nationalitätenpolitik war es, diesen Prozess zu fördern und zu lenken und dem erwachenden ethnischen Eigenbewusstsein der nationalen Minderheiten Raum zu geben, ohne dabei den Zusammenhalt des Sowjetstaates und die kommunistische Einparteiendiktatur zu gefährden. Dabei hielt Lenin den großrussischen Chauvinismus und Imperialismus auch innerhalb der Partei für ein größeres Problem als den Nationalismus der vom Zarismus unterdrückten kleinen und »jungen« Völker. Er befürwortete einen föderalen Aufbau des sowjetischen Staates. Gegen Widerstände in der Partei setzte er durch, dass dieser 1922 als Zusammenschluss von vier formal gleichberechtigten Unionsrepubliken gegründet wurde. Die Zentralisierung gewährleistete das Herrschaftsmonopol der Kommunistischen Partei.

Die bei Weitem größte und bevölkerungsreichste Unionsrepublik war die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR). Sie besaß eine Sonderstellung: Die Russen verfügten über keine eigene Parteiorganisation und ihre höchsten politischen und administrativen Institutionen waren für die gesamte Sowjetunion zuständig. Um der Sowjetmacht unter den nicht-russischen Völkern Akzeptanz zu verschaffen, wurde der Politik der Russifizierung eine Absage erteilt. Nicht die Assimilierung der nationalen Minderheiten, sondern im Gegenteil das »Aufblühen« der Nationen im Rahmen eines sowjetischen Einheitsstaats war das erklärte Ziel. Dazu waren die Bolschewiki bereit, den Nationalitäten quasi nationalstaatliche Attribute zuzugestehen: ein mit dem Eigennamen der Mehrheitsgruppe bezeichnetes Territorium; die Verwendung der Muttersprache in Verwaltung, vor Gericht und im Unterricht; die staatliche Förderung von Kultureinrichtungen und des Publikationswesens; die gezielte Ausbildung, Beschäftigung und Förderung einheimischer Eliten. Die Kommunikation zwischen Sowjetmacht und Bürgern sowie die Vermittlung der kommunistischen Ideologie sollte in der Muttersprache erfolgen und kulturelle Besonderheiten berücksichtigen. Mit der Beseitigung soziökonomischer Ungleichheiten zwischen den Nationalitäten sollten auch Nationalismus und Separatismus verschwinden. An ihre Stelle sollte der Klassenkampf innerhalb der nichtrussischen Nationen treten.

Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) wurde zur Vorreiterin der antiimperialistischen Nationalitätenpolitik der 1920er Jahre. Hier wurde die Indigenisierung (oder auch »Einwurzelung«, *korenizacija*) nachdrücklich vorangetrieben. Man entwickelte Konzepte für die Umsetzung der nationalitätspolitischen Leitlinien von 1923, die auch für die gesamte sowjetische Nationalitätenpolitik maßgeblich wurden. So waren die ukrainischen Kommunisten Vorreiter bei der Einrichtung nationaler Territorien unterhalb der Republiksebene. Im Jahr 1930 existierten in der Sowjetukraine insgesamt 28 nationale Rayons: russische, deutsche, jüdische, polnische, bulgarische und griechische. Außerdem bestanden Hunderte von nationalen Dorfsowjets und mehr als 100 jüdische und russische nationale Stadtsowjets.

Die nationale Frage besaß für die Ukraine nicht allein aufgrund der Erfahrungen mit dem großrussischen Imperialismus

der Zarenzeit, der nationalen Mobilisierung im Ersten Weltkrieg und der interethnischen Gewalt während der Revolutions- und Bürgerkriegsjahre hohe Relevanz. Die Bevölkerung der Ukraine war multiethnisch geprägt. Zu den größeren ethnischen Minderheitengruppen zählten Russen mit 9,2 Prozent, Juden mit 5,5 Prozent, Polen mit 1,6 Prozent und Deutsche mit 1,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Ukrainer stellten mit 80 Prozent der insgesamt 29 Millionen Bewohner der USSR die Bevölkerungsmehrheit. Doch waren sie meist Bauern, während die militärischen, bürokratischen, ökonomischen und religiösen Eliten anderen ethnischen Gruppen angehörten. Unter der Stadtbevölkerung und in der Arbeiterschaft waren Ukrainer nur zu einem geringen Prozentsatz vertreten. Der Wechsel vom Land in die Stadt ging für die Ukrainer in der Regel mit kultureller und sprachlicher Russifizierung einher. Auch unter den Mitgliedern der Kommunistischen Partei der Ukraine waren sie unterrepräsentiert. 1920 stellten sie lediglich ein Fünftel der Parteimitglieder.

Die Basis der Kommunisten in der Ukraine bildeten zunächst hauptsächlich die russische und jüdische Stadtbevölkerung sowie die Arbeiterschaft in den industriellen Zentren im Süden und Osten des Landes. Diese standen der ukrainischen Nationalbewegung ablehnend gegenüber. Russische und russischsprachige Sowjetfunktionäre im Parteiapparat, der Verwaltung und den Industriebetrieben setzten der Indigenisierungspolitik vielfach passiven Widerstand entgegen, auch nachdem sie sich als offizielle Parteilinie durchgesetzt hatte. Dennoch schritt die Ukrainisierung schnell voran. Der Anteil der ethnischen Ukrainer in Partei und Sowjetorganen stieg bis Anfang der 1930er Jahre deutlich an, auch wenn auf den Leitungspositionen, insbesondere auf Republiksebene, ethnische Russen und Juden überrepräsentiert blieben.

Die größten Erfolge erzielte die Politik der Ukrainisierung im Bildungssektor, vor allem in den Grundschulen. Im Jahr 1933 besuchten 88 Prozent der Schulkinder in der Ukraine ukrainischsprachige Schulen. Der muttersprachliche Schulunterricht und die allgemeine Schulpflicht unterstützten die Alphabetisierung des ukrainischen Dorfes. Auch die Zahl ukrainischer Schüler und Studenten an weiterführenden Schulen und Hochschulen stieg,

ebenso der Anteil von Ukrainern an der Stadtbevölkerung und in der Arbeiterschaft in Industrie und Bergbau. Zahl und Auflagenhöhe ukrainischsprachiger Publikationen nahmen stark zu. Doch auch muttersprachliche Bildung, Kultur und Publikationen der jüdischen, deutschen, polnischen und anderer nationaler Minderheiten in der Ukraine wurden gefördert. Wie in anderen Gebieten der Sowjetunion führte die Politik der Territorialisierung und Indigenisierung in der Ukraine keineswegs wie erhofft zu einer Befriedung oder gar dem Verschwinden ethnischer Antagonismen, sondern gab im Gegenteil Anlass zu mehr und neuartigen interethnischen Konflikten: So beanspruchten die ukrainischen Kommunisten die Interessenwahrnehmung der rund 7,9 Millionen ethnischen Ukrainer in der RSFSR für sich. Einigen russischen, russifizierten und jüdischen Kommunisten in der Sowjetukraine aber ging die Ukrainisierungspolitik zu weit.

Nationalitätenpolitische Aspekte von Zwangskollektivierung und Terror

Mit dem ersten Fünfjahresplan setzte Ende der 1920er Jahre eine weitere Phase revolutionärer ökonomischer und sozialer Umwälzungen ein. Die Industrialisierung und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft wurden rücksichtslos und gewaltsam forciert, um die Sowjetunion innerhalb kürzester Zeit in einen Industriestaat zu transformieren und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die nationalitätenpolitischen Ziele wurden nicht revidiert, rückten aber in der Prioritätenliste nach hinten. In der Sowjetukraine waren ethnische und soziale Trennlinien oft deckungsgleich. Die Gewalt- und Terrormaßnahmen zur Durchsetzung dieser Modernisierungsrevolution besaßen damit auch eine ethnische und nationalitätenpolitische Dimension. Diese war untrennbar mit politischen und sozialen Aspekten verwoben. So nahm die Zwangskollektivierung seit 1929 geradezu die Gestalt eines Kriegs der Städte gegen das »Dorf« an. Die Inszenierung eines Klassenkampfes auf dem Dorf, die Vertreibung und Deportation der als Kulaken (ukr.: *kurkuly*) stigmatisierten Gegner der Kollektivierung und der erzwungene Eintritt

Der Holodomor in der Ukraine

Zwischen 1931 und 1934 starben in der Sowjetunion – in Russland, Kasachstan und der Ukraine – rund 5,5 Millionen Menschen an Hunger und dessen Folgekrankheiten. Mit 3,9 Millionen Opfern hatte die multiethnische Bevölkerung der Ukrainischen Sowjetrepublik die höchsten Todeszahlen zu beklagen. Diese Katastrophe ist im ukrainischen kollektiven Gedächtnis als Holodomor (ukr. *holod*, Hunger, und *mor*, Tötung, Mord) verankert. Stalin setzte seinen Weg zum alleinigen Herrscher über die Sowjetunion ab 1929 mit gnadenloser Härte gegen seine Gegner durch, auch gegen die vermeintlichen – mittels einer forcierten Industrialisierung, der Kollektivierung der Landwirtschaft sowie einer Rezentralisierung der Sowjetunion zulasten der nichtrussischen Nationalitäten. Die bis ins Irreale gesteigerten Abgabeverpflichtungen wurden durch Zwangsmaßnahmen bis hin zum Mord durchgesetzt. Die Verpflichtung, die restliche Sowjetunion mit Nahrungsmitteln zu versorgen, konnte durch die kollektivierten Landwirtschaft nicht erbracht werden. Die wohlhabenden Bauern, die von der vorangegangenen Bodenreform und der zeitweisen Liberalisierung der Wirtschaftspolitik profitiert hatten, wurden als »Kulaken« (russ. Fäuste) diffamiert, enteignet und deportiert; zahlreiche von ihnen wurden ermordet.

Bereits Anfang 1931 baten ukrainische Kommunisten ihre Parteiführung um ausländische Lebensmittelhilfe, so wie sie bereits in der Hungersnot zu Beginn der 1920er

Ein russischer Bauer erschlägt mit einem Buch namens »Koope-ration« den »Schädling Privathandel« und »Kulakenparasiten«, Propagandaplakat, 1920.



akg-images/Pictures From History

Mahnmal für den Holodomor im Wichnoyi Slawy (Park der Ewigen Herrlichkeit) in Kyjiw am 28. November 2015, dem landesweiten Tag des Gedenkens an die Hungerkatastrophe.



Jahre in Anspruch genommen worden war. Stalin lehnte dies aus politischen Gründen ab. Den Nahrungsmittelexport aus der Ukraine für einige Monate auszusetzen und den Bauern Zugang zu Getreidevorräten zu gewähren, hätte die Todeszahlen begrenzen können. Stattdessen verleugnete Stalin die Hungersnot und kennzeichnete die ukrainischen Bauern als konterrevolutionäre Aggressoren und als Saboteure des sozialistischen Aufbaus. Das Getreide wurde gewaltsam eingezogen, ebenso das Saatgut; deren Zurückhaltung wurde als Diebstahl bestraft. Im Frühjahr 1933 erreichte die Hungersnot ihren Höhepunkt. Die beabsichtigte oder billigend in Kauf genommene Hungersnot sollte eine eigenständige ukrainische Identität untergraben. Systematische Propaganda, Repressionen und organisierte Mordaktionen richteten sich gegen Kulaken (oder die, welche als solche galten) sowie gegen die politische und intellektuelle Elite der Ukraine. Damit handelt es sich beim Holodomor nicht bloß um eine Hungersnot, sondern um einen politisch motivierten Massenmord, der 2003 und erneut 2006 vom ukrainischen Parlament als Völkermord gewertet wurde, während die Regierung Russlands diese Einstufung unter Verweis auf die zahlreichen Opfer auch außerhalb der Ukraine ablehnt. Das Europäische Parlament, der US-Kongress und seit Ende 2022 auch der Deutsche Bundestag werten den Holodomor als Menschheitsverbrechen.

LR

der Bauern in die neugeschaffenen Kolchosen lief auf eine Enteignung von Land, Vieh und Gerät hinaus. Das erzeugte erbitterten Widerstand der Bauern. In einigen Regionen kam es 1930/31 zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Stalins Anweisung, die vom Zentrum für die Ernte 1932 festgesetzten Ablieferungsquoten mit aller Gewalt einzutreiben, führte in den zentralen Getreideanbaugebieten der Ukraine in den Jahren 1932 und 1933 zu einer Hungerkatastrophe fürchterlichen Ausmaßes, genauso wie an der unteren Wolga, im Nordkaukasus und in Kasachstan. In der Ukraine und im Nordkaukasus mit seiner ebenfalls zahlreichen ukrainischsprachigen Bevölkerung wurden besonders drakonische Strafmaßnahmen für die Nichterfüllung der Ablieferungsquoten verhängt. Ausreiseverbote in andere Teile der Sowjetunion verhinderten die Flucht aus den Hungergebieten. Kolchosen, deren sämtliche Lebensmittelvorräte requiriert oder zerstört worden waren, wurden von der Außenwelt abgeriegelt, ihre Bewohner dem Hungertod preisgegeben. Allein in der Ukraine forderte der Hungerterror drei bis vier Millionen Todesopfer, wobei die Zahl der ukrainischen Hungertoten die Zahl der Toten aller anderen Nationalitäten überstieg.

Stalin und seine Beauftragten lasteten den vehementen Widerstand gegen die Kollektivierung und den Misserfolg der Requirierungskampagne in der Ukraine der ukrainischen Parteiführung, nationalistischen Abweichungen unter den ukrainischen Kommunisten und angeblichen Verschwörungen mit dem kapitalistischen Ausland an. Bereits 1930 war es zu einem ersten Prozess gegen 45 ukrainische Intellektuelle gekommen, denen die Mitgliedschaft in einer fiktiven, angeblich konterrevolutionären ukrainischen Organisation, dem »Bund zur Befreiung der Ukraine«, vorgeworfen worden war. Im Dezember 1932, auf dem Höhepunkt des Hungersterbens, machten zwei Politbürodekrete die mangelnde Wachsamkeit der ukrainischen Parteiführung gegenüber dem ukrainischen Nationalismus und ihre Fehler bei der Ukrainisierungspolitik für den Misserfolg der Getreideablieferung verantwortlich und verfügten die Einstellung der Einwurzelungspolitik unter der ukrainischen Bevölkerung im Nordkaukasus. Auf die absichtsvolle physische Dezimierung der ukrainischen Nation und die Zerstörung des ukrainischen Dorfes als ihrer sozialen Basis folgte bald die Vernichtung der

Ukrainer in deutschen Diensten 1939–1945

Ihren Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion führten die Deutschen nicht allein. Bereits 1943 kam jeder dritte Soldat auf deutscher Seite nicht aus Deutschland. Das ändert nichts an der deutschen Verantwortung und Schuld. Dass sich viele Ukrainer in den deutschen Dienst nehmen ließen, folgte meist einer eigenen Agenda und ließ sich auf ihre eigene schwierige wie opferreiche Geschichte zurückführen: Zwischen 1914 und 1924 verlor die Ukraine im Ersten Weltkrieg und im noch blutigeren Bürgerkrieg etwa 3,6 Millionen Menschen, davon rund 125 000 durch antijüdische Pogrome. Noch einmal so viele Opfer forderte die Moskauer Politik der »Entkulakisierung« und des ihm folgenden Holodomor.

Insgesamt haben wohl etwa 250 000 Ukrainer während des Zweiten Weltkriegs die deutsche Seite unterstützt. Die militärische Zusammenarbeit begann schon vor 1941. Die 1929 in Wien gegründete Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) führte bereits 1939/40 einen antipolnischen und später einen antisowjetischen Untergrundkampf in Galizien. Aus diesen Gruppen formierte die deutsche Abwehr Anfang 1941 die beiden ukrainischen Bataillone »Nachtigall« und »Roland« für subversive Aufgaben hinter den sowjetischen Linien. Ihre Angehörigen hofften auf einen selbstständigen ukrainischen Staat. Nach einer eigenständig versuchten Staatsgründung durch die OUN unter Stepan Bandera löste die Abwehr die Bataillone Ende Juli wieder auf. Aus den Resten wurde das Schutzmannschaftsbataillon 201 gebildet, das im Hinterland gegen versprengte Rotarmisten, Partisanen, aber auch zum Judenmord eingesetzt wurde. Um 1942/43 entstanden in der Westukraine elf und in der Ostukraine sogar 70 weitere »Schuma«-Bataillone. Hinzu kamen 15 665 ukrainische Schutzpolizisten, 55 094 Gendarmen oder gefangene Rotarmisten ukrainischer Herkunft. Letztere begleiteten die Wehrmacht als »Hilfswillige«; ihre genaue Zahl ist unbekannt.

Statt der erhofften ukrainischen Nation installierten die Deutschen im September 1941 das Reichskommissariat Ukraine mit Gauleiter Erich Koch an der Spitze. Seine brutale Herrschaft sowie die sich seit 1942 abzeichnende militärische Wende und Verschleppung von etwa 2,5 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich sorgten für Zulauf zur ukrainischen Partisanenbewegung. Diese wiederum kämpfte zwischen allen Fronten: gegen deut-

sche und sowjetische Truppen, gegen polnische Partisanen, gegen – echte wie vermeintliche – ukrainische Kollaborateure. Dabei kam es zu massiven Ausschreitungen und Mordaktionen gegen die polnische Bevölkerung. Gleichwohl meldeten sich im Juni 1943 noch 84 000 Freiwillige, als die Waffen-SS einen eigenen ukrainischen Verband aufstellte, die 14. Waffen-Grenadier-Division »Halytschna« (galizische Nr. 1) mit rund 15 000 Mann. Erst im März 1945 erlaubte Hitler die Formierung einer ganzen Ukrainischen Nationalarmee. Ihre gerade erst gebildeten Einheiten, nominell 35 000 Mann, gingen kurz darauf in den »Endkämpfen« unter.

Die dunkelste Seite der Kollaboration zwischen Deutschen und Ukrainern war die direkte Unterstützung beim Völkermord – durch einfache Dorfbewohner, ukrainische Polizisten oder »Trawniki«. Ausgebildet im gleichnamigen polnischen Ort, bildeten diese in den Vernichtungslagern gleichsam das »Fußvolk« unter den Tätern. Die knapp 5100 Männer galten pauschal als »Ukrainer«, obwohl nur etwa ein Viertel von dort stammte.

Die Kämpfe endeten nicht mit dem Kriegsende: Ukrainische Partisanen kämpften bis Anfang der 1950er Jahre gegen die Sowjetunion. Andere verschlug es als Displaced Persons in den Westen, viele von ihnen nach Kanada und in die USA. Auch wurden Jahre später eine ganze Reihe von ihnen als NS-Verbrecher enttarnt. Stepan Bandera lebte seit 1946 im Münchner Exil, wo ihn am 15. Oktober 1959 ein Agent des kommunistischen Geheimdienstes (KGB) ermordete. Dass Bandera von 1941 bis 1944 im KZ Sachsenhausen inhaftiert war und dass es sich bei ihm gleichzeitig um einen radikalen Antisemiten handelte, veranschaulicht, wie schwierig und widersprüchlich gerade dieser Teil der deutsch-ukrainischen Geschichte ist. CH

gerade erst geschaffenen ukrainischen politischen und intellektuellen Eliten in Partei, Kultur, Bildung und Wissenschaft. Zwar wurde die Einwurzelungspolitik offiziell nie beendet, doch wurden sehr viele ihrer Träger getötet oder sie verschwanden im weitverzweigten System der sowjetischen Straflager, dem Gulag. Die entstandenen Lücken füllten aus Russland zuversetzte Kader. Die Säuberungswellen der Jahre 1936 bis 1939 waren in der Ukraine deutlich extremer als in Russland. So erfolgte eine nahezu komplette, teilweise mehrfache Auswechslung und Ver-

nichtung der einheimischen Parteikader. Von den 102 Mitgliedern des Zentralkomitees der KPdU des Jahres 1933 waren 1939 lediglich sechs am Leben und von diesen nur noch drei in Freiheit.

Auch die nationalen Territorien der Minderheiten auf ukrainischem Gebiet und ihr muttersprachliches Schulwesen wurden einkassiert. Teile der polnischen und deutschen Minderheiten wurden aus der Ukraine in andere Gebiete der Sowjetunion deportiert. 1936 wurde die Fixierung der Nationalität der Sowjetbürger im Pass eingeführt. Dies verhinderte, dass Angehörige kollektiv verdächtigter Nationalitäten sich gegen summarisch verhängte repressive Maßnahmen durch einen Wechsel ihrer persönlichen Nationalität entziehen konnten. Ukrainischer Nationalismus wurde zur Hauptgefahr erklärt, während die Kritik am großrussischen Chauvinismus verstummte. Die neue Integrationsideologie, der Sowjetpatriotismus, nahm schnell russisch-nationale Züge an.

Nationalitätenpolitik in der Sowjetukraine nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Ukraine wurde während der Kriegs- und Besatzungszeit verwüstet und erlitt erneut gewaltige Bevölkerungsverluste, die sich zwischen sechs und neun Millionen Menschen bewegen dürften. Der multiethnische Charakter des Landes ging verloren. Seine jüdische Bevölkerung war während der Besatzungszeit von den Deutschen größtenteils ermordet worden und nicht alle Juden, die der Shoah durch Evakuierung oder Flucht entgangen waren, kehrten in die Ukraine zurück. Die deutschen und polnischen Minderheiten in der Ukraine waren durch Umsiedlungen und Deportationen vor, während und nach dem Krieg kaum mehr existent. Durch die Angliederung Wolhyniens, Galiziens, der Bukowina und des südlichen Bessarabiens nahm die regionale und kulturelle Heterogenität der ukrainischen Mehrheitsgruppe aber zu. Erstmals lebte die Mehrzahl der in ihren angestammten Siedlungsgebieten verbliebenen Ukrainer in einem Staat, der Sowjetunion.

Die Integration der Westukraine und die Niederschlagung der dort noch lange Zeit aktiven Partisanen gehörten zu den schwierigsten Problemen der Sowjetmacht in der Ukraine. Bis in die Mitte der 1950er Jahre setzte die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) in Galizien und den Karpaten den Kampf für die ukrainische Unabhängigkeit mit Terror- und Sabotageakten fort. Bis 1949 wurden 200 000 Westukrainer nach Sibirien deportiert. Die Unierten Kirchen in Galizien und Transkarpatien gerieten als ukrainische nationale Institutionen ins Visier der sowjetischen Kampagne gegen den ukrainischen Nationalismus; sie wurden 1946 und 1949 mit der russisch-orthodoxen Kirche zwangsvereinigt (siehe den Beitrag von Andriy Mykhaleyko). Infolge der Grenzrevisionen sank der relative russische Bevölkerungsanteil in der Sowjetukraine zunächst, wuchs dann aber durch Einwanderung und durch die Angliederung der Krim an die USSR im Jahr 1954 wieder an. Neben dem Stalinkult wurde der russische Nationalismus zur wichtigsten Integrationsideologie der Sowjetunion.

Stalins Tod im März 1953 war auch im Bereich der sowjetischen Nationalitätenpolitik ein maßgeblicher Einschnitt. Die kommunistische Diktatur bestand weiter fort, doch senkte die Abkehr vom Terror das Risiko einer Artikulation nationaler Autonomiewünsche – in oppositionellen wie in systemkonformen nationalkommunistischen Varianten. Viele Opfer der stalinistischen Säuberungen kehrten aus der sibirischen Lagerhaft zurück und wurden rehabilitiert, allerdings nicht die bereits vor 1934 inhaftierten und später ermordeten ukrainischen Nationalkommunisten. Die Zwangskollektivierung und der Hungerterror wurden aber nicht aufgearbeitet. Krimtataren und Ukrainedeutsche wurden deutlich später als andere deportierte Völker rehabilitiert und durften danach nicht in ihre früheren Siedlungsgebiete zurückkehren. Als Ergebnis von widerstreitenden Interessen, Motiven und Aushandlungsprozessen verschiedener Akteure in den Republiken und der Union war die Nationalitätenpolitik der Nachstalinära oft unkoordiniert und widersprüchlich. Unter Verweis auf die leninistische Nationalitätenpolitik galt die nationale Frage offiziell als gelöst. Und nach wie vor gehörte sie nicht zu den politischen Prioritäten der kommunistischen Führung. Die seit 1957 ideologisch verordnete, aber in sich wider-

sprüchliche Doktrin des Nebeneinanders von »Aufblühen« und »Annäherung« der Nationen kontrastierte mit der gleichzeitig propagierten Existenz eines »Sowjetvolkes«, was bereits das Erreichen der beabsichtigten »Verschmelzung« nahelegte. Die politische Rhetorik genauso wie die Praxis der Nationalitätenpolitik waren veränderlich und folgten letztlich keiner zentral vorgegebenen und ideologisch fundierten Strategie. Im Wesentlichen wurde die Nationalitätenpolitik auf Ebene der Unionsrepubliken gestaltet. Deren Gestaltungsfreiheit durfte bestimmte Grenzen nicht überschreiten, die allerdings weder klar definiert noch unionsweit einheitlich waren. Zudem waren sie abhängig von den politischen Entwicklungen und verschoben sich fortlaufend mit dem Wechsel des Führungspersonals im Zentrum. Wurden diese unsichtbaren Grenzen verletzt, erfolgten Sanktionen und Säuberungen wegen nationalistischer Abweichungen. Systemkritische nationale Opposition wurde kriminalisiert, wobei das Strafmaß lokal unterschiedlich ausfiel. Dabei besaß die Nationalitätenpolitik in der Ukraine besondere Bedeutung: Das lag an ihrem großen demographischen Gewicht und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung innerhalb der UdSSR, an ihrer zeitweilig privilegierten Stellung als Juniorpartnerin im »Unternehmen Sowjetunion«, am großen und wachsenden dortigen russischen Bevölkerungsanteil sowie am zunehmenden Einfluss des russischen Nationalismus innerhalb der politischen Führung im Moskauer Zentrum. Dieser beanspruchte die Ukrainer als unveräußerlichen Teil der russischen Nation.

Nach dem Tod Stalins wurden die nichtrussischen Kader im Nachfolgekampf von allen Seiten umworben und die Zurücksetzung der lokalen Eliten als Entstellung der leninschen Nationalitätenpolitik kritisiert. In der Sowjetukraine wurden Leitungspositionen wieder vermehrt mit Ukrainern besetzt. Mit Nikita Chruschtschow rückten Vertreter des ukrainischen Parteiapparates, darunter auch viele russische Kader aus der Ukraine, in Moskauer Führungspositionen. In einigen der zentralen Apparate waren die Ukrainer vorübergehend sogar überrepräsentiert. Dem »jüngeren Bruder« des »großen russischen Volkes« wurde so eine privilegierte Rolle zuerkannt. Zum 300-jährigen Jubiläum des Vertrags von Perejaslaw, der angeblichen Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland, wurden 1954 grandiose

Feierlichkeiten abgehalten. Gleichzeitig wurde die Krim dem Territorium der Sowjetukraine zugeschlagen.

Zunehmend wurde die Sozialstruktur der Ukrainer durch eine fortschreitende Urbanisierung und Industrialisierung geprägt. Die Übersiedlung in die Stadt, die Beschäftigung in der Industrie und der Erwerb höherer Bildung bedeuteten für Ukrainer häufig eine Assimilierung an ein sprachlich und kulturell russisch geprägtes Umfeld. Die russische Unterrichtssprache dominierte an Hoch- und Fachhochschulen in der Ukraine insbesondere im technischen Bereich. Für die Eltern ukrainischer Kinder waren daher russischsprachige Schulen attraktiv. Karrierechancen für ukrainische Absolventen in Allunionsinstitutionen auch außerhalb der USSR boten einen weiteren Anreiz für die sprachliche Russifizierung. Die systemkonforme national-kommunistische Variante des ukrainischen Autonomiestrebens konnte sich in der Ukraine auch nach Chruschtschows Ablösung noch einige Jahre behaupten. Petro Schelest, seit 1964 ukrainischer Parteiführer, setzte sich für größere administrative Autonomie und wirtschaftliche Interessen der Sowjetukraine ein. Er wurde 1972 wegen lokal-ukrainischem Nationalismus von der ukrainischen Parteispitze abberufen und verlor wenig später auch seinen Sitz im Moskauer Politbüro. In einer für diese Zeit ungewöhnlichen Weise wurden seine Verfehlungen öffentlich kritisiert. Es folgten umfangreiche Säuberungen unter ukrainischen Intellektuellen und Funktionären. Seit den 1970er Jahren war die Nationalitätenpolitik in der Sowjetukraine im sowjetischen Vergleich ungewöhnlich repressiv, nationale Dissidenten erhielten hohe Lagerhaftstrafen.

Zur gleichen Zeit rückte das Ideologem vom Sowjetvolk als »neue und höchste aller bekannten Formen der menschlichen Gemeinschaft« in den Mittelpunkt der sowjetischen Nationalitätentheorie. In dieser Doktrin erhielt die russische Sprache als Ausdruck einer gemeinsamen supranationalen Identität entscheidende Bedeutung. Trotz der Rede von »Entwicklung«, »Aufblühen« und »Annäherung« der sowjetischen Nationen standen die Zeichen in der Sprachenpolitik eindeutig auf Assimilierung. Das Russische wurde unionsweit als zweite Muttersprache propagiert. In der Praxis lief das auf eine Funktionsteilung hinaus. In der Ukraine etablierte sich Russisch als Amts-, Schul-

und Fachsprache auf allen Ebenen, was die Entwicklung einer modernen ukrainischen Hochsprache hemmte. Das Ukrainische blieb die Sprache der häuslichen Sphäre, der Dichtung und Folklore, der Landbevölkerung und der Unterschichten. 1986 besuchten bereits mehr als die Hälfte der ukrainischen Schüler russischsprachige Schulen und der Anteil ukrainischer Publikationen war bis 1987 auf 22 Prozent gesunken. Der Übergang zur russischen Alltagssprache bedeutete aber nicht zwingend die Aufgabe einer ukrainischen nationalen Identität. Zudem rief der kulturell-sprachliche Assimilierungsdruck Widerstand vonseiten ukrainischer Intellektueller und Dissidenten auf den Plan.

Der Reformgegner Wolodymyr Schtscherbytzkyj führte die ukrainische Parteiorganisation von 1972 bis 1989. Unter ihm konnten sich die unter Leonid Breschnew geprägten Parteikader (Nomenklatura) überwiegend bis in die Perestroika-Jahre behaupten. Die Ukraine blieb daher in einer Atmosphäre der politischen Stagnation gefangen. Die oppositionellen Gruppen und Initiativen, die sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zu organisieren begannen, verfolgten zunächst keine Autonomie- oder Unabhängigkeitsbestrebungen. Sie engagierten sich für ökologische Anliegen, die Wiederezulassung der Unierten Kirche, für Menschenrechte und Demokratie. Im September 1989 schlossen sie sich nach baltischem Vorbild zur »Volksbewegung der Ukraine für die Perestroika« (Ruch) zusammen. Schnell wandelte sie sich zu einer nationalen Unabhängigkeitsbewegung. Schon im Januar 1990 gelang die Mobilisierung von 400 000 Teilnehmern zur Bildung einer Menschenkette zwischen Kyjiw und Lwiw, mit der an die Vereinigung der Ukrainischen mit der Westukrainischen Volksrepublik im Jahre 1919 erinnert werden sollte. Dies brachte das Thema der ukrainischen Unabhängigkeit auf die Agenda. Die jahrzehntelang geltenden Tabus bezüglich der kommunistischen Gewaltherrschaft und ihrer katastrophalen Folgen für die Ukraine fielen. Entscheidend für den Kurs auf die Unabhängigkeit war aber die Tatsache, dass Teile der ukrainischen Partielite große Teile der Agenda von Ruch übernahmen. Dies traf nicht nur unter ethnischen Ukrainern, sondern auch in den russischen und jüdischen Bevölkerungsgruppen auf wachsende Zustimmung. Schon im Januar 1990 wurde das Ukrainische zur Staatssprache erklärt. Im Juli 1990 folgte die Souve-

Tschernobyl und die Folgen

Am 26. April 1986 explodierte der vierte Reaktorblock des Atomkraftwerkes von Tschernobyl (ukr. Tschornobyl), wahrscheinlich verursacht durch eine Kombination aus technischen Mängeln des Reaktors und menschlichem Versagen. Die dadurch ausgelöste Kernschmelze setzte große Mengen an Radioaktivität in die Umwelt frei. Tschernobyl musste zum Sperrgebiet erklärt werden, Zehntausende wurden evakuiert. Das Gebiet um den ehemaligen Reaktorblock ist bis heute radioaktiv verseucht und unbewohnbar. Die Zahlen der durch die Katastrophe verursachten Opfer reichen von etwa 50 (!) bis hin zu einer Million. Die radioaktiv verstrahlte Wolke verbreitete sich um den gesamten Globus und löste weltweit Alarm aus. Die für den sowjetischen Führungsstil kennzeichnende Kultur der Geheimhaltung musste in der Folge erstmals durchbrochen werden – mit weitreichenden Folgen.

Das Unglück wurde zum Ausgangspunkt grundlegender Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft. Tschernobyl avancierte zum Symbol für ein fehlgeleitetes zentralistisches System, das unzuverlässige Risikotechnologien ohne Rücksicht auf die Bevölkerung einsetzte. In der Folge artikuliert sich erstmals substanzieller Widerstand gegen die sowjetische Bevormundung. Die Katastrophe veranlasste zahlreiche Menschen in der Ukraine, die vom sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow propagierten Konzepte von Perestroika und Glasnost für ihr Land einzufordern. Dies richtete sich auch gegen das intransparente Gebaren der Moskauer Zentrale. Unter den nun entstehenden ukrainischen Oppositionsgruppen thematisierte insbesondere die Ökologiebewegung »Grüne Welt« (Zelenyj svit) die Auswirkungen der Katastrophe. Daran knüpften sich weitergehende ökologische, kulturelle und politische Forderungen. Das Eintreten für eine demokratische, souveräne Ukraine war somit auch Folge des Unglücks von Tschernobyl. Es gehört somit zu jenem Ursachenkomplex, der letztlich zur Auflösung der Sowjetunion führte.

Das Augenmerk der Weltöffentlichkeit richtete sich durch den russisch-ukrainischen Krieg erneut auf Tschernobyl wie auch auf weitere Kernkraftwerke in der Ukraine. Der Krieg wirft die Frage auf, inwieweit militärische Kampfhandlungen die Sicherheit von Reaktoren gefährden und somit eine nukleare Bedrohung auch ohne den Einsatz von Nuklearwaffen auslösen könnten.

CG

Demonstration am
15. September 1991
in Kyjiw gegen den
neuen Unionsvertrag
und für die
Unabhängigkeit der
Ukraine.

Auf dem Plakat steht
der patriotische Gruß
»Slawa Ukraini!«
(Ruhm der Ukraine!)



picture alliance/dpa/afp

ränitätserklärung, die den neutralen Status der Ukraine und ihr Anrecht auf eigene Streitkräfte betonte. Demonstrativ begannen außenpolitische Aktivitäten. Im Oktober 1990 erklärte der Oberste Sowjet der Ukraine den Vorrang der Gesetze der Sowjetukraine gegenüber der Unionsgesetzgebung. Michail Gorbatschow bemühte sich um einen neuen Unionsvertrag, was seitens der Ukraine jedoch blockiert wurde. Auf den gescheiterten Putsch vom August 1991 in Moskau reagierte sie, wie die meisten anderen Unionsrepubliken, mit einer Unabhängigkeitserklärung. Diese wurde am 1. Dezember in einem Referendum mit 90 Prozent der abgegebenen Stimmen bestätigt. Dabei fiel das Votum in allen Regionen des Landes zugunsten der Unabhängigkeit aus, wenn auch mit unterschiedlichen Stimmenanteilen. Die »Annäherung« und »Verschmelzung« der Nationen war in der Ukraine also paradoxerweise so weit gediehen, dass sich auch ein großer Teil der ukrainischen Bürger nicht-ukrainischer Nationalität für die Eigenstaatlichkeit der Ukraine aussprach. Der Grundstein für eine sich politisch definierende ukrainische Staatsbürgernation war gelegt. Die Kündigung des Unionsvertrags durch das ukrainische Parlament am 5. Dezember 1991 besiegelte das Ende der Sowjetunion. Auf der Basis breiter gesellschaftlicher Unterstützung und mit der zumindest formalen Akzeptanz vonseiten Russlands war das Ziel der Unabhängigkeit kampff- und gewaltlos erreicht worden.

Cornelia Schenke



Die Orangene Revolution gehörte zu den sogenannten Farbrevolutionen in den postsowjetischen Staaten. Gezeichnet von einem Giftanschlag seiner Gegner, kandidierte der vormalige Ministerpräsident Wiktor Juschtschenko Ende 2004 bei der Wahl zum Präsidenten der Ukraine unter der Wahlfarbe Orange, die er bei einer Wahlwiederholung Anfang 2005 gewann. Vorgegangen waren massive Proteste breiter Teile der Bevölkerung, die sich gegen die zuvor erfolgten Wahlfälschungen richteten. Gleichzeitig demonstrierten die Menschen unter der Farbe Orange für eine Hinwendung ihres Lands zur Europäischen Union. Neben Juschtschenko stehen Boxweltmeister Wladimir Klitschko sowie die Sängerin Ruslana Lyschytshko, die im Mai 2004 den Eurovision Song Contest gewonnen hatte, Kyjiw, 24. November 2004.

Die unabhängige Ukraine nach 1991

Die entscheidenden Schritte zur Selbstständigkeit erfolgten noch in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Doch waren die übrigen Republiken vorangegangen. Am 16. Juli 1990 erklärte die Ukraine ihre Souveränität. Nach dem erfolglosen Putsch konservativer Kräfte gegen Michail Gorbatschow in Moskau am 24. August 1991 proklamierte die Regierung in Kyjiw die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine. Zwar hatten bei einem Allunionsreferendum im März 70,2 Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung der Sowjetunion – in erneuerter Form – gestimmt, doch bestätigte eine Volksbefragung am 24. Dezember 1991 mit 90,3 Prozent der abgegebenen Stimmen die Unabhängigkeitserklärung. Selbst auf der Krim hatten 50 Prozent dafür gestimmt. Es war auch ein Erfolg des am 1. Dezember mit 62 Prozent der Stimmen zum Staatspräsidenten der Ukraine gewählten Leonid Krawtschuk. Dieser hatte am 8. Dezember zusammen mit dem russischen Präsidenten Boris Jelzin und dem belarusischen Parlamentspräsidenten Stanislaw Schuschkekewitsch die Auflösung der Sowjetunion und die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beschlossen. Die unabhängige Ukraine übernahm Embleme, Wappen und Farben der von Symon Petljura geführten Ukrainischen Volksrepublik (1917–1921). Schon am 2. Dezember 1991 erkannten Polen und Kanada die Unabhängigkeit des neuen Staates an. Die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien folgten bis zum Jahresende.

Innenpolitik

Die Unabhängigkeit konfrontierte die Ukraine mit einigen Problemen. Zwar war sie im Unterschied zu den übrigen Nachfolgestaaten von blutigen Nationalitätenkonflikten und gewaltsamen Auseinandersetzungen im Innern verschont geblieben, jedoch erwiesen sich politische Spannungen, wirtschaftliche Probleme und hohe Erwartungen der Bevölkerung als enorme Belastungen. Zudem bestimmten Vetternwirtschaft und Korruption die Politik des Landes. Vielfache Spaltungen kamen hinzu. Westlich des

Dnjepr (ukr. Dnipro) sprach man fast ausschließlich Ukrainisch, die russischsprachige Bevölkerung lebte mehrheitlich im Süden und östlich des Dnjepr. Entsprechend tendierte letztere eher nach Russland, während die Ukrainer von Kyjiw bis Przemysl Europa und dem Westen zuneigten. Deshalb waren Nations- und Staatsbildung und vor allem die Ukrainisierung des Landes wichtige Stabilitätselemente. Die 1996 verabschiedete Verfassung erklärte das Ukrainische zur alleinigen Staatssprache. So setzte sich, ohne dass das Russische diskriminiert wurde, allmählich das Ukrainische in den gesellschaftlichen Sphären durch, aus denen es in den 1930er Jahren durch Stalins Russifizierungspolitik verdrängt worden war. Gleichzeitig wurden durch ein Gesetz die Sprachen und Kulturen der Minderheiten in der Ukraine unter Schutz gestellt.

Gleichwohl führten 1994 Regionalismus und Separatismus zu Spannungen. Es drohte die Abspaltung der Krim, und in den Gebieten Donezk und Luhansk plädierte bei den Parlamentswahlen im März eine überwältigende Mehrheit der Wähler für Russisch als zweite Staatssprache. Dies war nicht zuletzt ein Ausdruck der Enttäuschung vieler Menschen, die sich von der Unabhängigkeit eine Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse versprochen hatten und eine Einbindung der Ukraine in die GUS wünschten. Die Wirtschaftsproduktion sank bis zum Jahr 2000 auf die Hälfte, während die Bevölkerung mit einer Inflationsrate von bis zu 500 Prozent zu kämpfen hatte. Doch hatte eine schmale Schicht von Transformationsgewinnlern an weiteren Veränderungen wenig Interesse: Die »roten Direktoren«, die Arbeiter in der Schwerindustrie des Donbas und anderer Reviere wie Dnjepropetrowsk (ukr. Dnipro) sowie die in den Verwaltungsapparaten verbliebene Nomenklatura aus Sowjetzeiten waren die rückwärts gewandten Elemente. Wie in Russland gewannen zudem skrupellose Unternehmer und Kriminelle, die sogenannten Oligarchen, Einfluss auf die Wirtschaft und die Politik des Landes. Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftliche Selbstbestimmung blieben dabei auf der Strecke – das war eine Hürde auf dem Weg in die Europäische Union (EU). Diesen Weg wollte der 1994 ins Präsidentenamt gewählte Leonid Kutschma gehen, nachdem die Ukraine 1992 die Rubelzone verlassen hatte. 1995 konnte die Aufnahme Kyjiws in den Europa-

rat als Erfolg verbucht und 1997 auch eine Vereinbarung mit der NATO abgeschlossen werden.

In seiner ersten Amtszeit hat sich Präsident Kutschma als Reform- und Garant einer neuen Ukraine verstanden; Beobachtern zufolge blieb sie aber ein »neo-sowjetisches Land«. Da der Präsident mit ungeschriebenen, mündlichen Anweisungen an den formalen Regierungsinstanzen in der Regel vorbei regierte, sprachen Politologen von einem »parlamentarischen System mit Präsidialdominanz«. Früh hatte er sich auch die Provinzgouverneure direkt unterstellt. Die Massenmedien waren nicht wirklich frei, die politische Berichterstattung wurde zensiert. Allerdings musste Kutschma im Parlament, der Werchowna Rada, gegen eine sehr starke Opposition aus Kommunisten, Sozialisten und dem sowjetischen System verbundenen Abgeordneten regieren. Versuche, die Medien unter die Kontrolle der Regierung zu bringen, scheiterten an den Parlamentariern. Die 1999 noch funktionierende Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative endete in der zweiten Amtszeit Kutschmas. Hinter der Fassade formaler Demokratie gingen nun Geld und Macht eine unheilige Allianz ein. In- und ausländische Beobachter kritisierten, dass Politik zu einem »schmutzigen Geschäft« geworden sei. Demnach verfolgte die Präsidialadministration ihre Ziele durch Bestechung, Erpressung und Nötigung sowie durch klientelistische Beziehungen zu Oligarchen. Diese wurden im Tausch gegen politische Loyalität bei der Privatisierung von Staatsvermögen bevorzugt. Im Sommer 2003 zählte die Ukraine zu den zehn korruptesten Ländern der Welt. Angesichts von Korruption, ausufernden Staatssubventionen und instabiler Gesetzgebung verweigerte daher der Internationale Währungsfonds dem Land die notwendigen Kredite. Gleichzeitig erfolgte jedoch ein erkennbarer wirtschaftlicher Aufschwung, der den Reformen unter Ministerpräsident Wiktor Juschtschenko (Dez. 1999 bis April 2001) zu verdanken war. Sie brachten eine ökonomische Wende, aber auch den Sturz Juschtschenkos durch die wenig reformwillige Rada.

Neben den inneren Bruchlinien belasteten die Beziehungen mit Russland die Politik in Kyjiw, weil der Kreml die Unabhängigkeit der Ukraine nie wirklich akzeptieren wollte. Daran konnten auch verschiedene Handelsabkommen sowie ein

1997 unterzeichneter Freundschafts- und Kooperationsvertrag nichts ändern. Nicht zuletzt lag diese ausbleibende Akzeptanz darin begründet, dass Russlands machtpolitischer Aufstieg im 17. Jahrhundert mit der Eingliederung ukrainischer Territorien begonnen hatte. Dementsprechend sahen einige russische Politiker und Publizisten mit der Unabhängigkeit der Ukraine das Ende der russländischen Geschichte gekommen. In diesem Sinne soll Jelzins Ministerpräsident Wiktor Tschernomyrdin 1996 die Ukraine nicht nur als einen Nachbarstaat Russlands bezeichnet haben, sondern als »Teil unserer Seele, und wir wollen zusammen sein für alle Zeit«. Darauf wies auch Wladimir Putin in einem von ihm verfassten Traktat über die Herkunft der ostslawischen Völker hin.

Als ein Dauerproblem erwies sich die Krim. Deren überwiegend russische Bevölkerung sann auf Separation, musste sich aber mit einem Autonomiestatus abfinden. 1992 erklärte die Halbinsel ihre Unabhängigkeit, woraus zahlreiche Konflikte erwuchsen. Diese wurden trotz internationaler Vermittlungsversuche und der Verabschiedung einer neuen Verfassung durch die Rada 1996 und 1998 nicht aus der Welt geschafft. Weitere Konflikte ergaben sich durch die Rückkehr der Krimtataren aus ihren Verbannungsorten in Zentralasien auf die Halbinsel, wo sie ihre einstigen Siedlungen und Ländereien im Besitz von Neubürgern vorfanden. Eng verbunden war die Krimfrage mit derjenigen der Schwarzmeerflotte. Deren Stationierung führte zu lange anhaltenden Kontroversen zwischen Moskau und Kyjiw. Schließlich wurde kurz vor der Jahrtausendwende durch eine Teilung der Streitkräfte und der Infrastruktur ein bis 2047 verlängerter Pachtvertrag des russischen Stützpunktes Sewastopol und somit eine vorläufige Einigung zwischen Moskau und Kyjiw erreicht.

Spannungen mit Russland ergaben sich zudem aus der Energieabhängigkeit der Ukraine von Russland. Wie in der gesamten UdSSR so war man auch in der Sowjetukraine dank günstiger Preise wenig bewusst mit Energie und ihrer Nutzung umgegangen. Nach dem Ende der Sowjetunion passten die russländischen Energielieferanten ihre Preise dem Weltmarkt an, nicht aber die Ukrainer ihren Energieaufwand. Stattdessen beglichen sie ihre Rechnungen nicht und häuften so erhebliche Schulden an. Da die ukrainische Regierung keine Konsequenzen zog und

Der Status der Krim

Auf Beschluss des Obersten Sowjets wurde die Krim am 19. Februar 1954 aus der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik herausgelöst und in die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik eingegliedert. Anlass für diesen heute von Moskau in Frage gestellten Rechtsakt war der angebliche 300. Jahrestag der Übereinkunft von Perejaslaw, die russischerseits als Beginn einer unverbrüchlichen Allianz mit der Ukraine interpretiert wurde. Nach 1954 blieb Sewastopol jedoch weiterhin ein unmittelbar von Moskau verwalteter Flottenstützpunkt. Die Belagerungen im Krimkrieg und erneut im Zweiten Weltkrieg hatten Sewastopol den Status einer »Heldenstadt« verliehen.

Nach dem Ende der UdSSR war der Status der Krim umstritten. 1991 votierte eine knappe Mehrheit der Krim-Bevölkerung für die Unabhängigkeit der Ukraine. Die Halbinsel wurde 1992 Autonome Republik innerhalb der Ukraine. Die Rückkehr der 1944 von Stalin deportierten Krimtataren seit 1989 rief Konflikte und Auseinandersetzungen mit der russophonen Mehrheitsbevölkerung hervor, die Konkurrenz um Arbeit und Wohnraum fürchtete. 1997 einigten sich die Russländische Föderation und die Ukraine, die Schwarzmeerflotte im Verhältnis 82:18 untereinander aufzuteilen. Russland pachtete Abschnitte des Sewastopoler Hafens, um den strategisch wichtigen Flottenstützpunkt zu bewahren.

Als die Ukraine zur Jahreswende 2013/14 einen politischen Umschwung erlebte, nutzte Russland Ende Februar 2014 die Gunst der Stunde. Unter dem Vorwand, die Sicherheit russischer Bürger zu gewährleisten, besetzten als »grüne Männchen« verharmloste russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen in einer vorbereiteten Operation die gesamte Krim. Am 18. März 2014 erklärte die Russländische Föderation die Krim zu ihrem Staatsgebiet. Das vier Tage vorher abgehaltene Referendum erklärte die UN-Generalversammlung für ungültig. Die Besetzung und die Angliederung der Krim an Russland waren ein klarer Bruch des Völkerrechts. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 belegt eindrücklich, dass sich Moskaus Machtanspruch nicht auf die Krim beschränkt. Vielmehr wirkt die Kontinuität einer imperialen und geschichtspolitisch legitimierten russischen Politik nach. Nach vorangegangenen Scheinreferenden wurden auch die russisch besetzten Regionen in der Süd- und Ostukraine am 30. September 2022 von Russland annektiert. CN

sich auf auswärtige Unterstützung verließ, gaben große Technikkonzerne ihren Standort in der Ukraine auf, wo energiesparende Technologie keinen Markt finden konnte. Die Ukraine blieb weiter von Russland abhängig. Nicht zuletzt wegen der starken Lobby von Atomenergie und Kohlebergbau mangelt es darüber hinaus an Wirtschaftsreformen und nötigen Modernisierungen. Allerdings konnte die Ukraine ab 2015 zumindest ihren Bedarf an Erdgas durch eigene Förderung sowie durch Lieferungen aus Ungarn, der Slowakei und Polen bestreiten.

Der Weg nach Westen

Kutschma wollte eine »duale Politik« bzw. eine mehrgleisige Außenpolitik betreiben, also ein möglichst spannungsfreies Verhältnis mit Moskau haben und parallel engere Beziehungen mit der euro-atlantischen Welt pflegen. 1994 verzichtete die Ukraine auf ihre Nuklearwaffen. Im Gegenzug erhielt sie im Budapester Memorandum Sicherheitsgarantien durch die USA, durch Russland und Großbritannien. Gleichzeitig begann sich die Ukraine dem Westen und seit 1997 auch der NATO anzunähern und dem NATO-Russland-Rat anzuschließen. Nach der Wiederwahl von 1999 erklärte Kutschma den Beitritt seines Landes zur EU zum Staatsziel. Das stieß bei dem neuen russischen Präsidenten Putin auf Ablehnung, der den Einfluss seines Landes in der GUS wiederherstellen wollte. Im April 2000 gelang es Kutschma, seine Präsidentenrechte durch ein Referendum zu erweitern und die Entscheidungsbefugnisse der Rada und ihrer Abgeordneten zu beschränken. Das fortbestehende Obrigkeitsdenken äußerte sich in manipulierten Pressekampagnen und dem geringen Ansehen des Parlaments in der Öffentlichkeit. Dessen ungeachtet trat die Sowjetnostalgie zugunsten einer zunehmenden Westorientierung zurück. Einen Beitrag hierzu leisteten zahlreiche Erklärungen von ukrainischen Regierungsvertretern und auch von Kutschma selbst, die der Integration der Ukraine in die EU höchste Priorität beimaßen. Die eindeutige Abfuhr, die Kyjiw jedoch aus Brüssel erhielt, dürfte dann wesentlich den Beitritt der Ukraine zu dem 2003 zwischen Russland, Belarus und Kasachstan vereinbarten einheitlichen Wirtschaftsraum befördert haben.

Die Orangene Revolution Ende 2004

Schon bald nach Putins Amtsantritt als Präsident der Russländischen Föderation im März 2000 begannen sich die Beziehungen mit der euro-atlantischen Welt zu trüben. Moskaus Energie-trägerpolitik und seine Unzufriedenheit über die Perspektiven der EU-Osterweiterung belasteten die Beziehungen mit dem Westen. Für die russische Außenpolitik erlangten nun geopolitische Faktoren eine immer größere Bedeutung. Moskau reagierte auf die westliche Herausforderung mit einer zunehmend offensiveren Politik im postsowjetischen Raum. Auf eine sehr direkte und parteiische Weise mischte sich Putin im Herbst 2004 in die Präsidentschaftswahlen der Ukraine ein. Dies taten allerdings auch die EU und vor allem die USA. Neben Kutschmas Favoriten, dem aus Donezk stammenden Wiktor Janukowytsch, der auch Putins Kandidat war, bewarb sich der »Westler« und demokratischen Reformen verpflichtete ehemalige Premierminister Wiktor Juschtschenko. Er konnte die Hochphase des Wahlkampfes nicht selbst führen, da er am 5. September 2004 einem Giftanschlag zum Opfer gefallen war. Beide Kandidaten lagen im ersten Wahlgang vom 31. Oktober mit 39,9 beziehungsweise 39,3 Prozent der Stimmen nahezu gleichauf. Am 21. November 2004 mussten sich beide Kandidaten einer Stichwahl stellen; hier siegte Janukowytsch mit 49,46 Prozent knapp vor Juschtschenko mit 46,61 Prozent der abgegebenen Stimmen. Eine Folge war die Orangene Revolution: Gegen die auch von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bestätigte massive Wahlfälschung erhoben sich in den Wahlkampf farben Juschtschenkos breite Bevölkerungskreise. Der erstaunten Weltöffentlichkeit zeigte sich der »Unabhängigkeitsplatz« (Majdan Nesaleschnosti) als deren Aktionszentrum und politische Bühne. Dank der massiven Proteste wurde die Stichwahl am 26. Dezember 2004 wiederholt, aus der Juschtschenko nun mit 52 Prozent der Stimmen gegenüber 44 Prozent für seinen Gegner als klarer Sieger hervorging. Eine Folge war die politische Spaltung der Ukraine, eine andere das Ende der einvernehmlichen Partnerschaft Russlands mit der Ukraine und dem Westen.

Das bürgerliche Engagement auf dem Majdan war wesentlich von den Hoffnungen getragen, dass sich die Verhältnisse in

der an Transformationsproblemen und Missmanagement leidenden Ukraine ändern würden. Die Revolutionäre versprachen den Anbruch einer neuen Ära, insbesondere die Integration in die EU. Vor allem in den Gebieten westlich des Dnjepr stand die »Rückkehr nach Europa« außer Frage. Gleichzeitig war die Wahrnehmung in den östlichen und südöstlichen Regionen, der Wählerbasis Janukowytschs, eine andere. Für die dort mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung mit ihrer nachhaltigeren Prägung durch sowjetische Werte und Verhaltensmuster musste die Orangene Revolution als ein importiertes Projekt erscheinen, als ein Staatsstreich und als Anschlag der westlichen Gegenwart. Da erkleckliche Summen aus den USA, von der Soros-Stiftung und aus anderen Quellen an ukrainische Nichtregierungsorganisationen geflossen waren, gab es genug Stoff für entsprechende Theorien. Geld allein kann es aber nicht gewesen sein, denn Janukowytschs Wahlkampagne soll gleichzeitig mit 200 Millionen Dollar unterstützt worden sein.

Die Revolution in Orange machte deutlich, dass sich die Ukraine in einem Prozess befand: Die Mehrheitsbevölkerung begann sich zu europäisieren, ohne dass sie ihre Suche nach Orientierung zwischen östlichen und westlichen Werten aufgeben hätte. Allerdings verlief die Zusammenarbeit zwischen dem neuen Präsidenten Juschtschenko und seiner Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko unharmonisch. Krisen und ungelöste Verfassungsfragen bestimmten weiterhin das Erscheinungsbild der ukrainischen Politik, die auf Kooperation mit der und Annäherung an die EU setzte. Da aber Juschtschenko und Tymoschenko jeweils eigene Ziele verfolgten, musste das »Traumpaar der osteuropäischen Transformation« nach zermürenden Auseinandersetzungen das Scheitern des gemeinsamen Vorhabens konstatieren. Dies galt mit Blick auf die EU, die der Ukraine weiterhin die kalte Schulter zeigte, vor allem aber für die endlosen Verfassungskontroversen, in deren Verlauf Tymoschenko selbst mit Janukowytsch kooperierte. Dieser gewann Anfang 2010 die Präsidentenwahl und konnte sich in den Folgejahren auch gegenüber dem Parlament behaupten.

Trotz der politischen Turbulenzen setzte sich der wirtschaftliche Erholungsprozess fort. Dies mag auch einer Verbesserung der Beziehungen zu Russland zu verdanken gewesen sein.

Schon 2001 wurde die energiepolitische Kooperation mit Moskau erneuert und in zahlreichen anderen Wirtschaftssektoren vom Flugzeugbau bis zur Reaktorsicherheit erweitert. Die fortbestehende wirtschaftliche Abhängigkeit von Moskau und die strukturelle Ähnlichkeit vieler Sphären von Politik und Gesellschaft beförderten diese Wiederannäherung. Gleichzeitig zielte die NATO-Osterweiterungspolitik der USA nach der Amtseinführung George W. Bushs zunehmend auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Ukraine spielte in diesem Kontext ab 2002 eine Rolle. Nachdem dann 2004 die Slowakei, Slowenien und die baltischen Staaten sowie 2007 Bulgarien und Rumänien Mitglieder der Militärallianz geworden waren, verstärkten sich die Bemühungen Washingtons mit Blick auf die Ukraine. Unterstützt wurde dies von westorientierten ukrainischen Politikern. 2008 beantragten Präsident Juschtschenko, Ministerpräsidentin Tymoschenko und Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk auf dem Bukarester NATO-Gipfel die Mitgliedschaft im Bündnis. Die NATO vertagte das Beitrittsgesuch jedoch wegen der Bedenken unter anderem seitens der Regierungen Frankreichs und Deutschlands, was in der Ukraine Proteste auslöste. Die Beziehungen zu Moskau verschlechtern sich daraufhin, obwohl Kyjiw nur eine »Beitrittsperspektive« zugestanden worden war. Parallel wurden Vorbereitungen für ein Assoziierungsabkommen mit der EU getroffen. Dieses sollte Ende 2013 unterzeichnet werden.

Die Majdan-Revolution 2014

Nach der Wahl Wiktor Janukowytschs, des Verlierers der Orangen Revolution, zum Präsidenten, verbesserten sich die Beziehungen zu Moskau wieder. So begingen im Sommer 2013 Janukowytsch und Putin gemeinsam das 1024. Jubiläum der Christianisierung der Kiewer Rus, wobei der Kremlherr die geistig-kulturelle Einheit der Völker Russlands und der Ukraine besonders betonte. Wenig später dürfte Janukowytschs zwischen Russland und der EU lavierende Politik den Kreml veranlasst haben, Kyjiw am 21. November 2013 zur Aufgabe des Assoziierungsabkommens zu nötigen. Entscheidender war die wenig weitblickende Politik Brüssels. Sie übersah die Probleme des



picture alliance/AP Photo/Gero Breiber

Protestaktion in Berlin gegen die russische Annexion der Krim, 9. März 2014.

Abkommens für die ukrainisch-russischen Handelsbeziehungen und für Moskaus Interessen – ganz zu schweigen von dem Angebot der EU, die Ukraine mit lediglich einer Milliarde Euro zur Überwindung ihrer akuten ökonomischen Probleme zu unterstützen, während Putin zehn Milliarden US-Dollar in Aussicht stellte. Das unerwartete Scheitern der EU-Assoziierung führte zu Massenprotesten und einer Reaktivierung des Euromajdan. Versuche, die Opposition und deren Proteste auszuschalten, veranlassten das ukrainische Parlament, Janukowytsch am 27. Februar 2014 zu stürzen und durch eine Übergangsregierung unter dem bisherigen Oppositionsführer Jazenjuk zu ersetzen. Dies war, da verfassungswidrig, ein Akt des revolutionären Umbruchs. Die meisten westlichen Staaten und die USA, die von Anbeginn die Majdan-Bewegung unterstützt hatten, gaben indessen der neuen Regierung sofort ihre diplomatische Anerkennung. Problematisch blieb allerdings die Aufhebung des Sprachengesetzes, das dem Russischen bis dahin weitreichende Zugeständnisse eingeräumt hatte.

Moskau betrachtete Kyjiws EU-Kurs als eine gegen Russland gerichtete Verschwörung des Westens. Die Kremlführung bewertete die Majdan-Revolution nicht als eine spontane demokra-



picture alliance/ZUMAPRESS.com/Pavlo Gondhar

Denkmal zu Ehren der »Himmlichen Hundertschaft« in Kyjiv: Während der Anti-Regierungsproteste im Rahmen des Euromajdan kamen im Februar 2014 mehr als 100 Demonstranten zu Tode. Aufnahme vom 20. Februar 2020.

tische Massenbewegung, sondern als einen von außerhalb des Landes gesteuerten Umsturz. Daher ließ sie kurz nach der Flucht Janukowytschs die Krim annektieren. Die Halbinsel wurde auf Beschluss des russländischen Parlaments am 20. März 2014 in die Russländische Föderation aufgenommen. Gleichzeitig begann mit Moskaus Unterstützung die Besetzung des Donbas durch bewaffnete Milizen. Diesen Völkerrechtsbruch rechtfertigte Putin mit dem Ziel der Wiederherstellung des historischen Russlands sowie mit dem angeblichen »Genozid an Millionen Menschen« in den sogenannten Volksrepubliken im Donbas.

Inzwischen konnte der als Oligarch reich gewordene Petro Poroschenko im Mai 2014 die Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden. Den Wählerinnen und Wählern hatte er im Wahlkampf politische Reformen, die Bekämpfung der Korruption und eine Lösung des Konflikts in der Ostukraine versprochen. Tatsächlich gelangen ihm infolge ausländischen Drucks Verbesserungen und Reformen im Energiebereich, der Haushaltspolitik, im Polizeiapparat und im staatlichen Wirtschaftssektor. Dagegen blieben Fragen offen, die die institutionellen Verflech-



picture alliance/ZUMAPRESS.com/Serg Globny

Präsidentenwahl in der Ukraine, 2. Wahlgang: Präsidentschaftskandidat Wolodymyr Selenskyj jubelt, als die ersten Auszahlungsergebnisse bekanntgegeben werden, Kyjiw, 21. April 2019.

tungen mit den USA, die Rolle von Rechtsradikalen in der Übergangsregierung, den Umgang mit der Bürgerrechtsbewegung oder die Hintergründe für die Einsetzung des abgehalfterten georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili als Gouverneur des Gebiets Odesa (bis 2017) berührten.

Das im Februar 2015 geschlossenen Minsker Abkommen zur Deeskalierung und Beilegung des Konflikts in der Ostukraine scheiterte an der Unvereinbarkeit der von den Signataren verfolgten Interessen. Ende 2018 wurde zudem von Moskau im Widerspruch zum Völkerrecht das Asowsche Meer einschließlich der Meerenge von Kertsch zum russländischen Hoheitsgebiet erklärt, um die Ukraine von der Schwarzmeerküste zu verdrängen. Vielleicht war dies ein Grund dafür, dass Poroschenko 2019 mit den Themen »Armee, Sprache, Glaube« die Wahlen gewinnen wollte. In den Wahlgängen zur Präsidentschaftswahl vom 21. März und 21. April 2019 siegte jedoch ein Kandidat mit großer Mehrheit, der zuvor als »Mann ohne Eigenschaften« ge-

golten hatte: Wolodymyr Selenskyj. In freien und fairen Wahlen hat er die alte politische Elite von der Macht verdrängt, weil nur er den Wunsch der ukrainischen Mehrheitsbevölkerung nach einem Neuanfang verkörperte. Mit seinem Regierungsantritt und nach der Wahl Joe Bidens zum US-Präsidenten im November 2020 wurde die Zusammenarbeit der Ukraine mit den USA und der NATO massiv ausgeweitet. Konfessionell gingen auch die Christen in der Ukraine neue Wege. Während auf dem Majdan noch die meisten kirchlichen Gemeinschaften vertreten waren, kam es 2018 durch die Abspaltung der »Orthodoxen Kirche der Ukraine« (OKU) vom Moskauer Patriarchat zur Gründung einer ukrainischen Nationalkirche. Diese erhielt rasch die Anerkennung ihrer Autokephalie durch den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel sowie durch weitere orthodoxe Hierarchen. Nach wie vor die größte Religionsgemeinschaft bildet aber die »Ukrainisch Orthodoxe Kirche« (UOK) als Exarchat des Moskauer Patriarchats.

Der bedingungslose euro-atlantische Kurs Selenskyjs und seine seit Ende 2021 nahezu täglich erhobene Forderung nach Mitgliedschaft in EU und NATO veranlassten Putin, mit einem Truppenaufmarsch an der Grenze der Ukraine zu reagieren. Mit der verlogenen Begründung, eine »militärische Spezialaktion« zur »Entnazifizierung« und »Entmilitarisierung« durchzuführen, begann am 24. Februar 2022 ein russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieses Verbrechen gegen Völkerrecht und Moral wurde von einer großen Mehrheit der UN-Vollversammlung verurteilt. Dem folgte Russlands Ausschluss aus dem Europarat sowie dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

Rudolf A. Mark



Am 1. März 2022, fünf Tage nach Beginn der russischen Invasion, wurde der hauptstädtische Fernsehturm und damit ein wichtiger Teil der zivilen Informationsinfrastruktur durch einen russischen Raketenangriff zerstört. An dieser Stelle vereinen sich verschiedene Erinnerungsorte. Im Zeichen des technischen Fortschritts der Sowjetunion wurde das Bauwerk im Jahr 1973 fertiggestellt. Mit einer Höhe von 385 Metern war er der weltweit höchste Stahlfachwerkturm. Er stand im Norden von Kyjiw unmittelbar in der Nähe der Gedenkstätte von Babyn Jar, wo die deutschen Besatzer die jüdische Bevölkerung der Hauptstadt ermordet hatten.

Vom hybriden Krieg zum Großangriff. Der Ukrainekrieg seit 2014

Vor dem russischen Großangriff vom 24. Februar 2022 galt das russische Vorgehen als hybride Kriegführung. Die russische Militärdoktrin versteht darunter die Verwendung einer breiten Palette subversiver, meist nicht-militärischer Instrumente zur Durchsetzung nationaler Interessen. Diese Konzeption wurde Anfang der 2000er Jahre in ihren Grundzügen unter dem Stichwort der »kontaktlosen Kriegführung« entwickelt und fand sich bereits im russischen Weißbuch von 2003. Hervorzuheben ist die Totalität dieses Kriegskonzeptes. Ein spezielles Augenmerk gilt dabei dem sogenannten Kulturkrieg. Es beinhaltet zum einen den proaktiv um politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss geführten Informationskrieg mittels Massenmedien, zum anderen den als »Kampf in der Tiefe« von Spezialkräften und »kommerziellen irregulären Truppen« subversiv geführten Klein- und Stellvertreterkrieg.

»Kontaktlose Kriegführung«

Sein Konzept der »kontaktlosen Kriegführung« praktizierte Russland vermutlich zum ersten Mal in der Auseinandersetzung mit Georgien um Südossetien. Am 7. August 2008 begannen Cyberattacken, nachrichtendienstliche Spezialoperationen sowie der indirekte und direkte Einsatz militärischer Macht. All dies zielte im Sinne des »Kulturkrieges« darauf ab, die Kommunikationsfähigkeit der Regierung in Tiflis sowohl nach außen wie nach innen zu unterbinden. Begleitend erfolgte eine massive russische Propaganda, die den Einmarsch russischer Truppen zu rechtfertigen suchte, während Georgien technisch nicht in der Lage war, seine eigene Sicht öffentlichkeitswirksam darzulegen. So entstand letztlich das absurde, aber kaum hinterfragte Narrativ, dass Georgien mit seinem »Einmarsch« in Südossetien sich selbst angegriffen habe und deshalb Russland in Georgien habe einmarschieren müssen.

Die Besetzung der Krim ab 27. Februar 2014 war eine kaum veränderte Variante dieser in Georgien bereits effektiv angewendeten Kriegführung. Die durchaus geschickt gewählte Bezeichnung »Russkaja vesna« (Russischer Frühling) für das Vorgehen von 2014 bezog sich auf den Arabischen Frühling der Jahre 2010 bis 2013. Wie zuvor bereits bei den Aktivitäten gegen Estland von 2007 suggerierte dies eine prorussische Volksbewegung. Allerdings zeigte sich bald, dass – wie bei den Unruhen in Tallinn – die Initiative keine lokale Unterstützung besaß, sondern durch *agents provocateurs* von außen angeheizt war. In Donezk war dies im Frühjahr 2014 etwa der Oberst des russischen Militärgheimdienstes GRU Igor Girkin, der dort unter dem Decknamen Igor Strelkow (Kampfname Strelok) mit seiner etwa 50 Mann umfassenden Agententruppe agierte. Die im Februar 2014 in Donezk und Luhansk auftretenden und bald als »grüne Männer« bezeichneten russischen Militärgheimdienstagenten organisierten und beteiligten sich an separatistischen Demonstrationen. Gut ausgebildet und modern ausgerüstet, bewerkstelligten sie die oberflächlich als »Volkszorn« verbrämte lokale Machtübernahme durch eine handstreichartige Besetzung von Verwaltungsgebäuden und Medienzentren. Beispielsweise leitete der »pensionierte« GRU-Oberstleutnant Igor Besler die Erstürmung der Zentrale des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes in Donezk. Besler präsentierte sich bereits ein halbes Jahr später als Generalmajor in der selbsternannten »Volksrepublik Donezk«. Während aber der Überfall auf die Krim mit Mitteln der »kontaktlosen Kriegführung« die ukrainischen Behörden und die internationale Gemeinschaft weitgehend unvorbereitet getroffen hatte, reagierte die Ukraine weit effektiver mit ihren »Antiterrorereinheiten« gegen die von Russland gesteuerten Separatisten im Donbas.

Drohkulisse, Aufmarsch und Blitzkriegplan auf vier Achsen

Bereits im Frühjahr 2021 begann Russland mit einem massiven Truppenaufmarsch auf der Krim und entlang der ukrainischen Ostgrenze. Als Manöver deklariert, bauten die russischen Streit-

kräfte mit See-, Luft- und gepanzerten Landstreitkräften ein gewaltiges Drohpotenzial auf. Im Herbst 2021 verschärfte sich die Rhetorik von Außenminister Sergei Lawrow, Kreml-Sprecher Dmitri Peskow und des russischen Auslandsnachrichtendienstes: Demnach verbreiteten die Vereinigten Staaten Schauermärchen von »russischen Panzerarmadas, die ukrainische Städte vernichten«. Nachrichten über einen russischen Aufmarsch seien nichts anderes als ein amerikanischer Geheimplan, um Russland in Verruf zu bringen. Zudem werde Russland seitens der Ukraine und der NATO provoziert und bedroht. Anfang Dezember 2021 meldete der ukrainische Nachrichtendienst einen Aufmarsch von etwa 92 000 russischen Soldaten allein in Belarus. Am 17. Dezember 2021 forderte Russland von den USA und der NATO ultimativ die schriftliche Zusicherung, dass die NATO keine weiteren Länder an der Grenze Russlands zu ihren Mitgliedsstaaten machen werde.

Nachdem dieser Aufmarsch am 20. Februar 2022 weitestgehend abgeschlossen war, verlangte der belarusische Präsident Aljaksandr Lukaschenka von der Ukraine die Anerkennung der Unabhängigkeit der »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk (ukr. Luhansk). Kurz darauf informierte Putin die Welt über seinen Beschluss, die Unabhängigkeit von Donezk und Lugansk anzuerkennen, und er befahl den Beginn einer »Friedensoperation in der Ost-Ukraine«. Es folgte ein Großangriff. In der Nacht zum 21. Februar überquerten russische Truppen die Grenze zwischen Russland und der Ukraine. Sie begannen Angriffsstellungen in dem bereits von prorussischen Milizen kontrollierten Rebellenrepubliken zu beziehen. Das meist genannte Angriffsdatum vom 24. Februar 2022 ist also irreführend, denn schon am 21. Februar marschierten signifikante russische Kräfte in ukrainisches Hoheitsgebiet ein. Natürlich befanden sie sich dort schon seit dem 27. Februar 2014. So ist die künstliche Einteilung des Konflikts in eine Phase von 2014 bis 2021 und eine Phase ab Februar 2022 bereits auf eine erfolgreiche russische Propaganda zurückzuführen, um die Annexion der Krim zu rechtfertigen.

In den frühen Morgenstunden des 24. Februar 2022 erfolgte der koordinierte Überfall als Großangriff auf die gesamte Ukraine entlang von vier Achsen: Dazu zählte ein Angriff aus Belarus auf die ukrainische Hauptstadt Kyjiw mit dem operativen Ziel,

durch einen »Enthauptungsschlag« die ukrainische Führungsfähigkeit zu zerstören. Die strategischen Ziele bestanden darin, durch eine prorussische Marionettenregierung die Anerkennung der Krim sowie der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die wirtschaftlich-politische Abwendung der Ukraine vom Westen sowie deren weitgehende Entwaffnung und damit ihre Abhängigkeit von Russland zu erzwingen. Zweitens startete ein Angriff vom russischen Belgorod auf die zweitgrößte ukrainische Stadt Charkiw, um den Donbas von der ukrainischen Hauptstadt zu isolieren. Drittens sollte die Eroberung der Donbasregion mit Donezk und Luhansk eine Landbrücke zur Krim schaffen. Viertens erfolgte im Süden ein Angriff von der Krim nach Westen in Richtung Odesa, um die ukrainische Seeverbindung abzuschneiden. Soweit aus den durchgeführten Bewegungen ersichtlich, war ein moderner Krieg etwa nach dem Muster der amerikanischen Operationen im Irak geplant. Nach raschen Enthauptungsschlägen durch Spezialkräfte und dem Erringen der Luftherrschaft sollten gepanzerte Kräfte entlang der beschriebenen Achsen raumgreifend vorstoßen.

Entgegen der allgemeinen Erwartung, dass die Ukraine unter der Last der konzentrischen Angriffe innerhalb von Wochen oder doch Monaten zusammenbrechen würde, zeigte sich bald, dass die russischen Streitkräfte überschätzt worden waren. Die russische Propaganda hatte massiv die »Befreiung der slawischen Brüder« beschworen, doch nicht einmal die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine begrüßte diese wie erhofft. Der überfallartige Angriff an allen Fronten erfolgte unter ständiger Satellitenbeobachtung und war von den Verteidigern letztlich erwartet worden. Das schematische russische Vorgehen war operativ wie taktisch recht phantasielos und somit für die Verteidiger vorhersehbar. Der russischen Luftwaffe gelang es mit ihren nominell über 300 bis 350 modernen Kampfflugzeugen nicht, die Luftherrschaft gegen die maximal 120 ukrainischen Kampfflugzeuge durchzusetzen. Für westliche Beobachter überraschend war zudem, dass der Erstschlag aus der Luft lediglich 80 russische Einsatzflüge (Sorties) umfasste. In den ersten drei Wochen wurden insgesamt nur etwa 1400 Sorties ausgeführt. Zum Vergleich: Die NATO hatte im Kosovo in der ersten Angriffsnacht am 24. März 1998 einen Luftschlag mit 350 Sorties geflogen.

Russlands Luftstreitkräfte waren mit ihren Mehrzweckjägern vom Typ Suchoi Su-30SM und Su-35S, Jagdbombern Su-34 und Schlachtflugzeugen Su-25SM den etwa 80 ukrainischen Jagdflugzeugen Su-27 (NATO-Code: Flanker-A) und MiG-29 in Zahl und Fähigkeiten weit überlegen. Auch aufgrund der Reichweite der in Russland stationierten Raketenflugabwehrsysteme S-400 Triumpf (SA-21 Growler) hielten sich die Einsätze der ukrainischen Luftstreitkräfte mit etwa fünf bis zehn Sorties pro Tag in Grenzen. Zweikämpfe zwischen russischen und ukrainischen Jägern, so der als »Geist von Kyjiw« bezeichnete Jagdflieger, sind in den Bereich der ukrainischen Kriegspropaganda zu verweisen.

Die gescheiterte Einnahme von Kyjiw

Dagegen erwiesen sich die ukrainischen Flugabwehrraketensysteme mit etwa 100 einsatzbereiten S-300 (NATO-Code: SA-10 Grumble) als extrem leistungsfähig. Die russischen Angriffskräfte verlegten den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten daher vermehrt auf Raketenschläge. Bis Ende März 2022 erfolgten knapp 2000 russische Raketenangriffe auf die Ukraine. Doch erst Mitte April 2022 war es den russischen Streitkräften gelungen, rund ein Viertel der ukrainischen S-300-Systeme zu zerschlagen. So war die Kriegsrealität in der Ukraine bereits nach wenigen Tagen von einer bemerkenswerten Abwesenheit der Luftwaffen geprägt. Dies wiederum führte angesichts der traditionell starken Luftschutzzfähigkeiten der russischen Landstreitkräfte dazu, dass sich – mit Ausnahme der vielbeachteten ukrainischen Kampfdrohnenschläge (Bayraktar TB2) – die Abwehr der russischen Landstreitkräfte vor allem am Boden abspielte. Dadurch stieg der Einsatzwert von Panzerabwehrsystemen, speziell der tragbaren Panzerabwehrlenkwaffe FGM-148 Javelin. In den ersten Kriegstagen verschossen die ukrainischen Verteidiger bis zu 500 Panzerabwehrlenkraketen vom Typ Javelin; sie zerstörten bis Mitte März damit wohl etwa 100 gepanzerte Fahrzeuge. Weit wichtiger als die bloßen Zahlen der jeweils vernichteten Waffensysteme aber war die Tatsache, dass so der russische Angriffsschwung bereits in den ersten Kriegstagen zum Erliegen kam.

Trotz eindeutiger Luftüberlegenheit fehlte der russischen Seite die Luftherrschaft. Daneben offenbarte sich die geringe militärische Effektivität der nahezu legendären russischen Spezialeinheiten. So scheiterte gleich zu Beginn des Angriffs die geplante blitzartige Einnahme des großen Flugplatzes Hostomel 26 Kilometer nordwestlich von Kyjiw durch russische Luftlandetruppen. Zwar konnten zwei russische Luftsturmbrigaden diesen auf Luftfracht spezialisierten Flughafen am 24. Februar 2022 handstreichartig nehmen. Ukrainischen Spezialkräften von Armee und Innenministerium, unterstützt durch Kräfte der Luftwaffe und der »Georgischen Legion«, gelang es jedoch noch am selben Tag, den Flugplatz zurückzuerobern. Am zweiten Kampftag erreichten die Spitzen der russischen mechanisierten Kräfte den Flughafen auf dem Landweg und brachten ihn nach intensiven Kämpfen erneut in ihre Gewalt. Doch war mit dem taktischen Abwehresieg die strategische Wirkung des Luftlandeunternehmens bereits gescheitert: Kyjiw konnte nicht im Handstreich genommen werden. Damit war der rasche strategische Sieg verspielt. Die Kämpfe verlagerten sich von Hostomel bald auf die angrenzenden Städte Butscha und Irpin. Hier prägten Folterungen, Vergewaltigungen und Morde die über einmonatige Besatzungszeit: Russische Truppen töteten rund 300 Zivilisten. Ende März war es offensichtlich, dass das Angriffsziel Kyjiw mit den hierfür vorgesehenen Kräften nicht zu gewinnen sein würde.

Die Angriffsachsen im Süden und im Osten

Auch der 2014 neu aufgestellten, auf der Achse von Belgorod bis Charkiw angreifenden russischen 1. Panzerarmee gelang es nicht, ihren Auftrag erfolgreich durchzuführen. Am vierten Kampftag, dem 27. Februar 2022, drangen erste Spitzen in die etwa 30 Kilometer von der russischen Grenze entfernte Millionenmetropole Charkiw ein, doch konnten ukrainische Truppen die Stadt am selben Abend zurückgewinnen. In der Folge wurde sie regelmäßig durch die Luftwaffe sowie durch Raketen- und Rohrartillerie beschossen. Am 2. März scheiterte ein Angriff russischer Fallschirmjäger. Bis Ende März stand die Stadt fast täglich unter Beschuss. Neben militärischen Zielen wurden

Wrack des durch russischen Beschuss zerstörten weltgrößten Transportflugzeugs Antonov An-225 Mriya, Flugplatz Hostomel bei Kyjiw, 2. April 2022.



auch ganze Wohnviertel zerstört. Anfang Mai begann die ukrainische Gegenoffensive, bei der bis Mitte Mai die russischen Kräfte bis an die Staatsgrenze zurückgedrängt wurden. Danach blieb die Stadt von taktischem Artilleriefeuer verschont, doch überzogen sie die russischen Streitkräfte noch bis Mitte Juli mit Terrorangriffen auf zivile Einrichtungen. Durch das russische Scheitern bei Charkiw blieb die strategisch deutlich wichtigere Stadt Dnipro außerhalb der Reichweite des Angreifers. Sie hatte sich seit den ersten Kriegstagen zur logistischen Drehscheibe der ukrainischen Verteidigung entwickelt. Als Konsequenz aus der militärischen Niederlage beim Vorstoß auf die beiden größten ukrainischen Städte verlagerte die russische Führung ihren Schwerpunkt Mitte April 2022 auf die Eroberung des Donbas (Donezk und Luhansk) sowie auf die Krimfront.

Letztlich verliefen die russischen Operationen mit dem Ziel der Eroberung einer Landbrücke zur Krim militärisch erfolgreich – wenn auch im Zeitplan und hinsichtlich des Kräfteansatzes wohl anders als ursprünglich vorgesehen. Die Eroberung Mariupols, im Jahr 2013 noch eine Stadt mit knapp einer halben Million Einwohnern, war bereits seit 2014 erklärtes Ziel der inoffiziellen russischen Satellitenstaaten Donezk und Lugansk. Die russische Propaganda bezeichnete die Gegend um Mariupol als Teil von Novorossija (Neurussland) und wies damit auf die Gebietsgewinne unter Zarin Katharina der Großen ab 1764 hin. In der Realität des 21. Jahrhunderts hatte sich Mariupol indes rasch zum Zentrum des ukrainischen Widerstands entwickelt. An dieser Industriestadt am Asowschen Meer war immer wieder der Versuch Russlands gescheitert, mittels Angriffen der Ar-

meen der illegitimen Staaten die Landverbindung Russlands zur Krim herzustellen. Die angreifenden russischen Panzerkolonnen konnten am 27. Februar von ukrainischen Kräften gestoppt und weitgehend zerschlagen werden. In einer zweiten Angriffswelle gelang es den Angreifern am 1. März 2022 Mariupol einzuschließen. Es folgte eine klassische Belagerung – nur im Zeitraffer. Die Versorgung mit Wasser, Strom, Medikamenten und Lebensmitteln wurde unterbunden. Die Stadt blieb ein russischer Feuer Schwerpunkt: Bereits am 10. März wurde gemeldet, dass in den Straßen Mariupols bereits 1200 Leichen geborgen und in Massengräbern bestattet worden waren. In den Folgetagen wurden sowohl Krankenhäuser als auch Flüchtlingszüge mit Luftwaffe, Raketen und Artillerie beschossen. Mitte März waren 80 Prozent der Häuser beschädigt. Die humanitäre Katastrophe wurde dadurch verschlimmert, dass Hilfskonvois lange Zeit nicht in die Stadt gelassen wurden. Am 21. April erklärte Putin Mariupol für erobert, doch hielten sich die Verteidiger der Asow-Stahlwerke noch für einen weiteren Monat. Ihre verzweifelten Kämpfe dauerten bis zum 20. Mai.

Bedingt durch die strategische Bedeutung des Flusses Dnjepr (ukr. Dnipro) hätten sich die russischen Vorstöße im Nordosten von Belgorod auf Charkiw und im Südwesten von der Krim über Cherson und Mykolajiw nach Odesa im Falle eines Erfolges ergänzt. Auch banden die langen und harten Kämpfe um Mariupol russische Kräfte, die somit für einen raschen Vorstoß auf Saporischschja fehlten, um von dort nach Norden auf die Großstadt Dnipro vorzustoßen. Von der Krim aus gelang es jedoch den russischen Kräften, das an der Dnjeprmündung gelegene Cherson bis zum 2. März 2022 einzunehmen. Allerdings fanden in der Stadt immer wieder Demonstrationen gegen die Besetzung statt, denen Truppen des russischen Innenministeriums brutal entgegentraten: Die Kämpfe und die Besatzungsherrschaft führten dazu, dass bis Anfang April 2022 über die Hälfte der Bevölkerung die Stadt verlassen hatte. Weiter westlich, bei Mykolajiw, gelang es den ukrainischen Verteidigern den russischen Vormarsch zurückzuschlagen. So wurde ein Vorstoß auf Odesa und damit das Abschneiden der Ukraine vom Schwarzen Meer verhindert. Anfang Juli 2022 war mit der Rückeroberung der vor dem Donaudelta gelegenen Schlangeninsel ein weiterer

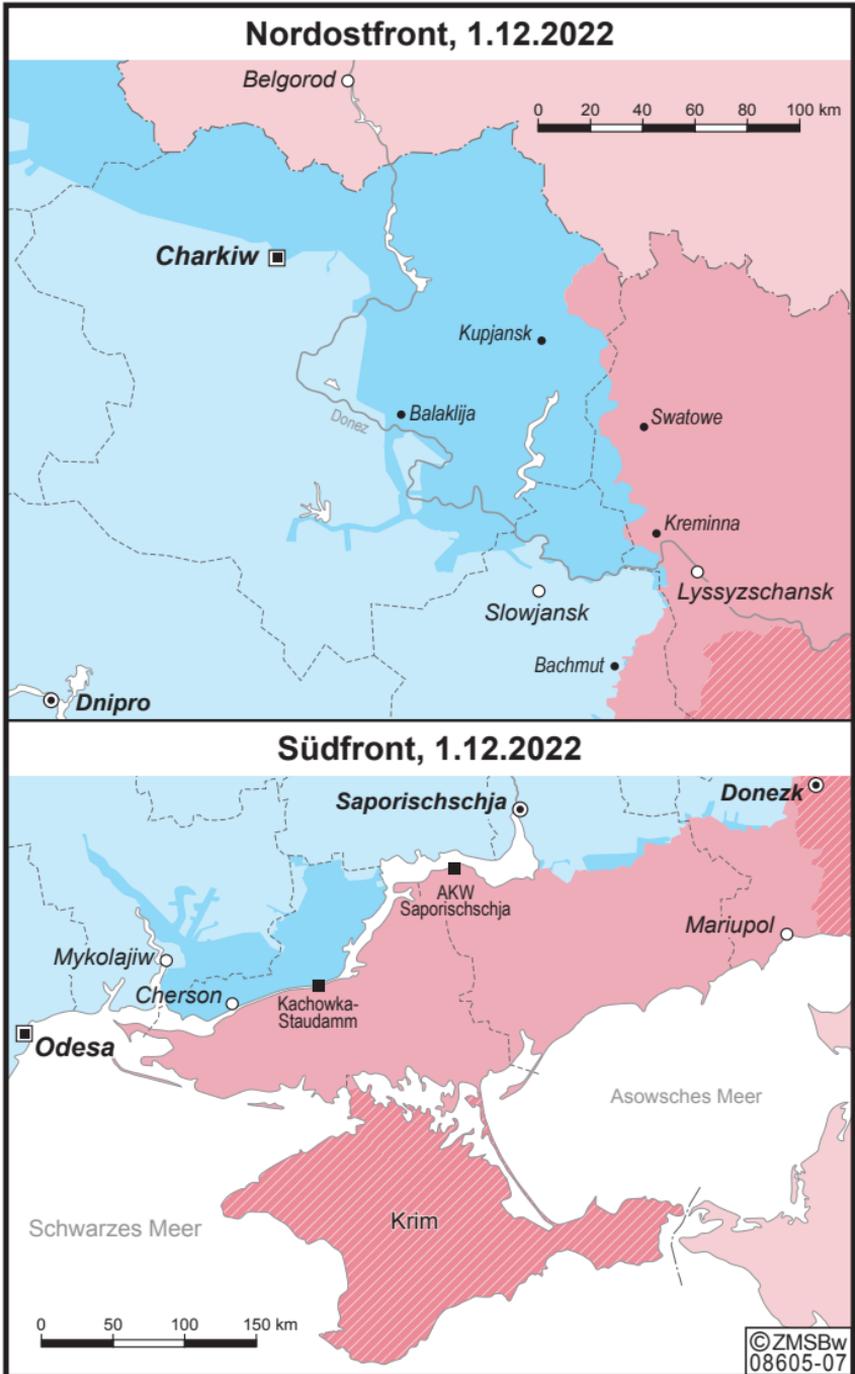
ukrainischer Erfolg zu verbuchen. Das russische Kriegsziel, eine Landverbindung des prorussischen Quasistaats Transnistrien mit der Krim und dem russischen Kernland zu etablieren, konnte so verhindert werden. Schon 2014 hatten die international nicht anerkannte Regierung Transnistriens ebenso wie die russisch besetzte Krim einen Antrag auf Beitritt zur Russländischen Föderation gestellt. Anfang September 2022 begann eine erfolgreiche ukrainische Gegenoffensive; im November räumte die russische Armee das Gebiet westlich des Dnjepr. Die russische Regierung ordnete am 21. September eine Teilmobilisierung an. Allein in Finnland wurden daraufhin nach Angaben der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) in der Woche vor der Grenzschließung über 40 000 Grenzübertritte in die EU registriert; hinzu kam eine wohl weit größere Zahl von Ausreisen ebenso meist wehrpflichtiger Russen über Kasachstan und Georgien. Auf der politischen Ebene folgten gleichzeitig in der Donbasregion Scheinreferenden zum Anschluss der »Volksrepubliken« an russisches Staatsgebiet.

Imperium an den Meeren?

Wie die Analyse der russischen Operationen in der Ukraine in der ersten Jahreshälfte 2022 im Kontext der aggressiven Politik gegen die baltischen Staaten sowie gegen Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine seit 2003 zeigt, verfolgt Russland das Ziel, konkrete geographische Schlüsselpositionen zu besetzen. Dabei bildet das gezielt auf ausgewählte historische Ereignisse rekurrierende ethnonationale Narrativ nur einen Teil des Informationskrieges, genauso wie die Verherrlichung von Stalins Sowjetunion. Die Verbreitung solcher Geschichtserzählungen ist als Teil der Doktrin der »kontaktlosen Kriegführung« letztlich bloß eines unter mehreren Mitteln, um zum Imperium zurückzukehren: Ziel der russischen Politik ist die Rückgewinnung oder Behauptung der Positionen im Schwarzen Meer, in der Ostsee und im Eismeer. Nicht erst im Ukrainekrieg hat diese Konzeption ihre menschenverachtende Totalität bewiesen.

Agilolf Kesselring







picture-alliance/dpa/Matthias Schröder

Seine Rede auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 nutzte der russische Präsident Wladimir Putin, um ohne »übertriebene Höflichkeit« und ohne »leere diplomatische Worthülsen« zu sprechen. Er übte massive Kritik an der bestehenden internationalen Sicherheitsarchitektur. Das nach der Blockkonfrontation des Kalten Krieges herausgebildete »monopolare Modell« mit der Dominanz der USA als einzig verbliebener Supermacht sei nicht nur »ungeeignet«, sondern auch »unmöglich«. Putin warf dem Westen eine einseitige, interessengeleitete Instrumentalisierung des Völkerrechts vor und beklagte das Stocken der Abrüstung. Die NATO-Erweiterung kennzeichnete er als einen »provokierenden Faktor« und er rügte die geplante Stationierung von Flugabwehrsystemen in deren südosteuropäischen neuen Mitgliedsstaaten. Die Reaktion aufseiten der NATO bestand in kaum mehr als Enttäuschung. In Deutschland mischte sich in die Warnung vor einer Rückkehr des Kalten Krieges durchaus auch Verständnis für die russische Position. Die Rede gilt als ein Markstein in den Beziehungen Russlands zur NATO: Die Kooperation nach 1990 wich wachsender Entfremdung und spätestens mit dem Georgienkrieg 2008 zunehmender Distanz.

■ Die europäische Friedensordnung von 1990 und ihr Niedergang

Nach dem Ende des Kalten Krieges 1989/90 nahm erstmals eine gesamteuropäische Friedensordnung Gestalt an. Mit der am 21. November 1990 beim Gipfeltreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verabschiedeten »Charta von Paris für ein neues Europa« sollte eine neue Ordnung an die Stelle der Ost-West-Konfrontation treten. Sie gründete auf dem gemeinsamen Bekenntnis zu Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie auf einer umfassenden Sicherheitskooperation. Die Charta beruhte auf den Prinzipien der Helsinki-Schlussakte, die 1975 alle NATO-, Warschauer-Pakt- sowie die neutralen Staaten Europas unterschrieben hatten: Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt und friedliche Konfliktbeilegung.

Abrüstung und Friedensordnung nach dem Kalten Krieg

Stützpfeiler dieser »Post-Cold-War«-Friedensordnung waren weitreichende Abrüstungsverträge: Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) vom 19. November 1990 eliminierte die konventionelle Übermacht des östlichen Militärbündnisses: Er verpflichtete alle Parteien dazu, ihr Arsenal an Offensivwaffen zu reduzieren, um überraschende Großangriffe auszuschließen. Bis 1996 wurden rund 60 000 schwere Waffensysteme verschrottet: Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Artilleriewaffen, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber. Die Hauptlast trugen die Sowjetunion und dann Russland sowie das wiedervereinigte Deutschland. Den KSE-Vertrag ergänzte 1992 ein Übereinkommen zur Reduzierung der militärischen Personalthöchststärken. Ebenfalls im November 1990 etablierten alle KSZE-Teilnehmer mit dem »Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen« ein umfassendes

Verifikationssystem. Bis 2011 wurde es mehrfach aktualisiert. Der »Open-Skies-Vertrag« von 1992 ergänzte es um militärische Inspektionsflüge. Zusätzlich untersagte das »Übereinkommen zum Verbot chemischer Waffen« vom Januar 1993 deren Herstellung, Entwicklung, Besitz oder Weitergabe.

Bereits gegen Ende des Kalten Krieges besiegelte der INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces) vom 8. Dezember 1987 den Abbau aller landgestützten Mittelstreckenwaffen und somit erstmals das Verbot einer ganzen Nuklearwaffenkategorie. Auch wenn dieser Vertrag allein die beiden Supermächte band und nur drei Prozent aller Nuklearwaffen betraf, war er ein historischer Meilenstein. Nach 1989/90 schrieb der Strategic Arms Reduction Treaty (START) im Juli 1991 die Reduktion der Interkontinentalwaffen beider Supermächte um bis zu 35 Prozent fest. Allerdings verhinderte der Zerfall der Sowjetunion das Inkrafttreten des Vertrags, da die nun unabhängigen Republiken Ukraine, Belarus und Kasachstan erst zum Waffenverzicht zugunsten eines nuklearen Alleinerbes Russlands gewonnen werden mussten. Dies gelang 1992 mit dem Lissabon-Protokoll, doch verzögerte die Ukraine ihre Denuklearisierung, um zusätzliche Finanzhilfen und Sicherheitsgarantien zu erhalten. Im Budapest Memorandum vom 5. Dezember 1994 versprachen die USA, Russland und Großbritannien der Ukraine als Ausgleich für den Nuklearwaffenverzicht erneut territoriale Integrität.

Die Auflösung des Warschauer Pakts im Februar 1991 und der Zerfall der Sowjetunion zum Jahresende veränderten die bisherige Sicherheitsarchitektur grundlegend. Die Sorge vor ungesicherten »loose nukes« erzwang radikale Abrüstungsschritte: US-Präsident George H.W. Bush verkündete im September 1991 den unilateralen Abbau aller bodengestützten nuklearen Kurzstreckensysteme und die weitgehende Reduzierung seegestützter taktischer Atomwaffen. In Moskau antwortete Präsident Michail Gorbatschow mit spiegelbildlichen Abrüstungsversprechen, die sein Nachfolger Boris Jelzin im Januar 1992 noch erweiterte. Dies ließ die Nukleararsenale der beiden größten Atommächte dramatisch abschmelzen, genauso wie das amerikanisch-russische START-II-Abkommen vom Januar 1993.

Neben diesen internationalen Grundsätzen und Verträgen beruhte die europäische Friedensordnung von 1990 auf einem



Presstetermin nach der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags: Michail Gorbatschow flankiert von den Außenministern der Signatarstaaten (v.l.n.r) Eduard Schewardnadse (UdSSR), Roland Dumas (FR), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Lothar de Maiziere (DDR), Douglas Hurd (GB) und James Baker (USA).

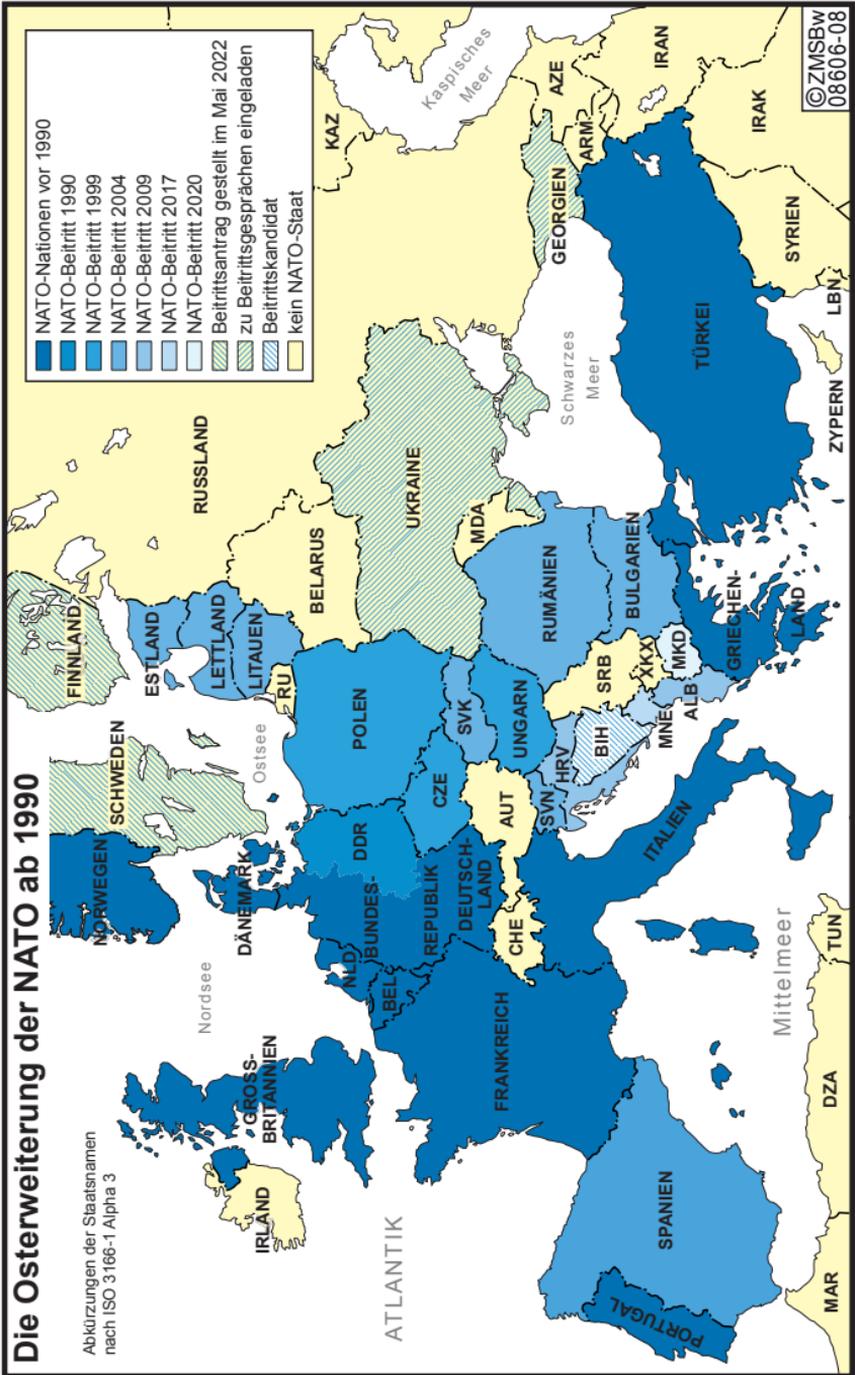
massiven Abbau der zuvor am Eisernen Vorhang konzentrierten Landstreitkräfte, insbesondere auf dem vollständigen militärischen Rückzug der Sowjetunion aus den mittel- und osteuropäischen Staaten. Zusammen mit den aus den nun unabhängigen baltischen Staaten zurückverlegten Einheiten zogen rund 500 000 ehemals sowjetische Soldaten ab: Es war die größte friedliche Truppenverlegung aller Zeiten. Auch Deutschlands Verpflichtungen im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Vertrags vom 12. September 1990 gehören in diesen Zusammenhang: Auf dem Gebiet Ostdeutschlands dürfen weder Nuklearwaffen noch auswärtige NATO-Truppen stationiert werden. Die gesamtdeutschen Streitkräfte waren auf maximal 370 000 Soldaten zu begrenzen. Die NATO-Staaten Belgien, Frankreich, Kanada und die Niederlande lösten in den Folgejahren ihre Garnisonen in der Bundesrepublik auf; die britischen und die US-Streitkräfte verminderten ihre Präsenz dramatisch. Obwohl dies aus russischer Sicht als Ungleichbehandlung wirkte, trübte es die positive Bilanz der Friedensdividende zunächst nicht.

Schon 1990 suchte die NATO die Freundschaft mit dem einstmaligen Gegner und vollzog einen grundlegenden Wandel ihrer Strategie und Ausrichtung. Seit 1991 ersetzte ein neues Strategisches Konzept die bis dahin geltende Flexible Response, welche vom Osten wegen der darin enthaltenen Möglichkeit eines nuklearen Ersteinsatzes stets als besonders bedrohlich wahrgenommen worden war. Auf deutsch-amerikanisches Betreiben entstand mit dem Nordatlantischen Kooperationsrat ein Dialog- und Kooperationsforum, dem die einstigen Warschauer-Pakt-Staaten gleichberechtigt angehörten. Interessanterweise gab der sowjetische Vertreter auf der konstituierenden Sitzung am 20. Dezember 1991 bekannt, die Sowjetunion habe aufgehört zu existieren; fortan werde er Russland vertreten. Präsident Jelzin ließ sogar schriftlich mitteilen, Ziel Moskaus sei perspektivisch eine NATO-Mitgliedschaft seines Landes.

Von der Kooperation zur Konfrontation

Gerne wird in Russland darauf hingewiesen, dass durch die NATO-Osterweiterung seit den 1990er Jahren eine systematische Einkreisung Russlands betrieben worden sei. Durch die Aufnahme sämtlicher früherer Warschauer-Pakt-Staaten und sogar der drei einstigen baltischen Sowjetrepubliken rückte die atlantische Allianz tatsächlich an Russlands Grenzen heran. Gemäß dem russischen Narrativ verstieß dieses Ausgreifen zudem gegen frühere westliche Zusagen. Moskau sei getäuscht und über den Tisch gezogen worden. Diese Argumentationsfigur verwendete Putin auch am 24. Februar 2022, um den russischen Einmarsch in die Ukraine zu rechtfertigen.

Ausgangspunkt dieser Täuschungserzählung sind die Ereignisse im Frühjahr 1990, als das Ringen um die deutsche Einheit in seine formative Phase trat. Spätestens die Volkskammerwahl in der DDR vom 18. März 1990 verdeutlichte, dass die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung die Einheit wünschte, ja einforderte. Anders als die meisten europäischen Staaten unterstützten die USA von Anfang an die deutsche Vereinigung. Jedoch knüpften sie diese an den Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO. Die Sowjetunion und die DDR-Führung bevorzugten dagegen ein



neutrales Gesamtdeutschland. Als Ausweg aus diesem Dilemma schlug der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher am 31. Januar 1990 vor, ein geeintes Deutschland solle zwar weiterhin der Europäischen Gemeinschaft und der NATO angehören, doch müsse »eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten« unterbleiben. Vor diesem Hintergrund stellte US-Außenminister James A. Baker am 9. Februar 1990 Gorbatschow die rhetorische Frage, welches Deutschland erstrebenswerter sei: ein ungebunden zwischen den Mächten vagabundierendes Gesamtdeutschland ohne kontrollierende US-Truppen – oder ein in die NATO eingebundenes. Gorbatschow blieb zunächst eine Antwort schuldig, signalisierte aber am 10. Februar gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl, dass sich die Sowjetunion einer deutschen Einheit nicht widersetzen werde, wenn man sich über die internationalen Rahmenbedingungen einige. Parallel wurde mehrfach zugesichert, dass die NATO nicht nach Osten ausgedehnt werden solle. Für die Sowjetführung hatte diese Ankündigung Gewicht, zumal sich Genscher auch gegenüber westlichen Verbündeten und in der Öffentlichkeit in diesem Sinne äußerte. All das wirkt wie ein Beleg für das russische Narrativ von gebrochenen westlichen Versprechen. Allerdings ist der zeitliche Kontext dieser Äußerungen wichtig: Sie zeigen Verhandlungspositionen in der äußerst bewegten Zeit im Frühjahr 1990, als alles noch im Fluss war. Der Bundesaußenminister lotete aus, wie weit dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis bei der Lösung der deutschen Frage entgegenzukommen sei.

Bereits wenige Wochen später hatten sich die Rahmenbedingungen völlig geändert: US-Präsident Bush verwarf noch im Februar Bakers oder vielmehr Genschers Formel. Auch Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg insistierte öffentlich auf einer deutschen Vollmitgliedschaft in der NATO. Dabei könne dem DDR-Territorium allenfalls ein Sonderstatus eingeräumt werden, indem dort ausschließlich deutsche Truppenteile stationiert sein sollten, die nicht in die NATO integriert waren. So wurde es dann im Zwei-plus-Vier-Vertrag festgeschrieben. Schon Ende März 1990 stellte Bundeskanzler Kohl klar, dass ein vereintes Deutschland der NATO angehören sollte. Die Sowjetunion registrierte durchaus, dass damit binnen kurzem vorherige Aussagen überholt waren, die deshalb auch in den Verträgen

zur deutschen Einheit keinen Niederschlag fanden. Ab März 1990 wurde auf den verschiedenen Gesprächsebenen ausschließlich um die NATO-Mitgliedschaft des DDR-Territoriums gerungen. Eine darüber hinausgehende Osterweiterung der NATO um weitere Staaten stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf der Agenda, zumal das östliche Militärbündnis offiziell noch existierte. Allerdings war allen Verantwortlichen klar, dass es faktisch längst tot war. Schon die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands sicherzustellen, war eine Herkulesaufgabe. Dieses zunächst unsichere Ziel wurde nur dadurch erreicht, dass die NATO durch eine Strategie- und Strukturreform eine »Entfeindung« und neue Kooperationsbeziehungen mit der Sowjetunion in Aussicht stellte. Zur Zäsur wurde jedoch das Auseinanderbrechen der früheren Supermacht. Der Westen hat dieses nicht gefördert – im Gegenteil: Aus Furcht vor Instabilität war er für den Erhalt des Unionsstaates und stellte der Moskauer Zentrale große Wirtschafts- und Finanzhilfen zur Verfügung.

Dass die Sowjetunion in 15 selbstständige, teils rivalisierende und in Grenzkonflikte verstrickte Staaten zerbrach, hatte dramatische Folgen: Nicht nur zuvor eng verflochtene Wirtschaftsräume, selbst Familien wurden zerrissen. Der postsowjetische Raum erlebte die 1990er Jahre als eine Dekade von Niedergang, Demütigung und Gesetzlosigkeit. Die schockartige Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft verlief zudem ohne soziale Abfederung, erzeugte mafiöse Wirtschaftsstrukturen und führte zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Das plötzliche Zusammenbrechen staatlicher Strukturen fand seinen Ausdruck in einer unvollendeten Demokratisierung, einer brüchigen Rechtsstaatlichkeit und teils blutigen Separatismen in den fragilen neuen Staaten. Den eskalierenden Machtkampf in Russland zwischen Präsident und Parlament (Duma) löste Jelzin im Oktober 1993 durch den Beschluss des Parlaments in Moskau mit Panzern.

Diese Entwicklung verstärkte Ängste in den ostmitteleuropäischen Staaten. Sie fühlten sich durch Russlands Rede vom »nahen Ausland« bedroht. Denn trotz wirtschaftlicher Schwäche und politischem Bedeutungsverlust beharrte Russland auf dem Status einer Großmacht, die eine »natürliche Einflussphäre« beanspruchte. Dem hätten sich auch Völkerrechtsprinzipien wie

die Nichteinmischung und die souveräne Gleichheit aller Staaten unterzuordnen. Die ostmitteleuropäischen Staaten mit ihrerseits traumatischen historischen Erfahrungen erstrebten daher eine dauerhafte Sicherheit vor dem unberechenbaren, instabilen Russland. Nur eine Mitgliedschaft in der NATO bot aus ihrer Sicht echten Schutz. Entgegen der russischen Lesart ging der Impuls zur Osterweiterung nicht von der NATO oder den USA aus, sondern eindeutig von den vormaligen Warschauer-Pakt-Staaten. Im Einklang mit den völkerrechtlich verankerten KSZE-Prinzipien machten sie von ihrem Recht auf freie Bündniswahl Gebrauch. Um Russland nicht zu brüskieren, spielten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und auch die USA allerdings auf Zeit. So finden sich aus diesen Tagen etliche westliche Äußerungen gegen eine NATO-Erweiterung. Dennoch warnte Jelzin schon im September 1993, eine NATO-Erweiterung verstoße gegen den Geist der Abmachungen von 1990.

Angesichts des hartnäckigen Beitrittsdrängens der Ostmitteleuropäer entwickelte die neue US-Administration von Bill Clinton als erhofften Ausweg aus diesem Dilemma ab 1993/94 das NATO-Programm Partnership for Peace (Pfp). Eine Teilnahme stand allen interessierten europäischen Staaten offen, also auch Russland und den neutralen Ländern. Das ermöglichte maßgeschneiderte Kooperationen, beinhaltete aber keine Beistandspflicht. Insofern blieb strittig, ob Pfp letztlich Vorbereitung oder Ersatz für eine spätere NATO-Mitgliedschaft sein sollte. In Deutschland stand dem erweiterungsskeptischen Auswärtigen Amt mit Verteidigungsminister Volker Rühe ein engagierter Befürworter der NATO-Osterweiterung gegenüber. Er argumentierte, es sei weit besser, fortan nur von Verbündeten umgeben zu sein, statt dauerhaft überkommene Frontlinien des Kalten Krieges zu konservieren. Als Clinton Anfang 1994 in Prag verkündete, neue NATO-Mitglieder seien keine Frage des Ob, sondern nur noch des Wann, war ein Wendepunkt erreicht. Die Rücksichtnahme auf Moskau trat für ihn zu dieser Zeit hinter innenpolitische Zwänge und wahltaktische Überlegungen zurück. Zudem wuchsen im seit 1991 tobenden Jugoslawienkonflikt die Differenzen mit Russland, das seinerseits den brutalen ersten Tschetschenienkrieg (1994–1996) führte.

Beim NATO-Gipfel im Juli 1997 wurden Ungarn, Tschechien und Polen zu Beitrittsgesprächen eingeladen; ihr Beitritt erfolgte 1999 beim NATO-Gipfel in Washington. Dort wurde zugleich der Membership Action Plan (MAP) für künftige Kandidaten initiiert. Quasi als Ausgleich wurde Russland 1996 vorzeitig in den Europarat und in die G 7 aufgenommen, die von 1998 bis 2014 folglich als G 8 firmierte. Zugleich sollte die Kooperation mit der NATO vertieft werden: Daher verpflichteten sich im Mai 1997 beide Seiten in der NATO-Russland-Grundakte zum Ausbau ihrer Sicherheitskooperation, zur Stärkung der OSZE und zur Anpassung des KSE-Vertrags an die veränderte sicherheitspolitische Lage. Die NATO sagte zu, im »gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld« keine »substanziellen Kampftruppen dauerhaft« in den neuen NATO-Mitgliedsländern zu stationieren, ebenso wenig wie Nuklearwaffen oder deren Logistik. Anders als es Jelzin – schlicht falsch – seinem heimischen Publikum verkündete, erhielt die Grundakte aber kein Vetorecht Moskaus gegen NATO-Erweiterungen. Der in der Grundakte als Gremium der Information und Kooperation vorgesehene NATO-Russland-Rat (NRC) konstituierte sich 2002 bereits unter dem neuen russischen Präsidenten Wladimir Putin. Erst die russische Krimannexion 2014 sabotierte den NRC nachhaltig, sodass bis 2016 sowie zwischen 2019 und Januar 2022 keine Tagungen stattfanden.

Auch die nächste Osterweiterungsrunde von 2004 mit den NATO-Beitritten Estlands, Lettlands, Litauens, Bulgariens, Rumäniens, Sloweniens und der Slowakei nahm Russland hin, ebenso die Erweiterungen auf dem Balkan von 2009, 2017 und 2020. Dass der Kreml in die Entscheidungsfindung erst gar nicht mehr eingebunden wurde, verstärkte in Moskau noch das Kränkungsgefühl. Daher gewann in Russland das Narrativ an Gewicht, durch die NATO-Erweiterung betrogen worden zu sein.

Eine offene Konfrontation begann mit dem Scheitern des 1999 beim OSZE-Gipfel in Istanbul unterzeichneten Anpassungsabkommens zum KSE-Vertrag (AKSE). Es sollte die noch auf der Blockstruktur des Kalten Krieges beruhenden Regelungen zur konventionellen Stabilität an die neue geopolitische Lage anpassen. Russland ratifizierte 2004 diese überfällige Aktualisierung, nicht aber alle NATO-Staaten. Insbesondere die USA wollten die

AKSE-Ratifizierung als Hebel nutzen, um den Abzug russischer Truppen aus Moldau und Georgien zu erzwingen. Dieses Vorgehen zeugte kaum von partnerschaftlichem Respekt und schadete letztlich der europäischen Sicherheit, da so die Aktualisierung des KSE-Vertrags unterblieb.

Einen weiteren Bruch markierte der Kosovo-Krieg. Anfang 1999 griff die NATO im Kosovo ein, um durch die Bombardierung Serbiens ethnische Vertreibungen oder gar einen Völkermord zu verhindern, wie er zuvor in Bosnien-Herzegowina geschehen war. Russland reagierte empört. Bis heute nutzt die Kreml-Propaganda den Kosovokonflikt, um eine westliche Doppelmoral zu kritisieren: Da der NATO-Einsatz ohne UN-Mandat erfolgte, sei er ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg zugunsten einer Separatistenbewegung gewesen. Dass die meisten westlichen Länder den Kosovo im Jahr 2008 als eigenen Staat anerkannten, widerspreche zudem dem OSZE-Prinzip der Unverletzlichkeit staatlicher Grenzen.

Im Jahr 2000 wurde Wladimir Putin Präsident der Russischen Föderation. Er verfolgte das doppelte Ziel, im Innern die staatliche Kontrolle und international Moskaus frühere Größe wiederherzustellen. Zwangsläufig kollidierte dies mit Ambitionen der US-Regierung unter George W. Bush, als »einzig verbliebene Supermacht« eine »unipolare Weltordnung« zu organisieren. Unterstützte Russland nach den islamistischen Anschlägen vom 11. September 2001 zunächst noch den Anti-Terror-Einsatz des Westens, änderte sich dies mit der Verstärkung der NATO-Präsenz in Afghanistan. Den 2003 von der Bush-Administration mit Lügen im UN-Sicherheitsrat herbeigeführten Irak-Krieg zum Sturz des Diktators Saddam Hussein lehnte Moskau entschieden ab, genauso wie Berlin und Paris. Zunehmend suchte Russland den Schulterschluss mit anderen Mächten, die anstelle einer globalen US-Hegemonie eine multipolare Weltordnung einforderten. Diesem Ziel diene 2001 die Gründung der »Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit«. Ihr gehörten mit Russland, China, Indien, Pakistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan zwar 40 Prozent der Weltbevölkerung an, doch entwickelte sie aufgrund interner Spannungen wenig Schlagkraft. Ähnliches galt für den Zusammenschluss aufstrebender Schwellenländer (BRICS: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und

für die 2002 revitalisierte Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS).

Entscheidend für den Zerfall der Friedensarchitektur von 1990 war der Niedergang des internationalen Rüstungskontrollregimes. Im Jahr 2001 kündigten die USA den ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile) von 1972. Bis dahin garantierte der beidseitige Verzicht auf eine Raketenabwehr das Grundprinzip nuklearer Abschreckung. Angesichts der Nuklearwaffenambitionen Nordkoreas und Irans aber hielt Washington den Aufbau eines Schutzschildes gegen deren künftige Raketen für geboten. Ohne ABM-Vertrag konnte ein entsprechendes Abwehrsystem in Europa stationiert werden. Die Regierung in Moskau argwöhnte, eigentlicher Adressat dieser Pläne zu sein, da den genannten Ländern solch weitreichende Raketen (noch) fehlten. Russland antwortete 2002 mit dem Rückzug vom START-II-Vertrag. Allerdings hatten Bush und Putin kurz zuvor den Strategic Offensive Reductions Treaty (SORT) unterzeichnet. Statt auf Trägersysteme stellte dieses Abkommen erstmals auf aktive Nuklearsprengköpfe ab, die allerdings nur stillgelegt werden sollten und damit reaktivierbar blieben. Darüber hinaus fehlte ein Verifikationsregime.

Wie sehr sich die Fronten verhärtet hatten, wurde 2007 deutlich, als der russische Präsident bei der Münchner Sicherheitskonferenz den Westen anklagte, Völkerrechtsnormen in eigener Sache zu instrumentalisieren, Abrüstungsvereinbarungen zu unterlaufen und mit den NATO-Osterweiterungen frühere Versprechen gebrochen zu haben. Als dessen ungeachtet die Pläne für ein Raketenabwehrsystem und damit eine ständige US-Militärpräsenz in Rumänien und Bulgarien Gestalt annahmen, setzte Russland 2007 den KSE-Vertrag aus. Um Russland nicht noch mehr zu entfremden, blockierten Frankreich und Deutschland beim Bukarester NATO-Gipfel im April 2008 die von den USA forcierte Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO. Am Ende stellte das Kommuniqué beiden Ländern zwar eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht, doch einen entsprechenden MAP gibt es bis heute nicht. Ohnehin wäre damals eine NATO-Mitgliedschaft in der Ukraine selbst umstritten gewesen.

Mit einem zunehmend autokratischen Kurs verabschiedete sich Putin auch innenpolitisch vom westlichen Wertesystem:

Sukzessive wurden praktisch alle Bereiche von Politik, Wirtschaft, Justiz und Zivilgesellschaft einer zentralen staatlichen Kontrolle unterworfen, Wahlen manipuliert und die Pressefreiheit eingeschränkt; der politisch eigenständig agierende Oligarch Michail Chodorkowski wurde 2003 in einem Schauprozess zu mehrjähriger Lagerhaft verurteilt. Im zweiten Tschetschenienkrieg (1999–2009) ging die Armee brutal gegen die dortige Bevölkerung vor. Reihenweise starben Regimegegner eines gewaltsamen Todes, so etwa 2006 die Journalistin Anna Politkowskaja und der abtrünnige Ex-Agent Alexander Litwinenko oder 2015 der Reformpolitiker Boris Nemzow. Mordanschläge mit chemischen Kampfstoffen überlebten der Doppelagent Sergei Skripal (2018) und der Dissident Alexei Nawalny (2020) nur durch Zufall. Da die Verfassung eine dritte Amtszeit in Folge ausschloss, inszenierte Putin 2008 einen Ämtertausch mit seinem Gefolgsmann Dimitri Medwedew als Platzhalter im Präsidialamt, bis der als Ministerpräsident zwischengeparkte Putin 2012 dorthin zurückkehrte.

Zähneknirschend verfolgte der Kreml, wie prowestliche Kräfte im Rahmen der Rosenrevolution von 2003 in Georgien und der Orangen Revolution von 2005 in der Ukraine die moskauorientierten Machthaber aus ihren Ämtern vertrieben. Hinter diesen Farbrevolutionen sah das von Verschwörungsfurcht getriebene Regime Putins nur eine Fortführung der amerikanischen Politik des *regime change*, ähnlich wie 2001 in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen. Durchdrungen von einem neoimperialen Sendungsbewusstsein und gestärkt durch sprudelnde Erdgas- sowie Erdöleinnahmen, stellte Russland die auf westlichen Regeln basierende internationale Ordnung zunehmend in Frage. Als Georgien im August 2008 eine Offensive gegen Separatisten begann, intervenierte Russland. Innerhalb von fünf Tagen Krieg warf Moskau die georgischen Streitkräfte aus Südossetien und Abchasien und erkannte beide abtrünnige Regionen als eigenständige Staaten an.

Noch dramatischer verlief die Entwicklung in der Ukraine. Deren bisherige Pendelpolitik zwischen Russland und dem Westen endete, als Präsident Wiktor Janukowitsch im November 2013 auf Druck Moskaus überraschend die Unterschrift unter das fertig ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der Euro-



picture alliance/AA/Ahmed Muhammed Ali

Aleppo, Syrien: Rauch steigt auf nach einem russischen Luftangriff auf Assad-feindliche Kräfte, 9. Februar 2016.

päischen Union verweigerte. Dagegen formierte sich die Protestbewegung des Euromajdan. Sie trieb Janukowitsch nach blutiger Eskalation Mitte Februar 2014 außer Landes. Im März folgten prompt die Besetzung und Annexion der Krim durch Russland. Auch im Donbas sagten sich die östlichen Landesteile der Ukraine von der Regierung in Kyjiw los. Sie widersetzten sich mithilfe des russischen Militärs den Rückeroberungsversuchen der ukrainischen Zentralregierung. Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten François Hollande vermittelten »Minsker Abkommen«, die im September 2014 und Februar 2015 einen Sonderstatus der Gebiete und besondere Schutzrechte für die russischsprachige Bevölkerung vorsahen, blieben wirkungslos. Bereits 2014 bildeten die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die unverhohlene Unterstützung der Rebellen im Donbas die eigentliche Zäsur im internationalen System: Mit dieser Aggressionspolitik brach Russland offen völkerrechtliche Verträge und Verpflichtungen. In Ost-, Mittel- und Nordeuropa wurde die brutale neue Realität klar erkannt; sogar das neutrale Schweden führte 2017 die Wehrpflicht wieder ein.

Der Niedergang der Sicherheitsordnung nach 2014

Der »alte Westen« hingegen verschloss davor die Augen. In Deutschland wurde die Pipeline Nord Stream 2, welche die Ukraine, Polen und das Baltikum bei Energielieferungen aus Russland bewusst umging, unbekümmert vorangetrieben und die ohnehin gefährlich hohe Energieabhängigkeit von Russland erhöht (siehe den Beitrag von Clemens Haug). Auch die Obama-Administration zeigte sich wenig interessiert und überließ Deutschland und Frankreich die Mediationsbemühungen im Ukraine Konflikt. Ungeachtet der moderaten Wirtschaftsanktionen und obwohl Russland aus der G 8-Gruppe ausgeschlossen wurde, blieben die Reaktionen insgesamt zurückhaltend. Allerdings begann die NATO, die Landes- und Bündnisverteidigung wieder zu entdecken, die nach 1990 zugunsten von Auslandseinsätzen und des Kampfes gegen den globalen Terrorismus verkümmert war. Der NATO-Gipfel in Wales bekräftigte 2014 das Ziel, zwei Prozent der Staatshaushalte in die Militärausgaben zu lenken, und leitete eine verstärkte Militärpräsenz an der Ostflanke ein. Dies betraf insbesondere das exponierte Baltikum. Doch nach wie vor versuchte die Allianz, den russischen Befindlichkeiten Rechnung zu tragen. Gemäß der Zusage in der NATO-Russland-Grundakte, keine substanziellen Kampftruppen dauerhaft in den neuen Mitgliedsstaaten zu stationieren, blieb die Gesamtzahl der 2016 beschlossenen enhanced Forward Presence (eFP) beschränkt auf unter 5000 Soldaten.

Wie eine Antwort auf Barack Obamas abschätzigste Einstufung Russlands als Regionalmacht wirkte Moskaus militärisches Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg seit 2015. Diese Kriegshilfe rettete Diktator Baschar al-Assad und demonstrierte machtvoll die Rückkehr Russlands auf die weltpolitische Bühne. Russische Internettrolle und Hacker lancierten Cyberattacken in NATO-Staaten und beeinflussten im Jahr 2016 wohl den Ausgang des Brexit-Referendums und die amerikanische Präsidentschaftswahl. Der Sieg von Donald Trump spielte dem Kreml in die Karten: Der schwerreiche Politiklaie bewunderte autoritäre Führer wie Putin. Im Westen erodierte der Zusammenhalt: Die

Europäische Union war angesichts der Währungs- und Finanzkrise, des Brexit und des Streits über Flüchtlinge und Migration geschwächt. Ohne Rücksicht auf Verbündete betrieb die Trump-Administration einen radikalen Abbau von Amerikas globalen Verpflichtungen. Das zeigte sich insbesondere in Afghanistan: Das im Februar 2020 mit den Taliban geschlossene Doha-Abkommen leistete dem überstürzten Abzug westlicher Truppen im Folgejahr Vorschub.

Da die europäischen Verbündeten, allen voran Deutschland, es trotz jahrelanger Mahnungen weiterhin versäumten, ihren zugesagten Verteidigungsbeitrag zu leisten, erklärte Trump die NATO gar für »obsolet«, während der französische Präsident Emmanuel Macron ihr attestierte, sie sei »hirntot«. Rabiät zertrümmerte Trump die verbliebene internationale Abrüstungsarchitektur. Im Oktober 2018 erklärte er den Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag. Dieser erste wirkliche Abrüstungsvertrag des Kalten Krieges lief im Folgejahr aus. Im November 2020 verließen die USA zudem den Open-Skies-Vertrag von 1992, Russland folgte im Februar 2021. Selbst das letzte nukleare Abrüstungsabkommen, New START, drohte ohne Ersatz auszulaufen, da die Trump-Regierung vergeblich auf einer Einbeziehung Chinas in diesen amerikanisch-russischen Vertrag beharrte. Im Januar 2021 rettete die neue US-Administration von Joe Biden den Vertrag durch eine Verlängerung um fünf Jahre. Doch ist dies nur ein kurzer Zeitgewinn. Die regelbasierte europäische Friedensordnung von 1990 besteht nicht mehr. Sie befand sich schon in einem prekären Zustand, bevor Putin ihr mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine am 24. Februar 2022 den Todesstoß versetzte.

Tim Geiger



Denkmal für den russischen Generalleutnant Alexander Lebed (1950–2002) in der moldawischen Grenzstadt Bender. Der Offizier der sowjetischen und dann russischen Luftlandetruppen war bereits 1989/90 gegen Demonstrationen der Unabhängigkeitsbewegungen in Georgien und Aserbaidshan zum Einsatz gelangt. Ab 1992 war er der Kommandeur der sowjetischen/russischen Truppen in Moldawien, wo er die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen ethnisch russischen und rumänisch-moldawischen Kräften beendete. Seitdem bildet der östliche Teil der Republik Moldau, so der amtliche Name, jenseits des Dnjestr (rum. Nistru, ukr. Dnister) als Transnistrien faktisch einen eigenen Staat. Auch in anderen postsowjetischen Staaten blieb der politische Einfluss der Russländischen Föderation hoch. Es handelte sich seit den frühen 1990er Jahren oft um »eingefrorene Konflikte«. Lebed selbst kandidierte 1996 erfolglos bei der Wahl zum russischen Präsidenten und wurde später Gouverneur einer Verwaltungsregion in Sibirien, wo er unter ungeklärten Umständen bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben kam.

■ **Stabile Instabilität. Russlands Ansprüche in Ostmitteleuropa in den 1990er Jahren**

Auch nach dem Zerfall der UdSSR waren der Erhalt und die Festigung der Macht im ost- und mitteleuropäischen Raum eines der wichtigsten Ziele russischer Außenpolitik. Russland betrachtete das westliche »nahe Ausland« als seine Interessensphäre, als strategisches Vorfeld, und war gewillt, die eigene Sicherheit in dieser Zone auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Dabei wurden die Streitkräfte als ein wichtiges Instrument nationaler russischer Politik gesehen. Unklar blieb, in welchen Grenzen Russland dieses »nahe Ausland« dachte. Mit Ausnahme der baltischen Staaten traten im Dezember 1991 alle ehemaligen Sowjetrepubliken Osteuropas – nur Georgien folgte später, im März 1994, nach – der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei. Um ein Abdriften der neuen Länder, die eigene politische Interessen verfolgten (NATO- und EU-Beitritt), in die westlichen Einflussphären zu verhindern, versuchte Russland, die GUS sicherheitspolitisch stärker an sich zu binden.

Als ein weiteres politisches Instrument auswärtiger Einflussnahme dienten Russland die 25 Millionen ethnischen Russen außerhalb des russischen Staatsgebiets, die als Minderheiten auf dem Territorium der westlichen Nachbarn lebten. Diese Zahl bezog sich Anfang der 1990er Jahre allerdings auf das gesamte Territorium der GUS und somit nicht ausschließlich auf die mittel- und osteuropäischen Staaten. Die Minoritäten wurden für die Neustaaten zunehmend zu einem schwerwiegenden innenpolitischen Problem, da Russland sich für die Sicherheit seiner Landsleute jenseits der neuen Grenzen verantwortlich fühlte und bestrebt war, diesen Ländern Regelungen aufzunötigen, den sogenannten Auslandsrussen neben der jeweiligen nationalen Staatsangehörigkeit auch eine der Russländischen Föderation zu geben. Das hätte jederzeit russische Interventionen zugunsten dortiger Staatsbürger legitimiert. Den Schutz der Auslandsrussen erklärte Präsident Boris Jelzin zur wichtigsten Aufgabe russischer Außenpolitik. Folglich wurde der Angriff auf russische Bevölkerungsteile, die außerhalb Russlands lebten, als Bedrohungsfall für die Föderation gesehen. Dass Russland

gewillt war, dem auch militärisch Nachdruck zu verleihen, verdeutlichte Verteidigungsminister Pawel Gratschow in der Tageszeitung »Iswestja« vom 5. Juni 1992: Er drohte mit den »entschiedensten Maßnahmen, einschließlich des Einsatzes von Truppen« für den Fall, dass »die Ehre und Würde der russischen Bevölkerung in irgendeiner Region verletzt« würden. Auch der Entwurf der im Mai 1992 veröffentlichten Militärdoktrin, die den gesamten Raum der ehemaligen Sowjetunion zur russischen Einflussphäre erklärte und den russischen Streitkräften zum Schutz der Rechte von Minderheiten ein generelles Recht auf Intervention einräumte, belegt, dass es sich bei Gratschows Drohung nicht um reine Rhetorik handelte. Aus späteren Versionen wurde diese Bestimmung zwar gestrichen, doch belegt die hohe Mobilität und rasche Einsatzfähigkeit der russischen Verbände deren Befähigung, Unternehmen dieser Art durchzuführen.

Der Transnistrien-Konflikt

Als weiteres Druckmittel zur Revision territorialer Verluste setzte Russland auf die Parteinahme in innerstaatlichen Konflikten, wie beispielsweise der Konflikt um Transnistrien im Sommer 1992 zeigte. Nach dem Beginn der Unabhängigkeitsbewegung Ende der 1980er Jahre setzte in der Republik Moldau eine separatistische Bestrebung ein, die in einem bewaffneten Konflikt zwischen den im Aufbau befindlichen nationalen Streitkräften und den Verbänden der russischen Minderheit (13 Prozent der Gesamtbevölkerung Moldaus) in der Region Transnistrien gipfelte. Die Einmischung der dort stationierten russischen 14. Gardearmee unter General Alexander Lebed zugunsten der Separatisten hatte die faktische Abspaltung der Dnjestr-Region von Moldau zur Folge. Ob Lebed unabhängig oder auf Weisung Moskaus handelte, ist umstritten, da russische Kommandeure wiederholt eigenmächtig vorgingen. Derartige Unklarheiten scheinen der russischen Führung jedoch willkommen gewesen zu sein, verstand sie es doch, solche Entwicklungen für sich zu nutzen, ohne selbst Verantwortung übernehmen zu müssen. Diese Sichtweise spiegelt sich in einem russischen Doktrinentwurf wider, der wenige Wochen vor Lebeds Intervention veröffentlicht wurde.

Transnistrien – »Pridnestrowische Moldauische Republik«

Die »Pridnestrowische Moldauische Republik« ist ein seit 1992 bestehender, international nicht anerkannter Quasi-Staat. Sein Gebiet liegt in der Republik Moldau östlich des Flusses Dnjestr (rum. Nistru, ukr. Dnister). Transnistrien wird von der Russländischen Föderation mit weitestgehender Zustimmung der örtlichen Bevölkerung politisch und militärisch protegirt und wirtschaftlich unterstützt. Die Einwohnerzahl betrug im Jahr 2020 rund 450 000 Menschen; sie ist infolge von Abwanderung ins Ausland seit Jahren rückläufig. Ethnisch setzt sich Transnistrien aus ca. 30 Prozent Russen, 30 Prozent Moldauern, 22 Prozent Ukrainern und 18 Prozent anderen Bevölkerungsgruppen zusammen (Stand 2015).

Internationalen Presseberichten zufolge lehnen die meisten Einwohner eine Wiedereingliederung des transnistrischen Landesteils in die Republik Moldau ab. Dagegen ist die Frage eines Beitritts zur Russländischen Föderation seit 2014 zu einem zentralen politischen Thema geworden. Wohl um russischen Einfluss auf die Politik der Republik Moldau weiterhin geltend zu machen, hält sich Moskau einen solchen Beitritt aber bislang offen.

Die größten Wirtschaftsbetriebe und Produktionsstätten Transnistriens befinden sich fast ausschließlich im Besitz des von Oligarchen geführten, politisch und ökonomisch dominierenden Sheriff-Konzerns. Zu diesem gehören neben dem Telekommunikationssektor, kommerziellen Unternehmen und Baufirmen auch der Stahlproduzent Moldova Steel Works, das Spirituosenunternehmen Kvint sowie der Textilwarenhersteller Tirotex. Transnistrien und der Sheriff-Konzern stehen international im Verdacht, mit russischer Billigung Geldwäsche und eine Steueroase sowie Tabak- und Waffenschmuggel zu betreiben.

Die Streitkräfte Transnistriens sind mit rund 5000 Mann und 20 000 Reservisten fast ebenso groß wie die kleine Armee der Republik Moldau, allerdings überwiegend mit veralteter, sowjetischer Militärtechnik ausgestattet. Die Russische Föderation hat darüber hinaus rund 1500 eigene Soldaten auf transnistrischem Gebiet stationiert. Diese bewachen unter anderem ein Munitionsdepot in Cobasna. Es ist mit 22 000 Tonnen militärischer Ausrüstung und Munition aus der Sowjetära eines der größten Depots Osteuropas.

SMB



Bender, Transnistrien, August 2016:
Soldaten passieren das Mahnmal für den
Transnistrien-Konflikt.

Demnach gehöre es zur Aufgabe der Streitkräfte, die Rechte und Interessen der Bürger Russlands zu schützen; oder auch der Personen, die mit Russland außerhalb seiner Grenzen ethnisch oder kulturell verbunden sind. Der Vorwand, dortige Truppen dienten als Schutzmacht für die gefährdete russische Minderheit, ermöglichte Russland, seine eigenen machtpolitischen Ziele mit militärischen Mitteln weiter zu verfolgen. Indem die russische Armee als Stabilisator auftrat,

machte sie zugleich die russische Dominanz deutlich und griff unübersehbar in die nationale Außenpolitik ein. Lebedys völkerrechtswidrige Einmischung war aus russischer Sicht erfolgreich. Sie verhinderte nicht nur eine angedachte Vereinigung der überwiegend rumänischsprachigen Republik Moldau mit Rumänien, sondern führte zudem zum Wiedereintritt dieser vormaligen Sowjetrepublik in die GUS. Darüber hinaus resultierte die militärische Niederlage Moldaus in einer vertraglich abgesicherten Stationierung russischer (Friedens-)Truppen im Konfliktgebiet. Seitdem ist Transnistrien ein wichtiger strategischer Stützpunkt der russischen Armee sowie ein wirksamer Hebel in der Hand der Russländischen Föderation, um Druck auf die Republik Moldau, aber auch auf Rumänien und die Ukraine auszuüben.

Die russisch-ukrainischen Streitigkeiten

Nicht weniger konflikträftig gestalteten sich nach dem Ende der UdSSR die Grenzstreitigkeiten zwischen Russland und seinen westlichen Nachbarn. So besaßen die russisch-ukrainischen

Streitigkeiten genug Potenzial für eine bewaffnete Auseinandersetzung und eine Spaltung der Ukraine. Angeheizt durch die russische Forderung nach einer Grenzrevision, bestand die reale Gefahr, dass die mehrheitlich ethnisch russische Bevölkerung im Osten und Süden des Landes von der Ukraine abfallen und den Anschluss an Russland anstreben könnte. Solche Sezessionsbestrebungen hätten nicht nur weite Gebiete des Landes destabilisiert sowie die staatliche Ordnung der Ukraine erschüttert, sondern wahrscheinlich auch einen bewaffneten Konflikt ausgelöst. Da Russland der Ukraine die eindeutige Anerkennung ihrer Staatsgrenzen verweigerte, blieb diese Bedrohung unverändert bestehen. Starke politische Kräfte in Russland erhoben zudem Ansprüche auf die Halbinsel Krim und unterstützten dortige Bestrebungen für einen Anschluss an das »Mutterland«.

Die Entflechtung der ehemaligen sowjetischen Streitkräfte ab 1992/93 war ebenfalls eine äußerst heikle militärpolitische Angelegenheit. Der Streit zwischen Russland und den anderen Nachfolgestaaten entbrannte an der Frage um die Stationierung, nach Kontrolle und Verfügungsgewalt über die strategischen Atomwaffen sowie über die Anteile der konventionellen Streitkräfte der ehemaligen Sowjetarmee. Der russisch-ukrainische Streit über die Aufteilung der Schwarzmeerflotte der sowjetischen Marine, die sich größtenteils auf dem Territorium der Ukraine befand, zeigte dies deutlich. Dabei beanspruchte die Ukraine einen Teil der Schiffe, die jedoch nicht mit Atomwaffen ausgestattet waren. Per Dekret stellte Jelzin am 7. April 1992 die Flotte unter russische Kontrolle und forderte weitere Verhandlungen zur Beilegung der Krise. Um den akuten Konflikt zu entschärfen und eine Eskalation zu vermeiden, einigten sich beide Seiten im Juni 1992 zunächst einmal darauf, für eine Übergangszeit ein gemeinsames Oberkommando zu bilden; die konkrete Aufteilung der rund 380 Schiffe und Boote verschoben sie auf das Jahr 1995.

Am 17. Juni 1993 unterzeichneten Jelzin und der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk in Moskau zunächst ein Abkommen, wonach die überwiegend auf der Krim stationierte Schwarzmeerflotte zur Hälfte aufgeteilt und unter dem gemeinsamen Oberbefehl der Präsidenten Russlands und der Ukraine stehen sollte. Nur wenige Monate später wurde dieses Abkom-

men von beiden Seiten revidiert. Die Ukraine stimmte dem Verkauf ihres gesamten Anteils zu und verpachtete zudem den auf der Krim liegenden Marinestützpunkt Sewastopol an Russland. Erneute Verhandlungen über den Status der Schwarzmeerflotte sowie die Nutzung des Flottenstützpunkts Sewastopol fanden im April 1994 statt. Beide Seiten einigten sich diesmal auf den Verbleib von mehr als 60 Schiffen in den ukrainischen Seestreitkräften. Die endgültige Aufteilung der Schwarzmeerflotte folgte mit der Vereinbarung von Sotschi am 9. Juni 1995. Gemäß Artikel 4 des Abkommens erhielt Russland 81,7 Prozent und die Ukraine 18,3 Prozent der Flotte. Sewastopol blieb Stützpunkt der russischen Marine und Russland durfte die militärische Infrastruktur der Krim weiterhin nutzen. Die gemeinsame Kontrolle der Flotte endete formal am 31. Dezember 1995. 1997 pachtete Russland die Militäranlagen in Sewastopol für die nächsten 20 Jahre und vereinbarte die gemeinsame Nutzung der Häfen mit der ukrainischen Marine.

Kontrolle über strategische Kernwaffen

Ebenso problematisch und gefährlich gestaltete sich die Debatte über den Verbleib der strategischen Kernwaffen, die in den vier GUS-Staaten Russland (81 Prozent), Ukraine (9,4 Prozent), Kasachstan (6,1 Prozent) und Belarus (3,5 Prozent) stationiert waren. Sie standen unter der Kontrolle des russischen Präsidenten und Oberbefehlshabers der Vereinten Streitkräfte der GUS. In Übereinstimmung mit den international anerkannten Verträgen und Abkommen war Russland der einzige legitime Nachfolger des Kernwaffenstatus der Sowjetunion. Ursprünglich war deren Verbringung aus Kasachstan, der Ukraine und Belarus auf das russische Territorium bis Ende 1994 vorgesehen. Doch aufgrund von Ungenauigkeiten in den Gründungsdokumenten der GUS war unklar, wem diese Waffen in der Zwischenzeit gehörten. Die jeweiligen Staaten verfolgten hier einen unterschiedlichen Kurs. Kasachstan erkannte die auf seinem Territorium befindlichen Nuklearwaffen als Eigentum der Föderation an. Belarus widersetzte sich zunächst der vollständigen Umsetzung der Verträge. Wirtschaftlich war das Land jedoch

von Russland abhängig und kam letztlich seiner Vereinbarung zur Abgabe aller Kernwaffen an Russland nach. Die Ukraine dagegen beharrte zunächst auf der administrativen Kontrolle der im Land stationierten Waffen. Unter dem Eindruck der zahlreichen bewaffneten Konflikte, die im gesamten Gebiet der aufgelösten Sowjetunion unter dem Vorwand lokaler inter-ethnischer Scharmützel stattfanden, den anhaltenden Verhandlungen über die Aufteilung der Schwarzmeerflotte und einer durch die russischen Parlamentsausschüsse eingeleiteten Revision der rechtlichen Gründe zur Überstellung der Krim im Jahr 1954 an die Ukraine nutzten die Ukrainer die Atomwaffenfrage dazu, um sowohl vom Westen als auch von Russland finanzielle Unterstützung und umfangreiche Sicherheitsgarantien zu erhalten. Das Verhalten der Ukraine stieß in Russland auf heftigen Widerspruch. Nach zähen Verhandlungen ratifizierte das ukrainische Parlament am 18. November 1993 sowohl den Strategic Arms Reduction Treaty (START I) als auch das Lissabon-Protokoll zum Vertrag über die strategische Rüstungsreduzierung. Mit der Unterzeichnung des Budapester Memorandums am 5. Dezember 1994 verzichtete Kyjiw endgültig auf Kernwaffen. Im Gegenzug dazu verpflichteten sich Russland, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich gemeinsam gegenüber der Ukraine, Kasachstan und Belarus, deren Souveränität und die territoriale Integrität zu achten. Ebenso gaben Frankreich und China eine eigene Erklärung zur Sicherheitsgarantie der Ukraine ab. Bis Ende 1996 waren sowohl Belarus als auch die Ukraine atomwaffenfrei. Mit dem Verzicht auf Kernwaffen vollzog die Ukraine, trotz ihrer Mitgliedschaft in der GUS, folglich eine stärkere Annäherung an den Westen. Im Juni 1994 wurde ein Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union abgeschlossen, und 1995 folgte die Aufnahme in den Europarat.

Besonders die Ukraine beabsichtigte als neuer, souveräner Staat nach dem Zerfall der Sowjetunion den Aufbau autonomer Streitkräfte. Bereits am 2. Januar 1992 verfügte Präsident Krawtschuk die Unterstellung aller auf dem Territorium der Ukraine stationierten vormals sowjetischen Truppen unter ukrainischen Oberbefehl. In den übrigen Nachfolgestaaten kam 1992/93 der Aufbau einer eigenen Armee erheblich langsamer voran. Diese

Verzögerung ist primär auf die Präsenz russischer Streitkräfte und deren Intervention innerhalb dieser Staaten, etwa in Moldau und im Baltikum, zurückzuführen.

Der Abzug der russischen Streitkräfte aus den baltischen Staaten

Heftige Spannungen kennzeichneten Anfang der 1990er Jahre auch das Verhältnis zwischen Russland und den baltischen Staaten. Litauen hatte sich im Februar 1991 als erste Unionsrepublik für unabhängig erklärt. Vorangegangen waren blutige Demonstrationen. In Estland und Lettland führten Grenzstreitigkeiten sowie der geforderte rasche Abzug der russischen Truppen zu erheblichen Spannungen. Der Beginn des Truppenabzugs war ursprünglich für Dezember 1991 zugesagt worden, kam aber wegen Verwerfungen mit Russland zeitweilig zum Erliegen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wandten sich beide Regierungen an die Vereinten Nationen. Im Gegensatz zu Litauen verfügten Estland und Lettland über kein verbindliches Abzugsabkommen. 1993 waren etwa 40 Prozent der estnischen und 48 Prozent der lettischen Bevölkerung anderer Nationalität, mehrheitlich waren es ethnische Russen. Russland wiederum verknüpfte per Dekret den Streitkräfteabzug mit Forderungen für die dort lebende russische Minderheit und drohte, andernfalls die Rückführung der Truppen um sieben bis acht Jahre zu verzögern. Zudem verschärften Aktivitäten der russischen Streitkräfte den Konflikt im Baltikum. Allein 1992 soll es im lettischen Luftraum zu 392 Verletzungen gekommen sein.

Der fortschreitende Abzug russischer Streitkräfte aus den baltischen Staaten entspannte die Situation in den drei Ländern. Jedoch wurde mit der Stationierung zusätzlicher Truppen eine neue Bedrohung für die europäische Sicherheit geschaffen: Ein Großteil der aus Litauen abziehenden Truppen verlegte in den Militärbezirk Kaliningrad. Um das alte Königsberg waren 1993 ungefähr 105 000 Soldaten stationiert. Diese Kräfte umfassten vier gepanzerte Divisionen, ferner starke Artillerie-, Luftlande- und Flugabwehrkräfte, Kampfhubschrauber sowie zwei Briga-

den mit taktischen Raketen zum Verschuss von Atomsprenköpfen. Ferner beherbergt die Region sechs große Militärflughäfen, zahlreiche Munitionsdepots und das Hauptquartier der Baltischen Flotte. Umschlossen von Polen und Litauen, war der Bezirk Kaliningrad nach dem Zerfall der UdSSR zu einem russischen Außenposten geworden, der bis heute auf die Versorgung von außen angewiesen ist.

Besonders Litauen und Polen fürchteten die Gegenwart der russischen Streitkräfte in unmittelbarer Nähe. Ende Januar 1992 zeigte sich der polnische Ministerpräsident Jan Olszewski besorgt über die östliche Grenze seines Landes, sodass der deutsche Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg im März bei seinem Besuch in Warschau um Ausstattungshilfe gebeten wurde. Während in Polen der Fall denkbar erschien, dass das Land durch Unruhen auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion bedroht werden könnte, stellte Deutschland zu dieser Zeit darauf ab, dass es keine gemeinsamen militärischen Planungen geben solle. Angesichts der veränderten Bedrohungseinschätzung gegenüber der Russländischen Föderation veränderte die polnische Armee ihre Stationierungsplanung vom westlichen hin zum östlichen Landesteil.

Durch die russische Hegemonialpolitik entstanden in der ersten Hälfte der 1990er Jahre für die europäische Gemeinschaft neue Herausforderungen und damit verbunden auch Risiken für die deutsche Sicherheitspolitik. Nicht nur die jungen Staaten Mittel- und Osteuropas, auch die Bundesrepublik fühlte sich zunehmend durch die Einmischung in die innerstaatlichen Angelegenheiten der früheren UdSSR-Republiken, die ambivalente russische Interventionspolitik sowie durch die russische Großmachtrhetorik bedroht. Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Bereich der ehemaligen Sowjetunion (im Kaukasus sowie in der Republik Moldau), auch unter Einsatz schwerer Waffen, wurden von der Bundesregierung mit großer Besorgnis verfolgt. Die Osterweiterung der NATO wurde daher zu einer der dringlichsten Fragen der Neugestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Martin Reese



picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Alexander Nemenov

Spätestens seit der Jahrtausendwende versucht die Sicherheits- und Militärpolitik der Russländischen Föderation an die geopolitische Ausrichtung der Sowjetunion anzuknüpfen. Diesem Ziel hat sich auch die im Oktober 2002 gegründete Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) verschrieben. Im Bild zu sehen sind die Staatschefs bei einem Treffen in Moskau im Mai 2022; von links: Nikol Pashinjan (Armenien), Aljaksandr Lukaschenka (Belarus), Wladimir Putin (Russland), Sadyr Dschaparow (Kirgisistan), Qassym-Schomart Toqajew (Kasachstan) und Emomalij Rahmon (Tadschikistan). Trotz der demonstrierten Einmütigkeit ihrer Staatschefs bestehen auch in dieser Organisation teils erhebliche Differenzen über sicherheitspolitische Aspekte. Dies betrifft insbesondere die Frage nach der nationalen Eigenständigkeit, welche Russland den Teilnahmestaaten nicht in vollem Umfang bereit ist zu gewähren. Das von Russland dominierte Bündnis besitzt mithin nur eine begrenzte Relevanz.

Russlands Militärpolitik im postsowjetischen Raum

Der Zusammenbruch der militärischen Supermacht Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer Paktes wirkte auf Russlands Eliten in Politik, Militär und Sicherheitsapparat zumeist geradezu traumatisch. Zum Ausdruck kam dies im oft zitierten Satz von Präsident Wladimir Putin, der 2005 den Untergang der UdSSR als »die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts« bezeichnete. Russland, die einst größte Sowjetrepublik, erlebte bis in die 2000er Jahre hinein einen dramatischen Niedergang seiner Wirtschaft und Streitkräfte: Militärausgaben und Truppenstärken mussten drastisch reduziert werden, Waffen und Ausrüstung galten als völlig veraltet, die Versorgungslage und die Moral der Armee waren desolat. Für die dringend notwendige umfassende Modernisierung fehlten schlichtweg die Mittel. Die in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten stationierten Truppen wurden mitsamt ihrer Ausrüstung abgezogen; die vor allem durch die Marine geleistete globale Präsenz ließ sich nicht länger aufrechterhalten. Nach der Unabhängigkeit der 14 weiteren ehemaligen Unionsrepubliken wurden die dort stationierten Verbände in nationale Streitkräfte überführt. Allerdings wurden die Filetstücke aus der Erbmasse des sowjetischen Militärpotenzials, insbesondere das Nukleararsenal, von den neuen russischen Streitkräften übernommen. In den beiden verlustreichen Kriegen in Tschetschenien (1994–1996 und 1999–2000) zeigten sich die zahlreichen Defizite der »neuen« Streitkräfte, die de facto ein Relikt der alten Sowjetarmee waren.

Strategische Interessen Russlands im postsowjetischen Raum

Der Verlust des Status als Supermacht, der Beitritt ehemaliger Mitglieder des Warschauer Paktes zur NATO seit Ende der 1990er Jahre und später auch zur Europäischen Union (EU) und der damit einhergehende Einflussverlust im einstigen Hegemo-

nialbereich empfand man in Moskau als Demütigung. Schon bald zeigten sich »imperiale Phantomschmerzen«. Von Anfang an reklamierte die Russländische Föderation gegenüber den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken eine herausgehobene Stellung; sie betrachtete den postsowjetischen Raum de facto als ihre exklusive Einflussphäre. Entsprechend ihrem Selbstverständnis als Großmacht leitete die Föderation einen Hegemonialanspruch ab, der das Recht beinhaltet, anderen die Spielregeln zu diktieren und Handlungsspielräume festzulegen, bei Bedarf wirtschaftlichen und politischen Druck gegen sie einzusetzen und notfalls auch militärisch einzugreifen. So wird den Staaten des postsowjetischen Raumes nur eine begrenzte eigene Souveränität zugebilligt. Dies betrifft insbesondere die Ausrichtung ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu anderen Staaten, Staatenbünden oder Organisationen. Kernziele der russischen Politik im postsowjetischen Raum sind die Abwehr von äußeren Bedrohungen für die eigene Sicherheit und die ihrer Verbündeten. Als ein Eindringen fremder Mächte in ihre »exklusive« Interessensphäre gelten insbesondere die dortige Stationierung auswärtiger Truppen und die Erweiterung von militärischen Bündnissen. Als große Gefahr betrachtet der Kreml auch die »Farbenrevolutionen« in den einstigen Sowjetrepubliken, die er als Teil einer angeblichen westlichen Destabilisierungskampagne interpretiert, um prowestliche Regierungen zu installieren. Die russische Regierung befürchtet nicht nur den Verlust an Macht und Einfluss im postsowjetischen Raum, sondern auch ein Überschwappen dieser Bewegungen auf das eigene Territorium und damit Risiken für den Fortbestand des eigenen Herrschaftssystems. Folglich löste die Westorientierung Georgiens und der Ukraine, vor allem deren Streben nach einer Annäherung an EU und NATO und schließlich sogar nach einer Mitgliedschaft in den beiden Bündnissen große Besorgnis im Kreml aus. Gleiches galt hinsichtlich der demokratischen Protestbewegung in Belarus (2020).

Eine besondere Schutzverantwortung reklamiert der Kreml für sich in Bezug auf russische Bürger außerhalb der eigenen Landesgrenzen. Dies zeigt sich in sämtlichen strategischen Grundlegendokumenten der Russländischen Föderation. Schon die Militärdoktrin von 2010 besaß eine stärker antiwestliche



picture-alliance/dpa/epa Maxim Shipenkov

Russische Truppen auf dem Rückmarsch Richtung Russland nach dem Fünftagekrieg in Georgien, hier in der Nähe der Stadt Dschawa, 22. August 2008.

Stoßrichtung als die vorangegangene. Doch insbesondere die Militärdoktrin von 2014 verdeutlichte die Bereitschaft Russlands, seine Streitkräfte und andere Sicherheitsorgane zum »Schutz russischer Bürger« im Ausland einzusetzen. Damit schuf Moskau eine zentrale Legitimationsgrundlage zur Durchsetzung seiner strategischen Interessen im postsowjetischen Raum. Bereits beim Fünf-Tage-Krieg gegen Georgien 2008 begründete Russland sein militärisches Vorgehen mit der angeblichen Gefährdung russischer Bürger in der von Georgien abtrünnigen Region Südossetien. In besonderem Maße galt dies seit 2014 im Falle der Ukraine. Gerade hier präsentierte sich die Russländische Föderation als Schutzmacht der russischsprachigen Bevölkerung auf der Halbinsel Krim und im Donbas, die es vor einem angeblichen »Völkermord« durch ukrainische Nationalisten zu bewahren gelte. Der eigentliche Auslöser lag hingegen im »Euromaidan« und dessen Folgen: dem Wahlsieg des westlich orientierten

tierten neuen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und der eindeutigen Hinwendung der Ukraine zur EU und zur NATO. Dass die Ukraine, die einst zweitgrößte Sowjetrepublik, durch einen Wechsel ins westliche Lager der »Russischen Welt« zu entgleiten drohte, bedeutete für den Kreml das Überschreiten einer roten Linie. Zu bedeutend war Russlands südwestlicher Nachbar mit seinem wirtschaftlichen Potenzial, seinen Transitrouten für Gas, dem Zugang zum Schwarzen und zum Asowschen Meer und der auf der Krim stationierten russischen Schwarzmeerflotte. Zudem erblickte der Kreml in der Ukraine einen Schlüsselstaat für eines seiner wichtigsten Integrationsprojekte: die Eurasische Wirtschaftsunion. Ein »Eindringen« der NATO in Russlands Kerninteressensphäre wollte der Kreml nicht hinnehmen. Was folgte, war die handstreichartige Besetzung der Halbinsel Krim und die Unterstützung der prorussischen Separatisten im Donbas. Es folgte ein regionaler Konflikt, der bis Anfang 2022 wohl 13 000 Menschenleben forderte.

Russlands Streitkräftereform und seine Militärpolitik im postsowjetischen Raum

Die russische Invasion in die Ukraine vom 24. Februar 2022 führte zum ersten Großkrieg auf europäischem Boden seit 1945. Damit demonstrierte die Russländische Föderation, dass sie bereit war, zur Durchsetzung ihrer Interessen im postsowjetischen Raum militärische Mittel in erheblichem Maße einzusetzen. Entsprechend fällt der Militärpolitik eine Schlüsselrolle zu. Der Krieg in Georgien legte erhebliche Defizite der russischen Streitkräfte offen. Die Truppe wurde danach umfassend reformiert und qualitativ spürbar gestärkt: Die Militärausgaben wurden deutlich erhöht, die Streitkräfte von 1,2 Mio. auf 900 000 Soldaten verkleinert, die Führungsorganisation gestrafft, die Zahl der Militärbezirke reduziert, ein Nationales Einsatzführungskommando geschaffen (2014) sowie Luftwaffe und Weltraumtruppen unter einem Dach zusammengefasst (2015). Die Heeresverbände wurden flexibler strukturiert und mit dem Ausbau der Luftlandetruppen und Spezialeinheiten die Interventionsfähigkeiten

weiter gestärkt. Zudem wurden Übungsaktivitäten und Einsatzbereitschaft deutlich erhöht und in großangelegten Manövern regelmäßig demonstriert.

Einen weiteren Schwerpunkt legte die russische Führung auf eine umfassende Modernisierung der Ausrüstung, allen voran des Raketen- und Nukleararsenals, der Luftwaffe und der Luftverteidigung, aber auch der Marine. Als weniger erfolgreich gestaltete sich hingegen die Modernisierung der Landstreitkräfte. Außerdem investierte die Föderation in die Entwicklung von Hyperschallwaffen, um die Abschreckungsfähigkeiten gegenüber dem Westen zu erhöhen. Im syrischen Bürgerkrieg konnten Heer, Luftwaffe und Marine neue Waffensysteme und Einsatztechniken erproben und Kampferfahrung sammeln. Hatte man sich in Moskau zunächst auf das Eingreifen in begrenzte Konflikte im postsowjetischen Raum eingestellt, begann man ab 2010, vor allem aber nach der Krimannexion von 2014 die Streitkräfte auf einen möglichen Konflikt mit der NATO und großangelegte Militäroperationen in Europa auszurichten. Der Westliche Militärbezirk, die Oblast Kaliningrad und die Flotten im Baltikum und im Nordmeer wurden deutlich gestärkt und die Vorwärtspräsenz im Westen und im Kaukasus weiter ausgebaut. Treibende Kräfte des Reformprozesses waren seit 2012 der neue Verteidigungsminister Sergei Schoigu und der neue Generalstabchef Waleri Gerassimow. Letzterer schwor die Streitkräfte auf eine neue Ära der Kriegführung ein, in der militärische und nichtmilitärische Mittel sich miteinander vermischten und die den Informationsraum mit einschloss. Entgegen mancher Interpretationen westlicher Strategen handelte es sich nicht um eine neue Doktrin oder gar um eine fundamental neue Form der Kriegführung, die unter dem Stichwort »hybride Kriegführung« diskutiert wurde. Neu war aber, dass die Föderation seit 2014 einen Mix an militärischen und nichtmilitärischen Mitteln offensiv und orchestriert einsetzte.

Zentrale Elemente der russischen Militärpolitik im postsowjetischen Raum sind neben seinen unilateralen militärischen Machtprojektionsfähigkeiten die bilaterale Militärkooperation mit ehemaligen Sowjetrepubliken wie Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan und die multilaterale Zusammenarbeit im Rahmen des von Russland

dominierten Militärbündnisses: der Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit (OVKS). Begünstigt werden Moskaus Interventionsfähigkeiten durch die Präsenz russischer Militär- und teilweise auch Grenzschutzeinheiten. Deren Stationierung erfolgte in einigen Fällen mit Zustimmung der jeweiligen Länder, so in Armenien, Belarus, Kirgisistan und Tadschikistan, in anderen Fällen ohne Zustimmung, etwa in der Republik Moldau, in Georgien und in der Ukraine, bezüglich ihrer abtrünnigen Regionen Transnistrien, Südossetien, Abchasien und der Krim. Die neuen Stützpunkte ermöglichen im Bedarfsfall ein schnelles militärisches Eingreifen oder die Ausübung militärischen Drucks, zudem die Eskalation »eingefrorener Konflikte« wie in Südossetien und Abchasien oder im Donbas.

Auf bilateraler Ebene nutzt Russland die Zusammenarbeit mit den finanziell, wirtschaftlich und militärisch schwachen postsowjetischen Staaten bei Ausbildung, Übung und Rüstung, um seinen Einfluss zu wahren und auszudehnen. Russland profitiert im Gegenzug durchaus auch von Rüstungslieferungen seiner Partner, darunter Belarus (beispielsweise für Interkontinentalraketen) und Kirgisistan (etwa bei der Marinetechnik). Bis 2014 war die ukrainische Rüstungsindustrie von herausgehobener Bedeutung. Von ihr bezog Russlands Militär unter anderem Schiffsantriebe, sämtliche Hubschraubertriebwerke und Komponenten für Interkontinental- und Weltraumraketen, Kampfpanzer und Flugzeuge. Mit dem Versuch, einseitige Abhängigkeiten zu schaffen, hatte der Kreml jedoch nur begrenzten Erfolg. Die Intensität der Kooperation ist sehr unterschiedlich. Zahlreiche Grenzstreitigkeiten und ethnische Spannungen führen zu Konflikten und verhindern eine einheitliche Strategie. Zudem bemühten sich die Regimes im postsowjetischen Raum, eine allzu starke Abhängigkeit von der russischen Hegemonialmacht zu vermeiden.

Belarus: Russlands wichtigster Verbündeter

Russland und sein wichtigster Verbündeter Belarus sind seit 1999 durch einen Unionsvertrag miteinander verbunden, sie pflegen enge wirtschaftliche und militärische Beziehungen und haben

eine gemeinsame Militärdoktrin. Allerdings war ihr Verhältnis bis in die jüngste Vergangenheit hinein alles andere als spannungsfrei, etwa in Energie- und Handelsfragen oder hinsichtlich der vom Kreml argwöhnisch beäugten temporären Versuche des kleineren Nachbarlandes, sich dem Westen anzunähern. Belarus war darum bemüht, seine politische Eigenständigkeit zu bewahren, ist aber de facto seit jeher wirtschaftlich und militärisch massiv von seinem großen Nachbarn abhängig. Das seit 1994 von Präsident Aljaksandr Lukaschenka autokratisch regierte Land ist für die Russländische Föderation aufgrund seiner geographischen Lage von strategischer Bedeutung und nimmt daher einen besonderen Stellenwert in den militärischen Planungen des russischen Generalstabs ein. Belarus verfügt über eine gemeinsame Grenze mit den NATO-Mitgliedsstaaten Lettland, Litauen und Polen, liegt in unmittelbarer Nähe zur russischen Exklave Kaliningrad und grenzt direkt an die schmale und einzige Landverbindung zwischen den baltischen Staaten und Polen, den »Suwalki-Korridor«, der als verwundbarster Punkt des östlichen NATO-Bündnisgebiets gilt. Im Süden grenzt das Land an die Ukraine. Belarus bildet daher für die Föderation eine Pufferzone zur NATO. Im Konflikt- oder Kriegsfall mit der NATO würde das Territorium als Aufmarsch-, Operations- und Nachschubgebiet der russischen Streitkräfte dienen. Folglich spielt Belarus in den strategisch-operativen Planungen des Westlichen Militärdistrikts der Föderation eine Schlüsselrolle, in dem sie ihre modernsten und schlagkräftigsten Truppenverbände stationiert hat. Im Kriegsfall würde das Militär von Belarus de facto unter russischem Oberbefehl operieren. Mit der gemeinsamen »Regionalen Gruppierung« beider Streitkräfte und einem gemeinsamen regionalen Luftverteidigungssystem existieren zudem integrierte Strukturen.

Das unterfinanzierte und materiell meist mit veraltetem Material ausgestattete belarusische Militär verfügt nur über eine geringe Personalstärke von 48 000 Soldaten (Stand: 2022) und ist nicht zu größeren eigenständigen Operationen fähig. Nahezu das gesamte Militärarsenal stammt aus der Sowjetzeit bzw. aus russischer Produktion. Entsprechend hoch sind der Modernisierungsbedarf und die Abhängigkeit vom russischen Nachbarn. Alle höheren Offiziersränge werden in Russland ausgebildet. Es



Kriegsschiffe der Baltischen Flotte der russischen Marine während der russisch-belarussischen Großübung Zapad 2021, Baltiysk/Kaliningrad, 9. September 2021.

gibt regelmäßig gemeinsame Übungen von Luftlandtruppen und Spezialkräften, von Heer und Luftwaffe, deren Zahl und Umfang in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben; sie erfolgten bis unmittelbar vor dem russischen Großangriff auf die Ukraine. Aufgrund seiner geographischen Nähe zur Ukraine und des zugrunde gelegten Szenarios diente das russisch-belarussische Großmanöver »Zapad 2021« nicht nur als klassische Militärübung und Drohkulisse, sondern als Teil der Angriffsvorbereitungen. Außerdem nutzt die Föderation belarussische Luftwaffenstützpunkte und Militärdepots sowie Verkehrsinfrastruktur zur Verlegung von Truppen und Militärgerät. Im gegenwärtigen Krieg unterstützt Belarus das russische Militär logistisch in den Bereichen Nachschub und Verwundetenversorgung. Die Russländische Föderation führte von belarussischem Hoheitsgebiet aus mehrfach Militärschläge gegen die Ukraine; so auch die Operation auf Kyjiw.

Dem russischen Wunsch nach dauerhaften Militärbasen in Belarus konnte sich Lukaschenka lange entziehen. Die russische Präsenz beschränkte sich auf eine Frühwarnradarstation der Luftwaffe und eine Führungs- und Fernmeldeeinrichtung der

Marine, ferner auf die temporäre Verlegung von militärischem Fluggerät für Aufklärungs- und gemeinsame Ausbildungsflüge sowie zur Machtprojektion gegenüber der NATO. Nachdem die EU 2020/21 massive Sanktionen gegen das Regime in Minsk verhängt hatte, nahm dessen Abhängigkeit von Moskau weiter zu. Russland bekam zusätzliche Hebel in die Hand, um seinen Einfluss auf seinen Verbündeten auszubauen und seine Integrationspläne voranzutreiben. Im März 2021 vereinbarten beide Seiten die Vertiefung ihrer militärischen Zusammenarbeit. Dazu zählten die Schaffung gemeinsamer Trainingszentren für Luftstreitkräfte und Luftverteidigung und für Bodentruppen. Des Weiteren kündigte Lukaschenka den Erwerb moderner russischer Waffensysteme an, etwa des Luftverteidigungssystems S-400 und des nuklear bestückbaren Boden-Boden-Raketensystems Iskander. Gemäß dem »Verfassungsreferendum« vom 27. Februar 2022 soll die dauerhafte Stationierung russischer Truppen und Nuklearwaffen in Belarus grundsätzlich möglich sein.

Die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS)

Von nur begrenztem Wert bei der Absicherung ihrer hegemonialen Rolle im postsowjetischen Raum hat sich für die Russländische Föderation bisher die OVKS erwiesen. Sie wurde 2002 gegründet und ist aus dem Vertrag über Kollektive Sicherheit (VKS) von 1992 hervorgegangen. Dem Verteidigungsbündnis, dessen Kern eine gegenseitige Beistandsklausel für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf eines seiner Mitglieder ist, gehören neben Russland Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Belarus an. Auch Georgien und Aserbaidschan traten im Jahr 1993 bei, verließen das Bündnis aber bereits 1999, ebenso wie Usbekistan, das 2006 erneut Mitglied wurde, 2012 aber aus Furcht vor weiteren russischen Vereinnahmungsversuchen wieder austrat. Ein Sonderfall ist Turkmenistan, das keinem Bündnis angehört. Im Jahr 1999 zog Russland seine dort stationierten Truppen ab.

Die OVKS dient der Russländischen Föderation zum einen zur Förderung und Legitimierung ihrer militärischen Machtprojektionsfähigkeiten, zur Sicherung ihres Einflusses und zum Schaffen einseitiger Abhängigkeiten. Ein wichtiges Instrument ist der Ausbau der militärischen Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten, vor allem in den Bereichen Ausbildung und Rüstung. Seit 2016 existiert unter dem Dach der OVKS ein Gemeinsamer Verband der Landstreitkräfte Russlands und Armeniens. Zum anderen sieht Moskau in der OVKS ein Mittel zur Abwehr äußerer Einflüsse im zentralasiatischen Teil des postsowjetischen Raums. Im Blick stehen dabei vor allem die NATO, die EU und die USA, aber auch der Iran, die Türkei und die Volksrepublik China. Von besonderer Bedeutung ist für Russland das vertraglich verbrieftete Mitspracherecht der Mitgliedsstaaten bezüglich der Stationierung fremder Truppen im OVKS-Raum.

In militärischer Hinsicht ist die OVKS für Moskau dagegen eher von geringem Wert. Russland ist das Mitglied mit den mit Abstand stärksten militärischen Fähigkeiten. So stellt es den Löwenanteil der 20 000 Soldaten starken gemeinsamen Schnellen Eingreiftruppe und die größten Kontingente bei gemeinsamen Übungen. Zwar hat die OVKS sich über die Jahre organisatorisch weiterentwickelt, die militärischen Übungsaktivitäten gesteigert und die Kooperation auf die Bereiche Katastrophenschutz, die Bekämpfung von Terrorismus sowie des Drogenhandels ausgeweitet. Doch sind sowohl der tatsächliche militärische Wert des Bündnisses als auch sein Wert als Hegemonialinstrument Moskaus begrenzt. Sicherheitspolitisch hat die OVKS bisher keine nennenswerte Rolle gespielt. Weder folgte sie einem Hilferuf Kirgisistans bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen ethnischen Gruppen (2010), noch kam sie Armenien beim Krieg mit Aserbaidschan um das Gebiet Berg-Karabach zuhulfe, der im November 2020 für Armenien mit einer schweren Niederlage endete. Auch beim 2021 gewaltsam ausgetragenen Grenzstreit zwischen den OVKS-Mitgliedern Tadschikistan und Kirgisistan blieb das Bündnis außen vor. Zum ersten Mal kamen schnelle Eingreifverbände der OVKS auf Bitte von Präsident Qassym-Schomart Toqajew im Januar 2022 bei gewaltsamen Unruhen in Kasachstan zum Einsatz, um, so die offizielle Begründung, einen angeblich von ausländischen Kräften initiierten Umsturzversuch

zu verhindern. Die Intervention passte zum damaligen Zeitpunkt in Moskaus Kalkül: Schließlich bot sich im Rahmen der Zuspitzung der Ukrainekrise die Möglichkeit, eine rasche militärische Verlegfähigkeit zu demonstrieren, die Gefahr eines Umsturzes in Kasachstan im Keim zu ersticken und den russischen Einfluss auf Kasachstan zu stärken.

Für die Russländische Föderation hat die OVKS gewiss auch eine symbolische Bedeutung, ermöglicht ihr das Bündnis doch, sich als Führungsmacht eines Militärbündnisses zu präsentieren. Aufgrund der erheblichen militärischen Probleme der russischen Streitkräfte in der Ukraine, der Folgen der westlichen Sanktionspolitik und des bevorstehenden NATO-Beitritts der bisher neutralen Staaten Finnland und Schweden versucht der Kreml, die OVKS stärker zu einem Gegengewicht zur NATO zu machen. Ob ihm dies gelingen wird, ist jedoch zweifelhaft. Nach wie vor gibt es unter den OVKS-Mitgliedern erhebliche Interessengegensätze, ungelöste Konflikte und mangelndes gegenseitiges Vertrauen. So bevorzugen die Mitgliedsstaaten aufgrund unzureichender eigener Ressourcen die bilaterale Militärkooperation mit Russland. Zudem ist die Föderation für sie ein wichtiger Partner zur Gewährleistung ihrer äußeren Sicherheit und zur Stabilisierung der eigenen Herrschaftssysteme. Das kommt für diese Staaten jedoch keineswegs einer blinden Gefolgschaft gegenüber dem Kreml gleich. Bis auf Belarus stimmte keiner der OVKS-Mitgliedsstaaten gegen die UN-Resolution, in der Russlands Krieg gegen die Ukraine verurteilt wurde. Stattdessen enthielten sie sich. Seit dem Ukrainekrieg zeigen sich im Bündnis deutliche Risse und Absetzbewegungen von Moskau. So bleibt die OVKS eher eine Dachorganisation zur Verfolgung der jeweiligen nationalen Interessen denn ein wirklich integriertes Bündnis.

Florian Seiller



Der 1994 begonnene Dialog der NATO mit den postsowjetischen Staaten einschließlich Russlands führte in der Ukraine zu einem immer vernehmlicheren Ruf, dem westlichen Militärbündnis beizutreten. Die seit 1997 bestehende NATO-Ukraine-Kommission bildete die Basis für eine Kooperation, die sich seit der Annexion der Krim im Frühjahr 2014 weiter vertieft hat. Auch in der Bevölkerung stieg die Zustimmung für eine sicherheitspolitische Anlehnung an den Westen. Das Bild zeigt eine Menschenmenge auf einer Werbeveranstaltung der Allukrainischen Vereinigung »Vaterland« (ukr. Batkiwtschyna) im September 2014, auf der sich unter anderen auch die Parteivorsitzende Julija Tymoschenko für die Abhaltung eines Referendums zugunsten eines NATO-Beitritts der Ukraine einsetzte. Das Referendum fand im Oktober statt. Vier Jahre später, im Herbst 2020, verabschiedete Präsident Wolodymyr Selenskyj eine nationale Sicherheitsstrategie, die den weiteren Ausbau der Partnerschaft mit dem Ziel einer NATO-Mitgliedschaft vorsieht.

Die NATO und ihr Verhältnis zur Ukraine

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 kam für zahlreiche sachkundige Beobachter innerhalb der Nordatlantischen Allianz nicht überraschend. Aus ihrer Sicht war es die Folge einer längerfristigen Entwicklung. Neben verschiedenen anderen Begründungen für ihre »Spezialoperation« hat die politische Führung in Moskau immer wieder darauf hingewiesen, dass sie damit einen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union und möglicherweise sogar zur NATO verhindern wolle. Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte verschiedentlich, dass die vorgeblich »aggressiven internationalen Organisationen« nur auf diese Weise von der Grenze Russlands ferngehalten werden könnten. Vor dem Hintergrund der dramatischen Entwicklungen seit Frühjahr 2022 erscheint ein genauerer Blick auf die Entwicklung des Verhältnisses der NATO zur unabhängigen Ukraine angebracht.

Die NATO – ein zeitgemäßes europäisches Verteidigungsbündnis?

Das nordatlantische Bündnis wurde am 4. April 1949 gegründet, um die Integrität seiner Mitgliedsstaaten militärisch zu sichern und im Zweifelsfall zu verteidigen. Stets gilt es, die Partikularinteressen einzelner Mitgliedsstaaten einzuhegen und bei jedem Thema den Konsens der mittlerweile 30 Bündnispartner herzustellen. Zumeist handelt es sich dabei um einen äußerst zeitaufwendigen Prozess. Anfangs ging es dabei um ein dreifaches Ziel, welches der erste NATO-Generalsekretär, der Brite Lord Hastings Ismay, mit den geflügelten Worten umschrieb: »to keep the Americans in, the Russians out, and the Germans down.« Als größte Bedrohung galten bis Anfang der 1990er Jahre die Sowjetunion und der an sie angelehnte Warschauer Pakt. Kern des NATO-Vertrages, den alle Mitgliedsstaaten unterzeichnet haben, ist in Artikel 5 Absatz 1 verankert. Die dort niedergelegte Beistandsklausel gilt nur für den Fall eines bewaffneten Angriffs.

Deshalb entbehren die fortwährenden Behauptungen verschiedener Akteure, dass es sich bei der NATO um ein aggressives Angriffsbündnis handle, das seine politischen Interessen mit militärischen Mitteln durchsetzen wolle, jeder Grundlage.

Am 14. Juni 2021 verabschiedete der Brüsseler NATO-Gipfel die »Agenda NATO 2030«. Hier trafen höchste Bündnisgremien Entscheidungen, um »die NATO für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft vorzubereiten«. Als maßgebliche Risiken für eine regelbasierte internationale Ordnung galten »die aggressive russische Politik, Terrorismus, Cyberangriffe und disruptive Technologien, der Aufstieg von China [sowie] die Sicherheitsimplikationen des Klimawandels«. Insgesamt dehnte die Allianz aufgrund ihrer vorangegangenen Erfahrungen den Sicherheitsbegriff deutlich aus. Die Verantwortlichen in Brüssel gingen davon aus, dass künftige Konflikte weniger in Form klassischer militärischer Auseinandersetzungen ausgetragen würden, sondern in einer »hybriden« Form. Hierzu gehören beispielsweise auch das Stören oder gar Zerstören sensibler Infrastrukturen, die Verwirrung und Beeinflussung der pluralistischen westlichen Öffentlichkeit über soziale Medien, die intensive Nutzung von Drohnen und Satelliten sowie der gezielte Einsatz chemischer und bakterieller Kampfstoffe. Dementsprechend gewinnt vor allem die zivil-militärische Zusammenarbeit unter dem neuen Schlagwort »Resilienz« in Zukunft deutlich an Bedeutung für die Sicherheit der Bündnisstaaten.

Die NATO und die Ukraine bis 2014

Bereits Ende 1991, kurz nachdem sich die neue unabhängige Ukraine konstituiert hatte, begannen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine im Rahmen des Nordatlantischen Kooperationsrats. Bereits drei Jahre später, im Dezember 1994, wurden der Regierung in Kyjiw als Gegenleistung für den Verzicht des Landes auf die auf seinem Territorium stationierten sowjetischen Nuklearwaffen von Russland, den USA und Großbritannien im Budapester Memorandum die Eigenständigkeit und die bestehenden Grenzen garantiert. Entsprechend erhielt der Antrag der Ukraine, in das Programm Partnership for Peace

(PfP) aufgenommen zu werden, die Zustimmung aller NATO-Staaten.

Um die Entwicklung demokratischer Strukturen in der ukrainischen Gesellschaft weiter voranzubringen, wurden die Beziehungen zwischen den beiden Seiten mit der Unterzeichnung der »NATO-Ukraine Charta« auf dem NATO-Gipfel in Madrid an 9. Juli 1997 weiter gestärkt. Als institutioneller Rahmen für diesen Prozess wurde die NATO-Ukraine Commission (NUC) eingerichtet. Ein besonderes Augenmerk erlangte hier von Anfang an die Unterstützung einer umfassenden Reform im ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungssektor. Gerade diese Bereiche sind aus Sicht der Allianz für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, aber auch für die demokratische Entwicklung des Landes von entscheidender Bedeutung. Hierzu überprüft die NUC auch die Aktivitäten der Ukraine im Rahmen des PfP-Programms. Die Kommission leitet vornehmlich die Kooperationsaktivitäten und bietet ein Forum für Konsultationen zwischen den Bündnispartnern und der Ukraine. Dazu kann die NUC in verschiedenen Formaten zusammentreten, so auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, der Außen- und Verteidigungsminister, der Botschafter und auf der Arbeitsebene. Ihre Aufgabe ist es, die Umsetzung der Bestimmungen der Charta zu gewährleisten, die Entwicklung der Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine umfassend zu bewerten, die Planung künftiger Aktivitäten zu überprüfen und Vorschläge zur Verbesserung oder Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zu unterbreiten.

Die Zusammenarbeit vor Ort koordiniert die NATO-Vertretung in der Ukraine. Sie besteht aus dem NATO-Informations- und Dokumentationszentrum sowie dem NATO-Verbindungsbüro. Diese Institutionen wurden zwischen 1997 und 1999 eingerichtet, um die ukrainische Öffentlichkeit über die Kooperation mit der NATO zu informieren und sie im politischen Raum zu koordinieren. Zu den wichtigsten Gesprächspartnern gehören das Außen- und das Verteidigungsministerium, das Präsidialamt, der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat sowie das Parlament, die Werchowna Rada. Die NATO-Vertretung in der Ukraine ist zudem federführend bei der Beratung auf strategischer Ebene im Rahmen des umfassenden sicherheitspolitischen Unterstützungspakets der NATO. Die Unter-

stützung der Ukraine durch das Bündnis bei der Reform des Verteidigungs- und Sicherheitssektors war so umfassend wie für kein anderes Partnerland. Im Jahr 1998 wurde eine Arbeitsgruppe, die NATO-Ukraine Joint Working Group on Defence Reform (JWGDR) unter dem Dach der NUC eingerichtet. Deren Aufgabe ist es, Initiativen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen, der demokratischen Kontrolle und der zivilen Verwaltung der Streitkräfte sowie anderer Einrichtungen des Sicherheitssektors und der Verteidigungsplanung zu fördern. Zudem soll sie politische Konzepte, Strategien und nationale Sicherheitskonzepte vortragen. Alle NATO-Mitgliedsstaaten und die Ukraine sind in den Sitzungen dieses Gremiums vertreten.

Mit der Erklärung zur Ergänzung der Charta von 1997, die 2009 im Anschluss an die Beschlüsse des NATO-Gipfels von Bukarest 2008 unterzeichnet wurde, erhielt das NUC eine zentrale Rolle bei der Vertiefung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit. Ziel der Reformbemühungen war es, die euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine zu unterstützen. Das wichtigste Instrument hierbei ist das Annual National Programme (ANP), das aus fünf Kapiteln besteht: politische und wirtschaftliche Angelegenheiten, Verteidigung und militärische Aspekte, Ressourcen, Sicherheitsfragen und rechtliche Fragen. Das ANP spiegelt die nationalen Reformziele und die jährlichen Umsetzungspläne des Landes wider und umfasst Reformen im Zusammenhang mit verantwortungsvoller Staatsführung, Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und dem Sicherheits- und Verteidigungssektor im Einklang mit den euro-atlantischen Grundsätzen und Standards. Die Bündnispartner bewerten jährlich die Fortschritte dieses Programms, während die Verantwortung für seine Umsetzung in erster Linie bei der Ukraine liegt. Die Kommission für die Koordinierung ihrer euro-atlantischen Integration unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Premierministers für europäische und euro-atlantische Integration sorgt für die allgemeine Koordinierung der Umsetzung durch die staatlichen Organe.

Seit 2004 besteht eine gemeinsame Arbeitsgruppe für technische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zur verstärkten Kooperation bei der Entwicklung von Fähigkeiten, der Beschaffung von Verteidigungsgütern und der Entwicklung technischer

Standards. Dazu gehören Normung, Kodifizierung, Logistik und Lebenszyklusmanagement sowie die Zusammenarbeit mit der Conference of National Armaments Directors (CNAD) und der Science and Technology Organization (STO) der NATO.

Diese gemeinsame Arbeitsgruppe ist auch ein Forum, in dem die Reformbemühungen der ukrainischen Verteidigungsindustrie erörtert werden. Außerdem trat die Ukraine im Juli 2006 dem Programm zum Austausch von Luftlagedaten bei. Damit sollte das Risiko potenzieller grenzüberschreitender Zwischenfälle verringert und die Reaktion auf terroristische Angriffe mit zivilen Flugzeugen optimiert werden. Nach Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine wurden die von der NATO bereitgestellten Luftdateninformationen auf ein größeres Gebiet ausgedehnt.

Unterstützung von NATO-geführten Operationen durch die Ukraine

Aufgrund der partnerschaftlichen Verbindungen zur NATO hat die Regierung in Kyjiw immer wieder Operationen und Missionen der NATO mit Personal und Material unterstützt. So war die Ukraine an den friedensunterstützenden und -erhaltenden Operationen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo beteiligt. Zur Unterstützung der Sicherheits- und Wiederaufbaupmission in Afghanistan unter der Führung der NATO ermöglichte die Ukraine seit 2002 die Überflüge von NATO-Luftfahrzeugen und den Transit von Versorgungsgütern. Zudem stellte die Regierung in Kyjiw medizinisches Personal zur Unterstützung der regionalen Wiederaufbauteams in Afghanistan sowie Ausbilder für die NATO-Ausbildungsmision in Afghanistan bereit. Gleichzeitig waren ukrainische Offiziere im Rahmen der NATO-Ausbildungsmision im Irak (2005–2011) im Einsatz. Nach dem Ende des friedens erzwingenden Einsatzes der International Security Assistance Force im Jahr 2014 unterstützte die Ukraine die nachfolgende NATO-Mission »Resolute Support« (2015–2021) zur Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte. Zwischen 2007 und 2010 entsandte die Ukraine

sechsmal Schiffe zur Unterstützung der Seeüberwachungsoperation »Active Endeavour« im Mittelmeer. Im Jahr 2013 beteiligte sie sich an der NATO-Operation »Ocean Shield« zur Bekämpfung der Piraterie im Golf von Aden. Für »Sea Guardian« im Mittelmeer stellt die Ukraine seit 2016 Informationen für das maritime Lagebild der NATO im und um das Schwarze Meer bereit. Auch aufgrund dieser vertrauensvollen Kooperationen avancierte die Ukraine im Juni 2020 zum Enhanced Opportunity Partner (EOP) der Allianz. Dieser Status ist Staaten vorbehalten, die besonders wichtige Beiträge zu NATO-Operationen und anderen Bündniszielen geleistet haben. Damit erhielt die Ukraine einen bevorzugten Zugang zu Interoperabilitätsinstrumentarien der NATO, einschließlich Übungen, Ausbildung, Informationsaustausch und aktuellen Lageanalysen.

Die Entwicklung seit Beginn des Ukraine Konflikts 2014

Seit dem Beginn des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine im Februar 2014 unterstützt die NATO die Verteidigung von Souveränität und territorialer Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Die Bündnispartner verurteilten die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland scharf. Zudem wurden die destabilisierenden Aktivitäten Russlands in der Ostukraine und in der Schwarzmeerregion missbilligt. Die NATO verstärkte daraufhin ihre Präsenz im Schwarzen Meer sowie die maritime Zusammenarbeit mit der Ukraine und Georgien. Parallel zu ihrer politischen Unterstützung für die Ukraine hat die Allianz auch ihre praktische Hilfe erheblich ausgeweitet. Unmittelbar nach der Annexion der Krim einigten sich die NATO-Außenminister auf Maßnahmen zur Stärkung der Fähigkeit der Ukraine, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Darüber hinaus beschlossen sie eine erhebliche Ausweitung bestehender Kooperationsprogramme. Gleichzeitig entschieden sich die Bündnisstaaten, jede praktische zivile und militärische Zusammenarbeit mit Russland auszusetzen, die po-

litischen und militärischen Kommunikationskanäle aber offen zu lassen.

Als unmittelbare Reaktion auf den Russland-Ukraine-Konflikt wurden seit 2014 mehrere sogenannte Treuhandfondsprojekte ins Leben gerufen, um die Entwicklung von Fähigkeiten und den nachhaltigen Aufbau von Kapazitäten der Ukraine in Schlüsselbereichen zu fördern. Dies betrifft die Bereiche Führung und Kommunikation (Command, Control, Communication and Computers, C4), Logistik, Sanitätsdienst sowie Cybersicherheit; ferner die Teilnahme am PfP-Planungs- und Überprüfungsprozess sowie ein euro-atlantisches Entwicklungsprogramm für Beamte. Zudem nimmt die Ukraine seit 2007 an der NATO-Initiative Building Integrity (BI) teil. Diese bietet praktische Unterstützung und Beratung zur Stärkung von Integrität, Rechenschaftspflicht und Transparenz im Verteidigungs- und Sicherheitssektor und ermöglicht eine gründliche Bewertung der institutionellen Bedürfnisse und Schwachstellen. Hierauf basieren zahlreiche sektorale Empfehlungen zur Verbesserung einer verantwortungsvollen Staatsführung sowie zur Korruptionsbekämpfung im Verteidigungs- und Sicherheitssektor. Eine Reihe von weiteren Projekten des Treuhandfonds unterstützte die Vernichtung der ukrainischen Bestände an Antipersonenminen, an Munition sowie an Klein- und Leichtwaffen. Ein weiterer Treuhandfonds assistierte bei der Beseitigung radioaktiver Abfälle aus ehemaligen sowjetischen Militärstandorten. Seit 2014 berieten NATO-Experten die Ukraine außerdem bei Notfallplänen und Krisenmanagementmaßnahmen im Hinblick auf kritische Energieinfrastrukturen und Katastrophenschutzrisiken. Später konzentrierte sich die Zusammenarbeit auf die Verbesserung von Vorsorge und Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen. Im Jahr 2019 erarbeitete ein Resilience Advisory Support Team (RAST) Empfehlungen für ukrainische Institutionen, die von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe für zivile Notfallplanung überwacht werden. Die Ukraine nimmt weiterhin regelmäßig an Aktivitäten teil, die vom Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre (EARDCC) gesteuert werden. Auch hat sie selbst mehrere Katastrophenschutzübungen abgehalten.

Auf dem NATO-Gipfeltreffen in Warschau von 2016 wurden schließlich die Maßnahmen der NATO zur Unterstützung der Ukraine in das umfassende Comprehensive Assistance Package (CAP) aufgenommen, das die Fähigkeit des Landes unterstützen soll, für die eigene Sicherheit zu sorgen und noch weitreichendere Reformen im Sicherheits- und Verteidigungssektor auf der Grundlage euro-atlantischer Grundsätze und anderer bewährter Verfahren durchzuführen. Hierzu wird über die NATO-Vertretung in der Ukraine Beratung auf strategischer Ebene sowie durch verschiedene Programme und Treuhandfonds Hilfe zur Selbsthilfe bereitgestellt. Zusätzlich wurde in Warschau die NATO-Ukraine-Plattform zur Bekämpfung hybrider Kriegführung eingerichtet. Sie bietet einen Mechanismus, um solche Bedrohungen besser erkennen und Kapazitäten zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Staat und Gesellschaft aufbauen zu können. Derzeit laufen Projekte zur Unterstützung von Forschung, Ausbildung und Expertenkonsultationen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den Lehren aus der Vergangenheit, der Bekämpfung von Desinformation und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit.

Seit 2014 fanden im Rahmen der NUC angesichts der unmittelbaren Bedrohung der territorialen Integrität, der politischen Unabhängigkeit und der Sicherheit der Ukraine regelmäßige Konsultationen statt. Angesichts der russischen militärischen Gewalt gegen ukrainische Schiffe in der Meerenge von Kertsch im November 2018 trat die NUC zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen; dies erfolgte erneut angesichts der Aufmarschbewegungen russischer Truppen ab April 2021. Bereits im Juni 2017 verabschiedete das ukrainische Parlament ein Gesetz, das die Mitgliedschaft in der NATO wieder als strategisches Ziel der Außen- und Sicherheitspolitik festschreibt. Infolgedessen trat im Jahr 2019 eine entsprechende Änderung der ukrainischen Verfassung in Kraft. Im September 2020 billigte Präsident Selenskyj die neue nationale Sicherheitsstrategie, die den Ausbau der Partnerschaft seines Landes mit der NATO mit dem Ziel einer NATO-Mitgliedschaft vorsieht.

Den im Februar 2022 begonnene Großangriff Russlands verurteilte die NATO scharf als einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht und eine ernsthafte Bedrohung für die euro-atlan-

Gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs der NATO zum Angriff Russlands auf die Ukraine vom 25. März 2022 (Auszug)

»Wir sind heute zusammengekommen, um die schwerste Bedrohung der euro-atlantischen Sicherheit seit Jahrzehnten zu erörtern [...] Wir fordern Russland auf, seinen militärischen Angriff unverzüglich einzustellen, alle seine Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen und von dem von ihm eingeschlagenen Weg der Aggression abzulassen [...] Der Frieden auf dem europäischen Kontinent ist grundlegend gestört [...]

Russland trägt die volle Verantwortung für diesen Konflikt. Es hat den Weg der Diplomatie und des Dialogs, der ihm von der NATO und den Verbündeten wiederholt angeboten wurde, abgelehnt. Es hat grundlegend gegen das Völkerrecht, einschließlich der UN-Charta, verstoßen. Russlands Handeln ist auch eine eklatante Ablehnung der in der NATO-Russland-Grundakte verankerten Grundsätze [...]

Wir stehen in voller Solidarität mit dem demokratisch gewählten Präsidenten, dem Parlament und der Regierung der Ukraine sowie mit dem tapferen ukrainischen Volk, das jetzt sein Heimatland verteidigt [...] Die NATO ist nach wie vor allen Grundprinzipien verpflichtet, die die europäische Sicherheit untermauern, einschließlich der Tatsache, dass jede Nation das Recht hat, ihre eigenen Sicherheitsvereinbarungen zu treffen. Wir werden die Ukraine weiterhin politisch und praktisch unterstützen, damit sie sich selbst verteidigen kann, und wir werden andere auffordern, das Gleiche zu tun. Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Diese grundsätzliche Haltung wird sich niemals ändern.

Angesichts der Aktionen Russlands werden wir alle notwendigen Konsequenzen für die Abschreckung und die Verteidigungshaltung der NATO ziehen [...] Unsere Maßnahmen sind und bleiben präventiv, verhältnismäßig und nicht-eskalierend. Unser Bekenntnis zu Artikel 5 des Washingtoner Vertrags ist unumstößlich. Wir stehen geschlossen für den Schutz und die Verteidigung aller Verbündeten ein. Die Freiheit wird immer über die Unterdrückung siegen.«

Quelle: <<https://nato.diplo.de/nato-de/service/-/2513886>>, Stand: 12.9.2022

Finnland, Schweden und die NATO

Finnland und Schweden sind der NATO seit dem 9. Mai 1994 als Mitglieder im Programm Partnership for Peace verbunden. Beide sind traditionell nichtalliierte Staaten und waren bis zu ihrem Beitritt zur Europäischen Union mit ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Jahr 1995 neutral. Doch blicken sie auf eine etwa 30-jährige Geschichte einer immer enger werdenden Verteidigungszusammenarbeit mit der NATO zurück. Die ultimativen Forderungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin an die NATO, auf künftige Erweiterungen zu verzichten, wurde um die Weihnachtszeit 2021 vom finnischen Präsidenten Sauli Niinistö zurückgewiesen. In beiden Staaten bestand indes bis zum Großangriff Russlands auf Kyjiw keine Mehrheit für einen NATO-Beitritt. Dies änderte sich Ende Februar 2022. In Finnland mit seiner 1340 km langen Grenze zu Russland schlug die Stimmung in der Bevölkerung um: Erste Umfragen unmittelbar nach dem russischen Großangriff ergaben in Finnland erstmals eine deutliche Bevölkerungsmehrheit für einen NATO-Beitritt. Es folgten in kurzer Folge zwei Volksbegehren, in denen erst eine parlamentarische Diskussion zur NATO-Mitgliedschaft und dann die Mitgliedschaft selbst gefordert wurden. In Schweden sprachen sich am 7. März 2022 erstmals 51 Prozent in einer Umfrage für eine NATO-Mitgliedschaft aus. Allerdings warnte Ministerpräsidentin Magdalena Andersson vor einer destabilisierenden Wirkung eines solchen Schritts. Auch die zuvor NATO-kritische finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin hielt sich zunächst noch bedeckt. Vor dem Hintergrund des veränderten sicherheitspolitischen Umfelds brachte die finnische Regierung das Thema am 12. April 2022 in die parlamentarische Debatte ein. Einen Monat später sprach sich der finnische Präsident gemeinsam mit der Ministerpräsidentin zugunsten einer NATO-Mitgliedschaft Finnlands aus, idealerweise gemeinsam mit Schweden. Am 18. Mai 2022 überreichten beide Staaten ihr Beitritts-gesuch. Derzeit (Januar 2023) haben 28 der 30 NATO-Mitgliedsstaaten den Beitritt Finnlands und Schwedens ratifiziert. Es stehen noch die Ratifizierungen Ungarns und der Türkei aus.

AK

tische Sicherheit. Umgehend verabschiedeten die NATO-Staaten deshalb ein umfassendes Paket restriktiver Maßnahmen gegen Russland. Die NATO-Bündnispartner forderten Russland auf, seine Militäraktionen unverzüglich einzustellen, seine Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen, das humanitäre Völkerrecht uneingeschränkt zu achten, allen Menschen in Not einen ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe zu gewähren sowie die Beschränkungen der Schifffahrt im Schwarzen Meer und die Blockade des Asowschen Meeres aufzuheben. Massive Wirtschaftssanktionen folgten. Infolge der Geschehnisse in den vergangenen Monaten verstärken die NATO-Bündnispartner weiterhin ihre politische, materielle und praktische Unterstützung für die Ukraine. Die NATO hilft bei der Koordinierung der Hilfersuchen der Ukraine und unterstützt die Bündnispartner bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe. Auf diesem Weg hat die Mehrzahl der NATO-Mitgliedsstaaten dem Land insbesondere Waffen, Munition, medizinische Hilfsgüter und andere wichtige militärische Ausrüstung zur Verfügung gestellt. Außerdem unterstützen sie die Ukraine mit Finanzhilfen, die mittlerweile die Milliarden Euro-Grenze überschritten hat. Viele Bündnispartner bieten zudem humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung an und öffnen ihre Grenzen für ukrainische Flüchtlinge. Das Bündnis wird seine Hilfe aller Voraussicht nach bis zur Beendigung des Konfliktes weiter leisten.

Dieter H. Kollmer



picture alliance/dpa/Stefan Sauer

Am 8. November 2011 wird der erste Leitungsstrang der Pipeline Nord Stream 1 feierlich eröffnet. Neben der Bundeskanzlerin Angela Merkel (4.v.l.) sind zahlreiche europäische Politiker anwesend, unter anderem ihr Vorgänger Gerhard Schröder (1.v.l.). In der Bildmitte ist der russische Präsident Dmitri Medwedew zu sehen. Anwesend ist auch der damalige Geschäftsführer der Nordstream AG Mathias Warnig (2.v.r.), der als Manager für Gazprom und die Dresdner Bank tätig gewesen war. Zu Wladimir Putin hatte er bereits in den späten 1980er Jahren Kontakt, als dieser Mitarbeiter des KGB und jener der Staatssicherheit gewesen war. Nachdem Putin vier Jahre als Ministerpräsident amtiert hatte, kehrte er im Mai 2012 ins Präsidentenamt der Russländischen Föderation zurück. Die insbesondere von offizieller deutscher Seite aus bekundete Trennung von Energiewirtschaft und Sicherheitspolitik erwies sich seitdem immer mehr als Illusion.

Gaspipelines in Ostmitteleuropa. Die Rolle russischer Rohstoffexporte

Energiebeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion beziehungsweise der Russländischen Föderation existierten bereits in den 1950er Jahren. In den westdeutschen Wirtschaftsverbänden hatte sich zu dieser Zeit der Wunsch nach einer Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen zur Sowjetunion wie überhaupt nach einem Anschluss an die Märkte des Ostens geäußert. Um diesen Handelsinteressen auch eine Stimme zu geben, gründete sich am 17. Dezember 1952 in Köln der »Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft«, der wie die Vorgängerinstitution, der »Russlandausschuss«, Handelsbeziehungen in den Osten Europas und zu Russland aufbauen sollte. Bis in die heutige Zeit spielte der Ost-Ausschuss bei den Energiebeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion/Russland eine tragende Rolle.

Ende der 1930er Jahre wurden in der Sowjetunion im Wolga-Ural-Gebiet riesige Erdöl- und Erdgasvorkommen entdeckt. Deren Erschließung durch die Sowjetunion gestaltete sich jedoch äußerst schwierig: In dem unwirtschaftlichen Gebiet war ein Fördernetz aus Pipelines, Maschinen und Anlagen aufzubauen, das die sowjetische Industrie nicht bereitstellen konnte. Die USA waren zum damaligen Zeitpunkt weltweit führend in der Pipelinetechnologie und der Herstellung von Pipelinerohren. Aufgrund der Embargopolitik der USA und der Restriktionen des 1949 in Paris gegründeten Coordinating Committee on Multilateral Export Control (CoCom) herrschte jedoch seit Beginn des Kalten Krieges keine Bereitschaft, solche Technologien an die Sowjetunion zu liefern. Die deutsche Stahlindustrie hingegen war nach dem Zweiten Weltkrieg dringend auf neue Absatzmärkte angewiesen. Nachdem Pipelineröhren von der Embargoliste der CoCom gestrichen worden waren, lieferten ab 1958 westdeutsche Firmen wie Thyssen, Mannesmann und Hoesch Großrohre an die Sowjetunion. Der Umfang der Lieferungen erhöhte sich stetig. Zwischen 1959 und 1962 wurden bereits 600 000 Tonnen Großröhren von deutschen Firmen in die Sowjetunion geliefert – sehr zum Entsetzen der USA. Dort hatte man aufgrund der eigenen markt-

beherrschenden Pipelinetechnologie die Fähigkeiten der deutschen Stahlindustrie unterschätzt. Für die Sowjetunion blieben deutsche Pipelineröhren eine begehrte Ware, da sie auch extremen klimatischen Bedingungen standhalten konnten.

Das Röhrenembargo von 1963

Im Dezember 1958 beschloss die Wirtschaftsorganisation der »sozialistischen Bruderländer«, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), den Bau einer Erdölleitung von Tatarstan bis nach Osteuropa. Die DDR, Polen und Ungarn sollten so ganz im Sinne wirtschaftlicher Aufbauhilfe an die russischen Erdölquellen angeschlossen werden. Der geplante Endpunkt der Druschba-Pipeline – benannt nach dem russischen Wort für »Freundschaft« – in der DDR war die an der Oder gelegene Stadt Schwedt. Für ihre Errichtung wurde ein Vertrag mit der westdeutschen Industrie über die Lieferung von 163 000 Tonnen Röhren geschlossen. Auch dies erregte den Unmut der US-Regierung unter John F. Kennedy. Die amerikanische Kritik vereinte protektionistische und militärstrategische Argumente: Man sah die Gefahr, dass die Sowjetunion neue Märkte im Westen erschließen und so die heimische erdölexportierende Industrie von diesen Märkten verdrängen könnte; die daran anknüpfende Befürchtung betraf die durch Rohstoffverkäufe erzielten Gewinne in Form westlicher Devisenzuflüsse an die Sowjetunion; neben diesen wirtschaftlichen Aspekten spielte eine militärstrategische Überlegung die wichtigste Rolle, denn schließlich würde der Ausbau eines Pipelinenetzes in Osteuropa die Treibstoffversorgung der Roten Armee im Falle eines Angriffs auf den Westen sichern und somit die Sicherheit aller NATO-Staaten gefährden. Diese Überlegungen veranlassten die Amerikaner im Wirtschaftsberaterausschuss der NATO zu beantragen, sämtliche Großröhrenlieferungen aus NATO-Staaten an die Sowjetunion zu unterbinden. Nach zähen Verhandlungen des Ausschusses wurde am 21. November 1962 beschlossen, Pipelineröhren als »strategisches Gut« einzustufen und somit unter ein Exportverbot zu stellen. Frankreich und Großbritannien schlossen sich dem zwar an, ließen aber die konkrete Einhaltung des Embar-

gos völlig offen. Anders war die Situation für die deutsche Bundesregierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer. Erst nach massivem amerikanischem Druck folgte sie der Linie, ihre Außenwirtschaftspolitik der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nachzuordnen. Die vertraglich zugesicherten Lieferungen von Großröhren zum Bau der Druschba-Pipeline wurden daraufhin storniert. Kennedy dankte es dem Bundeskanzler mit einem Staatsbesuch im Juni 1963. Bei seiner Visite in West-Berlin untermauerte er die Sicherheitsgarantie der USA. Trotzdem wurde die Pipeline fertiggestellt; sie nahm am 18. Dezember 1963 offiziell ihren Betrieb auf. Das Embargo auf Pipelineröhren wurde 1966 von Bundeskanzler Ludwig Erhard aufgehoben, der sich entschieden gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft einsetzte.

Von der Entspannungspolitik zum Erdgas-Röhrengeschäft von 1982

Mit der Kanzlerschaft des Sozialdemokraten Willy Brandt von 1969 bis 1974 änderte sich auch die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Der SPD-Kanzler setzte seine Maxime »Wandel durch Annäherung« durch, deren Ausdruck der Moskauer Vertrag mit der Sowjetunion war. Diese Entspannungspolitik umfasste auch wirtschaftliche Verträge, darunter das bedeutendste Ost-West-Geschäft der Nachkriegszeit: deutsche Stahlröhren gegen Erdgas aus der Sowjetunion. Der auf 20 Jahre ausgelegte Vertrag umfasste die jährliche Lieferung von bis zu drei Milliarden Kubikmeter Erdgas an die Bundesrepublik. Die Gaspipeline Transgas wurde vom ukrainischen Uschorod aus durch die Tschechoslowakei bis zur bayerischen Ortschaft Olbernhau verlängert. Vorbereiter dieses Geschäftes war auch hier der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft.

Einen Höhepunkt in der internationalen Auseinandersetzung um deutsche Großröhrenlieferungen an die Sowjetunion bildete das Erdgas-Röhrengeschäft von 1982. Es verknüpfte die Lieferung von Gaspipelines an die Sowjetunion mit der Erschließung und Förderung der gewaltigen Erdgasvorkommen in Sibirien. Das geförderte Erdgas sollte in die Bundesrepublik und

nach Westeuropa geliefert werden – als »Tauschgeschäft Energie gegen Stahl«. Die iranische Revolution 1979 mit ihrem Gas-Lieferstopp hatte zu einer Ölpreiskrise geführt, die der westlichen Welt die Abhängigkeit von den Gas- und Ölimporten aus dem Mittleren Osten verdeutlicht hatte.

Eine Erhöhung des Gasimports aus der Sowjetunion wurde als Chance angesehen, die Abhängigkeit vom Mittleren Osten zu reduzieren. Konkret ging es um die Lieferung von Röhren für die geplante Erdgaspipeline »Jamal« von Sibirien nach Mitteleuropa. US-Präsident Ronald Reagan war ein strikter Gegner der deutschen Gasimport-Politik. Seine Regierung erließ zunächst für US-Unternehmen ein Embargo gegen Technik für den Pipelinebau an die Sowjetunion, das auch für europäische Konzerne gelten sollte. Anders als 1962 beugte sich die deutsche Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt dieser Aufforderung nicht. Das Röhrengeschäft mit der Sowjetunion wurde wie geplant verwirklicht und die Liefermengen von Erdgas in die Bundesrepublik wurden sukzessive erhöht.

Dieser Abschnitt der Energiebeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion veranschaulicht die Gemengelage an Interessen der beteiligten Akteure. Dem westdeutschen Staat ging es um preiswerte und verlässliche Öl- und Gaslieferungen aus der Sowjetunion sowie um die Erschließung des sowjetischen Energiemarktes für heimische Großröhrenproduzenten. Diese Handelspolitik war eingebunden in die Gesamtstrategie »Wandel durch Annäherung«. Die Sowjetunion sollte durch kleine Zugeständnisse in Wirtschaftsfragen enger an den Westen angebunden werden, um auch dadurch die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung zu verringern. Den USA waren die westdeutschen Energiebeziehungen mit der Sowjetunion ein Dorn im Auge. So blieb es denn auch bei ihrer sicherheitspolitisch begründeten Politik, die Sowjetunion international zu isolieren und von den begehrten westlichen Devisen abzuschneiden. Neben Embargos auf bestimmte Technologien, wie etwa Pipelineröhren, begründeten aber auch US-Wirtschaftsinteressen diese protektionistische Sicht, da man den europäischen Energiemarkt als US-amerikanisches Interessensgebiet ansah. Für die Sowjetunion wiederum waren die Erdöl- und Erdgasgeschäfte mit westlichen Ländern von enormer Bedeutung. Die

riesigen Rohstoffquellen sollten die dringend benötigten westlichen Devisen für Jahrzehnte sichern. Technologisch war die Sowjetunion jedoch zu keinem Zeitpunkt in der Lage, den Bedarf an Großröhren selbst zu decken. Die einst vom damaligen ersten Sekretär der KPdSU Nikita Chruschtschow ausgerufene Strategie »westliche Technik zu importieren, um sie dann zu kopieren«, blieb letztlich ohne Erfolg; ebenso wie der Versuch, eine chemische Industrie aufzubauen, die mit modernen Produkten den Weltmarkt beherrschen sollte.

Die Zeit nach 1990

Mit dem Fall der Mauer und der Auflösung der Sowjetunion fielen aus deutscher Sicht die letzten Bedenken gegenüber einer Intensivierung der Energiebeziehungen zu Russland fort. Der ukrainisch-russische Gasstreit, der ab 2005 immer wieder aufflammte und 2009 in einem Gas-Lieferstopp an die Ukraine kulminierte, war der ausschlaggebende Punkt für den Bau der Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2. Sowohl Berlin als auch Moskau wollten die Ukraine als Transitland umgehen. Das erreichte man mit der Verlegung der Pipelines durch die Ostsee. Mit Blick auf einen direkten und störungsfreien Gasfluss erschienen die zu durchlaufenden Genehmigungsverfahren von angrenzenden Ländern als kleines Übel. Nord Stream 1 wurde während der Regierung Gerhard Schröders geplant und ging im November 2011 in Betrieb. Nord Stream 2 fiel in die Kanzlerschaft Angela Merkels. Nach deren Fertigstellung im November 2021 wurde das Genehmigungsverfahren im Februar 2022 infolge der russischen Invasion in die Ukraine gestoppt.

Die Geschichte der deutsch-sowjetischen und dann der deutsch-russischen Gas- und Öllieferungen bildet den Hintergrund der derzeitigen politischen Situation. Im Kalten Krieg wurden die Grundlagen für das heutige Pipelinennetz geschaffen, mit dem Europa und insbesondere Deutschland mit russischem Öl und Erdgas versorgt werden. Die Konfliktlinien sind damals wie heute fast dieselben geblieben. Dass die USA in den Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 eine Bedrohung der Sicherheit Europas sahen, steht in Kontinuität zu ihrer bereits 1963

Gas- und Ölpipelines von Russland nach Deutschland

Die Pipelines *Nord Stream 1* und *Nord Stream 2* sind Unterwasser-Pipelines mit jeweils zwei Strängen. Beide verlaufen von Russland quer durch die Ostsee nach Deutschland. *Nord Stream 1* endet in Lubmin in der Nähe von Greifswald. Diese Pipeline nahm ihren Betrieb im November 2011 auf, ist 1224 Kilometer lang und hatte eine Kapazität von jährlich 55 Milliarden Kubikmetern Gas. Damit konnten rechnerisch 26 Millionen Haushalte für ein Jahr lang mit Erdgas versorgt werden. Deutschland verbraucht im Durchschnitt zwischen 95 und 100 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr für Heizungen, zur Stromerzeugung und für die chemische Industrie. Die weitestgehend parallel verlaufende Pipeline *Nord Stream 2* hatte ebenfalls eine Kapazität von 55 Milliarden Kubikmetern pro Jahr. *Nord Stream 2* ist 1230 Kilometer lang und wurde mit technischem Gas befüllt, das lediglich zum Druckaufbau vor der eigentlichen Inbetriebnahme dient. Aufgrund der russischen Invasion in die Ukraine wurde jedoch keine Betriebserlaubnis ausgestellt. Beide Pipelines setzen sich aus zwölf Meter langen Röhren aus Spezialstahl zusammen. Ein Röhrensegment plus Betonummantelung gegen den Auftrieb unter Wasser wiegt allein 24 Tonnen und hat den Wert eines Mittelklassewagens. Allein für *Nord Stream 1* wurden fast 2,5 Millionen Tonnen Stahl verwendet. Am 26. September 2022 kam es in beiden Pipelines zu einem Druckabfall auf null Bar, verursacht durch mehrere Lecks, durch die das Gas entwich. Als Ursache sprach EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen von »Akten der Sabotage«.

Russisches Erdgas erreichte Deutschland auch über die Jamal-Pipeline, die durch Belarus und Polen verläuft, mit einer Lieferkapazität von 33 Milliarden Kubikmetern pro Jahr. Von höherer Bedeutung war die Transgas-Pipeline quer durch die Ukraine, deren Kapazität von 100 Milliarden Kubikmetern aufgrund des Gasstreits zwischen der Ukraine und Russland in den letzten Jahren nie voll ausgenutzt wurde. Öl aus Russland lief auch durch die Druschba-Pipeline, täglich rund 2,5 Millionen Barrel (1 Barrel = 159 Liter). Die Pipeline teilt sich in einen Nord- und Südstrang. Der Nordstrang endet im brandenburgischen Schwedt. Der Südstrang verläuft durch die Ukraine nach Ungarn, Tschechien und in die Slowakei. Die deutsche Bundesregierung entschied, ab dem 1. Januar 2023 auf russische Erdöllieferungen durch die Druschba-Pipeline vollständig zu verzichten. CLH

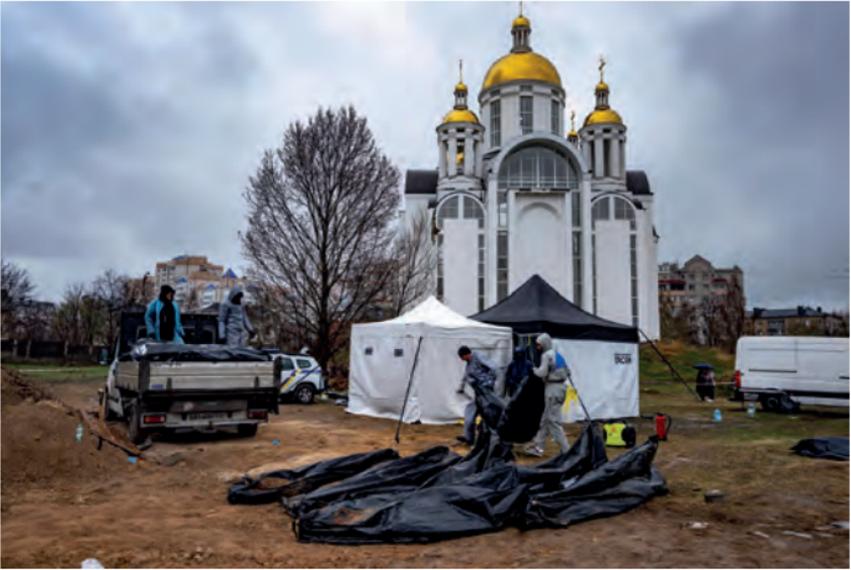
und 1982 verfolgten Politik. Präsident Donald Trump folgte wie schon seine Amtsvorgänger John F. Kennedy, Jimmy Carter und Ronald Reagan den Interessen der eigenen Industrie. Geostrategische Einwände gingen dabei Hand in Hand mit Wirtschaftsprotektionismus.

Im Kern blieben die Vorwürfe dieselben: Mit steigenden Öl- und Gasimporten aus Russland mache sich Deutschland abhängig von einer Regierung, deren politische Maxime die Ausdehnung ihres Machtbereichs auf den europäischen Kontinent war und ist. Neu ist hingegen, dass sich diesem Vorwurf nun auch Staaten wie Schweden, Dänemark, Polen und die baltischen Staaten anschlossen. Diese nahmen die russischen Expansionsbestrebungen viel ernster als die meisten politischen Kräfte in Deutschland. Während die deutschen Regierungen unter Schröder und Merkel – wie auch die politische Opposition – nicht müde wurden zu bekräftigen, der Bau der Pipelines gründe auf »rein privatwirtschaftlichen Entscheidungen«, sprach man in den USA und den nord- und osteuropäischen Staaten von einer Bedrohung von Europas Sicherheit. Eine zu hohe Rohstoffabhängigkeit von Russland ermögliche eine Erpressbarkeit und würde gleichzeitig russische Expansionsbestrebungen finanzieren. Diese Warnungen wurden jedoch ignoriert.

Der 24. Februar 2022 bedeutete für die Bundesrepublik Deutschland nicht nur eine Zäsur in der Sicherheitspolitik. Die drei Tage später von Bundeskanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag ausgerufene »Zeitenwende« bezog sich auch auf die deutsche Energiepolitik. Der Kanzler verkündete das Ziel, die Importabhängigkeit von einzelnen Lieferanten zu überwinden, eine Kohle- und Gasreserve aufzubauen und die Speichermenge an Erdgas zu erhöhen. Dazu sollen Flüssiggassterminals (LNG-Terminals) in Brunsbüttel und Wilhelmshaven errichtet werden. In Wilhelmshaven wurde, nach einem sehr kurzen Planungsvorlauf, im Dezember 2022 das erste LNG-Terminal fertiggestellt. Weitere Terminals sind im Gespräch. So bleibt zu konstatieren, dass Deutschland erst in der größten Not die Terminals errichten ließ: Das Denken in sicherheitspolitischen Dimensionen war in Deutschland lange verpönt, sodass neben Pipelines aus Norwegen und den Niederlanden das Erdgas zu über 50 Prozent von Russland bezogen wurde. Die europäischen Nachbarn

hingegen hatten die Lektion frühzeitig gelernt. Als Litauen 1990 als erstes Land seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärte, wurden die Gaslieferungen drei Monate lang eingestellt. Als 2009 das letzte Atomkraftwerk vom Netz ging, war das Land im höchsten Maße abhängig von russischen Gaslieferungen. Die litauische Regierung ließ daher 2015 ein LNG-Terminal im Hafen von Klaipeda errichten und eine Gaspipeline nach Polen verlegen. Diese sind wiederum an das Baltic-Pipeline-System angeschlossen und beziehen das Gas direkt aus Norwegen. Litauen und Polen waren somit in der Lage, auf russische Gasimporte zu verzichten. Davon ist Deutschland weit entfernt. Mit der bloßen Errichtung der Infrastruktur sind noch keine Lieferungen gewährleistet, da die weltweiten LNG-Tankerkapazitäten begrenzt und meist auf Jahrzehnte durch Verträge gebunden sind. Anbieter mit freien Lieferkapazitäten wurden entsprechend umworben, so das Emirat Katar, mit dem im November 2022 ein Liefervertrag vereinbart wurde.

Jahrzehntelang stützte sich die Bundesrepublik Deutschland auf günstige Energieimporte, um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und um die exportorientierte Wirtschaft zu stützen. Spätestens mit der Jahrtausendwende entstand so eine einseitige Abhängigkeit von den Energie- und insbesondere Gasimporten aus Russland. Spätestens mit der dritten Amtszeit Putins ab Mai 2012 konnten Energiewirtschaft und Sicherheitspolitik nicht mehr getrennt voneinander gedacht werden. Mit der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 zeigte sich, dass sich Deutschland mit seiner Energiepolitik erpressbar gemacht hat. Aber bereits lange zuvor war deutlich geworden, wie illusionär die Kennzeichnung Putins als »lupenreiner Demokrat« gewesen ist. Mit dem Versiegen des Gasstroms aus der der Leitung Nord Stream 1 aufgrund der massiven Lecks im September 2022 bleibt es fraglich, ob die geplanten LNG-Terminals diesen Ausfall werden ausgleichen können. Die Vermutung, es handle sich um einen gezielten Sabotageanschlag durch russlandnahe Akteure, unterstreicht, wie untrennbar Energiewirtschaft, Wohlstandssicherung und Sicherheitspolitik verknüpft sind.



Die Invasion Russlands in der Ukraine ist als Angriffskrieg ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Darüber hinaus sind alle Kriegsparteien verpflichtet, Kriegsgefangene angemessen zu behandeln, die nicht an den Kämpfen beteiligten Zivilisten zu schonen sowie gewisse Standards gegenüber den Kämpfenden der Gegenseite einzuhalten. Maßgeblich ist immer die klar erkennbare Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten. Das Foto vom 19. April 2022 zeigt ein Massengrab bei einer Kirche in Butscha. Die Stadt nördlich von Kyjiw war mehrere Monate lang von russischen Truppen besetzt gewesen. Die Massengräber und zahlreiche weitere Indizien sind Belege für Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung.

Völkermord, Kriegsverbrechen, Angriffskrieg. Politische Deutung und juristische Aufarbeitung des russischen Kriegs gegen die Ukraine durch das Völkerrecht

Mit dem Angriff der Russländischen Föderation am 24. Februar auf die Ukraine begeht ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen einen gravierenden Bruch des Völkerrechts. Russland, das in der Rechtsnachfolge der Sowjetunion Gründungsmitglied dieser Organisation ist, werden Angriffskrieg, Kriegsverbrechen und Völkermord vorgeworfen. Diese Vorwürfe werden von der ukrainischen Regierung gegenüber den Streitkräften der Föderation deutlich erhoben und in den westlichen Medien klar benannt. Das Völkerrecht schafft den Rahmen für die politische Deutung und die juristische Aufarbeitung des russischen Kriegs gegen die Ukraine. Wie verhält sich Russland gegenüber dem Völkerrecht? Und welche Bedeutung haben Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und das Verbrechen der Aggression (Angriffskrieg) für die Bewertung dieses Kriegs?

Russland und das Völkerrecht – ein eigenwilliges Verhältnis

In den internationalen Beziehungen kontrastiert die Völkerrechtsordnung stets mit der Macht der Staaten, sich gegebenenfalls auch nicht an diese Ordnung zu halten. Beispiele hierfür lieferten die USA und die NATO, aber auch Russland: Die Intervention der NATO 1999 im Kosovo war trotz der humanitären Erwägungen nicht durch ein eindeutiges völkerrechtliches Mandat gestützt. Die Mehrheit der UN-Vollversammlung hatte dem Einsatz der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien) zwar zugestimmt, doch fehlte die Einstimmigkeit im UN-Sicherheitsrat. Die Invasion der USA 2003 in den Irak erfolgte aufgrund der Behauptung, der Irak produziere Massen-

vernichtungswaffen. Russland griff 2008 in Georgien ein, um die prorussischen Kräfte in Südossetien und Abchasien bei ihren Sezessionsbestrebungen zu unterstützen. Trotz der Argumentation, dass es sich um eine humanitäre Intervention handle, fehlte hierfür jede tatsächliche Legitimation durch ein vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenes Mandat.

Diese Beispiele zeigen, dass Staaten und auch internationale Organisationen das Völkerrecht gelegentlich auf ihre sehr eigene Art und Weise interpretieren, um so ihr Verhalten zu rechtfertigen. Russland ging 2014 noch einen radikalen Schritt weiter, als es auf der Krim nicht gekennzeichnete Truppen einsetzte, um die Kontrolle über die Halbinsel zu erlangen und sie mit einem fadenscheinigen Referendum von der Ukraine zu lösen. In den ostukrainischen Regionen Luhansk und Donezk wurden – wie in Georgien 2008 – prorussische Kräfte unterstützt, um die Eigenständigkeit voranzutreiben. Die Sezession der Krim von der Ukraine und ihre Annexion durch Russland lässt sich jedoch nicht mit einem Referendum rechtfertigen.

Die internationale Rechts- und Friedensordnung ist seit 1945 darauf ausgelegt, dass es zu keinen Grenzverschiebungen kommt, um jede Möglichkeit der (aggressiven) Expansion auszuschließen. Während im 19. und 20. Jahrhundert internationale Streitigkeiten – insbesondere um Territorien – vorrangig mit Waffengewalt ausgetragen wurden, sollte dies nach dem Grauen des Ersten Weltkrieges und dem durch Deutschland geführten Vernichtungskrieg zwischen 1939 und 1945 dauerhaft verhindert werden. Deshalb haben sich die Staaten zu friedlichen Beziehungen und einem allgemeinen Gewaltverbot in der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges markiert auch eine Abkehr vom Imperialismus, dem Machtstreben der europäischen Staaten im Ringen um die Vorherrschaft in der Welt. Das Machtgebaren des russischen Präsidenten Wladimir Putin hat diesen Politikstil wieder zu neuem Leben erweckt, indem er die politische Unabhängigkeit der Ukraine bestreitet und sie gewaltsam zu beenden sucht. Seine völkerrechtliche Argumentation kann das ungezügelte Machtstreben jedoch kaum kaschieren. Als Russland am 22. Februar 2022 die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk (ukr. Luhansk) als Staaten anerkannte, geschah dies in

einem augenscheinlich formalen Prozess. Auch wurden Verträge zur gegenseitigen Unterstützung geschlossen und damit ein scheinbar rechtlich gesichertes Verfahren praktiziert. Dennoch handelt es sich um einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Ukraine und damit um einen Angriff auf ihre politische Unabhängigkeit.

Den Krieg seit dem 24. Februar 2022 bezeichnet Russland als »Spezialoperation«. Der Vorwurf des Völkermords dient der russischen Regierung als Begründung für die »Operation«, da die russische Bevölkerung in der Ukraine geschützt werden müsse. Zur Aufklärung dieses Vorwurfs beizutragen, ist Russland nicht bereit. Die Ukraine hat Russland vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt, um die Anwendbarkeit der Völkermordkonvention zu prüfen. Die hierzu geladene russische Delegation erschien erst gar nicht. Russland lehnt die Zuständigkeit des Gerichtshofs ab. Offenbar strebt es danach, eine Entscheidung allein mit militärischen Mitteln herbeiführen.

Völkerrecht im Kontext von Kriegsverbrechen

Mit dem Rückzug russischer Truppen aus dem Gebiet um Kyjiw wurden nicht nur die erwarteten Spuren der Invasion sichtbar, sondern auch ein unerwartetes Ausmaß an Verbrechen gegen Zivilisten und zivile Objekte. Zwar hatten bereits die Medien Bilder von Angriffen auf Krankenhäuser oder Supermärkte gezeigt. Doch offenbarten die Massengräber, wie sie in Butscha und anderen Orten gefunden wurden, eine neue Dimension von massiven Völkerrechtsverstößen. Schon die bisherigen Angriffe auf zivile Objekte und die Inkaufnahme ziviler Opfer haben nahegelegt, dass von russischer Seite nicht zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten unterschieden wurde. Dieser Unterscheidungsgrundsatz ist seit der Haager Landkriegsordnung von 1899/1907 ein schriftlich festgelegtes Prinzip des Kriegsvölkerrechts und nun des humanitären Völkerrechts. Darauf stützen sich die 1949 geschlossenen vier Genfer Abkommen zum Schutz der Verwundeten und Kranken im Felde (I. Abkommen), der Schiffbrüchigen zur See (II. Abkommen), zur Behandlung von Kriegsgefangenen (III. Abkommen) und zum Schutz von Zi-



Das Gebäude des Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, 2019.

vilpersonen (IV. Abkommen). Diesen Abkommen sind fast alle Staaten beigetreten. Die in ihnen niedergelegten Regeln werden auch über den Vertragsbeitritt hinaus als Völkerrechtsgewohnheitsrecht betrachtet. Insofern gelten sie universell.

Allerdings begründet eine Verletzung der Genfer Abkommen noch keinen Verbrechenstatbestand. Die Staaten haben sich erst im Jahr 1998 dazu durchgerungen, das Völkerstrafrecht in einem Vertrag festzuhalten und damit den permanenten Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ins Leben zu rufen. Kriegsverbrechen sind demzufolge definiert als »schwere Verletzungen der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 [...] und andere schwere Verstöße gegen die innerhalb des feststehenden Rahmens des Völkerrechts im internationalen bewaffneten Konflikt anwendbaren Gesetze und Gebräuche«. Dies gilt ebenso für bewaffnete Konflikte ohne internationalen Charakter wie Bürgerkriege. Davor unterlag die Strafverfolgung von Verletzungen der Genfer Abkommen allein der jeweiligen nationalen Zuständigkeit. Allerdings kann der Internationale Strafgerichtshof seine Gerichtsbarkeit nur über die Staaten ausüben, die *erstens* dem Vertrag beigetreten sind oder *zweitens* die Gerichtsbarkeit ohne Vertragsbeitritt anerkannt haben oder *drittens* auf die der

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen per Resolution die Gerichtsbarkeit erweitert hat. Die Ukraine hat die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs anerkannt, während Russland bisher sowohl den Vertragsbeitritt als auch die Anerkennung seiner Rechtsprechung verweigert.

Das Völkerstrafrecht kennt vier Kernverbrechen: Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und das Verbrechen der Aggression. Sie umfassen verschiedene Taten wie vorsätzliche Tötung, Vergewaltigung oder Vertreibung. Die Klassifikation der vier Kernverbrechen unterscheidet aber nach dem Kontext der einzelnen Taten, wobei sich Überschneidungen ergeben. Über diesen Deutungsrahmen wird gestritten, indem sich Russland und die Ukraine gegenseitig Völkermord vorwerfen oder medial über Kriegsverbrechen diskutiert wird. Die Deutung des Krieges in der Ukraine hängt insofern auch von der juristischen Tatsachenfeststellung darüber ab, welche Verbrechen von wem begangen wurden.

Kriegsverbrechen sind, über die Verletzung der Genfer Konventionen von 1949 hinaus, »als Teil eines Plans oder einer Politik oder als Teil der Begehung solcher Verbrechen in großem Umfang« zu verstehen. Die Tatbestände des Völkerstrafrechts verlangen mit diesen Formulierungen, dass die einzelnen Verbrechen in einen größeren Kontext eingeordnet werden, um ihr Ausmaß erfassen zu können. Der Krieg in der Ukraine fällt in die politische Verantwortung des russischen Präsidenten, dessen Absicht es ist, die politische Unabhängigkeit der Ukraine zu beseitigen. Dies begründet den Verdacht, dass die berichteten vorsätzlichen Tötungen, die Angriffe auf zivile Objekte oder die Vertreibungen in diesem Kontext als Kriegsverbrechen zu bewerten sind.

Völkerrecht im Kontext von Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Auch wenn der Begriff des Kriegsverbrechens politisch und medial schnell vorgebracht wurde, ist aus juristischer Sicht abzuwarten, wie umfänglich die Verbrechen tatsächlich (gewesen)

sind. Das ist deshalb relevant, weil die Verbrechen gegen die Menschlichkeit die vorsätzliche Tötung oder die Vertreibung von Menschen umfassen, die »im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs begangen« werden. Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen schließen sich nicht gegenseitig aus. Allerdings ist zu klären, in welchem Kontext die einzelnen Verbrechen in Butscha und andernorts begangen wurden. Es stellt sich also die Frage, ob sie, *erstens*, im Zuge des Kriegsplans erfolgten, um die politische Unabhängigkeit der Ukraine zu unterminieren, wobei Angriffe auf Zivilisten in Kauf genommen oder als Teil der Strategie zum Sieg gesehen werden. In diesem Fall handelt es sich um Kriegsverbrechen. Zu prüfen ist aber *zweitens*, ob bereits bei den Kriegshandlungen die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung im Vordergrund stand: Wenn also das Kriegsziel darin bestand (und besteht), die ukrainische Bevölkerung zu vertreiben, um dafür russische anzusiedeln, könnte es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handeln.



picture alliance/EPA/Oleg Petrasjuk

Ein russischer Soldat wird zur Anhörung vor den Gerichtshof geführt, Bezirksgericht Solomyansky, Kyjiw, 18. Mai 2022. Ihm wird das Kriegsverbrechen zur Last gelegt, einen unbewaffneten, 62-jährigen ukrainischen Zivilisten getötet zu haben.

Beide Deutungen sind möglich. Sie haben einen Einfluss darauf, wie der Krieg Russlands gegen die Ukraine gedacht und erzählt wird. Eine sorgsame juristische Aufarbeitung ist deshalb notwendig, der wiederum eine verlässliche Tatsachenfeststellung vorangehen muss. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Gerichtsverfahren lediglich die Ereignisse legitimieren sollen. Diese Form der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine hat bereits begonnen. Ein russischer Soldat wurde am 23. Mai 2022 von einem ukrainischen Gericht für seine Kriegsverbrechen verurteilt; weitere Fälle sind in Vorbereitung oder Verhandlung. Auch Russland bereitet gegen gefangen genommene ukrainische Soldaten Verfahren vor. Es besteht die Gefahr einer dauerhaften Politisierung solcher Gerichtsverfahren. Der von beiden Kriegsparteien erhobene Vorwurf des Völkermords unterstreicht diese Gefahr.

Völkerrecht im Kontext des Völkermords

Nach völkerrechtlicher Definition bezieht sich Völkermord auf jede »Handlung, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören«. Juristisch würde dies das Vorgehen Russlands in den Kontext der *Vernichtung der Ukrainer* über den Tatbestand der *Verletzung der politischen Unabhängigkeit der Ukraine* setzen. Völkermord ist – so der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda – das »Verbrechen aller Verbrechen«. Es richtet sich generell gegen das Leben und leugnet das Existenzrecht nicht nur eines Menschen, sondern einer ganzen Gruppe.

Solche Vorfestlegungen erschweren die unabhängige Tatsachenfeststellung. Der Vorwurf des Völkermords dient im politischen Betrieb vor allem dazu, den Krieg in der Ukraine aus Sicht Russlands zu legitimieren und ihn aus Sicht der Ukraine, der EU oder der NATO zu delegitimieren. Der Vorwurf des Völkermords stellt auf eine moralische Verwerflichkeit ab; dies verknüpft sich mit der Vorstellung des Bösen schlechthin. Wenn Völkermord als Vorwurf politisch genutzt wird, rückt das die moralische Verwerflichkeit in den Vordergrund und es verdeckt die politischen

Interessen dahinter. In Anlehnung an die Präambel des Statuts für den permanenten Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag sind auch Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit »unvorstellbare Gräuelt«, die »das Gewissen der Menschheit zutiefst erschüttern«. Die Politisierung des Völkerstrafrechts führt somit zu einer Wertung zwischen den Verbrechen, die der juristischen Aufarbeitung vorgreift und damit auch die Möglichkeiten politischer Befriedung beschränkt. Der Kontext von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord verändert daher die Art und Weise, wie die Ereignisse im Krieg in der Ukraine erzählt werden, aber auch, wie sie zu bewältigen sind.

Angriffskrieg – das Verbrechen der Aggression

Unabhängig von den anderen Verbrechen des Völkerstrafrechts ist der russische Angriff auf die Ukraine in jedem Fall ein Verstoß gegen das Gewaltverbot aus Art. 2 (4) der Charta der Vereinten Nationen. Damit ist der Tatbestand des Verbrechens der Aggression aus dem Völkerstrafrecht erfüllt: »die Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Ausführung einer Angriffshandlung, die ihrer Art, ihrer Schwere und ihrem Umfang nach eine offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen« ist. Die Verantwortung hierfür trägt laut Völkerstrafrecht »eine Person, die tatsächlich in der Lage ist, das politische oder militärische Handeln eines Staates zu kontrollieren oder zu lenken«. Da Putin zweifelsfrei einen Angriff auf die Ukraine befohlen hat, verstößt sein Handeln offenkundig gegen das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen. Und er erfüllt den Tatbestand des Verbrechens der Aggression nach dem Völkerstrafrecht.

Während die anderen Verbrechen des Völkerstrafrechts mit der Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs durch die Ukraine auf deren Gebiet verfolgt werden können, ist dies beim Verbrechen der Aggression nicht möglich. Die Gerichtsbarkeit in Den Haag ist in dieser Hinsicht auf Staaten beschränkt, die dem völkerrechtlichen Vertrag beigetreten sind. Dies ist weder

für die Ukraine noch für Russland der Fall. Damit ist zwar der Kern der internationalen Rechts- und Friedensordnung im System der Vereinten Nationen verletzt, doch kann trotz juristischer Mechanismen derzeit kein Weg zur juristischen Aufarbeitung beschritten werden. Verschiedene Vertreter aus Wissenschaft und Politik haben daher bereits einen Sondergerichtshof für die Bestrafung des Verbrechens der Aggression in der Ukraine gefordert.

Die politische Deutung des Kriegs in der Ukraine bezieht sich nicht nur auf die dortigen Ereignisse, sondern sie hat Folgen für die künftige Sicherheitspolitik Deutschlands, der EU und der NATO, wie bereits jetzt an der Stärkung der NATO-Ostflanke zu sehen ist. Langfristig hängt die internationale Friedens- und Rechtsordnung von der juristischen Aufarbeitung ab: Verfallen die Mechanismen der bisherigen Friedenordnung und damit die Vereinten Nationen? Oder werden sie für die Zukunft gestärkt und robuster gestaltet? Für die künftige Rolle Deutschlands und der Bundeswehr wird dies Folgen haben.

Henning de Vries



Patriarch Kyrill I. von Moskau beim Gottesdienst am 8. Mai 2022 in der Kathedrale der russischen Streitkräfte. Dass dieses Gotteshaus im Großraum Moskau erst 2020 errichtet wurde, bezeugt die enge Anlehnung der russischen Regierung an die Orthodoxe Kirche. Insbesondere Kyrill I. trat mehrfach als Unterstützer von Präsident Wladimir Putin hervor. Seit 2009 bekleidet Kyrill den Titel »Patriarch von Moskau und der ganzen Rus«. Das Zuständigkeitsgebiet des Patriarchen erstreckt sich über das gesamte Gebiet der Russländischen Föderation, es umfasst aber auch Kirchenprovinzen in anderen Nachbarstaaten der Sowjetunion, etwa in der Republik Moldau und in Belarus.

Am 27. Mai 2022 erklärte die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche ihre völlige Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat. Auch die Feier des Weihnachtsfestes durch zahlreiche Ukrainer bereits am 24./25. Dezember 2022 statt am orthodoxen Termin, dem 6./7. Januar 2023, unterstreicht die Entfremdung, die der Angriffskrieg unter den russischen und ukrainischen Gläubigen hervorgerufen hat.

■ Religion und Kirche in Ostmitteleuropa

Ausschlaggebend für die Ausbreitung des Christentums in Ostmitteleuropa zwischen dem 8. und dem 10. Jahrhundert war die Mission, die vor allem von zwei den kirchlichen Zentren Rom, der Westkirche, und Konstantinopel, der Ostkirche, ausging. Die Konkurrenz der beiden Kirchen in diesem Raum war groß. In jenen Gebieten, in denen die Kirche von Konstantinopel erfolgreich war, setzte sich die byzantinische Form des Christentums durch, die heute als Orthodoxie bekannt ist. In den von Rom aus missionierten Gebieten festigte sich dagegen die lateinische oder vielmehr die römisch-katholische Tradition. Entscheidend für die Etablierung des christlichen Glaubens in seiner byzantinischen Form waren zwei aus Thessaloniki stammende Brüder: Kyrillos (ca. 826–869) und Methodios (ca. 815–885). Bis heute werden sie als »Apostel der Slawen« verehrt. Ihre Mission begannen sie im Auftrag des Kaisers von Konstantinopel und mit der Zustimmung des Papstes Hadrian II. (867–872). Der Erfolg ihrer Slawenmission war auch darin begründet, dass sie und ihre Schüler sich der slawischen Volkssprache bedienten. Ihnen ist die Entwicklung der glagolitischen und kyrillischen Schrift zu verdanken, die in vielen Ländern wie etwa der Ukraine, Belarus, Serbien, Bulgarien und Russland bis heute verwendet wird. Besonders fördernd erwiesen sich die Übersetzungen der Bibel und der gottesdienstlichen Bücher in die slawischen Sprachen. Dies kann für die gesamte politische, kulturelle und religiöse Entwicklung sowie für das gegenwärtige Erscheinungsbild des ostmitteleuropäischen Raumes kaum überschätzt werden.

Die Integration Ostmitteleuropas in den christlichen Kulturraum verlief jedoch nicht reibungslos. Der Konflikt zwischen den beiden Brüdern und ihren Schülern einerseits und Vertretern der lateinischen Kirche andererseits begann als eine Auseinandersetzung um die Verwendung der Volkssprachen. Beim sogenannten Drei-Sprachen-Streit ging es darum, ob man außer den drei kirchlich legitimierten Sprachen Latein, Griechisch und Hebräisch noch weitere verwenden dürfe. Die Übersetzung der Heiligen Schrift in eine neue Sprache hielt die lateinische Kirche für höchst problematisch. Hinzu kamen rechtliche Spannungen.

Die lateinischen Bischöfe des Fränkischen Reiches fühlten sich wegen der missionarischen Tätigkeit von Kyrillos und Methodios in ihrer Rechts- und Verwaltungshoheit – als kirchliche Jurisdiktion bezeichnet – bedroht und versuchten diese zu verdrängen. Trotz ihrer anfänglichen Akzeptanz blieb daher ein Teil des ostmitteleuropäischen Raumes in der westlich-lateinischen Tradition. In jenen Regionen, deren Herrscher sich von Konstantinopel politische Unterstützung versprachen oder durch die Einführung des Christentums ein Teil der »zivilisierten« Welt werden wollten, fand die byzantinische/orthodoxe Form des Christentums viel breitere Rezeption.

Entscheidend für die Identität des Christentums bei den Ostslawen war dessen Übernahme um 988 aus Konstantinopel und dessen Einführung als Staatsreligion in der Kiewer Rus durch Fürst Wladimir den Großen (980–1015). Die Kiewer Rus umfasste zum größten Teil die heutigen Territorien der Ukraine und von Belarus sowie weite Teile Russlands; um das Erbe der Rus wird bis heute gestritten. Fürst Jaroslaw der Weise von Kiew etablierte im 11. Jahrhundert das Christentum als Volksreligion. Er ließ in Kiew die Sophienkathedrale nach dem Vorbild der Hagia Sophia Konstantinopels bauen. Die rechtliche Unterordnung unter den Patriarchen von Konstantinopel zeigte sich auch dadurch, dass der Patriarch die Metropoliten von Kiew bestellte. Obwohl diese meist griechischer Herkunft waren, verhielten sich die Kiewer Würdenträger zum christlichen Westen durchaus offen.

Die mongolische Invasion zerstörte Kiew im Jahr 1240 und bereitete dem Aufstieg der Rus ein Ende. Der Sitz des Metropoliten wurde zunächst nach Wladimir an der Kljasma (1299/1300) – östlich von Moskau gelegen – und später nach Moskau selbst (1326) verlegt. Während sich im Norden das Moskauer Reich herausbildete, fiel der westliche Teil der ehemaligen Kiewer Rus an Polen-Litauen. Ab dem 15. Jahrhundert existierten zwei Kirchenoberhäupter mit dem Titel »Metropolit von Kiew«: Einer residierte in Kiew, der andere in Moskau.

Die Unierte Griechisch-Katholische Kirche

In der Kiewer Metropole unter der Herrschaft Polen-Litauens lebten Orthodoxe in einer Umgebung, in der die Christen mit lateinischer Tradition die Mehrheit bildeten. Der Gedanke einer Kirchenunion zwischen der Kiewer orthodoxen Metropole und Rom nahm in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts konkrete Formen an. Die Bereitschaft der Kiewer Kirchenleitung, die Gespräche mit Rom aufzunehmen, lagen in der Bevormundung der Angehörigen des orthodoxen Glaubens durch die lateinische Kirche in Polen-Litauen begründet. Zudem befand sich die Metropole in einer inneren Krise. Weder war sie selbst zu notwendigen Reformen imstande, noch konnte sie von der seit 1453 unter osmanische Herrschaft geratenen Mutterkirche in Konstantinopel tätige Unterstützung erwarten. Auch hatte sich die Kiewer Metropole angesichts der protestantischen Reformation und der katholischen Gegenreformation zahlreichen Herausforderungen zu stellen. In der Überwindung der Kirchenspaltung mit Rom erblickten die orthodoxen Bischöfe nicht nur die Möglichkeit einer zwischenkirchlichen Aussöhnung, sondern sie sollte ebenso die Rechte und den sozialen Status ihrer Gläubigen unter der polnisch-litauischen Herrschaft bewahren helfen. Da zahlreiche Adelsfamilien zum lateinischen Ritus übertraten, war das umso wichtiger. Daher gingen die orthodoxen Bischöfe im Dezember 1595 mit der römischen Kirche unter Papst Klemens VIII. eine Union ein. Schon nach Rückkehr der Delegierten in die Heimat war die Opposition dagegen groß. Vor allem die orthodoxen Adelige empfanden die Handlungen der unionswilligen Bischöfe als Verrat. Diese Kontroversen führten zur Spaltung der Kiewer Metropole in eine mit Rom unierte und in eine orthodoxe. Diese Spaltung wurde 1620 endgültig besiegelt; im Jahr 1632 wurde sie vom polnisch-litauischen Staat schließlich auch rechtlich bestätigt.

Nach den Teilungen Polens im späten 18. Jahrhundert wurden die Diözesen, die im Gebiet des Zarenreiches lagen, durch die Überführung ihrer Gläubigen in die russische Orthodoxie allmählich aufgelöst. Dagegen erfuhren jene Teile der unierten Kirche in Galizien (der heutigen Westukraine), das nun zur Donaumonarchie gehörte, eine bislang unbekannte Förderung

durch den Staat, in deren Folge die Unierten denselben Status wie die ›Lateiner‹ erhielten. Als Konfessionsbezeichnung führte Kaiserin Maria Theresia den Ausdruck »griechisch-katholisch« ein, der bis heute gebräuchlich ist. Im Jahr 1807 wurde Lemberg (ukr.: Lwiw) für die folgenden zwei Jahrhunderte zum Zentrum der Griechisch-Katholischen Kirche.

Das 20. Jahrhundert mit seinen tiefgreifenden politischen Veränderungen brachte für diese Kirche neue Herausforderungen. Nach der zweiten Eingliederung Galiziens in die Sowjetunion Ende August 1944 wurden alle Bischöfe festgenommen und zu mehreren Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt. Die Hauptvorwürfe gegen sie lauteten: Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland, antisowjetische Propaganda und Spionage zugunsten des Vatikans. Die Griechisch-Katholische Kirche wurde im März 1946 auf der sogenannten Synode von Lwiw offiziell aufgelöst und mit der Russisch-Orthodoxen Kirche vereinigt. Diese staatlichen Maßnahmen führten zur Bildung einer illegalen Untergrundkirche.

Angesichts der Wende in Mittel- und Osteuropa riefen die Mitglieder der Griechisch-Katholischen Kirche im Mai 1989 einen Hungerstreik in Moskau aus. Die Streikenden verlangten die sofortige Legalisierung ihrer Kirche in der Sowjetunion. Ende November 1989, wenige Tage vor dem Besuch des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im Vatikan, wurde ihren Forderungen stattgegeben. Sie bekamen das Recht, die Gemeinden in der sowjetischen Westukraine offiziell zu registrieren und ihre Strukturen aufzubauen. 2005 verlegte man den Hauptsitz von Lwiw nach Kiew.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche

Ganz anderes verlief die Geschichte der anderen Kiewer Metropole, jener im Norden. Nachdem die Metropoliten Kiew verlassen hatten, etablierte sich das Großfürstentum Moskau im 14. Jahrhundert als neues Zentrum der Orthodoxie. Ohne das Einverständnis Konstantinopels erklärte 1448 das Moskauer Patriarchat seine Autokephalie, also seine Unabhängigkeit. Nach der osmanischen Eroberung Konstantinopels 1453 beanspruchte

Moskau mit der Selbstzuschreibung als »drittes Rom« die führende Rolle in der Orthodoxie. Erst 1589 verlieh der Patriarch von Konstantinopel der russischen Metropole den Status eines Patriarchats, dessen Oberhaupt an der Spitze der Bischofssynode steht. Einen wesentlichen territorialen Zuwachs erfuhr die Russisch-Orthodoxe Kirche, nachdem 1686 die orthodoxe Kiewer Metropole, die bislang im polnisch-litauischen Staat gelegen hatte, in die Russisch-Orthodoxe Kirche inkorporiert wurde. Dieser Akt und dessen historische Bewertung sind nach wie vor umstritten – und gerade heute höchst relevant. Das Moskauer Patriarchat erweiterte nicht nur sein Territorium, sondern auch seinen Einfluss auf die kirchlichen Angelegenheiten in den ukrainischen Territorien, den es bis heute beansprucht.

Unter Zar Peter I. dem Großen blieb das Patriarchenamt in der Russisch-Orthodoxen Kirche ab 1700 unbesetzt, es war also faktisch abgeschafft. Es wurde durch den Heiligen Synod ersetzt, sodass der Monarch fortan die Kirche kontrollierte. Erst 1917 durfte sie wieder einen Patriarchen wählen. Doch nach der Machtübernahme der Bolschewiki begann für die orthodoxe Kirche wie auch für viele andere religiöse Gemeinschaften eine Zeit der Unterdrückung, Verfolgung und brutalen Vernichtung. In deren Folge wurden hunderttausende Menschen wegen ihrer religiösen Überzeugung verhaftet, deportiert und ermordet. Die Strukturen des Moskauer Patriarchats zerstörten die bolschewistischen Machthaber fast völlig. Erst im Zweiten Weltkrieg kam es wieder zu einer Annäherung zwischen Staat und Kirche; allerdings um den Preis ihrer staatlichen Kontrolle und Instrumentalisierung für politische Zwecke. Ein richtiger Wiederaufbau des kirchlichen Lebens in Russland konnte in Mittel- und Osteuropa erst nach der Wende erfolgen, nur hatte die orthodoxe Kirche in den ehemaligen sowjetischen Republiken schmerzliche Rückschläge hinzunehmen. Nach der Erklärung der ukrainischen Unabhängigkeit verließen mehrere hundert russisch-orthodoxe Gemeinden ihre bisherige Jurisdiktion, um griechisch-katholisch zu werden. Ein anderer Teil der Russisch-Orthodoxen Kirche wollte nicht mehr in Abhängigkeit vom russisch-orthodoxen Zentrum in Moskau sein und gründete eine von Moskau unabhängige orthodoxe Kirche, die allerdings von den anderen orthodoxen Kirchen lange Zeit nicht anerkannt wurde.

Gegenwärtige konfessionelle Vielfalt

Die missionarischen Bemühungen Roms und Konstantinopels lassen sich auch heute an der konfessionellen Struktur der Nationalstaaten deutlich erkennen. Jene Länder, die wie Polen, die Slowakei, Ungarn und Tschechien das Christentum von Rom übernommen hatten, fühlen sich dem westchristlichen Kulturkreis zugehörig. In jenen Gebieten aber, welche die christliche Religion in byzantinischer Form aus Konstantinopel eingeführt hatten, sind mehrheitlich vom orthodoxen Glauben geprägt. In Russland wie in Belarus zählt die orthodoxe Kirche zur einflussreichsten und staatlich privilegierten religiösen Gruppe. Die große Mehrheit der Bevölkerung (70 bis 80 Prozent) beider Länder betrachtet die Orthodoxie als wesentlichen Identitätsfaktor. Dies gilt im religiösen und kulturellen Leben wie auch im politischen Sinne.

Deutlich komplexer und komplizierter präsentiert sich die kirchliche Landschaft in der Ukraine. Diese wird oft als Land zwischen Ost und West bezeichnet. Die Vielfalt ihrer Kirchen ist daher ein Spiegelbild ihrer pluralen Gesellschaft. Hier bezeichnen sich etwa 60 Prozent der Bevölkerung als orthodox. Anders als in Russland und Belarus ist die Orthodoxie im ukrainischen Staat aber kein monolithisches Gebilde. Bis Dezember 2018 war sie in drei und seit Anfang 2019 ist sie in zwei Gruppen gespalten: Die *Ukrainische Orthodoxe Kirche* ist mit etwa 12 000 Gemeinden die größte Gruppe. Sie war mit dem Moskauer Patriarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche unter Kyrill in Moskau kanonisch verbunden, hatte aber einen autonomen Status und konnte sich weitgehend selbstständig verwalten. Am 27. Mai 2022 erklärte sie ihre volle Unabhängigkeit von Moskau. Die *Orthodoxe Kirche der Ukraine* zählt 7000 Gemeinden. Sie entstand aus der Fusion der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats und der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche. Beide wurden lange Zeit nicht anerkannt und galten bis 2019 in der Weltorthodoxie als nicht kanonisch; sie hatten also keine kirchliche Gemeinschaft mit den anderen Orthodoxen Kirchen. Im Januar 2019 wurde der Orthodoxen Kirche der Ukraine vom Patriarchen Bartholomäus von Konstantinopel, der als Ehrenoberhaupt der Orthodoxie gilt, die Autokephalie verliehen.

Neben den Orthodoxen bilden die Katholiken die zweitgrößte religiöse Gruppe im Land. Sie wird durch drei Kirchen repräsentiert. Die *Römisch-Katholische Kirche* bildet mit 900 Gemeinden (0,8 Prozent der Gläubigen) eine Minderheit. Die *Griechisch-Katholische Kirche* ist mit etwa 4000 Gemeinden (8,8 Prozent der Gläubigen) eine besondere Gruppe. Sie ging aus der Kirchenunion von Brest (1595) und der Union von Uschhorod (1646) in Transkarpatien hervor. Sie zählt zu den katholischen Ostkirchen des byzantinischen Ritus. Für sie ist eine doppelte kirchliche Identität charakteristisch: Einerseits erkennen sie den Papst in Rom als Oberhaupt an und teilen mit der Römisch-Katholischen Kirche denselben Glauben. Andererseits aber stehen sie in der byzantinischen Tradition und folgen damit dem Erbe der ostkirchlichen Überlieferung. Neben Orthodoxen und Katholiken existieren in der Ukraine auch zahlreiche evangelische Kirchen. Die Gemeinden sind aber relativ klein; der Anteil ihrer Gläubigen liegt bei etwa 1,5 Prozent.

Im Spannungsfeld von Nation und Staat

Den Kirchen in Ostmitteleuropa im Allgemeinen und ganz besonders den orthodoxen Kirchen wird oft eine Nähe zum Staat und zur Nation nachgesagt. Diese Nähe ist schon an den Bezeichnungen der einzelnen orthodoxen Kirchen zu erkennen. Sie enthalten einen klaren Bezug zu einer bestimmten Nation, so die Russische Orthodoxe Kirche, die Bulgarische Orthodoxe Kirche oder die Ukrainische Orthodoxe Kirche. Die enge Beziehung zwischen Kirche, Staat und Nation lässt sich vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen besser verstehen. Vom oströmischen Kaiser Justinian I. (527–565) stammt die Beschreibung des idealen Verhältnisses zwischen geistlicher Macht und staatlicher Herrschaft, die sogenannte Symphonie (Zusammenklang). Nach 1453 übernahmen die Moskauer Herrscher dieses Modell; sie verstanden sich nach dem Vorbild der byzantinischen Kaiser als Beschützer der Orthodoxie. Auch bei der Herausbildung der modernen Nationalstaaten kam den Kirchen eine wichtige Rolle zu: Sie unterstützten die Prozesse der politischen Verselbstständigung – etwa während des 19. Jahrhunderts

im Osmanischen Reich – und definierten sich durch ihre enge Bindung an die jeweilige Nation.

In den Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine tritt die religiöse Komponente als unverzichtbarer Bestandteil der nationalen Identität hervor. Das komplexe Verhältnis der orthodoxen Kirchen zum Staat und zur Nation sind wesentliche Ursachen für die gegenwärtige Krise in der Orthodoxie. In deren Mittelpunkt steht die kirchliche Frage in der Ukraine. Als das Patriarchat von Konstantinopel 2019 beschloss, eine neue orthodoxe Kirche in der Ukraine anzuerkennen, führte dies zu einem heftigen Streit zwischen Konstantinopel und Moskau und sodann zum Bruch der Gemeinschaft beider Kirchen. Die scharfe Reaktion aus Moskau erklärt sich dadurch, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche die Ukraine für ihr kanonisches Territorium hält. Die Entscheidung des Patriarchen von Konstantinopel wertet sie als grobe Einmischung in ihre Angelegenheiten. Dieser dagegen beruft sich in seiner Entscheidung auf sein altes Recht, neue orthodoxe Kirchen anzuerkennen.

Bei der Gründung der Orthodoxen Kirche der Ukraine ging es aber nicht nur um kirchenrechtliche Fragen oder um kirchliche territoriale Ansprüche, sondern ebenso um politischen Einfluss. Auch der russische Staat hält die Ukraine für seine Einflusszone, während die ukrainische Politik in der Bildung der neuen orthodoxen Kirche einen weiteren Schritt zur politischen Unabhängigkeit sieht. Das Bemühen Russlands um die Erhaltung seiner Einflusszone im postsowjetischen Raum bedarf der Mitwirkung der Russisch-Orthodoxen Kirche als Lieferantin der ideologischen Legitimation für die russische Außenpolitik und das militärische Vorgehen. Die Vorstellung von der Existenz eines eigenständigen zivilisatorischen orthodoxen Raumes grundiert die Moskauer Vorstellungen einer »Orthodoxen Zivilisation« oder »Russischen Welt«. Mit seiner bis vor kurzem gut entwickelten kirchlichen Infrastruktur und seinem weitverbreiteten Netz von Kirchengemeinden war das Moskauer Patriarchat in der Ukraine ein nicht zu unterschätzendes Mittel des russischen Staates, um Einfluss auf das »nahe Ausland« auszuüben.

Obwohl sich auch in der Ukraine die religiöse Thematik als »Abwehrmittel« gegen diese Ansprüche mit politischen Zielen verknüpft, verhindert die historisch bedingte religiöse Plurali-

tät eine Allianz zwischen Kirche und Staat, wie sie in Russland existiert. Trotz aller bestehenden Unterschiede und Spannungen zwischen den ukrainischen Kirchen verurteilten sie 2014 einstimmig die Annexion der Krim und den von Russland massiv unterstützten Krieg in der Ostukraine genauso wie den Angriffskrieg vom Februar 2022: Im Rahmen des Allukrainischen Rates der Kirchen und religiösen Organisationen veröffentlichten sie gemeinsame Stellungnahmen. Dieser Rat repräsentiert über 95 Prozent der religiösen Bekenntnisse des Landes: Orthodoxe, Griechisch-Katholische, Römisch-Katholische und Protestantische Kirchen sowie Juden und Muslime.

Folgen für die Ökumene

Die Verschränkung von Politik und Religion stellt eine große Belastung für die Ökumene dar. Wegen der Spaltungen innerhalb der Orthodoxie und der Aufkündigung der Gemeinschaft mit Konstantinopel zog sich das Moskauer Patriarchat aus allen internationalen ökumenischen Gremien zurück, in denen Vertreter des Patriarchats von Konstantinopel den Vorsitz führen. Die Russisch-Orthodoxe Kirche unterbrach aus demselben Grund ihre Mitarbeit in der gemischten römisch-katholisch-orthodoxen Kommission für den theologischen Dialog. Indessen bemüht sich die katholische Kirche weiterhin, mit den beiden orthodoxen Konfliktparteien Beziehungen zu unterhalten, auch wenn das bedeutet, dass sich ihre Vertreter mit dem Patriarchat von Konstantinopel und dem von Moskau separat treffen müssen. Wegen der Positionierungen des Moskauer Patriarchats im Krieg gegen die Ukraine werden in der Ökumene die Stimmen immer lauter, die Russisch-Orthodoxe Kirche aus internationalen ökumenischen Organisationen wie etwa dem Weltkirchenrat auszuschließen. Wie und wann die Ökumene aus dieser schwierigen Situation wieder herausfinden kann, bleibt ungewiss.

Andriy Mykhaleyko



In der traditionellen Geschichtsschreibung wird Frauen keine eigenständige Rolle in der Politik oder gar im Militär zugeschrieben. Dies kontrastiert jedoch mit der historisch greifbaren Wirklichkeit. Obwohl Frauen und Männer in aller Regel in jeweils eigenen Gesellschaftssphären lebten, existierten mitunter große Spielräume für Frauen. Beispielsweise wurde im 18. Jahrhundert das Zarenreich überwiegend von Frauen regiert. Obwohl Frauen üblicherweise lediglich die Vormundschaftsregierung ihre unmündigen Söhne übernahmen, war sogar die Expansion des Russländischen Reichs in die Ukraine an die weibliche Herrschaft geknüpft: Katharina II. die Große (im Bild) entsandte hierzu ihre Favoriten als Feldherrn nach Süden. Schon zuvor hatte sie den Weg zur Macht, gestützt auf die Gardetruppen, in Uniform angetreten.

■ Die weibliche Seite der Geschichte. Frauen zwischen Macht und Krieg

In nur wenigen Situationen zeigen sich Geschlechterrollen so deutlich wie im Krieg. Während Männer klassischerweise als Kombattanten auftreten, zu Ruhm gelangen oder fallen, sind Frauen der Gefahr ausgesetzt, Opfer sexualisierter Gewalt, misshandelt und getötet zu werden, ohne sich mit einer Waffe in der Hand wehren zu können. Allerdings treten Frauen im Krieg nicht nur als Opfer, sondern auch als Soldatinnen, Kriegsberichtserstatterinnen und in der Organisation der Heimatfront hervor. Noch am Tag des völkerrechtswidrigen Überfalls auf die Ukraine durch die Russländische Föderation, am 24. Februar 2022, verpflichtete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nahezu alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren, zur Verteidigung im Land zu bleiben. Zahlreiche ukrainische Politikerinnen, aber auch das Topmodel Anastasia Lenna zeigten sich im Military Look und mit Waffen; andere rasch kursierende Bilder stellten Frauen bei der Herstellung von Molotow-Cocktails dar. Vor allem aber rücken Frauen in das Bildrepertoire der Weltöffentlichkeit, wenn die fliehende ukrainische Bevölkerung gezeigt wird. Hier stellen sie mit fast 90 Prozent die Mehrheit der Erwachsenen. Es greift also zu kurz, den Krieg nur als männliche Domäne zu denken. Er betrifft die Gesamtgesellschaft und so auch die weibliche Seite.

Frühe Neuzeit: Zarinnen und ihre Favoriten

Bis ins 20. Jahrhundert galt die Einteilung der Menschheit nach Geschlecht und nach Geburtsstand als naturgegeben. Die Ungleichheit der Geschlechter in der Herrschaftsfolge vormoderner Gesellschaften korrespondierte mit der Ungleichheit von Geburtsstand, Besitz und Familie. Sie folgte aber auch einer Logik der Herrschaftsstabilisierung. Das Thronerbe des ältesten Sohns war die in zahlreichen Monarchien übliche Nachfolgeregelung, um das Land vor inneren Unruhen und Erbfolgekriegen zu bewahren. Es war jedoch nicht die einzige Möglichkeit: Bis

in das frühe 19. Jahrhundert galt im Russländischen Reich das seit der Kiewer Rus eingeführte Seniorat. Nicht unbedingt der älteste Sohn des Herrschers erbte die Macht, sondern der älteste männliche Familienangehörige. Das provozierte Erbfolgestreitigkeiten und gewaltsame Umstürze nach dem Aussterben der männlichen Hauptlinie. So lassen sich auch die Wirren nach dem Tod Iwans IV. (des »Schrecklichen«) oder die komplexe Nachfolge nach dem Tod Peters I. des Großen erklären: Ihm folgten vier Zarrinnen. Auch anderswo existierten namhafte Fälle der weiblichen Thronfolge. Im Oktober 1740 erbte die junge Maria Theresia (1717/1740–1780) die Habsburgermonarchie als unteilbares Ganzes; ihr Mann Franz Stephan von Lothringen wurde lediglich Mitregent.

Die asymmetrischen Geschlechterverhältnisse zwischen Männern und Frauen genauso wie ihre Einflussmöglichkeiten waren von politischen Konstellationen, von sozialen Netzwerken und persönlicher Gunst bestimmt. Frauen regierten überwiegend als Regentinnen im Namen ihrer noch unmündigen Söhne. Ausnahmen gab es in der Habsburgermonarchie: Maria Theresia bestimmte ihren Sohn Joseph II. lediglich zum Mitregenten. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang vor allem das Russländische Reich, das zu zwei Dritteln des 18. Jahrhunderts von Frauen regiert wurde: von der zweiten Frau Peters I. des Großen (1672/1682–1725), der Zarin Katharina I. (1684/1725–1727); von Peters Halbniichte, der Zarin Anna Iwanowna (1693/1730–1740); von Elisabeth Petrowna (1709/1741–1761) und schließlich von Katharina II., der Gattin seines Enkels Peter III., die wie ihre Vorgängerin Elisabeth zur Machtübernahme in Uniform ritt. Dass diese ihren Sohn Paul I. (1754–1801) bis zu ihrem Tod gekonnt von der Macht abhielt, war ein klares Abweichen von der männlichen Erbfolgeregelung. Umso entscheidender aber war die Rolle der in die Machtausübung eingebundenen Eliten. Ohne diese hätten weder die Autokraten noch die Autokratinnen auf dem Zarenthron ihre Macht gewinnen oder erhalten können.

Der Aufstieg von Peters zweiter Gemahlin Marta Skawrons-kaja ist kennzeichnend für die Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen genauso wie für die Verflechtungen von Herrschaft, Liebe, Krieg und Militär. Letzteres bestand in der frühen Neuzeit nicht nur aus Kombattanten, sondern bildete einen komplexen Perso-

nal- und Sozialkörper aus Soldaten, zivilen Fuhr- und Pferdeknecchten, Dienern, aber auch Frauen und Kindern. Auf den Feldzügen konnten dementsprechend nicht nur Kriegsgefangene, sondern auch Angehörige des Trosses in die Hände des Gegners geraten. Die 1684 im heutigen Lettland geborene Skawronskaja gelangte auf diese Weise als Angehörige des polnisch-litauischen Heerkörpers in russische Hände, erweckte dort das Interesse des Zaren, wurde dessen Mätresse und 1714 seine zweite Gattin. Als Katharina I. stieg sie schließlich selbst zur Herrscherin auf. Auf den früh verstorbenen Enkel Peters (Peter II., 1715/1727–1730) folgte dessen Halbniichte Anna. Deren Herrschaftsantritt wurde aber von einer Hinterzimmerkonspiration hochadliger Herren betrieben.

Nach der kurzen, nur formalen Herrschaft des Säuglings Iwan VI. (1740/41) gelangte Elisabeth, die noch unehelich geborene Tochter von Peter I. und Marta Skawronskaja, an die Macht. Sie stützte sich auf ihre Beliebtheit bei den von ihrem Vater geschaffenen Garderegimentern, an deren Spitze und in deren Uniform sie in die Hauptstadt einzog. Dass aufstiegsorientierte Liebesbeziehungen ebenso eine männliche Seite haben konnten, zeigte ihre Verbindung mit dem aus der Gegend des ukrainischen Tschernihiw stammenden Alexei Rasumowski (1709–1771). Nachdem der gutaussehende Sänger kosakischen Ursprungs zum Favoriten der Zarin Elisabeth und später zum Feldmarschall aufgestiegen war, wurde sein jüngerer Bruder Kirill (1728–1803) zum letzten Hetman der Saporoger Kosaken.

Die von Friedrich dem Großen – und auch von der nachfolgenden Geschichte – arg geschmähte Elisabeth starb Ende 1761. Ihr Neffe Peter III. beendete umgehend Russlands Beteiligung am Siebenjährigen Krieg, regierte aber nur kurz. Der bei der Reichselite höchst unpopuläre Herrscher, der wie seine Gattin außereheliche Affären unterhielt, wurde im Juli 1762 von der Garde gestürzt, dankte ab und kam unter ungeklärten Umständen ums Leben. Katharina II. beteiligte sich am Staatsstreich und stützte sich dabei maßgeblich auf ein Netzwerk unzufriedener Gardeoffiziere, insbesondere auf ihren Favoriten Grigori Orlov und dessen Bruder. Während ihrer Herrschaft war Katharina mit zahlreichen Männern liiert, von denen einige führende politische Rollen erlangten: Stanislaus II. August Poniatowski (1732–1798)

wurde 1764 unter Mitwirkung der nunmehrigen Zarin zum König von Polen gewählt. Trotz seiner Versuche, sein Land zu reformieren, fielen die drei Polnischen Teilungen in seine Regierungszeit, worauf er 1795 ins Petersburger Exil ging. Für Katharinas Politik noch bedeutsamer wurde ihr langjähriger Favorit Grigori Orlow (1734–1783), bis er nach erfolgreichen Feldzügen, aber durch ungeschickte Diplomatie gegenüber dem Osmanischen Reich politisch zwar entmachtet, aber materiell und mit dem Grafentitel reich entschädigt wurde.

Katharinas anderer maßgeblicher Favorit Grigori Potjomkin (1739–1791) wurde in einer heimlichen Trauungszeremonie im Juni 1774 sogar zu ihrem Ehemann. Er wirkte danach als Gouverneur der im Süden eroberten Gebiete von Neurussland. Seine Feldzüge gegen das Osmanische Reich sicherten Russland ab 1783 die Inbesitznahme der Krim. Bis zu seinem Tod beherrschte er im Namen der Zarin nahezu alle Gebiete der heutigen Ukraine. Europaweit im Gedächtnis blieb er als Organisator der legendären mehrmonatigen Inspektionsreise der Zarin in den Süden ihres Reichs. Sie erfolgte im ersten Halbjahr 1787 als diplomatisches Großereignis unter Hinzuziehung des polnischen Königs Poniatowski und des österreichischen Kaisers Joseph II. Als besondere Aufmerksamkeit präsentierte Potjomkin die Zarin mit einer Amazonenkompanie, die zu einem aus ethnischen Griechen von der Krim gebildeten Bataillon gehörte. Sowohl im Kleinen wie auch im Großen ergaben sich also Spielräume – und ihre Grenzen. Denn genauso wie ihre Vorgängerinnen konnte Katharina nicht gegen die herrschenden Gesellschaftsstrukturen regieren. Aufgrund ihrer tendenziell weiterhin anfechtbaren Legitimität mussten die Zarinnen des 18. Jahrhunderts in besonderem Maße durch Leistung überzeugen. Obwohl die Eliten in die Herrschaft einzubinden waren, beschleunigten Katharinas Reformen aber jene Institutionalisierung von Militär, Verwaltung und Politik, die diese Sphären ab dem 19. Jahrhundert zu modernen – männlich grundierten – Berufsfeldern umformten. Die Spielräume für Frauen verlagerten sich damit in die häusliche Sphäre oder in die karitative Arbeit.

Katharinas Sohn Paul I. (1755/1796–1801) versuchte die Herrschaftsstabilisierung des Zarenreichs an eine männliche Thronfolgeregelung zu koppeln und kam dabei um. Er war der letzte

Zar, der im Zuge einer Palastrevolution ermordet wurde. Sein Ururenkel Nikolaus II. (1868/94–1918) sollte dann der Oktoberrevolution von 1917 zum Opfer fallen. Im Zuge der Nationalstaatenbildung gelang es zunehmend, die mächtigen Adelscliquen einzuhegen. Und trotz der international vernetzten Familienpolitik der Herrscherhäuser folgte der Weg in den Ersten Weltkrieg im August 1914 anderen Regeln als denen der Familienpolitik und der persönlichen Günstlingswirtschaft.

Im »wilden Feld«: Kosakenfrauen, Menschenhandel, Sultansmütter

In der männlichen Kriegergesellschaft der freien Kosaken war für Frauen anfangs kein Platz. Das galt zumal, wenn es sich um temporär bestehende Gewaltgemeinschaften handelte. Noch lange Zeit war im »wilden Feld« der Steppe der Frauenraub üblich. Die Ausprägung einer hybriden Kultur, ja einer eigenen Ethnizität der Kosaken ist auch dadurch zumindest mitzuerklären. Doch bestanden für Frauen in Kriegergesellschaften auf der anderen Seite erhebliche Spielräume: Sie waren bei längerer Abwesenheit der Männer verantwortlich für die Hofbewirtschaftung und wirkten mancherorts an der Grenzsicherung mit. Davon abgesehen führte die für kriegerische Gesellschaften häufige Verwitwung zu einem zwangsläufig hohen Grad an Eigenständigkeit der hinterbliebenen Frauen.

Durch Mütter oder Ammen sowie bei der Beteiligung – oder eben der Exklusion – an familiär geprägten Netzwerken war die Rolle der Frauen buchstäblich lebensprägend. Diese Alltäglichkeit war oft Grund oder Vorwand, ihre Rollen in der Geschichtsschreibung unerwähnt zu lassen. In jedem Fall aber wäre die polyethnische Siedlung im Süden der heutigen Ukraine nicht möglich gewesen, wenn sie nur durch Siedler allein erfolgt wäre, und nicht auch durch Siedlerinnen – aus Mitteleuropa, vom Balkan und aus dem transkaukasischen Raum. Geradezu in Umkehrung der bisherigen, auf Männer und Kriege allein fokussierten Geschichtsschreibung ist die europäisierende Kolonisierung Neurusslands, genauso wie später von Teilen Kasachstans und

Sibiriens, aber auch Nordamerikas, eine Geschichte, die ohne Frauen sehr anders verlaufen wäre.

Die Geschichte des nördlichen Schwarzmeerraums ist auch eine der Sklaverei. Während der transatlantische Sklavenhandel von Afrika nach Nord- und Südamerika im 18. und frühen 19. Jahrhundert seinen traurigen Höhepunkt erreichte, ging er im Laufe des 18. Jahrhunderts in den Grenzzonen zwischen »Europa« und dem »Orient« zurück. Bis dahin aber wurden Menschen an den Küsten des Mittelmeers und auf dem Balkan in großer Zahl gefangen und versklavt, genauso wie im »wilden Feld« der eurasischen Steppe. Das traf insbesondere auch Frauen, etwa die Frauen der osmanischen Herrscher, die nach dem Aufstieg des Reichs zur Großmacht ausschließlich aus Europa stammten. Roxelane, das heißt: die Russin, wurde unter der Bezeichnung Hürrem (die Freudvolle) Gattin des osmanischen Sultans Süleyman I. des Prächtigen (1522–1566). Wahrscheinlich stammte die als Anastasia Lisowska geborene Tochter eines orthodoxen Priesters aus Rohatyn in der Westukraine, bis sie als Fünfzehnjährige an den Hof von Konstantinopel gelangte. In der komplexen Haremsgesellschaft wusste sie sich offenkundig so zu etablieren, dass ihr der Aufstieg zur Konkubine und schließlich zur Hauptfrau des Sultans gelang. Dieser lebte trotz seines Harems faktisch monogam. Damit kam Roxelane eine politisch einflussreiche Rolle zu, die sie auch als Sultansmutter (Valide Sultan) zur Geltung brachte. Das verdeutlicht eine Art Rollenmodell: von der Verschleppung bis zum Aufstieg zur einflussreichen Sultansgattin und -mutter. Freilich führte Roxelanes politisch-gesellschaftlicher Einfluss dazu, dass sie von Kreisen der Hofelite als »Hexe« verunglimpft wurde – ebenso von nachfolgenden Historikern.

Soldatinnen im Zeitalter der Weltkriege

Im Zeitalter der Weltkriege eröffneten die gesellschaftlichen Umbrüche auch eine Neuvermessung der Geschlechterrollen. So wurde die russische Oktoberrevolution von 1917 nicht nur durch die politische Einflussnahme von Arbeitern und Soldaten wesentlich getragen, sondern auch von Frauen. Im Sommer

1917 wurden erste Frauenbataillone aufgestellt. Auch die von Österreich-Ungarn gestützte Ukrainische Legion rekrutierte Frauen. Während des Zweiten Weltkriegs kämpften etwa eine Million Frauen in der Roten Armee oder als Partisaninnen. Eine allgemeine Wehrpflicht bestand für sie nicht. Zwar konnten laut Wehrgesetz vom 1. September 1939 Frauen mit medizinischen oder technischen Berufen für den Militärdienst eingezogen werden, doch machte der sowjetische Machthaber Stalin hiervon erst ab 1942 nach den enormen Verlusten der Roten Armee Gebrauch. Allerdings fühlten sich viele sowjetische Frauen vom Ruf der »Mutter Heimat« ebenso angesprochen wie die männlichen Zeitgenossen, weswegen sie in großer Zahl in die Rekrutierungsbüros strömten. Nach erstem Zögern wurden sie zwar eingezogen, jedoch meist unterstützenden Truppenteilen im rückwärtigen Raum zugewiesen. Dennoch kämpften Zehntausende von ihnen als Maschinengewehrschützinnen, Panzerfahrerinnen, Jagdfliegerinnen, aber auch als Scharfschützinnen. Deutsche Soldaten und zumal die NS-Propaganda überzeichneten, hassten und fürchteten sie als »Nachthexen« oder »Flintenweiber«.



atg-images/fine-art-images

Sowjetische Scharfschützin im »Großen Vaterländischen Krieg«: Ljuda Pawlitschenko, 1942.

Eine der berühmtesten sowjetischen Scharfschützinnen war die in der ukrainischen Stadt Bila Zerkwa geborene Ljudmila (Ljuda) Michailowna Pawlitschenko (1916–1974). Schon als Jugendliche erlernte sie in einem kommunistischen Jugendverband das Schießen und praktizierte es mit Leidenschaft. Nach einer kurzen Ehe begann sie ein Geschichtsstudium. Zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls hielt sie sich zu Forschungszwecken in Odessa auf und meldete sich umgehend freiwillig. Trotz ihrer Schießfertigkeiten musste sie erst beim Wehrkomitee in Kiew Beschwerde einlegen, bis sie einem Schützenregiment zugeordnet wurde. Nach wenigen Wochen Ausbildung war sie bei Odessa und später bei Sewastopol als Scharfschützin eingesetzt. In nur zehn Monaten aktivem Einsatz hatte die junge Frau 309 bestätigte tödliche Treffer zu verzeichnen; faktisch waren es wohl weit mehr. So wurde Pawlitschenko zur »Lady Death« – zu einem Geist, der die Moral der sowjetischen Soldaten stärkte und unter den Deutschen Furcht verbreitete. Nach einer Verwundung kam sie nicht mehr zum Kampfeinsatz: Zu sehr fürchtete die sowjetische Militärführung eine destabilisierende Wirkung durch ihren Tod. Stattdessen erhielt sie den Auftrag, in den USA, Kanada und Großbritannien für die zweite Front zu werben. Nach ihrer Rückkehr 1943 bildete sie bis zum Ende des Krieges Scharfschützen und Scharfschützinnen aus.

In der männlich konstruierten Erinnerungskultur nach dem Krieg hatten die Rotarmistinnen keinen Platz. Weder nahmen sie Teil an der Siegesparade am 24. Juni 1945, noch fanden sie in der Geschichtsschreibung eine angemessene Würdigung. Schon unmittelbar nach dem Sieg wurden Frauen aus der Roten Armee entlassen und kehrten in den traditionellen Bereich von Heim und Familie zurück. Die Erinnerungen und Erzählungen von Frauen, die im Kampf getötet hatten, wollte niemand hören: Zu wenig passten die Bilder der in Krieg und Schmutz kämpfenden Frauen zu jenen der sorgenden Mütter im sauber gehaltenen Heim.

Postsowjetische Zeit

Trotz der seit der Oktoberrevolution proklamierten und in Zwischenphasen vorangetriebenen Freiheits- und Gleichheitsversprechen für Frauen im Arbeiter- und Bauernstaat erfolgte in der Nachkriegszeit unter Stalin eine faktische Rückkehr zu älteren Rollenbildern. Gleichwohl war die Erwerbstätigkeit von Frauen deutlich höher als in den westlichen Volkswirtschaften: Von knapp 40 Prozent der Erwerbstätigen vor dem Zweiten Weltkrieg stieg der Anteil auf mehr als die Hälfte seit den 1960er Jahren. Obwohl es bei einer geschlechtsspezifischen Berufsausübung blieb, stellten Frauen einen großen Teil des Personals in medizinischen, schulischen und wissenschaftlichen Berufen; in den höheren Führungsetagen von Partei und Politik traten sie jedoch kaum auf.

Die in der sowjetischen Wirtschaft angelegten qualifikatorischen und persönlichen Netzwerke durchwirkten die postsowjetischen Gesellschaften, so auch in der Ukraine. Von daher ist die Karriere von Julija Tymoschenko (geb. 1960) in doppelter Hinsicht kennzeichnend: Die junge Unternehmerin verdankte ihre Karriere in den 1990er Jahren ihrer Qualifikation als Wirtschaftsexpertin, als sie von 1995 bis 1997 zur Chefin der Vereinigten Energiesysteme der Ukraine aufstieg und von 2007 bis 2010 als Ministerpräsidentin amtierte, bevor sie nach politischen Machtkämpfen wegen Korruption zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Auch der Sieg der ukrainischen Sängerin Ruslana Lyschytschko (geb. 1973) beim Eurovision Song Contest im Mai 2004 erlaubt Hinweise über die Verbindung von Popkultur, Politik und der Rolle ihres Landes. Ihr bei dem Gesangswettbewerb getragenes Outfit in Form eines archaisierenden Fellbikinis ließ sie wohl kaum als Ikone des Feminismus erscheinen, obwohl choreographische Herrschaftspositionen über die mittanzenden Herren durchaus zur Show gehörten. Doch hinter der unpolitischen Botschaft des Liedes »Dyki Tanzy« (Wilde Tänze) konnte die vernehmbare Refrainzeile »Freedom« eben auch patriotisch verstanden werden. Ein halbes Jahr später gehörte sie zu den prominenten Gesichtern der Orangen Revolution. Seit dem Angriff vom 24. Februar 2022 absolviert die Sängerin in Fleck-



Eine Aktivistin der ukrainischen Femen-Bewegung protestiert mit entblößtem Oberkörper – beschriftet mit »Putin kills« – auf der Statue des Heiligen Wladimir gegen eine Prozession der Ukrainisch Orthodoxen Kirche, die dem Moskauer Patriarchat untersteht, Kyjiw, 27. Juli 2017.

tarnkleidung Auftritte bei der kämpfenden Truppe. Ein anderes Register zog die tatarischstämmige Sängerin Jamala (Susana Dschamaladinowa, geb. 1983) im Jahr 2016 mit dem Lied »1944«, in dem sie das Schicksal ihrer damals von der Krim vertriebenen Großmutter besang. Zwei Jahre nach der Krimannexion waren politische Untertöne schwer zu überhören – erst recht nicht in Russland, von wo prompt Kritik einsetzte.

Kaum zufällig trug die Kritik an dem sich oft betont maskulin-martialisch präsentierenden russischen Präsidenten Wladimir Putin oft dezidiert weibliche Züge. Die Demonstrantinnen der Femen-Bewegung etwa und auch Pussy Riot erregten unter anderem durch Punkkonzerte in Kirchen und barbusige Auftritte gehöriges Aufsehen und oft auch öffentliches Ärgernis. Die westliche Öffentlichkeit schenkte der Protestbewegung gegen den belarusischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka auch deshalb ihre Aufmerksamkeit, weil hier Frauen maßgeblich hervortraten. Anstelle ihres verhafteten Mannes wurde Swjatlana Zichanouskaja (geb. 1982) zum Gesicht der Proteste gegen das Regime in Belarus und zur Kandidatin und inoffiziellen Siegerin bei der gefälschten Präsidentschaftswahl von Mai 2020.

In der Ukraine verdeckt die Ende Februar 2022 verfügte Mobilisierung von Männern die Rolle der zahlreichen Frauen, die sich freiwillig zum Militärdienst gemeldet haben. Dabei bekannte sich das erst im Vorjahr herausgegebene Weißbuch der ukrainischen Streitkräfte klar zu »gleichen Rechten und Chancen für Frauen und Männer« als »Grundlage für eine demokratische Gesellschaft, die für soziale Gerechtigkeit und den Respekt für Menschenrechte« eintritt. Offenbar auch als Annäherung an ein euro-atlantisches Rollenmodell in Gesellschaft und Streitkräften wurden hier Frauen wie Männer als gleichwertiger Teil der Streitkräfte in allen Bereichen und auf allen Führungsebenen herausgestellt. Die wachsende Akzeptanz des Dienstes bei Frauen zeigt deren stetig steigender Personalanteil – von 12,2 Prozent im Jahr 2018 auf eine Personalstärke von rund 32 000 und damit 15,5 Prozent Anfang Januar 2021. Einschließlich der Zivilbeschäftigten lag der Frauenanteil in den Ukrainischen Streitkräften bei rund 23 Prozent. Im Jahr 2019 waren rund acht Prozent der Offiziere, 14 Prozent der Unteroffiziere und über 17 Prozent der Mannschaftslaufbahn Soldatinnen. Indessen entfachte das Auftreten von Frauen, die in hochhackigen Schuhen im August 2021 für die Militärparade zum 30-jährigen Unabhängigkeitstag vorübten, einen politischen Streit im Parlament. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehr als 13 500 Soldatinnen an den Kämpfen im Osten des Landes teilgenommen.

Nach Beginn des Großangriffs erfolgte die Mobilisierung über die Kanäle der sozialen Netzwerke im In- und Ausland. So nutzte die in Kanada geborene ukrainischstämmige Schauspielerin Katheryn Winnick (Katerina Anna Winitzka) ihre Prominenz, um ihre Unterstützung der Ukraine und ihres Präsidenten zu bekunden. In der von 2013 bis 2020 herausgekommenen Fernsehserie »Vikings« verkörperte sie als Wikingerfürstin ein Frauenbild, das zweifellos auf ein Publikum im 21. Jahrhundert abzielt: nicht als Gegensatz, sondern als aktiver Teil von Politik, Gesellschaft – und Krieg.

Helene Heldt, Lilith Reuter, Martin Rink



picture alliance/ZUMAPRESS.com

Am 14. März 2022 betrat die Journalistin Marina Owsjannikowa (im Hintergrund) das Studio des staatsnahen Fernsehsenders »Erster Kanal«. Die Livesendung wurde umgehend unterbrochen. Doch brachte die Journalistin, die zu diesem Zeitpunkt selbst Mitarbeiterin des Senders war, mit Worten und einem Plakat ihren Protest gegen den russischen Angriffskrieg zum Ausdruck. Dabei verurteilte sie mehrfach das gesetzlich untersagte Wort »Krieg«. Auf dem Plakat steht: »Kein Krieg. Beenden Sie den Krieg. Glauben Sie der Propaganda nicht. Hier werden Sie belogen. Russen gegen den Krieg«. Owsjannikowa, deren Elternteile aus der Ukraine und aus Russland stammen, wurde nach weiteren Protestaktionen zu Geldstrafen sowie zu Hausarrest verurteilt. Seit Oktober 2022 befindet sie sich außerhalb Russlands.

Der Ukrainekrieg in den Medien

Kriege finden nicht nur auf dem Gefechtsfeld statt. Über sie wird auch nicht mehr nur am diplomatischen Tisch verhandelt. Zunehmend werden Kriege in den Medien ausgetragen, diskutiert und bewertet. Dabei geht es um die Deutungshoheit, insbesondere auf diversen Social-Media-Kanälen. Der Krieg in der Ukraine liefert dafür das beste Beispiel. Das Nachrichtenmagazin »The New Yorker« bezeichnete ihn als den »ersten TikTok-Krieg« und verwies auf die auf diesem Social-Media-Kanal geposteten Videos. Seitdem beherrschen Bilder und Filmclips die sozialen Plattformen, die einem Journalismus zuvorkommen, dessen Bilderflut hinterherhinkt. Durch den direkten Zugriff auf das Bildmaterial ist beinahe jeder und jede selbst in der Lage, sich ein eigenes Bild von den Ereignissen im Ukrainekrieg zu machen – wären da nicht die zahlreichen Tatsachenbehauptungen oder verzerrten Darstellungen, die dem Publikum fehlerhafte Schlussfolgerungen suggerieren.

Der Krieg in der Ukraine ist nicht der erste Krieg, der in den sozialen Medien ausgetragen wird. Bereits während des Arabischen Frühlings ab Ende 2010 spielten die Medienplattformen Facebook und Twitter eine wesentliche Rolle. Mit ihrer Hilfe konnten binnen kürzester Zeit Demonstrationen und Proteste mobilisiert und örtlich wie zeitlich punktgenau dynamisch organisiert werden. Auch die Aktivitäten Russlands im Informationsraum der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten sind kein Novum. Daher ist es nicht überraschend, dass auch im Ukrainekrieg die sozialen Medien eine so wesentliche Rolle spielen. Umgang und Anfälligkeit für die von Moskau gesteuerten Desinformationskampagnen sind innerhalb der einzelnen Länder hingegen unterschiedlich. Ebenso scheint die russische Regierung vom ukrainischen Medieneinsatz überrascht worden zu sein.

In Russland ist das Fernsehen die wichtigste Informationsquelle. Rund 63 Prozent der russischen Bevölkerung verfolgen das Geschehen im eigenen Land über die Fernsehnachrichten. Weitere 28,7 Prozent nutzen dafür das Internet und 22,2 Prozent das Radio. Lediglich 18,1 Prozent informieren sich über soziale Medien. Die Monopolstellung des Fernsehens in Russland ist

historisch bedingt. Der ständig laufende TV-Apparat gehört als fester Bestandteil beinahe in jeden russischen Haushalt. Unter den zahlreichen Sendern dominieren drei: der »Erste Kanal« (Perwy Kanal) mit einem Marktanteil von 89 Prozent, »Russland 2« und »Russland 24«. Sie alle werden staatlich betrieben und beziehen ihre Informationen von staatlichen Nachrichtenagenturen. Die größte von ihnen, die Tass, unterliegt wiederum den Gesetzen und Weisungen des russischen Parlaments, der Duma. Diese verfolgt eine strenge Informationspolitik: Seit dem 13. Juli 2012 können Organisationen als »ausländische Agenten« eingestuft werden. Darunter fallen zahlreiche international anerkannte Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch. Das Gesetz wurde 2014 durch das russische Verfassungsgericht für rechtmäßig erklärt. Es verbietet Organisationen, die »politische Aktionen organisieren oder finanziell unterstützen«, welche das Ziel verfolgen, auf staatliche Entscheidungen oder die öffentliche Meinung einzuwirken. Im November 2021 wurde die Menschenrechtsorganisation Memorial verboten, die sich seit der Gorbatschow-Ära für die Aufklärung der stalinistischen Verbrechen einsetzte. Bereits 2017 war das Gesetz weiter verschärft worden, sodass in Russland tätige ausländische Medien ebenfalls als Agenten eingestuft werden. Nach einer Ausweitung des Gesetzes können seit Dezember 2020 auch Privatpersonen zu »ausländischen Agenten« erklärt werden. Die letzte Verschärfung erfolgte im Juni 2022. Sie beinhaltet nun die Stigmatisierung aller Organisationen und Privatpersonen, die unter »ausländischem Einfluss« stehen.

Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Steuerung erwünschter oder zur Unterbindung unliebsamer Informationen gegenüber der eigenen Bevölkerung lässt die russische Regierung ihre politische und militärische Führung in der Informationskriegführung schulen. Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Ausland ist seit 2016 ein erklärtes Ziel der russischen Außenpolitik. Dass es sich um gezielte Desinformationskampagnen handelt, wird jedoch verschleiert. Das Ziel ist es, Gegner der russischen Regierung durch Falschinformationen zu diskreditieren und Befürworter zu unterstützen. Zudem soll die Europäische Union in ihrer Gemeinschaft geschwächt werden. Daneben geht es der russischen Regierung um die Wirkung auf

Sport und Politik: Die Euro 2012 und die boxenden Klitschko-Brüder
Im April 2007 vergab der europäische Fußballverband (UEFA) die 14. Fußballeuropameisterschaft an die Gemeinschaftsbewerbung von Polen und der Ukraine. Die sechs Jahre bis zum Turnier verliefen jedoch alles andere als reibungslos. Insbesondere der Bau der Stadien verzögerte sich erheblich. Undurchsichtige Vergabemethoden, fehlende Investitionsbereitschaft bei gleichzeitiger Einflussnahme der ukrainischen Politik unter dem russlandfreundlichen Präsidenten Wiktor Janukowytsch auf den eigenen Fußballverband sowie unzureichende Hotelkapazitäten führten dazu, dass die ukrainischen Austragungsorte erst im Dezember 2009 offiziell bestätigt wurden. Zudem dauerte es bis Ende 2011, bis die Veranstalter der UEFA mitteilen konnten, dass alle Spielstätten fertiggestellt seien. Das Turnier fand schließlich vom 8. Juni bis zum 1. Juli 2012 in jeweils vier polnischen und ukrainischen Stadien statt. Sportlich enttäuschten beide Gastgebernationen und schieden bereits in der Vorrunde aus. Insgesamt wurden 32 Begegnungen vor rund 1,44 Millionen Zuschauern ausgetragen, die dabei 76 Tore zu sehen bekamen. Im sanierten Kyjiwer Olympiastadion schlug der amtierende Europa- und Weltmeister Spanien Italien mit 4:0. Deutschland war zuvor im Halbfinale in Warschau überraschend mit 1:2 an Italien gescheitert.

Als ukrainische Sportler traten vor allem Vitali und Wladimir Klitschko hervor. Lange galten die Brüder als Deutsche: Die meisten ihrer oft legendären Boxkämpfe zwischen 1996 und 2015 erfolgten in deutschen Arenen. Die Söhne eines sowjetischen Offiziers und späteren ukrainischen Generalmajors wurden 1971 in der Kirgisischen (Vitali) beziehungsweise 1976 Kasachischen Sowjetrepublik (Wladimir) geboren. Beide studierten Sportwissenschaften in der Ukraine und schlossen ihr Studium mit einem Doktorgrad ab.

Zunächst waren sie Amateurboxer. Wladimir gewann 1996 olympisches Gold in Atlanta. Im Profisport wurden sie anfangs vom Hamburger Universum-Boxstall gemanagt. Vitali hat 47 Profikämpfe bestritten. Bei nur zwei Niederlagen entschied er 41 Mal den Kampf für sich durch K.O. Wladimir verlor nur fünf von 64 Kämpfen und siegte 53 Mal durch K.O. Ihre große Beliebtheit beim deutschen Publikum steigerten die Klitschkos durch ihre angenehmen Umgangsformen, ihr gutes Deutsch und ihr Engagement für Wohltätigkeitsstiftungen.

Erst durch die Orangene Revolution wurde der deutschen Öffentlichkeit bewusst, dass die beiden Boxer Ukrainer sind. Vitali gründete 2010 die pro-westliche »Ukrainische Allianz für Reformen« (ukr. Abkürzung: UDAR, was auf Deutsch auch »Schlag« bedeutet) und wurde 2014 zum Bürgermeister von Kyjiw gewählt. Zudem ist er Mitglied im ukrainischen Parlament. Von Anfang nutzte er seine Netzwerke, um für die Anliegen seines Heimatlandes zu werben. Wladimir kehrte mit Beginn des Krieges als Reserveoffizier in die Ukraine zurück.

DHK

die eigene Bevölkerung. Das Schüren von Angst durch konstruierte Bedrohungsszenarien – etwa durch die NATO-Osterweiterung oder die Corona-Pandemie – bezweckt, andere Länder und insbesondere EU-Mitgliedsstaaten abzuwerten, um so die innenpolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen im eigenen Land zu verschleiern. Auch der als »militärische Spezialoperation« deklarierte Krieg in der Ukraine wird vor der eigenen Bevölkerung als sinnstiftend gerechtfertigt.

Im Gegensatz zu Russland bedienen sich die Ukrainerinnen und Ukrainer sehr unterschiedlicher Medien als Informationsquelle, wie eine Umfrage ergeben hat: 45,4 Prozent nutzen Fernsehnachrichten, 42,6 Prozent das Internet, 39,8 Prozent konsumieren Nachrichten über das Smartphone und 39,4 Prozent über soziale Medien (wobei Mehrfachnennungen möglich sind). Ebenso unterscheidet sich das Nutzungsverhalten in den sozialen Medien. So bevorzugen die Menschen in Russland zu 29,5 beziehungsweise 21,6 Prozent die Plattformen vk.com (bis 2012 Vkontakte.ru) und ok.ru (Odnoklassniki.ru), während sich das Medienpublikum in der Ukraine auf Facebook (67,5 Prozent), Youtube (64,2 Prozent), Instagram (42,1 Prozent) und Telegram (36,5 Prozent) stützt. Doch sind die Ukrainerinnen und Ukrainer nicht nur Konsumierende unterschiedlicher Quellen, sondern sie speisen diese gleichfalls mit Informationen. Sie beteiligen sich durch Posten und Teilen von Bildern, Videos und Nachrichten wesentlich an der Erstellung der Lagebilder im Informationsumfeld. Auf der Plattform des Messengerdienstes Telegram werden humanitäre Hilfe, Flüchtlingsströme, Vermisstensuche, Versor-

gung sowie Schutz vor Luftangriffen organisiert, aber auch aktuelle Bilder und Videos geteilt und weiterverbreitet. So haben Interessierte die Möglichkeit, zeitnah an dem Kriegsgeschehen teilzuhaben. Ebendies sorgt dafür, dass die westliche Berichterstattung mit ihren Beiträgen immer ein Stück hinterherhinkt.

Die Rolle des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj verdeutlicht das. In der »Rolle seines Lebens« weiß er sich in Szene zu setzen: Seit dem Angriff der russischen Truppen zeigt er sich nur noch im Military Style, oft abgekämpft mit Dreitagebart, doch stets in kämpferisch starker Haltung. Dabei ›kennt‹ Selenskyj die Rolle als Staatsoberhaupt. Vor seiner politischen Karriere arbeitete er als Schauspieler; bekannt ist er unter anderem aus der Serie »Diener des Volkes«. Wohl auch deswegen gelingt es ihm souverän und kommunikativ, täglich Ansprachen an die Bevölkerung zu senden, in digitaler Form an westliche Staaten zu appellieren und Hilfe einzufordern. Das Narrativ, dass sein Land stellvertretend für den Westen die Demokratie gegen den Aggressor verteidigt, ist seine stets wiederholte Botschaft.

Die Kriegsberichterstattung fordert den westlichen Medien im Ukrainekrieg einiges ab. Die Journalistinnen und Journalisten müssen noch gewissenhafter als zuvor ihre Quellen überprüfen und dem zeitlichen Druck widerstehen, als erste eine Nachricht zu platzieren. Umso wichtiger ist es, dass zahlreiche Reporterinnen und Reporter sich vor Ort befinden, um immer wieder den Wahrheitsgehalt von Nachrichten zu überprüfen. Nicht zuletzt kommt auch dem Publikum eine Verantwortung zu. Im digitalen Zeitalter ist dies in der Tat eine Herausforderung: Die Vielfalt der Medien und Nachrichten macht es schwer zu selektieren und zu bewerten. Das führt unweigerlich zu einer Überforderung der Aufnahme und Verarbeitungsfähigkeit der Konsumentinnen und Konsumenten. Die Reaktionen auf eine solche Überforderung sind vielfältig. Sie reichen von gänzlichem Verzicht auf den Konsum von Medien über das Ausblenden jeglicher Nachrichten aus dem Ausland bis hin zu übertriebenem Hineinsteigern in die gezeichneten Szenarien. Dabei gilt es heute mehr denn je, Resilienz und Medienkompetenzen aufzubauen, um uns auf den Kampf im Informationsumfeld vorzubereiten und zu schützen.

Helene Heldt

»Diener des Volkes«. Von der Comedy zur Politik

Schon vor seinem Amtsantritt als Präsident am 20. Mai 2019 kannte das Publikum in den sowjetischen Nachfolgestaaten Wolodymyr Selenskyj als Tänzer, Komiker, Schauspieler und Fernsehproduzenten. Während seines Jurastudiums hatte er bei »Kwartal 95« (Wohnblock 95) mitgewirkt. Diese Kabaretttruppe trat in der Fernsehshow KVN auf, dem »Klub der Lustigen und Einfallsreichen«. 2003 begann Kwartal 95 selbst mit der Produktion von Fernsehshows für den ukrainischen Fernsehsender 1+1. Später trat Selenskyj in Filmserien auf. Für seine Einlagen in der Castingshow »Dancing with the Stars« erhielt er Fernsehpreise.

Große Bekanntheit erlangte Selenskyj ab Oktober 2015 mit der mehrstaffeligen Fernsehserie »Sluga Narodu« (Diener des Volkes). Sie beginnt mit einem Wutausbruch des Geschichtslehrers Wassyl Holoborodko über die Korruption im Lande, der von seinen Schülern heimlich gefilmt und ins Internet gestellt wird. Dort verbreitet sich der Clip viral und verhilft dem Lehrer zur unfreiwilligen Kandidatur und zum Sieg in der Präsidentschaftswahl. Als amateurhafter, doch erfindungsreicher und prinzipienfester Regierungschef ringt er mit den politischen und gesellschaftlichen Strukturen der postsowjetischen Zeit: Ein durchtriebener Ex-Ministerpräsident ist Gegner, schwieriger Partner und ziemlich bester Freund. Die Familie Holoborodkos erwartet Profit und Privilegien. Die Bevölkerung hofft auf ein Ende der wirtschaftlichen Misere, aus der korrupte Eliten Profit schlagen. Für die Besetzung der politischen Schlüsselpositionen stehen dem neuen Präsidenten lediglich – ebenfalls amateurhafte – Freunde und Weggefährten zur Verfügung, darunter seine Ex-Ehefrau. Mächtige Oligarchen, die sich Staat und Politik gekauft haben, bleiben die Gegner.

Trotz ihres Charakters als Comedy ist die Serie politisch: Präsident Holoborodko kämpft gegen desolate Infrastruktur, Finanzprobleme und Korruption und für Reformen sowie die Einbindung der Ukraine in die Europäische Gemeinschaft. Parallelen zum echten Leben sind beabsichtigt. Schon die äußerliche Ähnlichkeit eines Filmoligarchen mit dem reichsten Mann des Landes Rinat Achmetow ist unübersehbar. Im Gebaren der westlichen Partner zeigen sich oft Herablassung, überpenible Regularien und Unwissen über die Ukraine. Die Abgren-

zung zu Russland ist ein Dauerthema: Zahlreiche Pointen kritisieren den russischen Präsidenten Putin. Dass der in der Serie auftretende ukrainische Präsident nicht nur liebenswerter Außenseiter ist, sondern auch Geschichtslehrer, hat im Erzählstrang einen festen Platz: Oft erscheinen ihm historische Persönlichkeiten. Im Finale der ersten Staffel redet Holoborodko mit einer Erscheinung des russischen Zaren Iwan des Schrecklichen. Auf sein Bekenntnis »Wir gehören zu Europa« antwortet der Zar: »Wir sind Slawen. Wir sind Blutsbrüder!« Holoborodko antwortet: »Sie gehen einen Weg, wir einen anderen. Gehen wir getrennte Wege und treffen uns in 300 Jahren wieder.« Die Comedy-Serie transportiert politische Werte und Geschichtsinterpretationen. Auch fordert sie Respekt für die Ukraine: »Wir sind kein Grenzland zwischen Orks und Elfen. Wir sind ein normales, schönes, starkes Land.« In der ersten Serienfolge verabschiedet die Klasse ihren Lehrer mit einem Erinnerungsfoto und dem Ausruf »Geschichte!« In der dritten Serienstaffel gerät der Präsident in Haft und erhält dann die Aufgabe übertragen, sein zwischenzeitlich zersplittertes Land zu einen.

So mischen sich Slapstick-Humor, Verwechslungskomödie und Tortenschlachten mit ernstzunehmenden politischen Aussagen. Sie mussten der ukrainischen Wählerschaft – und der russischsprachigen Welt – geläufig sein, als sich im März 2018 Angehörige von Kwartal 95 als politische Partei »Diener des Volkes« registrieren ließen. Genau ein Jahr später avancierte Selenskyj vom Darsteller zum wirklichen Präsidenten, als er im zweiten Wahlgang am 21. April 2019 fast zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erhielt. Die Serie thematisiert auch die von der alten politischen Elite geschaffenen Probleme, die nur durch die Bildung neuer Netzwerke zu überwinden seien. Auch Selenskyj geriet in die Kritik. Schließlich dürfte sein Unterstützer, der ukrainische Oligarch und Mehrheitseigner des Senders 1+1, Ihor Kolomojskyj, zu seinem Erfolg maßgeblich beigetragen haben. Mit dem Großangriff vom Februar 2022 ist ein Teil der Filmwelt zur Realität geworden: So wie der Filmpräsident stützt sich der reale Präsident auf die Direktansprache der Bevölkerung per Videobotschaft. Und nicht selten schmäht der ukrainische Sprachgebrauch die Soldaten der russischen Invasionsarmee als »Orks«.

MR



In den vergangenen Jahrhunderten hat die ukrainische Stadt Dnipro ihren Namen mehrfach gewechselt: Im 17. Jahrhundert wurde dort ein Fort Kodak errichtet. Nach der russischen Eroberung erhielt der Ort zu Ehren der Kaiserin Katharina II. den Namen Jekaterinoslaw. Nach der Oktoberrevolution trug die Stadt als Dnjepropetrowsk einen Funktionär der Sowjetukraine im Namen. Seit 2016 heißt sie offiziell so wie der große Fluss, der sie durchzieht: Dnipro. Als moderne Millionenmetropole der mittleren Ukraine blickt sie auf eine rasante Entwicklung im Zeitalter der Industrialisierung zurück. Die im Jahr 2021 preisgekrönte Installation »Dnipro Light Flowers« wurde auf fünf Industrieschornsteinen errichtet. Zugleich wurde damit auch der Opfer des Euromajdan von 2014 in Kyjiw gedacht.

Jekaterinoslaw – Dnjepropetrowsk – Dnipro. Ein Städteportrait

Die moderne Stadt Dnipro ist das größte industrielle und kulturelle Zentrum der Süd- und Ostukraine. Die an beiden Ufern des gleichnamigen Flusses gelegene Stadt hat seit Ende der 1970er Jahre eine Million Einwohner. In der Vergangenheit wurde sie unter anderem als »südliches Athen«, »ukrainisches Manchester« und »Raketenhauptstadt« bezeichnet. Nach dem Euromajdan und mit Beginn des Krieges im Donbas im Jahr 2014 wurde das Bild der Stadt als »Herz der Ukraine« und Zentrum des Widerstands gegen die russische Aggression geprägt. Darüber hinaus wird Dnipro nicht zu Unrecht die »jüdische Hauptstadt der Ukraine« genannt. Ihre multikulturelle Vergangenheit und Gegenwart verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Von der »wilden Steppe« zum »südlichen Manchester«

Der Unterlauf des Dnipro (russ.: Dnjepr) und die dortige Steppe waren historisch gesehen eine Kontaktzone zwischen sesshaften und nomadischen Wirtschaften, zwischen slawischen und Turkvölkern, zwischen Christentum und Islam. Die Offenheit und der Grenzcharakter der Region waren der Grund für deren späte Urbanisierung. Diese begann erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts, als das Russländische Reich in Kriegen mit dem Osmanischen Reich die Gebiete der heutigen Südukraine und der Krim eroberte. Die von Fürst Grigori Potjomkin am Unterlauf des Dnipro geplante neue Stadt Jekaterinoslaw sollte die Zarin Katharina II. die Große verherrlichen. Wörtlich übersetzt lautet der Städtenamenname denn auch: »der Ruhm Katharinas«. Die neue Stadt wurde von Potjomkin auf dem Gelände der Siedlungen der Saporoger Kosaken geplant. Sie sollte ein »zweites Athen« werden, ein großes imperiales Projekt, um die Macht und den Einfluss des imperialen Russlands zu symbolisieren. Die Grundsteinlegung für die orthodoxe Hauptkathedrale der neuen Stadt

erfolgte 1787 durch Katharina persönlich. Doch weder die Kathedrale noch die Stadt sind während ihrer Herrschaft fertiggestellt worden. Der Tod Potjomkins (1791) und sodann Katharinas (1796) machten den großen Plänen ein Ende. Das zutiefst provinzielle Jekaterinoslaw blieb Zentrum einer riesigen und dünn besiedelten Provinz. Nur die Breite ihrer Hauptallee erinnerte an die ursprünglich vorgesehene Prachtentfaltung.

Ein Jahrhundert später änderte sich die Situation. In der Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte Europa eine rasante Industrialisierung. In den 1860er Jahren entdeckte man im Süden der Ukraine, in der Nähe der heutigen Stadt Krywyj Rih, reiche Eisenerzvorkommen. Etwa zur gleichen Zeit wurden im Einzugsgebiet des Flusses Siwerskyj Donez (der Name Donbas stammt von diesem Fluss) Kohlevorkommen gefunden. Ab 1884 verband eine Eisenbahn Krywyj Rih mit dem Donbas. Das dazwischen gelegene Jekaterinoslaw wurde zum Verwaltungszentrum der von Bergbau- und Stahlindustrie geprägten Region im Süden des Russländischen Reiches. Um 1900 stammten 57,6 Prozent des Eisenerzes, 51,7 Prozent des Gusseisens und 53,7 Prozent der Metallverarbeitung des gesamten Reichs von hier. Als Inbegriff der industriellen Entwicklung des Imperiums wurde die Stadt mit ihrem rasanten Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung als »südliches Manchester« oder »ukrainisches Manchester« bezeichnet.

Eine allgemeine Volkszählung im Jahr 1897 ergab, dass Jekaterinoslaw in Bezug auf das Bevölkerungswachstum unter den Großstädten des Reiches konkurrenzlos war. In der Stadt lebten zu diesem Zeitpunkt rund 113 000 Menschen; dabei überwog die männliche Bevölkerung mit knapp 54 Prozent. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs zählte Jekaterinoslaw über 211 000 Einwohner und war damit die zwölftgrößte Stadt im Russländischen Reich. Laut der Volkszählung von 1897 waren rund 58 Prozent der Bevölkerung in Jekaterinoslaw orthodox, über 36 Prozent waren Juden, 3,5 Prozent Katholiken und etwas mehr als ein Prozent Lutheraner. Auf der Hauptstraße der Stadt – dem bereits erwähnten breiten Prospekt – lagen eine lutherische Kirche, eine katholische Kathedrale, eine Synagoge und zwei orthodoxe Kirchen. Allerdings existierte in den Statistiken des Russländischen Reiches keine Kategorie »Nationalität« oder

»Ethnie«. Es ist jedoch bekannt, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Stadt russischsprachig war. Die ukrainische Kultur- und Nationalbewegung im 19. Jahrhundert stützte sich mehr auf die Landbevölkerung. Dennoch waren nach der Revolution von 1905 in Jekaterinoslaw eine Vielzahl von politischen Kräften aktiv: von russischen Monarchisten und Sozialdemokraten über jüdische Sozialisten und Zionisten bis hin zu ukrainischen Parteien unterschiedlicher Ausrichtung.

Von revolutionären Experimenten zur geschlossenen sowjetischen Stadt

Zwischen 1917 und 1921 wurde der Süden der Ukraine zum Schauplatz zahlreicher Revolutionen und Kriege. Die ukrainische sozialistische Regierung, der »Zentralna Rada« (Zentralrat), der konservative »Ukrainische Staat« von Hetman Pawlo Skoropadskyj (der von deutschen und österreichischen Truppen militärisch unterstützt wurde), die russische monarchistische »Weiße Bewegung« (deren Anwesenheit in der Stadt mit einem gewalttätigen Judenpogrom einherging), die lokale anarchistische Armee von Nestor Machno und die Bolschewiki konkurrierten um die Macht und lösten sich zeitweise gegenseitig ab. Die Machthaber in Jekaterinoslaw wechselten über einen Zeitraum von drei Jahren mehr als 20 Mal. Allein die Bolschewiki nahmen die Stadt sieben Mal ein. Ihr politisches Projekt, das auf einer Kombination aus kompromissloser Gewalt und einem populistischen Sozialprogramm beruhte, erwies sich als besonders erfolgreich.

In der Sowjetukraine behielt die Stadt sowohl ihre administrative – sie wurde zum Zentrum der Oblast (Region) – als auch ihre industrielle Bedeutung. Im Jahr 1926 wurde sie in Dnjepropetrowsk umbenannt, nach dem örtlichen Bolschewiken Grigori Petrowskij, einem der Leiter der Sowjetukraine. Petrowskij war einer der Vorsitzenden der Republik während des Holodomor von 1932/33. In den 1920er und 1930er Jahren erlebte Dniepropetrowsk alle Besonderheiten der sowjetischen Politik: die Beseitigung des Analphabetentums, die Errichtung

einer Einparteiendiktatur, die Umbenennung von Straßen, die Zerstörung von Kirchen, die Einführung einer obligatorischen Kategorie der »Nationalität« zur Berücksichtigung der ethnischen Zugehörigkeit der Bevölkerung. Anfang 1926 betrug die Einwohnerzahl von Dnjepropetrowsk 142 000 Menschen, davon waren 40 Prozent Russen, 39 Prozent Juden und 16 Prozent Ukrainer; 1941 hatte sie bereits 560 000 Einwohner.

Am 25. August 1941 besetzten deutsche Truppen die Stadt; sie wurde Teil des »Reichskommissariats Ukraine«. Dem Bericht des Einsatzkommandos 6 zufolge waren »von den ursprünglich rund 100 000 Juden in Dnjepropetrowsk etwa 70 000 vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Stadt geflohen«. Soweit sie nicht fliehen konnte, wurde die jüdische Bevölkerung rücksichtslos vernichtet. Am 13. und 14. Oktober 1941 wurden über 10 000 Juden im Botanischen Garten erschossen. Die deutsche Besatzung dauerte bis zum 25. Oktober 1943, als sich die Wehrmacht aus der Stadt zurückzog. Interessanterweise änderte das deutsche Kommando in diesen zwei Jahren nie den Namen der Stadt – sie blieb Dnjepropetrowsk, obwohl Petrowskij selbst inzwischen wieder in Moskau lebte. Sowjetischen Quellen zufolge zählte die Stadt beim Einmarsch der Roten Armee nur maximal 3000 Einwohner. Dieser Bevölkerungsrückgang war vor allem auf die repressive Politik der deutschen Besatzer zurückzuführen. Rund 75 000 Einwohner der Stadt waren zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden.

Die Bevölkerungszahl von Dnjepropetrowsk erreichte nach 1945 schnell wieder das Vorkriegsniveau, nicht zuletzt, weil viele Evakuierte zurückkehrten. Im Jahr 1950 zählte die Stadt 520 000 Einwohner – mehr als 1939 – und 1954 erreichte sie die Zahl 600 000. Sie war nach Kiew (Kyjiw) und Charkow (Charkiw) die drittgrößte Stadt der Sowjetukraine. Das wichtigste Ereignis im Nachkriegsleben der Stadt war der Bau eines Automobilwerks, der bereits 1944 unter Beteiligung deutscher Kriegsgefangener begonnen hatte. Bereits 1951 erhielt dieses Werk einen besonderen Geheimhaltungsstatus, da die sowjetische Führung beschlossen hatte, Dnjepropetrowsk zu einem Zentrum für die Entwicklung und Produktion strategischer Raketen zu machen – eine entscheidende Komponente des sowjetischen Nuklearprogramms und des Kalten Krieges. Im Jahr 1959 wurde die Stadt

daher für alle Ausländer geschlossen – auch für solche des »sozialistischen Lagers«.

Der »geschlossene« Status der »Raketenhauptstadt« der UdSSR besaß viele Dimensionen: von der harten Unterdrückung der örtlichen ukrainischen und jüdischen Kulturbewegung über die bessere Lebensmittelversorgung bis hin zur direkten Unterstellung der lokalen Universität unter das Moskauer Bildungsministerium. Zum Mythos erhoben wurde das Zentrum der Rakettenindustrie in den frühen 1960er Jahren unter dem neuen Staatschef der Sowjetunion Leonid Breschnew, der eine eigene, besondere Beziehung zu Dnjepropetrowsk hatte. Breschnew hatte hier seine Parteikarriere begonnen und galt als Vertreter des sogenannten Dnjepropetrowsker Clans. So verschmolzen das Bild der »Raketenhauptstadt« und das der »Kaderschmiede« in der Mythologie des spätsowjetischen Dnjepropetrowsk zu einem: »nicht die erste, aber auch nicht die zweite« Stadt. Dieses oft wiederholte Bonmot verweist auf eine ironische Reflexion über ihre »Hauptstadt«-Ambitionen und deutet an, dass sie zwar nicht die Hauptstadt, aber auch nicht die Peripherie ist. Im Jahr 1979 erreichte ihre Bevölkerung die Millionengrenze. Im Jahr 1989 waren es fast 1,2 Millionen.

In der unabhängigen Ukraine

Ab Ende der 1980er Jahre bekam die Stadt Gorbatschows Politik des nuklearen Rüstungsabbaus in Form der Krise der sowjetischen Raketten- und Raumfahrtindustrie in vollem Umfang zu spüren. Dnjepropetrowsk verlor 1987 den Status als »geschlossene« Stadt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und in der unabhängigen Ukraine ab 1991 schien es zunächst so, als ob die »Kaderschmiede« auch in der unabhängigen Ukraine ihre führende Rolle beibehalten würde, insbesondere als Leonid Kutschma, der ehemalige Direktor der größten Rakettenfabrik in Dnipropetrowsk, 1994 die Präsidentschaftswahl gewann. Doch obwohl aus der Stadt so prominente Persönlichkeiten der ukrainischen Politik wie Julija Tymoschenko und Oleksandr Turtschynow stammen, kam es dazu nicht. Die Stadt verlor sowohl wirtschaftlich als auch demographisch an Bedeutung. Bis

2012 sank ihre Einwohnerzahl unter die Millionengrenze. Laut einer Sondererhebung der Vereinten Nationen steht sie hinsichtlich des Bevölkerungsverlusts unter den osteuropäischen Städten seit 1990 mit 16 Prozent an erster Stelle. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erholte sie sich allmählich wieder. Es war Dnipropetrowsk, das zum Zentrum des jüdischen Lebens in der unabhängigen Ukraine wurde. Als Symbol dieser Entwicklung ist der Bau des weltweit größten jüdischen multifunktionalen Gemeindezentrums Menorah zu betrachten, das im Oktober 2012 eingeweiht wurde. Zudem haben die lokalen kulturellen Eliten auch viel für die Entwicklung der Kosakenmythologie in der Region getan.

Im Gegensatz zu den benachbarten Städten Donezk und Luhansk, die sich in Zentren zweier selbsternannter prorussischer »Volksrepubliken« verwandelt haben, hat Dnipropetrowsk 2014 nach dem Euromajdan seine Loyalität, ja Hingabe zur Ukraine erklärt und unter Beweis gestellt. Die lokalen Wirtschaftseliten und die Zivilgesellschaft erwiesen sich als stärker als die desorientierten und korrumpierten prorussischen Aktivisten. Seit 2014 präsentiert sich die Stadt oft als »Herz der Ukraine«. Ihr Bürgermeister Borys Filatow erklärte dies so: »Dnipropetrowsk ist weder die Stadt Nummer eins noch die Stadt Nummer zwei. Es war schon immer eine Kadenschmiede. Dnipropetrowsk ist immer eine stolze Stadt gewesen. Und jetzt ist dieser regionale, lokale Patriotismus zu einem nationalen Patriotismus geworden. Dnipropetrowsk hat eine große jüdische Gemeinde. Das war schon immer so. Das bedeutet Lehrer, Ärzte, Geschäftsleute. Wir haben auch eine Menge Ingenieure und Wissenschaftler. Es ist also sehr schwierig, der Stadt etwas aufzuzwingen«. Am 19. Mai 2016 stimmte das ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, für die Umbenennung von Dnipropetrowsk in Dnipro. Und im Jahr 2017 erhielt die Stadt ihren Status als Millionenmetropole zurück. Unter anderem aufgrund des Zustroms von Personen aus den Regionen Donezk und Luhansk sowie von der Krim wuchs ihre Einwohnerzahl stark an.

Sowohl die Geschichte als auch die von seiner Bevölkerung verinnerlichte historische Erfahrung Dnipros sind durch einen konstanten Multikulturalismus und ihre Offenheit für Migration gekennzeichnet. Dies gilt für die Industriearbeiter-

schaft und für Flüchtlinge aus militärischen Konfliktgebieten. Eine weitere Besonderheit sind die spezifischen, fast großstädtischen Ambitionen der Stadt. Von daher stammt der Mythos »nicht der erste, aber auch nicht der zweite« Ort zu sein. Ferner besteht ein ausgeprägter Lokalpatriotismus, der seit 2014 eine deutlich ukrainische Färbung aufweist. In diesem Fall bezieht sich das Wort »ukrainisch« in erster Linie auf die Loyalität gegenüber dem ukrainischen Staat und die Ablehnung von Putins Propaganda. Historisch gesehen war Jekaterinoslaw/Dnjepropetrowsk/Dnipropetrowsk/Dnipro immer das Zentrum einer großen Verwaltungseinheit – einer *gubernia* (Provinz) oder *oblast* (Region). Bis zum Ende der Frühen Neuzeit war hier die Grenzzone. Im 19. Jahrhundert existierte genau hier ein Zentrum, mit Ausstrahlung auf alle wichtigen Städte des Donbas: Luhansk, Donezk und Mariupol. Und im 20. Jahrhundert kam Krywyi Rih dazu, der Geburtsort des seit 2019 amtierenden ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Andrii Portnov



Start einer Rakete des Typs Iskander-K auf einem Übungsgelände bei St. Petersburg. Zu den verschiedenen Versionen dieses Systems gehören sowohl Kurzstreckenraketen als auch Marschflugkörper, die mit unterschiedlichen Gefechtsköpfen, darunter auch nukleare, bestückt werden können. Im Ukrainekrieg kommen zahlreiche Raketensysteme zum Einsatz. Obwohl dieser Krieg bisher rein konventionell ausgetragen wird (Stand Januar 2023), ist die Furcht vor einer nuklearen Eskalation gestiegen. Neben den Drohungen der russischen Staatsführung haben dazu sowohl die Kämpfe von Bodentruppen in der Nähe von weiterhin betriebenen Kernkraftwerken als auch die Stationierung von Iskander-Raketen in der Exklave von Kaliningrad zwischen Polen und Litauen beigetragen.

Die nukleare Abschreckung und Osteuropa

Der Ukrainekrieg hat die sicherheitspolitische Ordnung in Mittel- und Osteuropa grundlegend verändert. Die nukleare Abschreckung, lange ein Überbleibsel des Kalten Krieges, ist mit der russischen Großoffensive vom Februar 2022 wieder in den Vordergrund gerückt. Die nukleare Abschreckung in Osteuropa war seit dem Ende des Kalten Krieges an die Limitierungen von Rüstungskontrollverträgen des Kalten Krieges gebunden und sorgte für Stabilität zwischen der Russländischen Föderation und den USA. Verträge wie der Intermediate Forces Treaty (INF) oder auch die Schlussakte von Helsinki haben bis 2017 dafür gesorgt, dass auf dem Gebiet der neuen NATO-Mitgliedsstaaten keine Atomwaffen stationiert wurden. Der Ukrainekrieg bedeutet eine Revision der nuklearen Abrüstungsbemühungen zwischen der Russländischen Föderation und den USA. Bis 1991 befanden sich auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs Nuklearwaffen. Um eine etwaige ungewollte Eskalation mit diesen Waffen zu verhindern, wurden seit Anfang der 1980er Jahre Verhandlungen über Abrüstungsverträge geführt.

Der 1987 geschlossene INF-Vertrag zwischen der Sowjetunion und den USA war Ausdruck der Bemühungen, eine Eskalation infolge allzu kurzer Vorwarnzeiten zu vermeiden. Entstanden aus den Entspannungsbemühungen der 1980er Jahre, war er bis 2017 der Grundpfeiler der Abrüstungsbemühungen in Mittel- und Osteuropa. Der INF-Vertrag verbot nie die Stationierung von Systemen kurzer Reichweite, maritimer oder luftgestützter Flugkörper. Er galt lediglich landgestützten Marschflugkörpern und ballistischen Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern. Taktische und luftverbringbare Gefechtsfeldwaffen waren von dieser Regelung ausgenommen. Ebenso waren seegestützte Systeme von dem Vertrag nicht erfasst. Eine Bedrohung durch Nuklearwaffen Russlands und der NATO mit kurzer und interkontinentaler Reichweite war somit auch nach dem INF-Vertrag in Europa potenziell noch vorhanden. Allerdings spielte sie in der öffentlichen Wahrnehmung kaum mehr eine Rolle.

Präsidentielle Weisung

Zusätzlich zu den Vereinbarungen des INF-Vertrages erklärten die Präsidenten der Russländischen Föderation und der USA unabhängig voneinander einen Rückbau von nuklearen Waffensystemen kurzer Reichweite. US-Präsident George H.W. Bush entschied am 27. September 1991, taktische Atomwaffen kurzer Reichweite in Europa einseitig zu reduzieren. Am 17./18. Oktober desselben Jahres erklärte die Nukleare Planungsgruppe der NATO, dass zusätzlich auch Luft-Bodenflugkörper und ihre nukleare Bestückung in Europa einseitig abgebaut würden. Die Mehrheit der taktischen US-Waffensysteme und Sprengköpfe wurde abgezogen. Auch nach 1991 blieben jedoch auf Wunsch von NATO-Verbündeten Freifall-Atomwaffen der B-61er Baureihe auf mehreren Stützpunkten in Westeuropa, unter anderem in der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung war somit ein Kompromiss zwischen der Umsetzung des INF-Vertrages und europäischen Sicherheitsbedenken: Alliierte Staaten wie etwa Deutschland und Italien hielten auch nach dem Ende des Kalten Krieges einen völligen Rückzug aller US-Atomwaffen aus Europa für bedenklich. Die USA begründeten ihre Abrüstungsschritte mit dem Konzept der erweiterten Abschreckung, das zusätzliche Interkontinentalraketen und U-Boot-gestützte Systeme einplante. Für viele europäische Staaten war jedoch gerade die physische Präsenz von nuklearen Waffensystemen ein Zeichen der Ernsthaftigkeit US-amerikanischer Schutzzusagen. Die aktuelle nukleare Teilhabe der NATO-Mitgliedsstaaten stellt nur den geringsten Anteil des nuklearen Abschreckungspotenzials im Bündnis dar. Auch die taktischen Atomwaffen sind mithin Teil des politisch-strategischen Arsenal der USA. Somit war und ist die nukleare Teilhabe vor allem als Rückversicherung für europäische Verbündete gedacht. Die politischen Garantien der Vereinigten Staaten für europäische Verbündete wurden in Form der stationierten Atomwaffen um eine wichtige physische Komponente erweitert. Aktuell besteht diese nukleare Teilhabe aus zwei Komponenten. Zum einen können einige Partnernationen direkt mit sogenannten *dual-capable aircraft* potenziell zur Verbringung der US-Atomwaffen beitragen. Zum anderen können Staaten, die nicht über eigene Flugzeuge zur Verbringung

Die nukleare Teilhabe der Bundeswehr

Die Bundeswehr beteiligt sich aktuell mit dem Taktischen Luftwaffengeschwader 33 an der potenziellen Verbringung von US-Nuklearwaffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe. Diese Einbindung, auch in die nuklearen Planungen, besteht seit 1957. Sie sollte während des Kalten Krieges Staaten ohne eigene Nuklearwaffen aktiv in die Verteidigung der NATO einbeziehen. Bis 1991 bestand der deutsche Beitrag zusätzlich aus Kurzstreckenraketen der Typen MGM-31A Pershing I und MGM-52 Lance sowie aus Artilleriegranaten, die im Ernstfall durch das deutsche Heer verschossen werden sollten. Durch die Abrüstungsverhandlungen zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und durch die Erlasse von US-Präsident George W. Bush wurde die Mehrheit der taktischen Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen. Nur durch Einwände von Nicht-Nuklearwaffenstaaten wie der Bundesrepublik und Italiens verblieb eine geringe Anzahl von Atomwaffen in Europa. Diese bilden die aktuelle nukleare Teilhabe.

Eingebettet ist die nukleare Teilhabe in einen Mitbestimmungsmechanismus innerhalb der Nuklearen Planungsgruppe (NPG). In dem Gremium, das seit 1967 besteht, haben alle NATO-Staaten (außer Frankreich) einen Sitz mit gleichberechtigter Mitbestimmung, unabhängig von Ihrer Beteiligung an der Verbringung der US-Atomwaffen. Die nukleare Teilhabe sollte Mitgliedsstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Mitbestimmung in Bezug auf nukleare Wirkmittel einbinden, insbesondere da die Waffenwirkung im Verteidigungsfall direkt das Territorium der Bundesrepublik Deutschland betroffen hätte. Staaten, die keine US-Atomwaffen beherbergen, beteiligen sich im Rahmen des Verfahrens SNOWCAT (Support of Nuclear Operations With Conventional Air Tactics) mit konventionell ausgerüsteten Jagdflugzeugen, um die Überlebensfähigkeit der Jagdbomber zu erhöhen. Jedes Jahr trainiert die Luftwaffe der Bundesrepublik zusammen mit anderen NATO-Verbündeten Einsatzverfahren im Rahmen der Übung »Steadfast Noon«.

SP

von Nuklearwaffen verfügen, Flugzeuge für das SNOWCAT-Verfahren stellen (Support of Nuclear Operations with Conventional Air Tactics). Hierbei handelt es sich um Kampfflugzeuge, die Dual-Capable-Aircraft-Flugzeuge bei der Erfüllung ihres

Auftrags unterstützen können. Alle NATO-Staaten sind Mitglied der Nuklearen Planungsgruppe, die über Planung und Einsatz von Nuklearwaffen entscheidet. Da mittelosteuropäische Staaten bis 1991 noch nicht der NATO angehörten, orientieren sich die Strukturen der NATO für die Verbringung nuklearer Waffen immer noch an den Grenzen des Eisernen Vorhangs.

Russland hingegen versprach, seine taktischen Gefechtsfeldwaffen anteilig außer Dienst zu stellen oder in zentrale Lagerstätten zu verbringen. Diese Zusage führte in der russischen Organisationsstruktur nur dazu, dass zahlreiche Nuklearwaffen in die Zuständigkeit des 12. Hauptdirektorats des russischen Verteidigungsministeriums überführt wurden. Es ist deswegen anzunehmen, dass Russland immer noch nukleare Gefechtsfeldwaffen aus Sowjetzeiten besitzt. Die Überwachung der im INF-Vertrag beschlossenen Vernichtung der betroffenen Waffensysteme endete im Jahr 2001. Zeitgleich wurde mit finanzieller Unterstützung der USA die Vernichtung weiterer nuklearer Waffensysteme Russlands vorangetrieben. Ziel war es, eine mögliche Weitergabe solcher Waffen an terroristische Organisationen zu verhindern. Auf Wunsch der Russländischen Föderation wurde die US-Hilfe jedoch im Oktober 2012 eingestellt.

Die NATO-Russland-Grundakte

Von zentraler Bedeutung für die nuklearwaffenfreie Zone der NATO ist die NATO-Russland-Grundakte vom 27. Mai 1997. Sie verbietet die Stationierung von Nuklearwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts. Im Gegenzug stimmte die Russländische Föderation einer Erweiterung der NATO nach Osten zu. Der Vertrag basiert auf den vier durch Russland vorgegebenen sogenannten »No's«. Insbesondere sollte auf die Stationierung von Kurzstreckenraketen in den neuen NATO-Staaten Polen und des Baltikums verzichtet werden, um die Vereinbarungen des INF-Vertrags nicht zu unterlaufen. Dadurch sollte einerseits die in diesem Vertrag vereinbarte Limitierung eingehalten und andererseits eine Sicherheitsgarantie für Russland geboten werden. Die Furcht vor einer etwaigen Bedrohung des westlichen Teils der Föderation und somit Mos-

kaus durch Nuklearwaffen blieb ein zentraler Bestandteil der russischen Verhandlungsstrategie. Die Aufkündigung des ABM-Vertrages (Anti-Ballistic Missile Treaty) im Jahr 2002 durch US-Präsident George W. Bush führte zur Stationierung von Raketenabwehrbasen in Rumänien, der Tschechischen Republik und Polen. Dies entfachte die russische Kritik, dass dadurch das strategische Gleichgewicht unterlaufen würde. Laut US-Regierung war die Raketenabwehr gegen Mittelstreckenraketen aus dem Mittleren Osten gerichtet, um eine Erpressung durch sogenannte Schurkenstaaten zu verhindern. Doch begann die russische Regierung schon früh, die Stationierung dieser Raketenabwehr als Bruch der Verträge bezüglich der NATO-Osterweiterung zu brandmarken. Nach wie vor unterstellt die Russländische Föderation dem System eine Dual-use-Fähigkeit.

Die Annexion der Krim

Die russische Annexion der Krim 2014 führte zu einer Diskussion über die Verlegung von US-Nuklearwaffen in ostmitteleuropäische Staaten. Insbesondere Polen strebte nach Schutz durch die physische Komponente der nuklearen Teilhabe. Die Außenpolitik der Administration von US-Präsident Donald Trump trug maßgeblich zur Verstärkung dieser Debatte bei. Mitunter warf man Deutschland vor, nicht genügend zur NATO beizutragen. Dieser Vorwurf ist seit der deutschen Beschaffungentscheidung für die als nukleares Trägersystem geeignete F-35A Lightning als Ersatz für den veralteten Tornado in den Hintergrund getreten.

In den Jahren 2014 und 2015 spielte die RAND-Corporation, ein Think Tank der US-Luftwaffe, einige simulationsgestützte Szenarien durch. Deren Ergebnisse nährten Zweifel, ob eine ausschließlich durch strategische Nuklearwaffen getragene Abschreckungsfähigkeit hinlänglich sei, um einen möglichen Angriff der Russländischen Föderation auf das Baltikum zu verhindern. Angesichts der russischen Überlegenheit bei taktischen Nuklearwaffen wurde insbesondere die Schwierigkeit herausgestellt, auf eine Aggression angemessen limitiert und skalierbar zu reagieren. Das Ergebnis der Studie führte auch vor

Augen, dass das Baltikum ohne größere konventionelle Truppen nicht ausreichend zu schützen ist. Die Studie von 2015 bildete eine der Grundlagen dafür, die strategische nukleare Abschreckung stärker als bisher in die Verteidigung der baltischen Staaten einzubeziehen. Jedoch hielten die NATO-Staaten an der Absicht fest, das Baltikum so lange wie möglich konventionell zu verteidigen. Entsprechend beruht das Konzept der enhanced Forward Presence auf drei Säulen: Erstens sollten die Verbündeten in Ostmitteleuropa davon ausgehen, dass ihnen im Notfall geholfen wird. Zweitens sollte verdeutlicht werden, dass durch den Einsatz aller NATO-Staaten ein Angriff automatisch den Einsatz aller Mittel der Allianz nach sich zöge. Damit sollte, drittens, der Preis für einen Angriff Russlands auf NATO-Mitgliedsstaaten derart erhöht werden, dass er sich in keiner Weise lohnen würde. Die konventionellen Truppenverbände sollen in diesem Konzept als Stolperdraht dienen. Daher sollten alle Mitgliedsstaaten an der Verteidigung der baltischen Staaten beteiligt sein. Für den Fall, dass deren Kampfkraft nicht genüge und auch keine ausreichende konventionelle Verstärkung zugeführt werden könnte, müsste ein Angriff auf diese Truppen notfalls mit begrenzten taktischen Atomwaffeneinsatz abgewehrt werden.

Der Rückbau von taktischen nuklearen Waffensystemen der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges hatte jedoch im Einsatzspektrum unterhalb der Interkontinentalraketen zu einer Eskalationsdominanz der Russländischen Föderation geführt. Gegenwärtig – und wohl auch in der nahen Zukunft – existiert im Bereich der taktischen nuklearen Waffensysteme eine klare russische Überlegenheit. Nach gescheiterten Verhandlungen zwischen den USA und der Föderation zum europäischen Abwehrschild wurde im Dezember 2013 die Stationierung von russischen Raketen vom Typ Iskander 9M723 in der Ostsee-Exklave Kaliningrad abgeschlossen. Die Verwirklichung der Drohung seitens der russischen Regierung, diese Marschflugkörper durch die modernisierte Version Iskander 9M729 zu ersetzen, die das NATO-Gebiet bedrohen könnten, würde gegen die Auflagen des INF-Vertrages und dessen Reichweitenbegrenzung verstoßen.

Abschreckung und Ukrainekrieg

Seit Beginn der Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 setzt Russland auf eine nukleare Abschreckung, um ein mögliches aktives Eingreifen der NATO-Staaten abzuwehren. Die Ankündigung von Putin, den Alarmzustand seiner nuklearen Streitkräfte zu erhöhen, muss vor allem in diesem Kontext gesehen werden. Dagegen stellte US-Präsident Biden bereits im Vorfeld eines möglichen russischen Einmarsches klar, dass das US-Nuklearwaffenarsenal nicht zum Schutz der Ukraine eingesetzt würde. Dass nuklearfähige russische Bomber zu Beginn der Kampfhandlungen Ende Februar 2022 zu sehen waren, ist dabei ein direktes Kommunikationsmittel in Richtung Westen, um dessen Eingreifen zu verhindern. Russland setzte seine Nuklearwaffen gezielt als Drohung ein und folgte einer Strategie der Ambiguität: Staaten, die Waffen an die Ukraine liefern, sollen im Unklaren über einen möglichen russischen Nuklearwaffeneinsatz bleiben. Dies erklärt auch, warum westliche Staaten zu Beginn der Offensive zunächst keine Waffensysteme größerer Reichweite an das angegriffene Land schickten. Erst als sie davon ausgehen konnten, dass Russland sein nukleares Abschreckungspotenzial nicht nutzen würde, erfolgten Waffenlieferungen. Allerdings führte der Krieg auch zu NATO-Beitrittsverhandlungen mit Finnland und Schweden. Russland sieht dies als eine direkte Bedrohung seiner Exklave in Kaliningrad. Mithin ist anzunehmen, dass nukleare Waffensysteme dort wieder verstärkt stationiert werden.

Der russische Angriff auf die Ukraine ändert auch die nukleare NATO-Verteidigungsstrategie. Dies führt zu einer Rückbesinnung auf Szenarien des Kalten Krieges. Die NATO-Russland-Grundakte in ihrer heutigen Form wird in den nächsten Jahren in Frage gestellt werden. Östliche Bündnisländer, insbesondere im Baltikum, fordern nun vermehrt eine Vorneverteidigung mit stärkeren konventionellen Kräften. Nach wie vor ist die nukleare Komponente in der Sicherheitspolitik jedoch stets mitzudenken. Dies gilt auch bei Verlegungen konventioneller Streitkräfte nach Ostmitteleuropa.

Severin Pleyer



Das Deutsche Heer leistet seit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Nordatlantischen Allianz im Jahre 1955 einen bedeutenden Beitrag zur Verteidigung der NATO-Ostflanke. Nach dem Ende des Kalten Krieges verlagerte sich der Schwerpunkt des Heeres auf die Auslandseinsätze; die Landes- und Bündnisverteidigung trat mehr oder weniger in den Hintergrund. Die NATO-Osterweiterung seit 1999 und die wachsende Bedrohung durch Russland führten jedoch spätestens 2014 nach der völkerrechtlichen Annexion der Krim zu einem Umdenken. Im Vordergrund steht seitdem die Stärkung der neuen Bündnispartner, unter anderem durch die Aufstellung der multinationalen Schnellen Eingreiftruppe (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF) sowie die Umsetzung der verstärkten Vornepräsenz (enhanced Forward Presence, eFP) durch vier multinationale Gefechtsverbände in Litauen, Lettland und Estland. Weitere vier solcher Gefechtsverbände werden in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und in der Slowakei aufgestellt. Wie in den 1950er Jahren gilt es, einen möglichen Gegner durch einsatzbereite Streitkräfte abzuschrecken. Im Bild: Soldaten in einem GTK Boxer während einer NATO-Übung in der Slowakei im September 2022.

Das Deutsche Heer an der NATO-Ostflanke

Seit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955 war der Einsatz deutscher Heeresverbände an der Ostflanke des Bündnisses vorgesehen. Diese zog sich von der Ostsee entlang des Eisernen Vorhangs durch Mitteleuropa. Eine direkte Grenze zum Warschauer Pakt gab es an dieser Ostflanke von Dänemark entlang der innerdeutschen Grenze bis nach Bayern. Für deren Sicherung nach dem »Schichttortenprinzip« waren das multinationale Korps »Landjut« im Norden und die national geführten Korps verschiedener Bündnisstaaten zuständig. Neun Großverbände mit ihren insgesamt über eine Million Soldaten gewährleisteten sowohl eine multinationale Verteidigung als auch einen hohen Abschreckungswert. Das Prinzip der Vorverteidigung sollte vor allem das deutsche Interesse an einer grenznahen Hauptverteidigungszone berücksichtigen, um im Kriegsfall nicht ganz Westdeutschland zum Schlachtfeld werden zu lassen. Die Nordatlantische Allianz benötigte für eine mögliche Abwehrschlacht östlich des Rheins neben den bereits bestehenden Großverbänden der frühen Bündnispartner jedoch zusätzliche mechanisierte Divisionen, um der Bedrohung durch den Warschauer Pakt begegnen zu können. Ursprünglich sollten zwölf gepanzerte westdeutsche Divisionen diese Lücke füllen. Am Ende wurden daraus zehn Panzer- und Panzergrenadierdivisionen, eine Gebirgs- und eine Luftlandedivision.

Allerdings war die Aufstellung ein mühevoller Weg, den finanzielle, personelle sowie materielle Engpässe immer wieder erschwerten. Dennoch konnten sich vor allem die Kampf- und Kampfunterstützungstruppen im multinationalen Vergleich durchaus sehen lassen. Mit 345 000 Heeressoldaten, die im Verteidigungsfall auf rund eine Million Soldaten aufwachsen konnten, standen schließlich Mitte der 1980er Jahre 36 Kampfbrigaden zur Verfügung. Die Kampftruppen des Feldheeres hatten mit 67 aktiven Panzer- und 62 aktiven Panzergrenadierbataillonen ihren höchsten Mechanisierungsgrad erreicht. Eindrücklich bewiesen deutsche Heeresverbände in zahlreichen mehrwöchigen Großmanövern mit oft über 10 000 Ketten- und 40 000 Radfahrzeugen

ihre Leistungsfähigkeit im Gefecht der verbundenen Waffen im freien Gelände. Mit über 5500 Kampf- und Schützenpanzern und über 2000 Artilleriegeschützen war das Deutsche Heer schließlich neben den US-amerikanischen Streitkräften der zweite Eckpfeiler der NATO-Vorneverteidigung in Mitteleuropa. Diese war mit den General Defense Plans (GDP) für die ersten Tage eines möglichen Krieges akribisch vorbereitet. Einige Relikte, wie massive Fallsperrren oder Straßenschächte für Sprengladungen, zeugen noch heute von dem hohen Aufwand dieser Kriegsvorbereitungen in Friedenszeiten. Zur historischen Wahrheit gehört aber auch, dass bis zum Ende des Kalten Krieges ein massiver Angriff des Warschauer Paktes konventionell nur wenige Tage hätte verzögert und wohl nur unter Einsatz taktischer Nuklearwaffen hätte abgewehrt werden können.

Das Heer in der Transformation und im Auslandseinsatz

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes 1991 und der Nationalen Volksarmee wurde das Heer zur Verfügungsmasse der neuen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei war die »Friedensdividende« in aller Munde. Der Personalbestand von Bundeswehr und NVA mit über 600 000 Soldaten sollte auf 370 000 Soldaten reduziert werden. Parallel dazu forderten vor allem die USA, das wiedervereinigte Deutschland solle sich mehr an internationalen Einsätzen unter dem Schirm der Vereinten Nationen und der NATO wie etwa auf dem Balkan oder in Somalia beteiligen. Dazu waren jedoch völlig andere Streitkräfte vonnöten als jene, die die Bundeswehr des Kalten Krieges zu bieten hatte. Gebraucht wurden nun leichte, schnell verlegbare Truppen. Doch im Schwerpunkt deutscher Militärpolitik stand die Verkleinerung der Bundeswehr. Die unter dem Schlagwort der Transformation forcierten Einsparungen, das Outsourcing von Aufgaben sowie der Abbau von Personal und Material gingen zulasten der Einsatzbereitschaft. Neue Begriffe wie »dynamisches Verfügbarkeitsmanagement« verschleierten dabei eine Mangelwirtschaft, die sowohl die politische Leitung als auch

Teile der militärischen Führung im Schatten des Desinteresses der deutschen Gesellschaft am Militär zu verantworten hatten. Vor allem die schweren Kampf- und Kampfunterstützungstruppen kamen sprichwörtlich unter die Räder. Die »leichten Truppen« hingegen stellten den größten Teil der neuen Krisenreaktionskräfte, die nun auf die Auslandseinsätze mit den Szenarien Stabilisierungsoperationen und Kampf gegen irreguläre Truppen optimiert wurden, auch wenn die dafür spezialisierte Jägertruppe ebenfalls früh dem Sparstift zum Opfer gefallen war.

Das Heer war von den Reduzierungen am stärksten betroffen; einige Truppengattungen wurden komplett aufgelöst, gingen in Teilen oder sogar völlig in neuen Organisationsbereichen wie der Streitkräftebasis auf. Die bewährten organischen Bataillons- und Brigadestrukturen, die eine selbstständige Kampfführung gewährleisten konnten, wichen einem modularen Baukastenprinzip. Im Heer machte sich eine Kultur der Aushilfen und der Verantwortungsdiffusion breit, oft gepaart mit karriereorientierter Kritikvermeidung; so urteilte nicht nur der Wehrbeauftragte. Zum Sinnbild dieser Transformation wurden die zwei neuen Panzerdivisionen mit nur mehr je drei aktiven Panzerbataillonen zu je 44 Kampfpanzern. Die Gesamtzahl der Kampfpanzer Leopard 2 sank bis 2020 auf 263. Mit Stand Mai 2022 waren 193 Stück verfügbar und 99 weitere befanden sich in der Umrüstung. Vor dem Fall der Mauer besaß allein eine Panzerdivision mit drei Kampfbrigaden rund 270 Kampfpanzer. Zum Vergleich: Die Schweizer Armee verfügt derzeit über 230 Leopard 2. Die trotz dieser Entwicklungen durchaus beeindruckende Leistungsfähigkeit der Bundeswehr auf dem Balkan, in Afrika und in Afghanistan konnte indes nicht über die schwindenden Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung hinwegtäuschen.

Das Heer an der NATO-Ostflanke

Die heutige NATO-Ostflanke hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges in fünf Schritten um hunderte von Kilometern nach Osten verschoben. Deutschland ist durch diese Erweiterung des Bündnisgebietes vom möglichen Hauptschlachtfeld zum Hinterland geworden. Wie einst Frankreich oder Großbritannien spielt

es nun vor allem als Drehscheibe für den Nachschub der Nordatlantischen Allianz eine wichtige Rolle. Im Jahr 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei, 2004 folgten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei sowie Slowenien. Zwischen 2009 und 2020 kamen Albanien, Kroatien, Montenegro sowie Nordmazedonien hinzu. Damit umfasst das westliche Militärbündnis insgesamt 30 Mitgliedsstaaten; Schwedens und Finnlands Beitritt wurde 2022 eingeleitet.

Nach der Annexion der Krim 2014 und der neuen russischen Militärdoktrin forderten die neuen Partnerstaaten eine deutlich höhere politische und militärische Unterstützung durch die NATO. Vor allem eine erhöhte Militärpräsenz verbündeter Streitkräfte wird als angemessene Reaktion auf die wachsende Bedrohung durch die russische Armee wahrgenommen. Die NATO reagierte auf ihrem Gipfel in Wales 2014 mit Veränderungen der NATO-Kommandostrukturen, der Erhöhung der Einsatzbereitschaft der NATO-unterstellten Truppen sowie der Verteidigungsplanungen. Deutschland unterstützte den neuen Kurs der NATO und betonte im Weißbuch der Bundesregierung von 2016, dass sowohl die Herausforderungen der Auslandseinsätze als auch die der Landes- und Bündnisverteidigung durch die Bundeswehr zu meistern seien. Spätestens mit dem Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan im Sommer 2021 und dem Ukrainekrieg verlagerte sich der Schwerpunkt jedoch eindeutig auf die Landes- und Bündnisverteidigung.

Die aktuellen Verteidigungsplanungen der NATO sind aufgrund internationaler Vereinbarungen deutlich flexibler als zuzeiten der Blockkonfrontation. Den neuen Bündnispartnern in Ostmitteleuropa werden in erster Linie Unterstützungsmaßnahmen zugesichert, die eine Verteidigung gegen eine russische Aggression ermöglichen sollen. Das starre Verteidigungskorsett des Kalten Krieges mit national geführten Korps in vorbereiteten Stellungsräumen wurde vom Konzept der NATO Response Forces (NRF) abgelöst. Dieses ist angelehnt an das Konzept der Allied Mobile Force (AMF) der frühen NATO, die als multinationale, hochmobile Eingreiftruppe in Brigadestärke zum Schutz der Bündnisflanken in Nordnorwegen, in der Türkei, in Griechenland oder in Italien aufgestellt worden war. Markanterweise fand das letzte Manöver, an dem die AMF vor ihrer Auflösung

Die Lieferung schwerer Waffen von Deutschland an die Ukraine

Als Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) bei seinem Ukraine-Besuch im Mai 2021 empfahl, man könne dem Land die Lieferung von Waffen zur Selbstverteidigung »nicht verwehren«, stieß er auf breite Kritik. Wenige Tage nach dem russischen Großangriff auf die Ukraine entschied sich der Bundestag mit großer Mehrheit für deutsche Waffenlieferungen. Er folgte damit dem Antrag der Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der Oppositionsfraktion CDU/CSU. Offiziell bestätigt wurden bisher unter anderem folgende Lieferungen:

- Vierzehn *Panzerhaubitzen 2000* inklusive Ersatzteilen wurden nach Ausbildung des ukrainischen Bedienpersonals gemeinsam mit den Niederlanden geliefert. Das selbstfahrende Artilleriegeschütz (Kaliber 155 mm) kann 60 Geschosse mitführen. Die maximale Kampffernung der von der Bundeswehr genutzten Variante beträgt 40 km, steigerbar auf 100 km. Die Feuerrate liegt bei zehn Schuss pro Minute, wobei das Geschütz sechs Granaten gleichzeitig ins Ziel zu bringen vermag. Die Besatzung besteht aus fünf Soldaten.
- Fünf Gepanzerte Startsysteme vom Typ *Mittleres Artillerieraketensystem* (MARS): Es kann zwölf Raketen mit Kalibern von 227 bis 237 mm verschießen, die Bomblets oder Minen enthalten, ungelenkt oder GPS-gesteuert sein können. Mit einer Feuerrate von 5,5 Sekunden ist der Raketenwerfer in der Lage, seine Kampfbeladung in gut einer Minute abzufeuern. Die maximale Kampffernung liegt bei 84 km. Das System wird von einer dreiköpfigen Besatzung bedient.
- Dreißig *Flugabwehrkanonenpanzer Gepard*: Die Hauptbewaffnung des Panzers besteht aus zwei 35-mm-Maschinenkanonen. Seine Kampfbeladung beträgt 640 Patronen gegen Flugziele und 40 Patronen gegen stark gepanzerte Bodenziele. Die maximale Kampffernung liegt bei 6000 m. Das Such- und Zielradar des Panzers überwacht den Luftraum 360 Grad im Umkreis von 25 km. Die Besatzung besteht aus drei Soldaten. Darüber hinaus hat die Bundesregierung die Lieferung von 40 Schützenpanzern Marder und 14 Kampfpanzern Leopard 2 A6 an die Ukraine zugesagt (Stand: 31.1.2023). Die Panzer stammen aus Bundeswehr- und Industriebeständen. JA/CLH

teilnahm, im Oktober 2002 in der Ukraine statt. An dem im Rahmen von Partnership for Peace und der besonderen Zusammenarbeit zwischen NATO und der Ukraine stattfindenden Manöver »Cooperative Adventure Exchange« nahmen Streitkräfte aus insgesamt zwölf NATO-Staaten teil. Im selben Jahr beschloss die NATO auf ihrem Gipfel in Prag, eine rund 40 000 Soldatinnen und Soldaten umfassende multinationale Eingreiftruppe, die NATO Response Force (NRF), aufzustellen. Neben Landstreitkräften, Spezialkräften sowie ABC-Abwehrkräften gehören auch Luft- und Seestreitkräfte zur NRF. Die NRF wird im jährlichen Wechsel von den Allied Joint Forces Commands in Brunssum und Neapel geführt und untersteht dem Supreme Allied Commander Europe (SACEUR). Die Bundeswehr stellt für die NRF mit rund 15 000 Soldatinnen und Soldaten einen Hauptbeitrag. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Sommer 2022 wurde schließlich die Erweiterung der NRF auf 300 000 Soldatinnen und Soldaten beschlossen, wobei auch hier die Bundeswehr einen Großteil der Truppen stellen wird. Ab 2026 soll ein luftbeweglicher Infanteriegefechtsverband voll einsatzbereit sein.

Zur NRF gehört die »Speerspitze« der NATO, die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF). Die VJTF ist eine multinationale Kampfbrigade, die innerhalb weniger Tage einsatz- und kampfbereit ist. Als eine direkte Antwort des Bündnisses auf die russische Annexion der Krim wurde sie bereits 2015 aufgestellt. Jeweils für ein Jahr übernimmt einer der großen NATO-Partnerstaaten die Führung des Verbandes. Ab 2023 wird die Panzergrenadierbrigade 37 »Freistaat Sachsen« als Leitverband der VJTF eingesetzt. Dazu kommen die Initial Follow-on Forces Groups (IFFG), zwei multinationale Brigaden mit hohem Bereitschaftsgrad, die innerhalb von sieben bzw. 30 Tagen verlegebereit sind. Weitere Einheiten sind der Follow-on Forces Group (FFG) zugeordnet und haben eine abgestufte Einsatzbereitschaft.

Das Nordatlantische Bündnis reagierte im Sommer 2016 zudem auf die russische Aggression in der Ukraine mit der auf dem NATO-Gipfel in Warschau beschlossenen sogenannten verstärkten Vornepräsenz, der enhanced Forward Presence (eFP). Umgesetzt wurde die eFP mit der Aufstellung von vier multinationalen Gefechtsverbänden mit je rund 1000 Soldatinnen und Soldaten. Diese sollen die Streitkräfte der jeweiligen Gast-

länder verstärken. Deutschland führt so als Rahmennation den Gefechtsverband in Litauen, die USA und Kanada die Verbände in Lettland und Großbritannien den in Estland. Diese multinationalen, verstärkten mechanisierten Bataillone sollen in den nächsten Jahren zu Kampfbrigaden aufwachsen, wobei nur Teile der Verbände rotierend an der NATO-Ostflanke eingesetzt sein werden. Die anderen Teile werden in den Heimatländern stationiert und müssen in einer Krise rasch verlegbar sein. Das Heer der Bundeswehr wird hier den verstärkten Gefechtsverband Litauen sowie einen präsenten, vorgeschobenen Brigadegefechtsstand stellen. Bisher bestand der Kern der eFP Battle Group in Litauen aus einem Panzergrenadierbataillon, verstärkt um weitere Kampf-, Kampfunterstützungs- und Einsatzunterstützungstruppen. Dazu kommen Anteile aus anderen Organisationsbereichen der Bundeswehr. Gemeinsame Ausbildungsvorhaben und Übungen mit der litauischen Iron-Wolf-Brigade, der die eFP Battle Group unterstellt ist, sollen die Zusammenarbeit auf der Grundlage multinationaler Verfahren verbessern. Das gemeinsame Erkunden möglicher Operationsräume im Suwalki Gap – der Engstelle des NATO-Territoriums zwischen Belarus und der russischen Oblast Kaliningrad – ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Befähigung der litauischen Streitkräfte, ein mögliches hochintensives Gefecht erfolgreich zu bestehen. Dies entspricht dem NATO-Grundsatz der Abschreckung: »Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen«.

Neben dem Schwerpunkt Litauen stellt das Heer auch eine verstärkte Jägerkompanie mit dem gepanzerten Transport-Kfz GTK Boxer für die tschechisch geführte multinationale Battlegroup in der Slowakei im Rahmen der enhanced Vigilance Activities (eVA) auf. Sämtliche Maßnahmen der eVA, wie beispielsweise der deutsch-niederländische Flugabwehrraketenverband mit dem System Patriot, dienen ebenfalls der Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses an der NATO-Ostflanke.

Insgesamt führte der Ukrainekrieg zu einem signifikanten Aufwuchs der NATO-Truppen und einer deutlichen Erhöhung ihrer Alarmierungsbereitschaft. So sichern derzeit über 200 000 Soldatinnen und Soldaten des Bündnisses die bedrohte NATO-Ostflanke. Taktisch geführt werden sie vom Multinationalen Korps Nord-Ost (MNC NE) in Stettin. Der Kommandierende

General dieses Großverbandes würdigte im Herbst 2022 die beachtlichen Verteidigungsanstrengungen der Bündnisstaaten mit direkten Grenzen zu Russland und Belarus.

Seit dem Zweiten Weltkrieg kommen wieder deutsche Kampf Fahrzeuge in der Ukraine zum Einsatz; diesmal allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass sie nun von ukrainischen Besatzungen für ihren eigenen Freiheitskampf genutzt werden. Das beinhaltet auch die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland, die mit hohem Aufwand und unter großem Zeitdruck betrieben wird. Nach Auskunft der Bundesregierung wurden bisher aus Beständen der Bundeswehr oder aus Mitteln der sogenannten Ertüchtigungsinitiative mehrere Panzerhaubitzen 2000, Mehrfachraketenwerfer MARS II sowie Flugabwehrpanzer Gepard in die Ukraine geliefert. Im Sommer 2022 wurden weitere Flugabwehrpanzer, zudem Flugabwehrraketensysteme IRIS-T, ABC-Abwehrsysteme und Brückenlegepanzer zugesagt. Beachtlich sind auch die Zahlen für die bereits gelieferte Munition: Hierzu zählen 22 Millionen Schuss Handwaffenmunition, 100 000 Handgranaten, 15 000 Panzerabwehrminen, über 10 000 Schuss Artilleriemunition 155 mm, 8000 Panzerabwehrhandwaffen Matador sowie 3000 Patronen für die Panzerfaust 3.

Der Ringtausch mit den NATO-Partnern

Neben der direkten Lieferung von Heeresmaterial an die Ukraine erfolgen zahlreiche Unterstützungsaktionen Deutschlands mit einigen NATO-Partnerstaaten wie Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien sowie Griechenland. Diese liefern schwere Waffen sowjetisch-russischer Bauart, die von ukrainischen Soldaten leichter bedient werden können und auf denen deren Logistiksystem beruht. Im Gegenzug verspricht die Bundesregierung die Lieferung deutscher Rüstungsprodukte an die Geberländer als Kompensation und zur Modernisierung der dortigen Streitkräfte. Dieser sogenannte Ringtausch führt aber auch zu Problemen: Sie beginnen bei der Frage, wie viele Leopard 2 für abgegebene T-72 erwartet werden, oder betreffen die Lieferschwierigkeiten, die durch die knappen Kapazitäten sowohl der Bundeswehr als auch der deutschen Rüstungsindustrie bestehen.

Das Beispiel Polen soll diese Probleme verdeutlichen: Aus polnischen Beständen wurden rund 250 Kampfpanzer sowjetischer Bauart in die Ukraine geliefert. Im Gegenzug bot Deutschland 20 Kampfpanzer Leopard 2 an, die in Raten geliefert werden sollen. Darüber hinaus standen 100 Leopard 1 A5 und einige Schützenpanzer Marder im Angebot. Die Regierung in Warschau machte daraufhin ihre Enttäuschung öffentlich, obwohl bei näherer Betrachtung auch der Leopard 1 A5 noch ein zuverlässiger und robuster Kampfpanzer ist. Seine kampfwertgesteigerte 105-mm-Kanone, seine solide Waffenstabilisierungsanlage und die Feuerleitanlage machen ihn auf kurze und mittlere Kampfdistanz zu einer präzisen und wirksamen Waffe gegen die meisten Kampfpanzer sowjetischer Bauart. Sowohl die direkten Waffenlieferungen als auch die Lieferungen aus dem Ringtausch unterstützen die Ukraine im Kampf um ihre staatliche Unabhängigkeit gegen den russischen Aggressor.

Der neue Schwerpunkt der Landes- und Bündnisverteidigung ist eine anlassbezogene Rückkehr zum Kernauftrag der Bundeswehr. Das bedeutet, sowohl den Forderungen der NATO nachzukommen, als auch die Herausforderungen einer Gesamtverteidigung der Bundesrepublik Deutschland in den Griff zu bekommen. Das Heer der Bundeswehr wird daher ein Heer im Umbau bleiben: Bis 2025 soll eine mechanisierte Heeresdivision mit drei Kampfbrigaden voll einsatzbereit sein. Langfristig sollen eine weitere mechanisierte Division und eine leichte Division zur Verfügung stehen. Zusammen mit deutsch-niederländischen Verbänden könnten am Ende dieses Jahrzehnts dann immerhin elf Kampfbrigaden einsatzbereit sein. Die Umsetzung dieser Planungen hängt jedoch entscheidend davon ab, wie die bestehenden Probleme gelöst werden. Schon seit vielen Jahren fordert die Heeresführung vermeintliche Selbstverständlichkeiten wie die personelle und materielle Vollausrüstung ihrer Großverbände sowie eine digitalisierte Führungsfähigkeit. Das Abstellen dieser eklatanten Mängel ist indessen nur möglich, wenn sowohl die politische Leitung als auch die militärische Führung in der Frage der Landes- und Bündnisverteidigung einen langen Atem beweisen.

Helmut R. Hammerich



Die Entwicklung einer Abwehrfähigkeit gegen Raketen und andere Flugkörper reicht bis in die Zeit des Kalten Krieges zurück. Seit ihrer Aufstellung ist die Luftwaffe der Bundeswehr eng in die Strukturen des westlichen Bündnisses integriert. Dies betrifft fliegende Verbände, die Truppenteile und Systeme der bodengebundenen Luftverteidigung und Führungsstrukturen gleichermaßen. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges blieb die Einbindung der NATO-Luftstreitkräfte in ein multinationales Führungssystem von zentraler Bedeutung. Gerade an Standorten in Deutschland wie Ramstein sind daher zentrale Elemente der Stabsorganisation der NATO stationiert. Im Rahmen der enhanced Vigilance Presence befinden sich auch deutsche Kräfte in den NATO-Staaten Ostmitteleuropas, so die Air Missile Defence Task Force Slovakia (AMD TF SVK). Im Bild: Startgerät des Flugabwehrraketensystems Patriot auf dem Gelände der Air Base Sliač in der Slowakei, August 2022.

Die NATO-Raketenabwehr in Europa

Eine ballistische Rakete kann innerhalb von Minuten eine Nutzlast über eine große Entfernung transportieren – und an einem gewünschten Punkt zur Explosion bringen. Allgemein wird zwischen Kurzstreckenraketen (100–1000 km Reichweite), Mittelstreckenraketen (1000–5500 km Reichweite) und Langstreckenraketen (über 5500 km Reichweite) unterschieden. Der Flugkörper kann mit einem oder mehreren konventionellen, hochexplosiven Gefechtsköpfen ausgestattet werden, aber auch als Träger für nukleare, biologische oder chemische Kampfmittel dienen. Die Raketenabwehr wiederum umfasst alle aktiven und passiven Maßnahmen, um ballistische Raketen zu erfassen, zu identifizieren, zu verfolgen und zu bekämpfen. Dies kann auf strategischer wie auf taktischer Ebene und prinzipiell in jeder Flugphase des Zielobjekts erfolgen. Während des Ost-West-Konflikts hatte die Bekämpfung ballistischer Flugkörper in der NATO-Luftverteidigung lange Zeit eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Sie war aufgrund des technologischen Rückstands bei der Entwicklung von Abwehrsystemen im Vergleich zu Angriffssystemen schlicht nicht möglich. Das Fehlen einer aktiven Abwehr wurde kompensiert durch das Prinzip der Abschreckung und durch die Befähigung zum Zweitschlag. Erst seit Ende der 1970er Jahre änderte sich die Situation: Wesentliche technische Verbesserungen ballistischer Raketen genauso wie Fortschritte bei der Entwicklung von Waffensystemen zu ihrer Bekämpfung führten zu einer Erweiterung der Integrierten NATO-Luftverteidigung.

Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence

Mit dem Wandel der NATO-Streitkräfte von Verteidigungs- zu Interventionsarmeen in den 1990er Jahren herrschte im Bündnis weitestgehend Konsens über die Notwendigkeit des Schutzes von Truppen im Einsatz gegen ballistische Flugkörper kürzerer Reichweite. Eine moderne Bewaffnung war kein Privileg west-

Die Nuklearmächte USA und Russland

Die USA und Russland verfügen beide über ein breites Arsenal von nuklear bestückbaren Waffensystemen. Dieses reicht von taktischen Kernwaffen, also durch Jagdbomber abwerfbaren Bomben, über Artilleriegranaten, Torpedos oder Kurzstreckenraketen bis zu strategischen Kernwaffen. Letztere können von Langstreckenbomben oder als Interkontinentalraketen mit einer Reichweite von bis zu 11 000 Kilometern ins Ziel gebracht werden. Die verschiedenen Raketentypen können luft-, see- oder landgestützt sein. Kilotonne (kt) ist die Maßeinheit für die Sprengkraft von Atomwaffen; sie entspricht etwa der Energie, welche bei einer Detonation von 1000 Tonnen TNT freigesetzt wird. Die nukleare Sprengkraft reicht von rund 0,3 kt bei taktischen Nuklearwaffen über 475 kt, die etwa der thermonukleare Gefechtskopf W88 der USA freisetzt, bis in den Megatonnenbereich bei der Detonation einer Wasserstoffbombe. Letztere zählen zu den strategischen Kernwaffen. Die am 3. und am 6. August 1945 über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben »Little Boy« und »Fat Man« besaßen noch eine Sprengkraft von 13 kt bzw. 21 kt. Die USA verfügen über ca. 5430 nukleare Sprengköpfe, während Russland rund 5980 solcher Sprengköpfe besitzt. Trotz der nach dem Ende des Kalten Krieges deutlich reduzierten Arsenale an Nuklearsprengköpfen und Einsatzmitteln besteht weiterhin eine Overkillkapazität, also die Fähigkeit, die Menschheit mehrfach auszulöschen. Ziel des INF-Vertrages (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty), der 1987 von diesen beiden Atommächten geschlossen wurde, war die nukleare Abrüstung und die Vernichtung aller bodengestützten Flugkörper mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern. Er ist seit dem 2. August 2019 außer Kraft gesetzt, nachdem die USA ihren Ausstieg aus dem Vertrag erklärt hatten. Vorangegangen waren gegenseitige Beschuldigungen von Vertragsbrüchen und gescheiterte Verhandlungen zur Stationierung des MK41 Vertical Launching System der NATO in Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die Reaktion Russlands, das Raketensystem Iskander (Reihenbezeichnung: 9K720) in der Exklave Kaliningrad zu stationieren. Beide Systeme sind nuklearfähig. Nachrichtendienste schätzen ihre Reichweite auf rund 500 Kilometer.

JA

licher Staaten mehr. Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen einschließlich ballistischer Raketen als Trägersysteme entwickelte sich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu einer der schwerstwiegenden sicherheitspolitischen Herausforderungen. Das NATO-Territorium befand sich bereits in Reichweite ballistischer Flugkörper. Mit dem Zweiten Golfkrieg zeigten sich Anfang 1991 deren psychologische und politische Relevanz genauso wie die gesteigerten technologischen Möglichkeiten zu ihrer Abwehr.

Im März 2005 beschloss der Nordatlantikrat die Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence (ALTBMD). Dieses Programm war Teil des breiten Ansatzes der NATO zum Ausbau und zur Stärkung der Erweiterten Integrierten Luftverteidigung. Das Ziel war der Schutz von Truppen im Einsatz gegen Angriffe mit ballistischen Flugkörpern von bis zu 3000 Kilometern Reichweite. Kein Abwehrsystem ist bislang technisch in der Lage, das gesamte Spektrum der Bedrohung durch ballistische Raketen vollständig abzudecken. Die europäischen Bündnispartner stellten land- und seegestützte Sensoren sowie Luftverteidigungssysteme (Effektoren) für das Programm zur Verfügung. Systeme wie Patriot, SAMP-T (Surface/Sol Air Moyenne Portée Terrestre) und das geplante MEADS (Medium Extended Air Defense System) dienen nicht allein der Abwehr von ballistischen Raketen, sondern auch der Bekämpfung von Flugzeugen, Drohnen, Hubschraubern und Marschflugkörpern. Die europäischen NATO-Staaten verfügten jedoch ausschließlich über Abwehrsysteme gegen Flugkörper von bis zu 1000 Kilometern Reichweite in der unteren Abfangschicht. Eine Bekämpfung von Flugkörpern in der oberen Abfangschicht und mit einer Reichweite von bis zu 3000 Kilometern konnten nur die USA sicherstellen. Zur seegestützten Verteidigung setzten sie Schiffe des Typs Aegis ein. Diese dienen als Plattform für weitreichende Sensoren sowie als Startgerät für Abfangraketen. Nur mithilfe der US-Komponenten war es der NATO möglich, einen effizienten Systemverbund zu bilden. Das für eine Vernetzung notwendige Battlefield Management and Command, Control, Communications and Intelligence System (BMC3I) sollte im Bündnisrahmen gemeinsam finanziert werden.

Der luftgestützte Beitrag zur Luftverteidigung an der NATO-Ostflanke

Neben den bodengestützten kollektiven und defensiven Maßnahmen existiert auch ein luftgestützter Beitrag der NATO zum Schutz ihrer Ostflanke. Von den Combined Air Operations Centres (CAOC) in Uedem (Deutschland) und in Torrejón (Spanien) aus werden die entsprechenden Luftverbände gesteuert. An der seit 2004 laufenden NATO Baltic Air Policing Mission zum Schutz des Luftraums über Estland, Lettland und Litauen beteiligt sich die Bundeswehr seit 2005 mit Jagdflugzeugen vom Typ F-4F Phantom II (bis 2013) und mit dem Eurofighter. Von der Air Base Ämali in Estland aus entsendet die deutsche Luftwaffe seit 2014 jährlich ein Kontingent zur Verstärkung des Air Policing Baltikum (VAPB), in das seit August 2022 auch ein kleines Kontingent der spanischen Luftwaffe integriert ist. Ähnliche Kooperationen bestehen zwischen der britischen und der italienischen Luftwaffe. Ab 2023 werden sich zum ersten Mal mit der britischen Royal Air Force und der deutschen Luftwaffe zwei Luftverbände unterschiedlicher Nationen das NATO Air Policing im Baltikum teilen. Ferner betreibt die NATO Alliance Ground Surveillance (AGS) Force entlang der NATO-Ostflanke ständige Informations-, Überwachungs- und Aufklärungsflüge (ISR). Dabei werden unter anderem Einrichtungen und Fahrzeugbewegungen observiert. Seit März 2022 werden deutsche Tankflugzeuge vom Typ A400M unter Operation Inherent Resolve (OIR) zur Treibstoffversorgung der NATO-Flugzeuge an der Ostflanke verwendet.

FW

Strategische Flugkörperabwehr

In den 1990er Jahren kreiste die Debatte in der NATO und in Europa vorrangig um die Bedrohung durch ballistische Flugkörper kürzerer Reichweite und um den Aufbau entsprechender Fähigkeiten zu deren Abwehr. Eine potenzielle Bedrohung Europas durch weitreichende Raketen stand vorerst ebenso wenig zur Diskussion wie der Aufbau einer territorialen Flugkörperabwehr. Dies änderte sich, als US-Präsident Bill Clinton im Frühjahr 2000 die Bereitschaft der USA erklärte, ihren geplanten

Schutzschirm gegen Raketenpotenziale sogenannter Schurkenstaaten mit ihren Verbündeten zu teilen.

Die Diskussion in den USA um den Aufbau einer National Missile Defense sowie die Überlegungen, das europäische Bündnisgebiet mit einzubeziehen, entfachten nicht nur erneut die Debatte zwischen Moskau und Washington über nuklearstrategische Fragen, sondern auch die Kontroverse zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten. Dabei stand der ABM-Vertrag (Anti Ballistic Missile Treaty) von 1972 im Fokus, zu dessen Einhaltung sowohl Russland als auch die Mehrheit der europäischen NATO-Mitglieder drängten, um die strategische Stabilität nicht zu gefährden.

Als Teil des SALT-1-Pakets (Strategic Arms Limitation Talks) zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der strategischen Rüstung beschränkte der ABM-Vertrag die maximale Anzahl von Raketenabwehrsystemen beider Länder. So war eine landesweite Stationierung von Abwehrsystemen oder von hierfür erforderlichen Radarsystemen untersagt. Erlaubt war einzig eine feste bodengestützte Stellung mit bis zu 100 Abfangraketen und Startanlagen, um den Schutz einer Stadt oder einer Interkontinentalraketenbasis zu gewährleisten. Die USA beabsichtigten mit ihren Plänen vor allem, das eigene Territorium gegen eine mögliche Raketenbedrohung aus Nordkorea, Iran oder Irak zu schützen. Sie ließen keinen Zweifel daran, dass sie das Projekt auch ohne die NATO-Partner realisieren würden. Ein Spannungsfeld aus divergierenden nationalen Interessen und wirtschaftlichen Zwängen sowie dem fehlenden Druck einer akuten Bedrohung bildete den Nährboden für unterschiedliche Wahrnehmungen und Anforderungen, die eine gemeinsame Verteidigungspolitik der NATO behinderten. Zwar waren die USA nicht unbedingt auf die Zusammenarbeit mit dem Militärbündnis als Organisation angewiesen, jedoch auf die Bereitschaft einiger europäischer Staaten, die Stationierung von US-Systemkomponenten auf ihrem Territorium zuzulassen.

Die bodengestützte Luftverteidigung und der Ukrainekrieg

Die deutsche Luftwaffe ist gefragt im Ukrainekrieg: Bereits Mitte März 2022 verlegten deutsche Flugabwehrraketentruppen mit dem Waffensystem Patriot von Husum nach Sliač in die Slowakei, um gemeinsam mit einem niederländischen Patriot-Kontingent die Luftverteidigungsfähigkeit der NATO an der östlichen Flanke des Bündnisgebietes zu stärken. Als Teil der enhanced Vigilance Activities (eVA) ist diese Mission Ausdruck der Solidarität innerhalb der Allianz mit den östlichen Bündnispartnern. Anfang April verlegten Soldatinnen und Soldaten der Flugabwehrraketengruppe 61 im Rahmen der NATO-Mission enhanced Forward Presence (eFP) mit dem leichten Flugabwehrsystem Ozelot nach Litauen. Darüber hinaus beteiligt sich die Luftwaffe mit Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter an der NATO-Mission enhanced Air Policing South (eAPS) in Rumänien.

Dabei treffen hier neue Bedrohungen aus der Luft, wie Russlands breites Arsenal an modernen Marschflugkörpern und ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie Hyperschallwaffen, auf eine Luftverteidigung, die seit dem Ende des Warschauer Pakts deutlich an Schlagkraft verloren hat. Greifbar wird die Bedrohung anhand des in der russischen Exklave Kaliningrad stationierten hochmobilen, konventionell oder auch nuklear bestückbaren Boden-Boden-Raketensystems Iskander, des Einsatzes des Luft-Boden-Flugkörpers Kinschal im Ukrainekrieg oder der Erprobung des neuen seegestützten Hyperschallflugkörpers Zirkon. Westliche Staaten forschen daher intensiv an neuen Abwehrtechnologien. Einmal mehr zeigt sich in der Ukraine auch die Bedeutung der Fähigkeit zur Drohnenabwehr.

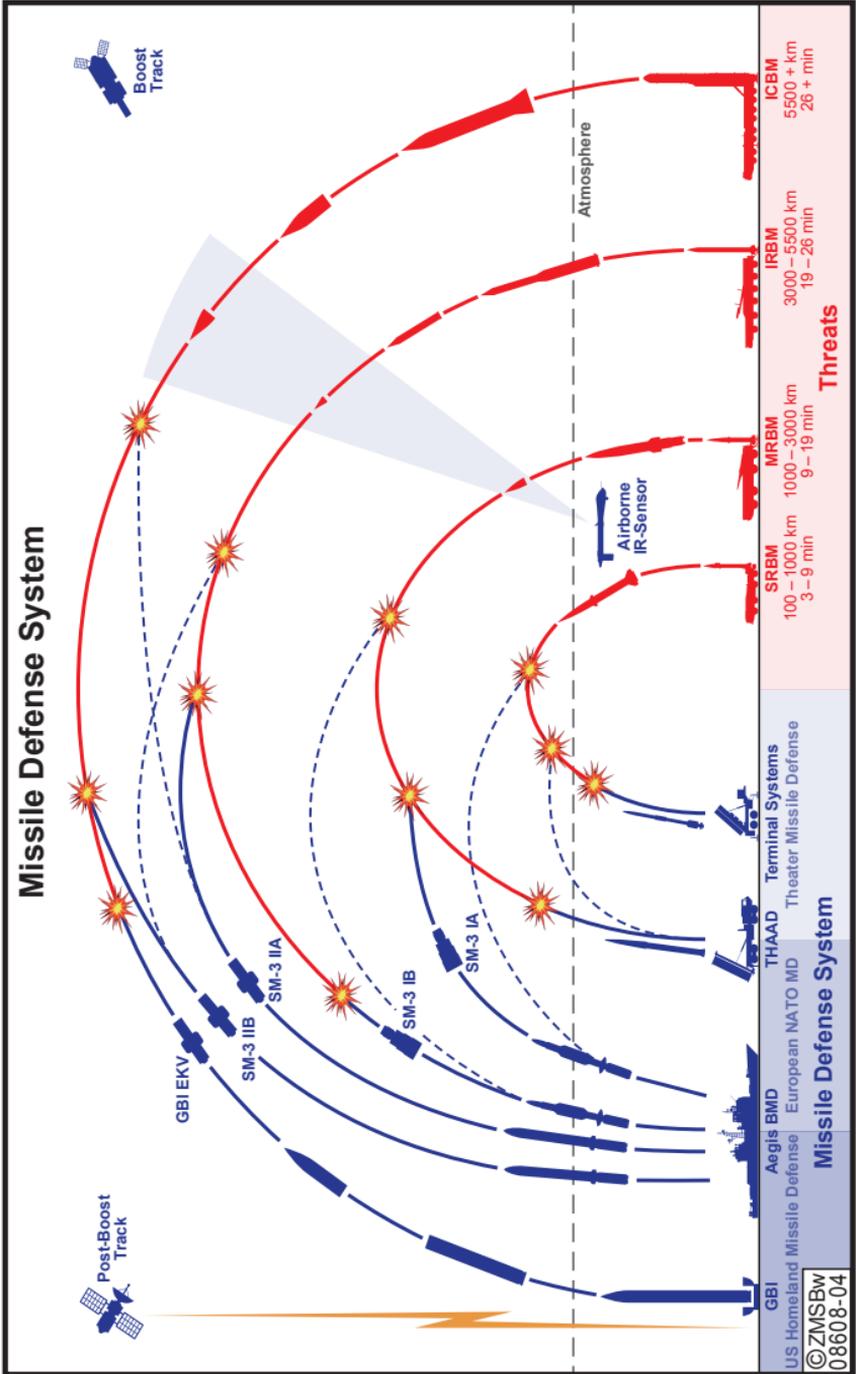
Der qualitative und quantitative Nachholbedarf ist groß. Der neue sicherheitspolitische Kurs Deutschlands wird Folgen für die Luftwaffe haben. Mit dem parlamentarischen Beschluss über die Einrichtung des »Sondervermögens Bundeswehr« vom Juni 2022 wird die Bundeswehr umfangreiche Mittel für komplexe Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben erhalten. Der Löwenanteil wird an die Luftwaffe gehen. Auf der Liste finden sich neue Kampfflugzeuge für die nukleare Teilhabe und den Elektronischen Kampf, Mittel für die bodengebundene Luftverteidigung und Hyperschallwaffenabwehr sowie für Luftlageführungs-, Radar- und Weltraumüberwachungssysteme.

FH, FS

Partner oder Gegner?

Der maßgebliche Faktor, der Europa letztlich zwang, sich mit dem Thema der territorialen Flugkörperabwehr zu beschäftigen, war die Rolle Russlands. Die Beziehungen zwischen Russland und den USA sowie den europäischen NATO-Staaten blieben im Bereich der Raketenabwehr ambivalent. Die in Russland dominierende Perspektive zur territorialen Raketenabwehr wurde bestimmt durch das Bemühen um die Aufrechterhaltung des globalen strategischen Gleichgewichts sowie die nukleare Balance mit den USA. Die bilateralen Verträge zur Rüstungsbeschränkung zwischen den USA und Russland bildeten für Moskau eine Art Anker, um nach wie vor als Supermacht wahrgenommen zu werden.

Mit dem Ende der Verträge wie dem ABM-Vertrag 2002 fürchtete Russland, diese Position zu verlieren. Spannungen ergaben sich zum einen aus den amerikanischen Plänen zur Entwicklung von Raketenabwehrsystemen für einen flächendeckenden Schutz, der das russische Offensivpotenzial zu konterkarieren drohte, zum anderen aus dem Angebot an die europäischen Bündnispartner, sich an der umfassenden Abwehrarchitektur zu beteiligen. Unabhängig davon, ob die technische Umsetzung dieser Pläne geeignet war, das strategische Offensivpotenzial Russlands tatsächlich zu reduzieren, empfand Moskau diese Planungen als Provokation. Begleitet von einer aggressiven Rhetorik gegen die NATO-Raketenabwehr, erfolgten russische Gegenmaßnahmen wie die Modernisierung der eigenen Nuklearwaffen oder die Stationierung offensiver Potenziale in unmittelbarer Nähe zum NATO-Bündnisgebiet. Beide Seiten hatten sich im Laufe der Debatte nicht nur immer wieder um Schadensbegrenzung und Deeskalation des Konflikts bemüht, sondern auch dem anderen die Hand für eine Zusammenarbeit geboten. Doch gingen die westlichen Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit Russland beim Aufbau einer territorialen Flugkörperabwehr nicht über den politischen Dialog hinaus. Zu unterschiedlich waren die Interessen und die Vorstellungen über eine Zusammenarbeit in dieser Frage. Obwohl Russland deutlich machte, dass es mit einer Stationierung von Systemkomponenten der USA oder der NATO in unmittelbarer Nachbarschaft,



also in den früheren Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes und in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion, nicht einverstanden war, hielten die USA an ihren Plänen fest. Aus deren Perspektive umfasste eine Kooperation vorrangig Maßnahmen zur Vertrauensbildung und Transparenz. Ein gemeinsam mit Russland betriebenes Raketenabwehrsystem war zu keiner Zeit eine Option.

Für die meisten NATO-Mitglieder war von entscheidender Bedeutung, dass der Aufbau einer gemeinsamen Raketenabwehr nicht zu einem nachhaltigen Konflikt mit Russland führte. Seit 2007, als die amerikanischen Raketenabwehrpläne für Europa zunehmend konkret wurden, enthielten die offiziellen Erklärungen der NATO im Zuge von Gipfeltreffen oder ministeriellen Treffen immer einen Absatz oder zumindest einige Sätze, in denen die NATO versicherte, Russland in Bezug auf den Themenkomplex Raketenabwehr im NATO-Russland-Rat zu konsultieren. Es war nicht im Sinne der Allianz, die Konfrontation mit Russland zu provozieren, um eine Option zur Schadensbegrenzung im Falle einer Konflikteskalation im Nahen und Mittleren Osten zu gewinnen.

NATO-Gipfeltreffen in Lissabon 2010

Die Politik von US-Präsident Barack Obama brachte letztendlich die Wende in der internationalen Raketenabwehrdebatte. Die USA bezogen das Bündnis nun umfassend mit in ihre Planungen ein, stimmten einer politischen Kontrolle des Einsatzes der Architekturanteile der USA durch den NATO-Rat zu und eröffneten auch Russland Möglichkeiten, mit der NATO im Bereich der Raketenabwehr zusammenzuarbeiten.

Auf dem NATO-Gipfel in Lissabon 2010 erklärten die Staats- und Regierungschefs die Fähigkeit zur territorialen Flugkörperabwehr offiziell zum Kernelement der kollektiven Verteidigung und zur gemeinsamen Aufgabe der Allianz. Ein Angriff mit ballistischen Flugkörpern auf einen NATO-Partner würde faktisch den Bündnisfall gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrags auslösen. Das ALTBMD-Programm von 2005 wurde in Verbindung mit den US-amerikanischen Plänen zur europäischen Raketen-

abwehrarchitektur zum Grundgerüst für den Aufbau der gemeinsamen territorialen Flugkörperabwehr. Das mehrschichtige Prinzip der angestrebten Architektur, nach dem verschiedene Abwehrsysteme in unterschiedlichen Abfangschichten gegen ballistische Flugkörper aller Reichweiten wirken sollten, erzeugte fließende Übergänge zwischen der strategischen und taktischen Ebene – im Angriff wie in der Abwehr.

Auf dem NATO-Gipfel in Chicago 2012 bestätigten die Staats- und Regierungschefs die vorläufige Befähigung (Interim Capability) des Bündnisses zur Abwehr ballistischer Flugkörper. Das Command and Control System im NATO HQ Allied Air Command war in Ramstein in Dienst gestellt worden. Darüber hinaus standen die Aegis-Schiffe der USA und das Forward-based early-warning BMD Radar (FBX-Radar) in Kürecik (Türkei) nun unter der operativen Kontrolle der NATO. Im September 2015 stationierten die USA vier Aegis-Schiffe im südspanischen Rota. Auf dem NATO-Gipfel in Warschau 2016 verkündeten die Staats- und Regierungschefs, dass die NATO BMD Initial Operational Capability erreicht worden sei. Zeitgleich übernahm die Allianz die Befehls- und Kommandogewalt für die Raketenabwehranlage Aegis Ashore in Deveselu (Rumänien). Immer wieder bekräftigte das Bündnis die Dialogbereitschaft gegenüber Russland und versicherte, dass sich die Raketenabwehrarchitektur nicht gegen russische Potenziale richte.

Der deutsche Beitrag

Für Deutschland war es aufgrund seiner geostrategischen Lage und seiner Funktion als zentraleuropäische Mittelmacht der NATO stets existenziell, dass die Politik einer flächendeckenden Raketenabwehr nicht zu Spannungen mit Russland führte. Die politische Debatte und die Argumentation für oder gegen eine deutsche Beteiligung an der Raketenabwehr bewegte sich primär zwischen der Sorge vor russischer Kritik auf der einen und US-amerikanischem Druck auf der anderen Seite.

Deutschland stellte wiederholt infrage, ob präventive Verteidigungsmaßnahmen gegen eine potenzielle Bedrohung die richtige Antwort auf das Problem der Proliferation seien. Die



Im Oktober 2022 wurde ein Luftverteidigungssystem IRIS-T SLM, hier auf einer Messe zu sehen, aus Deutschland an die Ukraine geliefert. 2023 sollen drei weitere solche Systeme folgen.

Bundesregierung plädierte für eine Stärkung der diplomatischen Ansätze und sträubte sich dagegen, über den politischen Dialog hinaus auch militärische Maßnahmen zu ergreifen. Sie setzte sich immer wieder für Konsultationen der US-amerikanischen Raketenabwehrpläne im Bündnis und für eine gemeinsame Position der europäischen NATO-Staaten ein. Im Vordergrund stand dabei die Sorge vor der Entstehung unterschiedlicher Sicherheitszonen und, damit einhergehend, die Frage nach der Existenzberechtigung der NATO. Erst als die USA ihre Pläne zum Aufbau einer territorialen Flugkörperabwehr in die NATO integrierten und sich offiziell zur Zusammenarbeit mit Russland bereit erklärten, stimmte die Bundesregierung dem Projekt auf dem NATO-Gipfel in Lissabon zu – nach jahrelanger Zurückhaltung und trotz russischer Widerstände.

Anfang Februar 2012 erklärte Verteidigungsminister Thomas de Maizière gegenüber den Bündnispartnern und der Öffentlichkeit die grundsätzliche Verfügbarkeit von deutschen Patriot-Verbänden für die territoriale Flugkörperabwehr der Allianz. Patriot ist im Bereich der Systeme kleinerer Reichweite einzuordnen und eignet sich zur Abwehr ballistischer Kurzstreckenraketen. Nach der Bedrohungsanalyse erschien ein Einsatz vorrangig in der Peripherie des Bündnisgebietes und im internationalen Verbund sinnvoll. Darüber hinaus beschloss die NATO, am deut-

schen Standort Ramstein eine Kommandozentrale einzurichten. Die NATO-Raketenabwehr wurde in das bestehende Luftverteidigungssystem NATO Integrated Air Defence System (NATI-NADS) integriert und das bereits bestehende integrierte HQ Allied Air Command in Ramstein erweitert, um die Verantwortung für die Luftverteidigung aus einer Hand sicherzustellen, Doppelungen von Strukturen zu vermeiden und eine schnellstmögliche Einsatzbereitschaft zu gewährleisten. Damit wird die Raketenabwehr der NATO von nun an von deutschem Boden aus geführt.

Neue alte Spannungen

Der russische Präsident Dmitri Medwedew forderte Ende 2010, Russland als gleichwertigen Partner in die Pläne der NATO zur Flugkörperabwehr einzubeziehen. Russland hatte dem Atlantischen Bündnis bereits früher einen alternativen Vorschlag zu einer gemeinsamen Flugkörperabwehrarchitektur unterbreitet, in dem die NATO und Russland gemeinsam möglichen Bedrohungen für Europa durch Risikostaat begegneten. Medwedew bat darum, das russische Konzept, das auf einer Aufteilung des Schutzgebiets in Zonen basierte, erneut zu prüfen. Darüber hinaus forderte Moskau von der NATO eine rechtlich verbindliche Garantie, dass sich ihre Raketenabwehrarchitektur nicht gegen Russland richte. Falls das Bündnis diese Forderungen nicht erfülle, drohte Russland eine eigene Raketenabwehr aufzubauen, den neuen Strategic Arms Reduction Treaty (START) zu kündigen oder ballistische Flugkörper an der NATO-Ostgrenze zu stationieren.

Die NATO-Mitglieder waren sich einig, dass das Bündnisgebiet und seine Bevölkerungen ausschließlich durch das Bündnis verteidigt werden dürfen. Demzufolge war weder die Aufteilung des NATO-Territoriums in Zonen realisierbar, noch konnten Russland Veto-Rechte zugesprochen werden. Die neuen NATO-Mitglieder an der Ostflanke des Bündnisgebietes standen einer Zusammenarbeit mit Russland ohnehin reserviert gegenüber. Ein Vertrauen zu Moskau war historisch bedingt noch immer nicht wiederhergestellt. Sowohl die Obama-Administration als auch der NATO-Generalsekretär lehnten die russische

Forderung nach der rechtlichen Garantie ab. In Washington und Brüssel wurde dafür eine politisch verbindliche, jedoch rechtlich nicht wirksame Erklärung in Betracht gezogen, in der das Bündnis noch einmal hätte unterstreichen können, dass sich das Raketenabwehrprojekt nicht gegen russische Interessen richtete. Doch die Mehrheit der strategischen Elite in Russland unterstellte den USA und der NATO, sie würden sich mit ihrem Aufbau einer Raketenabwehr befähigen, einen atomaren Erstschlag auszuführen und einen russischen Vergeltungsschlag abzuwehren. Folglich müsse Moskau Aufrüstungsschritte einleiten, wenn die russischen Bedenken nicht berücksichtigt würden. Schlussendlich scheiterten sowohl die Bemühungen der USA als auch der NATO, mit Russland eine Kooperationsvereinbarung über die Raketenabwehr zu schließen. Als Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland 2014 brach die NATO alle Verbindungen auf der Arbeitsebene ab.

Auf das Ende des INF-Vertrages 2019 und die russische Stationierung von Mittelstreckenraketen reagierte die NATO mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, um die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses zu stärken. Explizit beinhaltete es auch die gemeinsame Fähigkeit zur Luftverteidigung inklusive der Abwehr ballistischer Flugkörper mittlerer Reichweite. Für Deutschland, das in der gemeinsamen NATO-Luftverteidigung eine zentrale Rolle spielt, ist diese Maßnahme von großer Bedeutung. Die Kräfte der bodengebundenen Luftverteidigung der Bundeswehr sind Teil der Integrierten NATO-Luftverteidigung und liefern einen substanziellen Beitrag zur Sicherheit des Luftraums über dem Bündnisgebiet.

Friederike Hartung



picture alliance/dpa/Plamen Ivanov/Press Office Us

Die maritime Dimension des Ukrainekrieges zeigte sich mit der Besetzung der Schlangeninsel am ersten Tag der Invasion, dem 24. Februar 2022. An der Besetzung wirkten unter anderem der russische Kreuzer »Moskwa« mit, der am 13. April versenkt wurde. Der Krieg wirkt sich aber auch auf die Handelsschifffahrt aus. Die russische Blockade des Asowschen und von Teilen des Schwarzen Meeres hat Getreideexporte der Ukraine unterbrochen und damit die Gefahr weltweiter Hungerkrisen hervorgerufen. Bereits zuvor hatten Manöveraktivitäten im Schwarzen Meer wie in der Ostsee eine konfrontative Stoßrichtung gehabt.

Während des Kalten Krieges hatte die eng in NATO-Strukturen integrierte Deutsche Marine Schiffe für gemeinsame Einsatzverbände entsandt. Ihre Beteiligung an Stäben der Allianz sowie der Aufbau neuer Führungseinrichtungen hat seit Kriegsbeginn eine neue Dimension erhalten.

Das Foto zeigt die türkische Fregatte Turgut Reis (links) und das Tankschiff Spessart der Deutschen Marine im Schwarzmeerhafen von Varna, Bulgarien, am 8. März 2015. Die Schiffe der Standing NATO Maritime Group 2 trafen in Varna im Rahmen des Einsatzes der Gruppe im Schwarzen Meer ein. An der Übung nahmen Kriegsschiffe aus den Vereinigten Staaten, Deutschland, Italien, Kanada und der Türkei teil.

Die Deutsche Marine an der Ostflanke der NATO

»Von Meer zu Meer« – vom Baltischen Meer zum Schwarzen Meer –, so lautet seit Zar Peter I. dem Großen der maritime Großmachtanspruch Russlands. Mittlerweile reicht dieser Anspruch vom Atlantik zum Pazifik. Für die NATO ist das eine Herausforderung. Seit ihrer Aufstellung 1956 ist die Bundesmarine Teil der NATO, wobei ihr operativer Schwerpunkt in der Ostsee lag. Sichtbarer Ausdruck der Relevanz der Ostseezugänge war der NATO-Kommandobereich COMBALTAP, der die Jütländische Halbinsel und die sie umgebenden Seegebiete umfasste. Dort stellte die Bundesmarine etwa 80 Prozent der maritimen Kampfkraft. Mit dem Aufwachen der sowjetischen Marine zu einer in allen Bereichen hoch leistungsfähigen Hochseemarine seit den 1970er Jahren erlangte auch das Seegebiet vor Norwegen als Aufmarsch- und Operationsraum der sowjetischen Nuklear-Unterseeboote eine neue operative und strategische Relevanz. Ab den 1980er Jahren stand die Nordflanke im Fokus der nordeuropäischen NATO-Marinen und der Bundesmarine – also das Nordmeer, die Nordsee und die Ostsee. Gleichzeitig begann die sowjetische Marine auch an der Südflanke operativ nach Raum zu greifen, indem sie sich vom Schwarzen Meer aus permanente Stützpunktrechte im Mittelmeer sicherte und Schiffe in Syrien und Libyen stationierte. Doch die friedlichen Revolutionen von 1989 setzte dieser neuen operativen Eskalation ein Ende. Nach der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation im Jahr 1991 veränderte die NATO ihre Strategie von der Konfrontation zur Kooperation.

Damit kamen auf die Bundesmarine neue Aufgaben zu. Neben den ersten Auslandseinsätzen im Persischen Golf 1991 und in der Adria von 1992 bis 1996 wurden der Umfang der Bundeswehr und ihrer Marine reduziert. Spätestens mit dem Bekenntnis der ehemaligen sowjetischen Vasallenstaaten zu Demokratie und Europa war Deutschland kein Frontstaat mehr. Ehemalige Gegnerstaaten der NATO signalisierten sogar ihren Wunsch nach Mitgliedschaft in diesem Bündnis. Das Bündnis kam dem mit ihrem Programm Partnership for Peace (PfP) ent-

gegen. Für die Marine bedeutete dies, über die üblichen Hafensbesuche in den ehemaligen Ostblockstaaten hinaus die Bündnisaspiranten auf einen NATO-Beitritt vorzubereiten. Aber nicht nur die westlichen Marinen litten unter der Mittelreduktion, auch die nunmehrige russische Marine war gegen Ende der 1990er Jahre nur noch ein Schatten ihrer selbst. Dem trug die neue NATO-Kommandostruktur Rechnung.

In dieser Zeit veränderte sich auch die Flottenstruktur der Deutschen Marine. Seit »Sharp Guard«, der Seeblockade in der Adria von 1993 bis 1996, trugen vor allem die Fregatten und Zerstörer die Last der Auslandseinsätze. Beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus ab 2001 beteiligte sich sogar die russische Marine an NATO-geführten Einsätzen. Höhepunkt dieser Kooperation war die Zeit um das Jahr 2007. Nach dem Georgienkrieg vom Sommer 2008 kühlte das Verhältnis jedoch ab. Schon 2005 hatte die Deutsche Marine die Fähigkeit zur Seekriegführung aus der Luft aufgegeben, als sie ihr letztes Jagdbombergeschwader auflöste. Ähnlich verhielt es sich mit der Seekriegführung im Randmeerbereich in Form der 2016 außer Dienst gestellten Schnellbootwaffe. Ihre Fähigkeiten wurden in Teilen von den Korvetten der Klasse 130 übernommen. Mit den U-Booten der Klasse 212 A wurde Anfang 2005 ein neues und hochwertiges Seekriegsmittel für die Nordflanke eingeführt. Seither betreibt die Deutsche Marine neben Russland die einzige U-Boot-Flotte, die in allen Gewässern der Nordflanke operieren kann. Im Rahmen der Transformation der Bundeswehr wurden die bisher strukturbestimmenden Typflottillen zugunsten der beiden Einsatzflottillen 2006 aufgegeben – ein in der deutschen Marinegeschichte einmaliger Schritt. Bis 2014 schrumpfte die Marine auf ungefähr ein Drittel ihrer Größe bei Ende des Kalten Krieges.

Ein weiteres wichtiges Element und Ausdruck der im Bündnis anerkannten Randmeerexpertise der Deutschen Marine ist das Center Of Excellence for Operations in Confined and Shallow Waters (COECSW), das 2007 in Kiel aufgestellt und 2009 akkreditiert wurde. Es ist das Kompetenzzentrum der Allianz mit dem Schwerpunkt auf maritimen Einsätzen in Randmeeren und Küstengewässern. Wie auch die anderen COE ist es international besetzt, wobei Deutschland als Rahmennation die Infrastruktur und etwa die Hälfte des Personals stellt. Mit dem NATO-Beitritt

der baltischen Staaten 2004 und spätestens mit der Annexion der Krim rückte die Ostsee wieder in den Fokus der alliierten Bedrohungsperzeption. Das spiegelte sich auch darin wider, dass von 2011 bis 2019 auch Finnland Unterstützungspartner war. Erstmals in der Geschichte der COE überhaupt war ein Staat Teil einer solchen Forschungseinrichtung, der nicht Mitglied im Bündnis war. Die Aufgabe des COECSW sind Entwicklung und Validierung von Doktrinen und taktischen sowie operativen Konzepten für den Einsatz in Randmeeren, die Unterstützung von Übungen und Ausbildung sowie deren Auswertung und Anwendung in Simulationen und komplexen Modellen. Kurzum, es ist die NATO-Denkfabrik für den Randmeerbereich. Seit 2002 hat die NATO im Rahmen ihres Transformationsprozesses mittlerweile mehr als 20 solcher COE als Forschungseinrichtungen geschaffen.

Mit der russischen Annexion der Krim im März 2014 endete die Fixierung westlicher Marinen auf expeditionäre Fähigkeiten zur Konfliktprävention und zum Krisenmanagement. Nach einem Vierteljahrhundert der Annäherung an Russland und der operativen Schwerpunktlegung auf die Südflanke begann mit dem NATO-Gipfel von Wales im September 2014 eine Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung. Künftig stand nicht mehr nur *eine* Flanke auf der Agenda der Allianz, sondern von der Nord- über die neue Ost- bis hin zur Südflanke erkannte sie eine neue Bedrohung. Russlands geographische Ausdehnung macht den ganzen kontinentalen Osten Europas von Estland bis Bulgarien zur möglichen Konfliktzone. Maritim grenzt die Ostflanke jeweils an die Binnenmeere Ostsee und Schwarzes Meer, an denen ebenfalls eine Kontaktzone zu Einheiten der russischen Marine besteht. Weil die Ostsee Teil des Nordflankenraums ist, erweiterte sich der Operationsraum der NATO bis in die Norwegensee. Aufgrund der geographischen Lage Deutschlands und seiner historisch gewachsenen Erfahrung im Ostseeraum spielte die Deutsche Marine hier eine besondere Rolle. Die auf dem NATO-Gipfel 2016 in Warschau beschlossene enhanced Forward Presence (eFP) im Baltikum, wo das Bündnis mit einer weiteren möglichen Aggression durch Russland rechnete, hatte eine rotierende Stationierung von NATO-Truppen in den baltischen Staaten und in Polen zur Folge.

Schon davor hatte die russische Marine eine Modernisierung ihrer Flotte eingeleitet, insbesondere mit Blick auf die Randmeerfähigkeiten. Auch hatte die NATO 2014 beschlossen, dass ihre Mitglieder innerhalb einer Dekade wieder mindestens zwei Prozent ihres BIP für Verteidigung ausgeben sollten. In Deutschland waren es 2014 nur 1,15 Prozent; den Tiefpunkt hatte das Jahr 2005 mit knapp über einem Prozent dargestellt.

Die Bedeutung der maritimen Südflanke zeigte sich im Aufbau eines Center for Maritime Coordination for the Black Sea der NATO im bulgarischen Warna im Juli 2021. Damit erhofft sich das Bündnis ein umfassendes Lagebild für dieses Binnenmeer. Doch die Partikularinteressen der drei NATO-Anrainerstaaten bremsten den Erfolg nachhaltig. Rumänien unterstützte die Initiative voll, Bulgarien nur teilweise, während sich die Türkei als besonders problematisch erwies und das Projekt grundsätzlich ablehnte. Sie betrachtete ihre nationalen Interessen im Schwarzen Meer als beeinträchtigt und verwies auf den Vertrag von Montreux aus dem Jahr 1936. Dieser regelt, dass sich Kriegsschiffe von Nicht-Anrainern nur maximal 21 Tage im Schwarzen Meer aufhalten dürfen. Das schließt eine ständige Anwesenheit von NATO-Schiffen dort aus und macht die Türkei neben Russland zur stärksten Regionalmacht. Russland eskalierte im November 2018 bewusst im Schwarzen Meer, indem seine Schiffe in der Meerenge von Kertsch einen Zusammenstoß mit der ukrainischen Marine provozierten. In der Folge verstärkte die Allianz ihre dortige maritime Präsenz. Dies geschah durch abwechselnde Besuche von Schiffen der NATO; allein im Jahr 2021 waren die ständigen Verbände an 99 Tagen im Schwarzen Meer anwesend. Daran beteiligten sich auch immer wieder deutsche Einheiten, schließlich ist Deutschland seit Aufstellung des ersten Einsatzverbandes für das Mittelmeer 1992 fast durchgängig in den mittlerweile zwei Verbänden vertreten. Seit dem 28. Februar 2022 ist die Passage durch die Dardanellen und den Bosphorus für Kriegsschiffe gemäß dem Meerengen-Abkommen gesperrt.

Im Bereich der Nordflanke und vor allem der Ostsee fiel der Deutschen Marine nach 2014 eine Schlüsselfunktion zu. Auch dort wurde eine Koordination angedacht und es soll eine Baltic Maritime Coordination Function eingerichtet werden, welche die Deutsche Marine gern übernehmen würde. Auch hier haben

die Spannungen spürbar zugenommen. Der Ostseeraum allein war seit 2013 Schauplatz von 40 Prozent der gefährlich nahen Begegnungen von Truppen Russlands und der NATO, primär von Luftfahrzeugen und Schiffen. Auf den nördlichen Teil der Nordflanke entfielen noch einmal etwa 20 Prozent. Das zeigt die Relevanz dieser primär maritim geprägten Flanke des Bündnisses und ihren Stellenwert für Russland, dessen Streitkräfte dort zumeist aggressiv auftraten. Infolge der sogenannten Friedensdividende sanken die Flottenstärken der NATO-Marineneinheiten im Ostseeraum in großem Umfang. Im Gegensatz dazu begann Russland seit etwa 2008 mit einer Modernisierung seiner Marine und Luftwaffe. Bis Anfang 2022 verfügte die russische Marine über etwa die doppelte Zahl an Kriegsschiffen und über dreimal so viel Unterseeboote wie die NATO-Anrainer zusammen.

Bis zum NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens existieren drei Parteien im Ostseeraum: Russland, die NATO und die Neutralen. Allerdings tendierten die letzteren im Sinne ihrer nationalen Sicherheit seit 2014 immer stärker in Richtung der Allianz, bis sie im Juni 2022 die Aufnahme in die NATO beantragten. Eine wichtige Funktion in der Koordination der Interessen zur Abwehr der zunehmenden Bedrohung kam der Deutschen Marine zu. Mit der 2015 ins Leben gerufenen Baltic Commanders Conference (BCC) schuf sie eine Plattform, auf der alle Befehlshaber der Ostseemarineneinheiten ihre Vorhaben zur Abwehr russischer Aggressionen koordinieren können. Die Deutsche Marine beansprucht dort aufgrund ihrer Größe eine Führungsrolle.

Eine Folge dieses lokalen Führungsanspruchs ist der 2019 begonnene Aufbau eines deutschen Führungsstabes DEU MARFOR (German Maritime Forces) in Rostock. Er soll der NATO nach der geplanten Zertifizierung ab 2023 als Baltic Maritime Component Command (BMMC) dienen. Mit der vollen Einsatzfähigkeit wird bis 2025 gerechnet. Seinen Ursprung hat er in der deutschen Verpflichtung zur Aufstellung eines MMC im Rahmen des NATO Readiness Action Plan (RAP) von 2016. Der Stab wird aus permanent 100 Mitarbeitenden bestehen und kann im Krisen- und Konfliktfall auf 171 ansteigen. Arbeitssprache ist Englisch und bereits im Frieden ist er mit 24 Austausch- und Verbindungsoffizieren besetzt. Seine Aufgaben sind die Planung von maritimen Operationen, die Lagebilderstellung sowie das

Führen von multinationalen Seekriegsmitteln und Verbänden. Neben den ortsgebundenen Strukturen kann der Stab auch von Schiffen der Allianz aus Operationen führen.

Seit 2014 stellte die Deutsche Marine mehrfach Einheiten für die NATO Assurance Measures in der Ostsee zur Verfügung. In diesem Rahmen war im Frühjahr 2020 zum Beispiel das U-Boot U33 eingesetzt, um gezielt die Aktivitäten der russischen Flotte aufzuklären, um ein präzises Lagebild zu generieren und um die Bündnispräsenz in der Ostsee zu zeigen.

Das Äquivalent für die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) der Landstreitkräfte stellen für die Marine die ständigen NATO-Einsatzverbände dar. Deutschland beteiligt sich an allen vier Einsatzverbänden mit Minenabwehreinheiten und Fregatten. Für den Nordflankenraum und den Atlantik sind das die Standing NATO Maritime Group 1 (SNMG 1) und die Standing NATO Mine Countermeasures Group 1 (SNMCG 1). Diese Verbände verbrachten 2021 allein 286 Tage in der Ostsee. Das zeigt die herausragende Bedeutung dieses Seegebietes für das Bündnis. Mit den zunehmend deutlicher kommunizierten Ansprüchen Russlands auf ehemalige Sowjetrepubliken wuchsen auch die Spannungen zur NATO. Das betrifft vor allem die drei baltischen Staaten. Während des russischen Truppenaufmarsches im Winter 2021/22 verstärkte auch die Deutsche Marine die Bündniskräfte in der Ostsee. Ab dem 1. Februar 2022 beteiligte sich der Einsatzgruppenversorger »Berlin« als Flaggschiff an der SNMG 1. Zwei Minenjagdboote verlegten Mitte Februar ihr Operationsgebiet von der Nordsee in den Finnischen Meerbusen, um als Zeichen der Solidarität gemeinsame Übungen mit estnischen und finnischen Einheiten durchzuführen. Außerdem entschied der Inspekteur der Marine am 15. Februar 2022, die Fregatte »Sachsen« mit ihren ausgeprägten Luftverteidigungsfähigkeiten in die südliche Ostsee zu entsenden. Abgerundet wurde diese Verstärkung durch Aufklärungsflüge von Seefernaufklärern des Typs P-3C Orion. Nach dem Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 passte die Deutsche Marine den Ansatz ihrer Kräfte in der Ostsee an die neue Lage an.

Mit all diesen Aktivitäten ist die Deutsche Marine zur Anlehnungspartnerin für die Alliierten in der Ostsee und die künftigen Bündnismitglieder Schweden und Finnland geworden.

Gleichzeitig sind solche Verstärkungen ein politisches Signal in Richtung eines möglichen Gegners wie auch innerhalb des Bündnisses. Marineeinheiten genießen den Vorteil, dass sie bereits in Spannungsphasen im hoheitsfreien Raum der Hohen See aufmarschieren und entsprechend den politischen Vorgaben deeskalierende oder abschreckende Signale senden können. Solche Maßnahmen waren bereits im Kalten Krieg ein wichtiger Bestandteil des maritimen Fähigkeitspektrums für den Spannungsfall oder die Krise. Um die gewünschte politische Wirkung zu erzielen, wurden schon damals Einsatzregeln (Rules of Engagement) erlassen, die in den letzten Dekaden auch für die Auslandseinsätze der Bundeswehr eine wichtige Funktion besaßen.

Sichtbarer Ausdruck der neuen operativen Ausrichtung der NATO sind ihre Übungen. Im Nordflankenraum sind das vor allem die Manöverserien Baltic Operations (BALTOPS) und Trident Juncture, an denen auch Nicht-NATO-Nationen teilnehmen. Nach 1990 diente BALTOPS der Integration der ehemaligen Gegner und der multilateralen Kommunikation. Bis 2012 beteiligte sich daran auch Russland. 2014 aber haben die Großmanöver wieder ihre alte Funktion aus der Ära des Kalten Krieges erlangt: Ziel ist seither die Demonstration der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses und damit die Abschreckung in Richtung Russland. Es ist zu erwarten, dass die Deutsche Marine weiterhin eine wichtige Rolle an der nördlichen Ostflanke des Bündnisses übernehmen wird. Entsprechend dem strategischen Konzept der NATO von 2022 sind die Sicherheit und die Interessen der Allianz durch das russische Militärpotenzial in der Ostsee, dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer bedroht. Die russische Fähigkeit, die strategisch wichtigen Seeverbindungslinien der NATO an der Nordflanke zu unterbrechen, ist eine weitere Herausforderung. Nach wie vor ist die maritime Sicherheit für die NATO ein Schlüssel für den westlichen Frieden und Wohlstand. Deren Bedrohung wird daher adäquat begegnet. Als Reaktion auf die russische Störung der transatlantischen Friedensordnung wird die Deutsche Marine künftig 20 Schiffe und Boote für die NATO Response Force an der Ostflanke stellen.

Christian Jentzsch



Die militärische Übungsserie Rapid Trident, die von 2014 bis 2021 alljährlich in der Ukraine stattgefunden hat, wurde von zahlreichen NATO-Partnerarmeen unterstützt. Neben europäischen NATO-Staaten bewirkte insbesondere die Beteiligung US-amerikanischer Truppen eine deutliche Leistungssteigerung der ukrainischen Streitkräfte. Sie führte zur Anlehnung an die Standards des atlantischen Bündnisses. Der ukrainischen Armee erlaubte die Serie eine gemeinsame Einübung von Verfahren der Stabsarbeit und von Führungsverfahren, von Logistkarbeit und der taktisch eigenständigen Führung komplexer Truppenverbände.

Die Übungsserie Rapid Trident in der Ukraine

Angesichts der Erfolge der ukrainischen Streitkräfte gegen die technisch, materiell und personell überlegene russische Invasionsarmee stellt sich die Frage nach den Gründen hierfür. Auch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs blieb die sowjetische Militärdoktrin für die ukrainischen Streitkräfte noch lange Zeit bestimmend. Diesbezüglich unterschieden sie sich nicht wesentlich von der russischen Armee. Ein wichtiger Baustein ihrer Modernisierung waren die bi- und multilateralen US-amerikanisch-ukrainischen Übungen seit Mitte der 1990er Jahre, insbesondere die Übungsserien Sea Breeze und Rapid Trident. Basierend auf meinen Erinnerungen als ehemaliger Austauschoffizier im Headquarter U.S. Army Europe (HQ USAREUR) skizziere ich am Beispiel von Rapid Trident 2009 Idee, Konzept und Zielsetzung dieser Übungsserien. Die von mir getroffenen Bewertungen stellen meine persönliche Meinung dar.

Rapid Trident wurde seit 2006 als multilaterale, ukrainisch geführte Übung in Kooperation mit HQ USAREUR jährlich durchgeführt, zuletzt im Jahre 2021. Sie geht zurück auf die Übungsserie *Peaceshield*, mit der die amerikanisch-ukrainische Verteidigungszusammenarbeit seit 1995 im Geist des NATO-Programms Partnership for Peace (PfP) umgesetzt wurde. Beide Übungsserien sind Teile des gemeinsamen Ausbildungs- und Übungsprogramms des USAREUR, um die Fähigkeit der Zusammenarbeit der Streitkräfte der USA mit denen von Verbündeten oder Partnerstaaten zu stärken. Bei Rapid Trident stellte USAREUR den Planungsrahmen, administrative und logistische Unterstützung sowie Personal bereit. Darüber hinaus bildete die California Army National Guard (CAARNG) im Wesentlichen die amerikanische Übungstruppe. Seit 1993 etablierte die CAARNG eine Partnerschaft mit den ukrainischen Streitkräften. Die US-Streitkräfte sahen für jede Nationalgarde ihrer Bundesstaaten nach Möglichkeit eine Partnernation vor, um durch gemeinsame Übungen eine Annäherung an die Standards für NATO- bzw. UN-Missionen zu erreichen. Neben der CAARNG sind die Georgia Army National Guard für Georgien

und die Pennsylvania Army National Guard für Lettland als Partner zuständig. Auf ukrainischer Seite stammte das Personal aus dem Verteidigungsministerium und aus Teilen des 8. Ukrainischen Armeekorps. Darüber hinaus wurden weitere Übungsteilnehmer aus zahlreichen NATO- und PfP-Partnernationen gewonnen.

Im Jahr 2009 übte man auf dem Truppenübungsplatz Jaworiw in der Nähe von Lwiw. Vorbereitende Konferenzen fanden in Los Angeles (bei der CAARNG), in Kyjiw (im ukrainischen Verteidigungsministerium), in Schytomyr (beim 8. Ukrainischen Armeekorps) und auf dem Übungsplatz selbst statt. Teil der Übung war eine computerunterstützte Command Post Exercise, also eine Stabsrahmenübung, bei der neben einem multinationalen Brigadegefechtsstand auch ein rein ukrainischer Brigadegefechtsstand zunächst ausgebildet und im Anschluss für fünf Tage beübt wurde. Neben Personal aus dem HQ USAREUR sowie der California Army National Guard wurden hierfür auch Übungsteilnehmer und -beobachter aus anderen NATO-Staaten gewonnen. Neben den ukrainischen und amerikanischen Truppen mit zusammen knapp 1000 Soldaten stellte Großbritannien mit 160 das drittstärkste und Österreich mit 21 Soldaten das viertstärkste Kontingent. Die Bundeswehr beteiligte sich 2009 lediglich mit acht Soldaten. Unterhalb einer multinationalen Division führte jede der beiden Brigaden in der Simulation vier Bataillone mit entsprechenden Kampfunterstützungseinheiten als Manöverelementen. Zudem wurden für eine Situational Training Exercise verschiedene multinationale Kompanien unter amerikanischer und ukrainischer Leitung im Themenkomplex Sicherungs- und Stabilisierungsmission im Rahmen von Peace Keeping und Peace Enforcement Operations (Kapitel 7 der UN-Charta) ausgebildet und beübt. Dies beinhaltete ausgewählte Situationen wie das Verhalten bei Sprengfallen und bei Hinterhalten, ferner die Leistung von Erster Hilfe und die Evakuierung von Verwundenen mit Hubschraubern.

Ein zentrales Ausbildungsziel der Übungen war es, ein gemeinsames Verständnis für die Planungsverfahren in multinationalen Einsätzen zu schaffen und diese anzuwenden. Des Weiteren wurde der Führungsprozess von Stabselmenten, Einheiten und Teileinheiten (Planning and Review Process) evaluiert, um

mittel- bis langfristig einzelne ukrainische Kommandoebenen sowie ausgewählte Einheiten für Übungen und Einsätze nach NATO-Standards zu zertifizieren. Auf taktischer Ebene wurden die vorhandenen Fähigkeiten evaluiert und die taktischen Verhaltensweisen und ablauftechnische Verfahren (Tactics, Techniques and Procedures) auf der Teileinheits- und Einheitsebene weiterentwickelt. Auch gemeinsame Befehls-, Berichts- und Meldedate sowie Melderoutinen für gemeinsame Sicherheits- und Stabilisierungsoperationen gehörten zu diesem Ausbildungsprogramm. Geschult wurden die Kommandeure und das Stabpersonal auch in der Entwicklung von Standardverfahren (Standard Operating Procedures) für Planungsprozesse und zur Führung von Combined Operations im multinationalen Umfeld. Kompaniechefs und Zugführer wurden zusammen mit ihren Einheiten und Teileinheiten in der Anwendung gemeinsamer Standardprozeduren auch für (zeit-)kritische Aufträge unterwiesen. Dies alles diente dem gemeinsamen Verständnis und der Kooperation zwischen den beteiligten US-Streitkräften, den ukrainischen Partnern und den anderen teilnehmenden Nationen.



Reuters/Gleb Garanich

US-amerikanische und ukrainische Soldaten bei der Eröffnungszeremonie der Übung »Rapid Trident 2021«, Jaworiw, Region Lwiw, 20. September 2021.

Im Einzelnen übten die beiden Brigadegefechtsstände die NATO-üblichen Verfahren von Auftragsauswertung, Planung und Befehlsgebung, die Durchführung von Operationen zur Trennung von Konfliktparteien sowie von Informationsoperationen, die Zivil-Militärische Kooperation (CIMIC), das Informationsmanagement und die Synchronisation der Operationsführung. Bei den Übungen wurden wichtige Ausbildungs- und Übungsinhalte im Rahmen einer Stationsausbildung und Übung berücksichtigt, so die Planung und Durchführung von Operationen auf Einheits- und Teileinheitsebene, die Koordination und Synchronisation mit anderen Einheiten und Teileinheiten, darunter der Austausch und die Bereitstellung von Informationen. Darüber hinaus wurde auf Zugebene die Durchführung von Checkpoints, die Kontrolle von Demonstrationen und Aufständen (Crowd and Riot Control), das Abriegeln und Durchsuchen von Gebäuden/Liegenschaften (Cordon and Search) in urbanem Gebiet und die Show of Force ausgebildet und geübt. Weitere Inhalte waren die Sicherung, die korrekte Anwendung der Rules of Engagement, die Durchführung von Konvoi- und Sicherheitsoperationen sowie das Verhalten bei Bedrohung durch Sprengfallen (IED). Schließlich ergänzten Ausbildungsinhalte wie die Sicherstellung von Dokumenten, Ausrüstung und (IT-)Material sowie das Anwenden und Einhalten der (zeitgerechten) Melde- und Berichtsformate den umfangreichen Themenkatalog. Für die ukrainischen Übungsteilnehmer wurden durch die ukrainische Armeeführung weitere Ausbildungs- und Übungsinhalte für die Stabs- wie Volltruppenübung (CPX und FTX) festgelegt, darunter die Ausbildung von ukrainischem Stabspersonal zur eigenständigen Planung und Durchführung von Übungen sowie zur Durchführung von Peace Keeping und Peace Enforcing Operations in einem multinationalen Umfeld entsprechend den NATO-Standards. Dabei stand die Interoperabilität im Vordergrund. Die ukrainischen Offiziere, Unteroffiziere und Einheiten der Übungstruppe sollten die NATO-Standards verstehen und anwenden können. Entsprechend wurden mehrere ukrainische Einheiten und Verbände einer Evaluierung nach NATO-Verfahren unterzogen.

Basierend auf den Erfahrungen aus den Vorjahren war es 2009 die Absicht von USAREUR und der Kalifornischen Na-

tionalgarde, die ukrainischen Streitkräfte deutlich mehr in die Verantwortung zu nehmen. Dies betraf die Ausgestaltung der Übung (Szenario, Entwicklung, Übungslayout) sowie die Planung der Realversorgung. Eine zentrale Erkenntnis aus den Vorjahren war, dass die amerikanischen Verantwortlichen hier dominierten und die ukrainischen Partner sich zu sehr auf ihre amerikanischen Partner zu verlassen schienen. Gerade vor dem Hintergrund der von der ukrainischen Militärführung definierten Übungsziele einer angestrebten Zertifizierung nach NATO-Standards galt es, einen Schwerpunkt auf die Schulung zur selbstständigen Führung zu setzen. Dies wurde dann bei den Übungen Rapid Trident der Folgejahre entsprechend umgesetzt.

Dazu hatte jedes Übungsplanungssyndikat neben einem US Lead Planner einen ukrainischen Syndikatsvorsitzenden als Hauptverantwortlichen. Während amerikanische und multinationale Planer ihr Fachpersonal mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet hatten, erfolgte zu dieser Zeit auf ukrainischer Seite keine einzige Entscheidung ohne die Zustimmung des entsprechenden Exercise Directors, des Kommandeurs des 8. Ukrainischen Armeekorps. Auch löste es bei den ukrainischen Übungsteilnehmern Befremden aus, wenn Feldwebeldienstgrade, Fachdienst- oder junge Truppen- und Stabsoffiziere ihre Expertise und Vorschläge einbrachten oder gar Kritik übten; vor allem dann, wenn dies gegenüber deutlich dienstgradhöheren ukrainischen Stabsoffizieren erfolgte. Ebenso ungewohnt war für die ukrainischen Übungsteilnehmer die selbstständige Auftrags Erfüllung, bei der nicht jede Entscheidung ab- und rückversichert werden muss. Auf ukrainischer Seite waren die Planer in der Regel im Dienstgrad Oberstleutnant und Oberst, während Unteroffiziere als Kraftfahrer eingesetzt wurden. Ein Unteroffizierkorps oder den Feldwebel als Meister seines Faches kannten die ukrainischen Streitkräfte nicht. Dieses Verständnis galt es umso mehr durch die vorgestellte Übungsserie mittel- bis langfristig zu entwickeln.

Vertrauen in die unterstellten Soldaten, Führen mit Auftrag oder aber das Durchführen von Maßnahmen in Sinne der übergeordneten Führung war nicht im Ansatz zu erkennen, geschweige denn in der Umsetzung. Führung auf Ukrainisch hieß zu dieser Zeit vielmehr, die Entscheidung des Vorgesetzten ab-

zuwarten und diese dann eins zu eins umzusetzen. Ein Abweichen vom Befehl war nicht vorgesehen. Konnte eine Entscheidung einmal nicht herbeigeführt werden, wurde gewartet, bis der Vorgesetzte wieder erreichbar war. Während der von mir beobachteten Übung erfolgten alle Entscheidungen durch den Kommandeur des 8. Ukrainischen Armeekorps, während wir nahezu freie Hand hatten. Unsere einzige Auflage war, die ukrainischen Partner stärker einzubinden und zu fordern. Im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Übung wurde aber nicht nur das Personal aus- und weitergebildet, sondern auch die Infrastruktur des Übungsplatzes verbessert, beispielsweise ein Schießzentrum entworfen und errichtet, ein Munitionslager nach NATO-Standards gebaut, und im Bereich der Unterkünfte und Küchen wurden US-Gelder investiert.

Grundsätzlich verfügten unsere ukrainischen Partner über grundsätzliche soldatische Basisbefähigungen, auf die aufgebaut werden konnte. Jedoch waren die ukrainischen Streitkräfte unterfinanziert. Ohne die finanzielle Alimentierung bei Verpflegung, Bereitstellung von Munition und Betriebsmitteln, Tagelöhner, Transport- und Verlegekosten seitens der USA wäre die Durchführung einer solchen Übung kaum möglich gewesen. Schließlich wurden auch das Gerät, die Ausrüstung und das Material amerikanisiert. Die Überlassung von US-Ausrüstungsgegenständen und Material war der einfachste Weg, um die Interoperabilität sicherzustellen. Aber auch für die US-Streitkräfte bestand ein Mehrwert: Zum einen bot sich der California Army National Guard die Chance, verschiedene Fähigkeiten zu üben: von der Einberufung über die strategische Verlegung und die Ausbildung in einem fremden Land. All dies erfolgte darüber hinaus in einem anderen Kultur- und Sprachraum, sodass unter Einsatz von Sprachmittlern von Beginn an im »Einsatzszenario« trainiert werden konnte.

Zwei Anekdoten sind mir besonders in Erinnerung geblieben, die ich ans Ende meines Beitrages setze: In der Ukraine gab es damals noch keine US-zertifizierte Trinkwasserversorgung. Daher musste Trinkwasser mitgebracht und regelmäßig nachversorgt werden. Im September 2009 fand die Übung bei hochsommerlichen Temperaturen statt und uns ging scheinbar das Wasser aus. Jedenfalls war der Verbrauch dramatisch höher als

erwartet. Statt zu prüfen, ob sich die Soldaten selbstständig Vorräte angelegt hatten, was ja Aufgabe aller Zug- und Einheitsführer ist, wurde kurzerhand eine Boeing C-17 Globemaster aus Ramstein voll mit Wasserflaschen eingeflogen. Doch auch dieser Vorrat war innerhalb weniger Stunden »aufgezehrt«, denn das Bunkern und Hamstern ging weiter. Es hatte sich herumgesprochen, dass »Wasserknappheit« herrscht, also wurde eine weitere C-17 geordert, aber diesmal das Wasser nur noch kontrolliert ausgegeben. Am Ende der Übung wurden beim Rückbau des Lagers und der Zelte tausende Wasserflaschen und Sixpacks gefunden, die jetzt nicht mehr benötigt wurden und mindestens eine C-17 hätten wieder füllen können.

Einen unerwartet hohen Verbrauch hatten wir auch bei den Kraftstoffen für ukrainische Militärfahrzeuge. Dass diese Fahrzeuge – die Lastkraftwagen, die Rad- und Kettenfahrzeuge vom Typ BTR und BMP usw. – nicht gerade verbrauchsarm fahren, war allen bekannt. Dass sie aber einen derart hohen Verbrauch hatten, war nicht vorhersehbar gewesen. Also haben wir uns das Problem nach einigen Tagen einmal näher angesehen und festgestellt, dass etwa ein Radpanzer vom Typ BTR bei einer Laufleistung von lediglich 100 Kilometern am Tag dreimal vollgetankt wurde. Hintergrund war die stark angespannte Finanzlage, sodass unsere Partner die Gelegenheit nutzten, den gesamten Übungsplatzfuhrpark, aber auch einzelne Betriebsstoff-Lastwagen im Rahmen der Übung zu befüllen.

Abschließend möchte ich feststellen, dass ich persönlich die Teilnahme an dieser Übungsserie als ungemein gewinnbringend erlebt habe. Andere Nationen über gemeinsame Übungen und Trainings an multinationale Einsätze heranzuführen und mit westlichen Führungsgrundsätzen und Herangehensweisen vertraut zu machen, ist ein hervorragender Ansatz. Der Verlauf des Krieges zwischen Russland und der Ukraine belegt eindrucksvoll, dass zahlreiche Ausbildungsziele dieser Übungsserie voll erreicht wurden.

Jörn Oliver Rist



Deutschlands Selbstbild ist durch seine enge Integration in die westliche Werte-, Wirtschafts- und Verteidigungsgemeinschaft geprägt. Vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit in Osteuropa während des Zeitalters der Weltkriege ist aber auch eine traditionelle Politik der Zurückhaltung in sicherheitspolitischen Fragen bestimmend. In besonderer Weise galt dies lange Zeit für die Politik gegenüber Russland. Mit dem Ukrainekrieg ab dem Februar 2022 sei, so Bundeskanzler Olaf Scholz, eine »Zeitenwende« eingetreten. Scholz betont seither die von Russland ausgehende Bedrohung genauso wie die enge Abstimmung der deutschen Politik im Bündnis. Neben der direkten Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen wurden die Verteidigungsausgaben um ein Sonderpaket von 100 Milliarden Euro erhöht. Dennoch bleiben offene Fragen, etwa bezüglich Art und Umfang deutscher Waffenlieferungen in die Ukraine. Im Bild: Außenministerin Annalena Baerbock bei einem Besuch bei der von der Bundeswehr nach Litauen entsandten Battle Group. Im Hintergrund sind zwei Waffenträger mit dem Flugabwehrsystem Ozelot zu sehen.

Zäsur oder Kontinuitäten? Ukrainekrieg und »Zeitenwende«. Ein Kommentar

Der 24. Februar 2022 markiert das Ende der Gewissheiten. Nur wenige haben wirklich geglaubt, dass der russische Präsident Wladimir Putin Ernst macht und einen großen Krieg vom Zaun bricht. Gewiss wusste man auch in Berlin über den Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze genau Bescheid, und niemand mochte einen Angriff gänzlich ausschließen. Aber kaum jemand hielt es für möglich, dass Moskau diesen Sprung ins Dunkle wagen würde. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte. Doch nun ist alles möglich. Wer will Anfang 2023 noch ernsthaft voraussagen, was Putin tun und lassen wird? Selbst der Einsatz von Atomwaffen erscheint nicht mehr ausgeschlossen. Damit stellt sich dringender denn je die Frage, ob das Baltikum, Polen und Rumänien von der NATO verteidigt werden könnten. Vor allem: Was kann die Bundeswehr in einer solchen Lage zur Bündnisverteidigung beitragen? Der Inspekteur des Heeres, Alfons Mais, schrieb am Morgen des 24. Februar 2022 auf der sozialen Netzwerkplattform LinkedIn: »Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da [...] Wir haben es alle kommen sehen und waren nicht in der Lage mit unseren Argumenten durchzudringen, die Folgerungen aus der Krim-Annexion zu ziehen und umzusetzen.«

Mais formulierte diese Zeilen spontan und ohne Abstimmung mit seinem Stab. Der Offenbarungseid des Inspektors zwang die Politik zur Ehrlichkeit. Niemand konnte nun die üblichen Verlautbarungen wiederholen, dass die Bundesrepublik ihre sicherheitspolitischen Verpflichtungen erfülle. Wie konnte es sein, dass die deutschen Streitkräfte im Jahr 8 nach der Krim-Annexion immer noch »blank« dastanden? Mais bekam viel öffentlichen Zuspruch. Intern aber wetzten manche freilich schon die Messer und sprachen von »Hochverrat«. Doch auch die ehemalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer twitterte bemerkenswert ehrliche Worte: »Ich bin so wütend auf uns, weil wir historisch versagt haben. Wir haben nach Georgien,

Krim und Donbas nichts vorbereitet, was Putin wirklich abgeschreckt hätte.«

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob der russische Überfall auf die Ukraine hätte verhindert werden können. Ein NATO-Beitritt Kyjiws 2008 hätte wohl erst recht zu einem russischen Angriff geführt, zumal das Land damals militärisch praktisch wehrlos war. Auch ist es unwahrscheinlich, dass eine einsatzbereite Bundeswehr an Putins Entschluss etwas geändert hätte, da ein direktes Eingreifen der NATO nie zur Debatte stand. Aber: Durch seine sicherheitspolitische Leisetreteri trug Deutschland erheblich dazu bei, Europa schwach und zerstritten erscheinen zu lassen.

Gewiss hat die Bundeswehr im Moment der Krise sofort reagiert. Die Battlegroup in Litauen wurde verstärkt, zwei Batterien Patriot-Raketen und eine Kompanie Infanterie in die Slowakei verlegt sowie sechs Eurofighter in Rumänien stationiert. Zudem stellt die Bundesrepublik – was kaum öffentlich wahrgenommen wird – mit rund 14 000 Mann ein knappes Drittel der NATO Response Force, die ihre Reaktionszeit deutlich herabsetzte. Das sind beachtenswerte Maßnahmen. Allerdings stimmt auch, dass am 24. Februar 2022 kein einziges Kampftruppenbataillon über die in Litauen befindlichen Kräfte hinaus voll gefechtsbereit war. Eine schlagkräftige Armee lässt sich nicht bei Bedarf aus dem Hut zaubern, und es wird noch Jahre dauern, bis die Bundeswehr einen wirkungsvollen Beitrag zur Verteidigung der NATO leisten kann. Auf diese Probleme ist immer wieder hingewiesen worden. Alle Analysten waren sich in ihrer Lagebeurteilung einig und haben teilweise mit geradezu flehentlichen Worten Abgeordnete und Minister gebeten, mehr zu tun. Auf mögliche Krisen vorausschauend zu reagieren, war aber nicht die Stärke der deutschen Regierung. Und so ist seit der Krim-Annexion 2014 viel zu wenig passiert. Es gab zwar deutlich mehr Geld, aber ein politischer Wille, die Bundeswehr für die Bündnisverteidigung einsatzbereit zu machen, war nie zu erkennen. Es ging immer nur darum, die NATO-Verpflichtungen zu erfüllen: alle vier Jahre eine Brigade als Teil der Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) zu stellen und ein Bataillon als enhanced Forward Presence (eFP) in Litauen zu stationieren.

Die Bundeswehr kam also in den letzten Jahren nicht wirklich voran. Das lag auch daran, dass der Verteidigungsministerin die Unterstützung der Kanzlerin fehlte, die dringend notwendig gewesen wäre, zumal ein vernehmbarer Teil der sozialdemokratischen Koalitionspartner alle Bemühungen um mehr Realismus in der Sicherheitspolitik blockierten. So war der eigentliche Gegenspieler Kramp-Karrenbauers nicht die parlamentarische Opposition, sondern der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich. Er betonte immer wieder, dass die Vorstellung der Verteidigungsministerin von Stärke und Abschreckung nicht die seine sei, dass er Russland nicht als Bedrohung empfinde und für dessen Einbindung in eine europäische Friedensordnung eintrete und dass er gegen das Zwei-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben sei. Die Weigerung des Koalitionspartners in der letzten Legislaturperiode, die fünf Heron-TP-Drohnen der Bundeswehr zur Bewaffnung freizugeben, wirkt angesichts der Bedeutung dieser Waffen im Ukrainekrieg als geradezu aus der Zeit gefallen. Initiativen der Kanzlerin, mit ihrer Richtlinienkompetenz einzugreifen, sind nicht bekannt geworden, und in vielen Punkten dürfte sie den SPD-Positionen nähergestanden haben als der Arbeitsgruppe Verteidigung ihrer eigenen Partei.

Der Kurs der deutschen Sicherheitspolitik änderte sich nach der Bildung der neuen Regierung im Dezember 2021 zunächst nicht. Deutschland fiel im sich zuspitzenden Ukrainekonflikt wieder einmal durch Zurückhaltung auf. Die Gaspipeline North Stream 2 wurde als »privatwirtschaftliches Vorhaben« verteidigt, Waffenlieferungen an die Ukraine wurden aus »historischen Gründen« ausgeschlossen. Dies war schon allein deshalb wenig überzeugend, weil die Ukraine neben Belarus am meisten unter dem deutschen Terror im Zweiten Weltkrieg gelitten hatte. Erneut musste die deutsche Geschichte als Feigenblatt für Nicht-handeln herhalten.

Diese Politik ließ sich nach dem 24. Februar nicht mehr durchhalten. Angesichts der schrecklichen Bilder aus der Ukraine wurde der moralische Druck in der Öffentlichkeit immer größer, und auch die Verbündeten dürften der Bundesregierung hinter verschlossenen Türen die Leviten gelesen haben. Mit seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 trat Bundeskanzler Olaf Scholz die Flucht nach vorne an. Was zuvor kaum

vorstellbar war, wurde nun als »Zeitenwende« angekündigt: Waffenlieferungen, härtere Sanktionen und der Aufbau einer »leistungsfähigen, hochmodernen, fortschrittlichen Bundeswehr«. Dafür versprach er 100 Milliarden Euro Sondervermögen und »von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung« zu investieren. Scholz redete von nationaler Stärke, um Kriegstreibern wie Putin die Grenzen aufzuzeigen, und versprach, jeden Quadratmeter NATO-Boden zu verteidigen. Solche Worte hatte es aus dem Mund eines deutschen Kanzlers seit vierzig Jahren nicht mehr gegeben. Es war eine historische Regierungserklärung, mit der sich Scholz in die Tradition großer sozialdemokratischer Sicherheitspolitiker wie Helmut Schmidt einreichte. Der konkrete Inhalt war weder mit den Koalitionsparteien noch mit den Fraktionen abgestimmt, und entsprechend verstimmt waren Teile von SPD und den Grünen. Der Kanzler konnte trotzdem die Koalition und auch die Opposition für seinen Kurs gewinnen. Am 3. Juni 2022 beschloss der Bundestag die Änderung des Grundgesetzes und die Einrichtung eines Sondervermögens für die Bundeswehr mit Zweidrittelmehrheit. Zudem: Wie in der Kanzlerrede angekündigt, beteiligte sich Deutschland an den Sanktionen gegen Moskau und reduzierte kontinuierlich seine Energieabhängigkeit von Russland. Auch wurden der Ukraine in erheblichem Maße Waffen geliefert oder in Aussicht gestellt, darunter auch Flugabwehrpanzer, modernste Flugabwehrsysteme und Panzerhaubitzen. Letztere wurden nach vorangegangener Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland im Juni 2022 geliefert. Bald darauf wiederholte sich aber die bestenfalls undeutliche Position der Bundesregierung hinsichtlich der Forderung nach einer Lieferung von Kampf- und Schützenpanzern.

In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, mit dem Geldsegen auch nennenswerte Teile der Bundeswehr kriegstauglich zu machen, damit diese Truppen im Falle eines russischen Angriffs auf NATO-Gebiet einen wesentlichen Beitrag zur Verteidigung leisten können. Die Liste der Rüstungsprojekte, die mit dem Sondervermögen finanziert werden sollen, weist genau in diese Richtung: F-35-Jets für die Luftwaffe, mehr Kampfkraft für die Marine in Ostsee und Nordatlantik, die materielle Vollausrüstung einer Panzerdivision mit drei deutschen

und einer niederländischen Brigade bis 2025. Das Heer erhält auch den größten Anteil an den 20 Milliarden, die für die Modernisierung der Führungsfähigkeit bereitgestellt werden.

Selten in der Geschichte der Bundesrepublik gab es so viel Zuspruch aus Politik und Gesellschaft zur Bundeswehr, und selten stellte der Staat so viel Geld zur Verfügung. Doch wer genau hinhörte, konnte die skeptischen Stimmen nicht überhören. Ohne Strukturreformen, welche die Verantwortungsbereiche klarer gliedern, wird es nicht gehen, sagen viele. Aber die Ministerin erweckte den Anschein, diese Herkulesaufgabe nur zögerlich angehen zu wollen. Es liegt nun in der Verantwortung von 20 bis 30 Spitzenbeamten und Militärs – Abteilungsleitern, Behördenchefs, Inspektoren und Staatssekretären – trotz teils dysfunktionaler Strukturen einen großen Schritt nach vorne zu machen. Den Apparat einer auf bisher entfernte Auslandseinsätze und den Friedensdienst fokussierten Armee nun auf die schon im Weißbuch von 2016 geforderte Landes- und Bündnisverteidigung umzustellen, wird nur mit der Rückendeckung und dem Druck des Kanzlers gelingen. So hängt es in erheblichem Maße von dessen Führungsstärke ab, ob die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte in absehbarer Zeit spürbar gesteigert werden kann.

Allerdings ist es mit der verbesserten Ausrüstung der Bundeswehr allein nicht getan. Sie ist schließlich nur ein Mittel zum Zweck. Eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wäre erforderlich, um pragmatisch auf die (nicht so) neuen Herausforderungen Taten folgen zu lassen. Doch das ist derzeit nicht zu erkennen. Der Blick in die Geschichte zeigt, dass die jüngsten Beschlüsse von Regierung und Parlament so grundlegend neu nicht sind, sie sich vielmehr in althergebrachten Bahnen bewegten. Die Bundesrepublik war nie eine pazifistische Macht. Sie ist seit Langem einer der größten Waffenexporteure und lieferte selbst in Kriegsgebiete, etwa 2016 an die Peshmerga im Irak, denen auch Ausbildungsunterstützung in Deutschland zuteilwurde. Sie beteiligte sich 1999 erstmals selbst an einem Kampfeinsatz der NATO, dem Luftkrieg gegen Serbien. Damals war man bereit, eine Grenze zu überschreiten, allerdings nur unter massivem Druck der Vereinigten Staaten. Und: Deutschland orientierte sich bei der Dimensionierung des eigenen Militäreinsatzes stets an dem, was die anderen

europäischen Partner beitragen. Ähnlich war es in Afghanistan: Berlin machte mit, war beim Einsatz von Kampftruppen zurückhaltend, versuchte aber zugleich nicht zu sehr hinter den Bündnispartnern zurückzufallen.

Zögern, Zaudern und ein gerütteltes Maß an realpolitischer Verweigerung erschien seit der Wiedervereinigung als Muster deutscher Sicherheitspolitik. Aber man kann nicht sagen, dass Deutschland nichts getan hat. Neben dem »Nie wieder« (gemeint war: Krieg) war das »Nie wieder allein« (gemeint war: eigenmächtige Sicherheitspolitik) die zweite Maxime deutscher Außenpolitik. Beides schloss sich zuweilen beinahe aus und deshalb reihte man sich sicherheitspolitisch im Konvoi der NATO meist hinten ein oder allenfalls in der Mitte, um ja nicht in eine Führungsrolle zu geraten, die dann entschlossenes Handeln verlangt hätte.

Aus dieser Perspektive betrachtet, hat sich an der deutschen Haltung auch im Jahr 2022 wenig verändert. Geht man von dem öffentlich Wahrnehmbaren aus, agiert die regierungsamtliche Sicherheitspolitik in dieser internationalen Krise kaum; sichtbar reagiert sie nur auf massiven Druck von außen und von innen (einschließlich Teilen der Regierungskoalition). Erst lieferte man keine Waffen, dann doch welche, dann nicht mehr, dann fand man etwas in den Depots, dann keine schweren Waffen, dann sollte ein Ringtausch zwischen Deutschland, den ostmitteleuropäischen NATO-Staaten und der Ukraine erfolgen, und schließlich wurden doch schwere Waffen zugesagt – diese aber auch nicht gleich, sondern erst in einigen Monaten. Wer sollte aus diesem unglücklichen Gebaren die Gewissheit ableiten, dass hinter den Kulissen wirklich alles getan werde, um der Ukraine militärisch zu helfen? Und wer Einblicke in die internen Abläufe hat, erkennt rasch, wie unendlich zäh die Abstimmungsprozesse über die Waffenlieferungen zwischen Kanzleramt, Wirtschafts-, Außen- und Verteidigungsministerium sowie der auf klare Entscheidungen wartenden Industrie verlaufen sein dürften.

Dass Deutschland in den ersten Monaten des Ukrainekrieges im Zentrum der internationalen Kritik stand, lag indes nicht nur an der verunglückten Kommunikation über die politischen Entscheidungen, deren Logik bald niemand mehr verstand. Vielmehr erhielt Berlin auch die Quittung für zwanzig Jahre

deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, in denen das Land in Kernbereichen weniger durch Taten als durch Moral von der Außenlinie auffiel und dadurch viel Vertrauen verspielte. Die Zögerlichkeit in Afghanistan, die unglückliche Rolle in Libyen 2011 und die »blutige Enthaltung« im syrischen Bürgerkrieg sorgten für Kopfschütteln bei engsten Verbündeten. Insbesondere die vorangegangene Russlandpolitik lässt sich nicht mit einem Federstrich vergessen machen. Putin die Hand zu einer ehrlichen Partnerschaft gereicht zu haben, war indessen nicht verwerflich, genausowenig wie der Versuch einer Friedensdiplomatie in letzter Sekunde. Der Fehler lag darin, sich nie auf das »what if« eines real existierenden Krieges vorbereitet zu haben.

Eine Zeitenwende wäre erreicht, wenn Diplomatie und Stärke nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch in der Realpolitik zusammengehörten. Die wird es nur geben, wenn sich im politischen Denken etwas grundlegend verändert. Deutschland müsste den Willen aufbringen, in der europäischen Sicherheitspolitik nicht mehr der Bremser, sondern der Gestalter zu sein, auch wenn es um den Einsatz von militärischen Mitteln geht. Ob die deutsche politische Kultur einen solchen Wandel auf Dauer wirklich zulässt, muss sich in der Zukunft erweisen.

Sönke Neitzel

Länderinformationen (I, Teil 1)

Basisdaten	Litauen	Lettland	Estland	Deutschland	Russland
Flagge					
Staat	Republik Litauen/ Lietuvos Respublika	Republik Lettland/ Latvijas Republika	Republik Estland/ Eesti Vabariik	Bundesrepublik Deutschland	Russl. Föderation/ Rossijskaja Federazija
Regierungsform	parlamentarische Demokratie	parlamentarische Republik	parlamentarische Republik	parlamentarischer Bundesstaat	semipräsidentielle föderale Republik
Staatsobehaupt	Gitanas Nausėda (seit 12.7.2019)	Egils Levits (seit 8.7.2019)	Alar Karis (seit 11.10.2021)	Frank-Walter Steinmeier (seit 19.3.2017)	Wladimir Putin (seit 7.5.2000, mit Unter- brechung 2008-2012)
Unabhängigkeit	11.3.1990 (Unabhängig- keitserklärung)	4.5.1990 (Unabhängig- keitserklärung)	8.5.1990 (Unabhängig- keitserklärung)	3.10.1990 (Wiedervereinigung)	25.12.1991 (Gründung Russl. Föderation)
Hauptstadt	Vilnius	Riga	Tallinn	Berlin	Moskau
Amtssprache	Litauisch	Lettisch	Estnisch	Deutsch	Russisch
Landesfläche in km ²	65 286	64 573	45 227	357 376	17 098 246
Bevölkerung					
Einwohner in Mio.	2,8 (2020)	1,9 (2020)	1,3	83,2	144,1 (2020)
Bevölkerungsverteilung Stadt/Land in %	68/32 (2020)	68,3/31,7 (2020)	69,2/30,8	77,5/22,5	74,8/25,2
Bevölkerungswachstum in %	0 (2020)	-0,6	0,3	0,2	-0,2
Lebenserwartung in Jahren	Frauen 82/Männer 70	Frauen 80/Männer 70	Frauen 83/Männer 75	Frauen 84/Männer 79	Frauen 78/Männer 67
Größte Ethnien	Litauer, Polen, Russen, Belarussen	Litauen, Russen, Belarussen, Ukrainer	Esten, Russen, Ukrainer, Belarussen, Finnen	Deutsche, Türken, Polen, Syrer, Rumänen, Italiener, Kroaten	Russen, Tataren, Ukrainer, Baschkiren
					©ZMSBw 08611-07

Länderinformationen (I, Teil 2)

Religionen	Katholisch 77 %, Russ.-Orthodox 4,1 %, Evangelisch 2 %	Evangelisch 22 %, Katholisch 18 %, Russ.-Orthodox 11 %	Katholisch 77 %, Russ.-Orthodox 5 %	Katholisch 26 %, Evangelisch 23,7 %, Muslime 6,7 %	Russ.-Orthodox 75 %, Muslime 5 %, Katholisch 1 %, Evangelisch 1 %
Human Development Index Unterhalb der Armutsgrenze in %	0,875 (2021) 24,8 (2021)	0,863 (2021) 25,5	0,89 (2019) 21,1 (2016)	0,942 (2022) 16,1	0,824 13,5
Wirtschaft					
Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar	55,69 Mrd. (2020)	33,48 Mrd.	31 Mrd.	3,8 Bio. (2020)	1,47 Bio.
Pro-Kopf-Einkommen in US-Dollar	19 916 (2020)	17 560	23 330	45 733	10 037
BIP-Wachstum jährlich in %	-0,8 (2020)	-3,6 (2020)	-2,9	-4,9 (2020)	-3,1 (2020)
Arbeitslosenquote in %	8,4 (2020)	8,2	6,5 (2020)	4,3 (2020)	5,7 (2020)
erwerbstätige Bevölkerung in Mio.	1,37 (2021)	0,864	0,654 (2021)	51,8 (2018)	76,53 (2017)
Erwerbstätige Landwirtschaft in %	6,6	6,5	3,1	1,8	5,6 (2020)
Erwerbstätige Industrie in %	25,9	23,7	29,4	26,8	26,9 (2020)
Erwerbstätige Dienstleistungsbereich in %	67,5	69,8	67,5	72	67,8 (2020)
Import US-Dollar	33,14 Mrd.	18,29 Mrd.	17,34 Mrd.	1,17 Bio.	239,75 Mrd.
Export US-Dollar	32,77 Mrd.	16,18 Mrd.	16,38 Mrd.	1,38 Bio.	331,75 Mrd.
wichtigste Handelspartner	Lettland, Deutschland, Polen, Russland, UK	Litauen, Estland, Deutschland, Russland, UK, Polen	Finnland, Schweden, Lettland, USA, Russland	USA, China, Frankreich, Niederlande, Polen,	China, Deutschland, Niederlande, UK
Inflation in %	3 (2021)	0,1 (2020)	-0,6 (2020)	0,4 (2020)	3,4 (2020)
Militär					
Verteidigungshaushalt in Mrd. US-Dollar	1,25 (2021)	0,835 (2021)	0,786 (2021)	56,1 (2021)	45,8 (2021)
Truppenstärke	23 000	8 750	7 200	183 400	900 000

Quellen: Goethe-Institut, Human Development Report 2021/2022, United Nations, statista.de,
The Military Balance 2022, Europäische Union, Statistisches Bundesamt,

Länderinformationen (II, Teil 1)

Basisdaten	Polen	Rumänien	Moldau	Slowakei	Ukraine
Flagge					
Staat	Republik Polen/ Rzeczpospolita Polska	Rumänien/ România	Republik Moldau/ Republica Moldova	Slowakische Republik/ Slovenská republika	Ukraine/ Ukraina
Regierungsform	parlamentarische Demokratie	semipräsidentielle Republik	parlamentarische Republik	parlamentarische Republik	semipräsidentielle Republik
Staatsoberhaupt	Andrzej Duda (seit 6.8.2015)	Klaus Johannis (seit 16.11.2014)	Maiia Sandu (seit 24.12.2020)	Zuzana Čaputová (seit 15.6.2019)	Wolodymyr Selenskyj (seit 20.5.2019)
Unabhängigkeit	11.11.1918	9.5.1877 (vom Osmanischen Reich)	1991 (von der Sowjet- union)	1.1.1993 (nach Aufteilung der Tschechoslowakei)	24.8.1991 (von der Sowjetunion)
Hauptstadt	Warschau	Bukarest	Chişinău	Bratislava	Kyjiw
Amtssprache	Polnisch	Rumänisch	Rumänisch	Slowakisch	Ukrainisch
Landesfläche in km ²	312 679	238 391	33 846	49 035	603 500
Bevölkerung					
Einwohner in Mio.	38 (2020)	19,3 (2020)	2,6	5,5 (2020)	47,3 (2020)
Bevölkerungsverteilung Stadt/Land in %	60/40	54,2/45,8	42,8/57,2	53,8/46,2	69,6/30,4
Bevölkerungswachstum in %	0	-0,4 (2020)	-1,7	0,1 (2020)	-0,6
Lebenserwartung in Jahren	Frauen 83/Männer 75	Frauen 80/Männer 73	Frauen 76/Männer 68	Frauen 81/Männer 74	Frauen 77/Männer 67
Größte Ethnien	Polen, Schlesier, Kaschuben	Rumänen, Ungarn, Roma	Moldauer, Ukrainer, Gagausen, Russen, Bulgaren, Roma	Slowaken, Tschechen, Ungarn	Ukrainer, Russen

Länderinformationen (II, Teil 2)

Religionen	Römisch-Katholisch 90 %	Rum.-Orthodox 87 %, Römisch-Katholisch 6 %	Orthodox 93,3 %	Römisch-Katholisch 70 %, Evangelisch 5,9 %, Reformierte Kirche 1,8 %	Ukr.-Orthodox (Kyjiwer Patr.) 45,7 %, Ukr.-Orthodox (Moskauer Patr.) 13,3 %, Griech.-Katholisch 5,9 %
Human Development Index	0,880 m (2019)	0,828	0,767 (2020)	0,848 (2022)	0,773 (2022)
Unterhalb der Armutsgrenze in %	17,3 (2020)	40	25	16	25
Wirtschaft					
Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar	594,18 Mrd.	247,21 Mrd.	11,5 Mrd.	104,09 Mrd. (2020)	151,54 Mrd. (2020)
Pro-Kopf-Einkommen in US-Dollar	15 654 (2020)	12 797	4 366 (2020)	19 071	3 653
BIP-Wachstum jährlich in %	-2,7 (2020)	-3,9	-7,5 (2020)	-5,2	-4,2
Arbeitslosenquote in %	3,6 (2020)	4,8 (2020)	4,7 (2020)	6,8	9,5
erwerbstätige Bevölkerung in Mio.	26,1	8,43 (2021)	0,837 (2021)	2,4	20,3 (2021)
Erwerbstätige Landwirtschaft in %	8,9	21,3	35,4	2,8	14,1
Erwerbstätige Industrie in %	32	30,2	17,1	36,1	24,8
Erwerbstätige Dienstleistungsbereich in %	59,1	48,5	47,5	61,1	61,1
Import US-Dollar	257,17 Mrd.	92,12 Mrd.	5,43 Mrd.	84,47 Mrd.	53,93 Mrd.
Export US-Dollar	271,07 Mrd.	70,72 Mrd.	2,48 Mrd.	86,19 Mrd.	49,22 Mrd.
wichtigste Handelspartner	Deutschland, Tschechien, Frankreich, UK, USA, Russland	Deutschland, Italien, Frankreich, Ungarn, Polen	Rumänien, Deutschland, Italien	Deutschland, Tschechien, Polen, Ungarn	Türkei, Russland, Italien, Deutschland
Inflation in %	17,25 (2022)	2,6 (2020)	3,8 (2020)	2 (2020)	2,7 (2020)
Militär					
Verteidigungshaushalt in Mrd. US-Dollar	13,4 (2021)	5,61	44,5 (2020)	2,01	4,27 (2021)
Truppenstärke	160 000 (2022)	71 500	5 150	17 950	196 600 (2021)

Quellen: Goethe-Institut, Human Development Report 2021/2022, United Nations, statista.de, The Military Balance 2022, Europäische Union, Statistisches Bundesamt.

Geschichte im Überblick

Dieser chronologische Überblick beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Ereignisse der Region. Der Schwerpunkt der Chronologie zur neuesten Zeit (bis Dezember 2022) liegt auf der Ukraine; eine Überblicksgeschichte zum Baltikum bietet der gleichnamige »Wegweiser zur Geschichte«.

Vor- und Frühzeit

- 1. Jt. v.Chr.** Die skythische Kultur (Reiternomaden) entwickelt sich zwischen Mongolei und Karpaten.
- 7. Jh. v.Chr.** Älteste Spuren griechisch-ionischer Städtegründungen auf der Insel (damals Halbinsel) Berezan (Borysthenes).
- 6. Jh. v.Chr.** Erste griechisch-ionische Stadtgründungen entlang der Küste des Schwarzen Meeres. Olbia an der Mündung des südlichen Bug entwickelt sich zu einem Handelszentrum.
- 5. Jh. v.Chr.** Dorische Siedler errichten in der zweiten Hälfte des 5. Jh. Chersones an der südlichen Westküste der Krim.
- ca. 480 v.Chr.** Das Bosporanische Reich, ein antikes hellenistisches Königreich, entsteht.
- 4./3. Jh. v.Chr.** Die Skythen werden von den Sarmaten (auch: Sauro-maten), einem iranischen Reitervolk, verdrängt.
- 1. Jh. n.Chr.** Strabon berichtet in seiner Geographia über die Stadt Tanais (rund 20 km nördl. vom heutigen Asow) an der Mündung des Don als bedeutendem Umschlagplatz des antiken Sklavenhandels.
- 3. Jh. n.Chr.** Goten aus dem Ostsee- und Weichselraum erreichen die Schwarzmeerregion. Bis zur Ankunft der Hunnen 375 n.Chr. bilden die greutungischen Goten die stärkste Macht im nördlichen Schwarzmeergebiet.
- 325 n.Chr.** Konzil von Nicaea (gemeinsames Glaubensbekenntnis verschiedener christlicher Kirchen).
- 375** Die Hunnen besiegen im Gebiet der heutigen Ukraine die greutungischen Goten, weswegen deren Nachbarn, die terwingischen Goten, Richtung Römisches Reich

Vor- und Frühzeit

- flüchten und dessen Grenze, die Donau, 376 überschreiten.
- ca. 400–435 Zerfall des hunnischen Reiches nach dem Tod des hunnischen Herrschers Attila. Bulgaren, später auch Slawen und skandinavische Rus dringen in den Schwarzmeerraum ein.
- 626 Erfolgreiche Belagerung von Konstantinopel durch die Awaren.
- Ende 8. Jh. Zerschlagung des Reiches der Awaren durch Karl den Großen.
- ca. 830 bis Ende 9. Jh. Reich der Mährer (auf dem Gebiet des heutigen Mähren und der Slowakei) unter der Dynastie der Mojmiriden.
- 860 Entsendung der Gelehrten und Priester Kyrill und Method durch den byzantinischen Kaiser Michael III. als Missionare zu den Chasaren. In der orthodoxen Kirche werden sie als »Slawenapostel« verehrt.
9. bis Anfang 13. Jh. Kiewer Rus.

Mittelalter

10. Jh. Westlich der Oder, auf heutigem deutschem Gebiet, entsteht der slawische Lutizenbund.
- Erfolgreiche Missionierung der Kiewer Rus.
- 988 Übernahme des Christentums aus Konstantinopel und Taufe der Kiewer Rus unter Großfürst Wladimir I., dem Großen (ukr. Wolodymyr). Das Christentum wird Staatsreligion in der Rus.
- 1036–1054 Großfürst Jaroslaw I., der Weise, herrscht über die Rus.
- 1199 Vereinigung Galiziens und Wolhyniens zu einem Fürstentum.
- Mitte 14. Jh. Aufteilung des Fürstentums Galizien-Wolhynien auf Polen und Litauen.
- 1234–1254 Daniel (ukr. Danylo) Romanowitsch herrscht als Fürst über Galizien-Wolhynien.

- 1237–1240** Eroberung der Rus durch die Mongolen und Zerstörung Kiews. Später, im 14. Jh., fällt der südliche Teil der Kiewer Rus unter die Herrschaft des Großfürstentums Litauen; im Norden entsteht das Großfürstentum Moskau (1340–1547).
- 1254** Krönung Daniels durch einen päpstlichen Gesandten zum ersten Rex Rusiae.
- 1385** **14. August:** (Personal-)Union von Krewo zwischen dem Großfürstentum Litauen und dem Königreich Polen.
- 1392–1430** Vytautas (dt./poln. Witold) der Große herrscht als Großfürst über Litauen.
- 14. Jh.** Die meisten Gebiete der heutigen Ukraine fallen an das Großfürstentum Litauen.
- 1458** Begründung einer von Moskau unabhängigen Metropole der Orthodoxen Kirche für Kiew und die ganze Rus.
- 15. Jh.** Teilung der orthodoxen Metropole.
- Ende
15. Jh.** Zahlreiche Städte Ost- und Ostmitteleuropas, darunter auch Kiew und Minsk, erhalten das Magdeburger Stadtrecht.
- um 1500** Severische Fürstentümer (Tschernigow, heute Tschernihiw, Perejaslaw u.a.) fallen an das Großfürstentum Moskau.
- 1505** Anerkennung des Edikts »Nihil Novi« (»Nichts Neues«) des polnischen Reichstages von Radom durch König Alexander von Polen. Das Edikt war einer der Grundpfeiler der polnisch-litauischen Adelsdemokratie.
- 1526–1608** Fürst Konstanty Wasyl Ostrogski. Der Ruthenische Magnat setzt sich für die orthodoxe Religion und Kultur ein.
- 1552** Unter Hetman Dmytro Wysznewezkyj entsteht die »Sitsch«, eine Festung auf der Dnjepr-Insel Chortyzja inmitten der heutigen Stadt Saporischschja. Bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts bilden die Saporoger Kosaken ein eigenes Herrschaftsgebilde.

Frühe Neuzeit

- 1558–1582** Livländischer Krieg (Erster Nordischer Krieg): Schweden, Polen, Litauen, Dänemark kämpfen gegen das zaristische Russland um die Vorherrschaft im Ostseeraum.
- 1569** Union von Lublin, wodurch Polen und Litauen zu einem Staat vereinigt werden.
Polnisch-litauische Realunion von Lublin: Fast die ganze Ukraine fällt an das Königreich Polen.
- 1570er Jahre** Erste »Registerkosaken« – Bezeichnung aufgrund der Eintragung in ein Soldregister – im Dienste Polens.
- um 1580** Gründung der Akademie von Ostroh.
- 1591–1596** Kosakenaufstände in der Ukraine.
- 1596** Union von Brest. Vertrag zwischen der ruthenischen orthodoxen Kirche und der römisch-katholischen Kirche in Polen-Litauen.
- 1609–1618** Polnisch-Russischer Krieg.
- 1614–1622** Petro Konaschewytsch-Sahaidatschnyj ist Hetman der Registerkosaken.
- 1620** Eintritt des Kosakenheeres in die 1615 begründete Kiewer Bruderschaft.
- 1632** Begründung des Kiewer Kollegiums (Petro Mohyla).
- 1632–1634** Russisch-Polnischer Krieg (Smolensker Krieg).
- 1637/38** Kosakenaufstände in der Ukraine.
- 1648** Kosaken- und Volksaufstand unter Führung von Bohdan Chmelnyzkyj (gest. 1657). Neben antipolnischen Ausschreitungen kommt es zu massiven antijüdischen Pogromen mit Zehntausenden von Toten.
- 1649** Begründung des Hetmanats (Herrschaftsgebiet) der Dnjepr-Kosaken.
- 1654–1667** Russisch-Polnischer Krieg. Russland unterstützt die ukrainischen Kosaken, die gegen die polnische Vorherrschaft kämpfen.
- 1654** **18. Januar:** Vertrag von Perejaslaw: Treueid der Saporoger Kosaken auf den russischen Zaren Alexei I. Während

- dieser die Vereinbarung als Unterordnung ansieht, interpretieren die Kosaken sie als Bündnis unter Gleichen.
- 1658** Vertrag von Hadjatsch zwischen den Kosaken und Polen-Litauen.
- 1663** Schaffung der Kleinrussischen Kanzlei in Moskau für die Kontrolle über die Ukraine.
- 1667** Waffenstillstand von Andrusowo zwischen Polen-Litauen und Moskau, Teilung der Ukraine.
- 1686–1708** Iwan Masepa herrscht als Hetman der Saporoger Kosaken.
- 1686** Unterstellung des Kiewer Metropoliten unter das Moskauer Patriarchat.
- 1689/1701** Das Kiewer Kollegium wird Akademie.
- 1699** Abschaffung des rechtsufrigen Hetmanats in Polen-Litauen.
- 1700–1721** Großer Nordischer Krieg um die Vorherrschaft im Ostseeraum, dabei Bündnis Iwan Masepas mit Schweden gegen Russland.
- 1709** **27./28. Juni:** Schlacht von Poltawa. Sieg Zar Peters I. gegen König Karl XII. von Schweden.
- 1717** Einführung des Ausdrucks »griechisch-katholisch« als Konfessionsbezeichnung unter der österreichischen Kaiserin Maria Theresia.
- 1722** Errichtung des Kleinrussischen Kollegiums als russische Verwaltungsinstanz für die Ukraine.
- 1750–1764** Hetman Kirill Rasumowski.
- 1764** Abschaffung des Hetmanats unter Zarin Katharina II. der Großen.
- 1768** Kolijiwschtschyna-Aufstand: letzter Aufstand der Hajdamaken (ukr. Bauern und Kosaken) gegen die polnische Feudalherrschaft.

Von den polnischen Teilungen bis zum Ersten Weltkrieg

- 1722 Erste Teilung Polens durch den Petersburger Vertrag zwischen Preußen, Russland und Österreich: Galizien fällt an Österreich. Polen wird zum Spielball seiner Nachbarn.
- 1774 Frieden von Küçük Kaynarca zwischen Russländischem und Osmanischem Reich; danach verstärkte Besiedlung der Südukraine.
- 1775 Zerstörung der Saporoger Sitsch.
- 1781 Einführung der Gouvernementsverfassung im Hetmanat.
- 1783 Annexion der Krim durch das Russische Reich. Einführung der Leibeigenschaft in der linksufrigen Ukraine.
- 1784 Gründung der Universität Lemberg (Lwiv).
- 1785 Adelsprivilegien für die Kosaken-Oberschicht des Hetmanats.
- 1793 Zweite Teilung Polens: Die rechtsufrige Ukraine fällt an Russland.
- 1794 Gründung von Odessa (Odesa).
- 1795 Dritte Teilung Polens: Das Land bleibt bis 1918 zwischen Russland, Preußen und Österreich-Ungarn aufgeteilt.
- 1798 Das heroische Gedicht »Eneida« von Iwan Kotljarewskyj erscheint als wohl erstes literarisches Werk in ukrainischer Sprache.
- 1805 In Charkiw wird eine Universität gegründet.
- 1807 Lemberg wird für die folgenden zwei Jahrhunderte Zentrum der Griechisch-Katholischen Kirche.
- 1808 Griechisch-Katholische Metropole von Halytsch/Galizien.
- 1815 Mit dem gemeinsamen Sieg über Napoleon I. und dem Wiener Kongress 1815 beenden die Großmächte Preußen, Österreich und Russland für die nächsten 100 Jahre ihre kriegerischen Streitigkeiten um Ostmitteleuropa.
- 1830/31 Novemberaufstand in Polen mit dem Ziel der Unabhängigkeit gegenüber dem Russländischen Reich.

Von den polnischen Teilungen bis zum Ersten Weltkrieg

- 1832 In Lemberg gründet sich die »Ruthenische Triade«, die erste westukrainische Literaten- und Dichtervereinigung.
- 1834 Gründung der Universität Kiew.
- 1837 Ruthenische Volksliedersammlung (Rusalka Dnistrowaja) erscheint.
- 1839 Auflösung der Unierten Kirche im Russländischen Reich.
- 1840 Die Gedichtsammlung »Kobzar« von Taras Schewtschenko, des bedeutendsten ukrainischen Lyrikers, erscheint.
- 1845–1847 Die Kyrill-und-Method-Bruderschaft, eine Vereinigung liberaler Intellektueller, verschreibt sich der Herausbildung eines ukrainischen Nationalbewusstseins.
- 1846 Krakauer Aufstand gegen Österreich und damit verbunden der Großpolnische Aufstand in der preußischen Provinz Posen.
- Die »Istorija Rusow« (Geschichte der Ukraine von der Antike bis 1769) erscheint.
- 1848 Revolution in zahlreichen europäischen Ländern, auch in Österreich-Ungarn. Russische Intervention in Ungarn, nationale Bewegung in der Westukraine. Abschaffung der Leibeigenschaft in Galizien.
- 1853–1856 Krimkrieg zwischen Russland und dem Osmanischen Reich. Frankreich und Großbritannien unterstützen die Osmanen.
- 1854 Belagerung der Festung von Sewastopol durch die Westmächte Großbritannien und Frankreich.
- 1859 Gründung der Kiewer Hromada, der bedeutendsten und langlebigsten ukrainischen Intellektuellenvereinigung (besteht bis 1917).
- 1861 Aufhebung der Leibeigenschaft durch Zar Alexander II.
- 26. Februar:** Tod des ukrainischen Malers und Lyrikers Taras Schewtschenko.
- 1861/62 Zirkel um die Zeitschrift »Osnowa« in Petersburg.

Von den polnischen Teilungen bis zum Ersten Weltkrieg

- 1863 **Juni:** Das russische Innenministerium verbietet ukrainische Druckschriften.
- 1863/64 Polnischer Januaraufstand.
- 1865 Gründung der Universität Odessa (Odesa).
- 1867 Österreichisch-ungarischer Ausgleich: Im Rahmen einer Doppelmonarchie herrschen Österreich und Ungarn über Tschechen, Slowaken, Rumänen, Polen, Ukrainer, Slowenen und Kroaten.
- 1868 Prosvita-Verein in Galizien zur Erhaltung und Entwicklung der ukrainischen Kultur.
- 1876 Geheimer Akt von Ems (Emser Erlass): Verbot ukrainischer Schriften im Russländischen Reich durch Zar Alexander II.
- 1881 Antijüdische Progrome in der Ukraine.
- 1884 Eröffnung der »Katharinen-Eisenbahn« zwischen dem Donbass und Krywyj Rih (Zentralukraine).
- 1880er Jahre Aufbau eines modernen Schwerindustriekomplexes in der östlichen und südlichen Ukraine.
- 1890/91 Ruthenische Radikale Partei (Mychajlo Pawlyk, Iwan Franko).
- 1900 Andrzej Szeptycki wird Metropolit der Griechisch-Katholischen Kirche. Gründung der Revolutionären Ukrainischen Partei (RUP) in Russland, nach 1905 umbenannt in Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
- 1903/04 Bildung der Ukrainischen Demokratischen und der Radikalen Partei in Russland.
- 1905–1907 Revolution in Russland, Bauernaufstände.
- 1906/07 1. und 2. Duma in Petersburg als Reaktion auf die Revolution von 1905.
- 1908 Ermordung des galizischen Statthalters Andrzej Kazimierz Potocki.

Zeitalter der Weltkriege

- 1914** **28. Juli:** Beginn des Ersten Weltkriegs durch die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien.
- 1914/15** Besetzung Ostgaliziens durch Russland.
- 1917** **25. bis 28. Februar:** Februarrevolution in Russland.
- 4. März:** Ukrainische Zentralna Rada in Kiew: Revolutionsparlament für die Ukraine bis 1920.
- 6. bis 8. April:** Allukrainischer Zentraler Kongress in Kiew.
- 10. Juni:** 1. Universal (Erlass) der Zentralna Rada: Forderung von Autonomierechten.
- 25. Oktober:** Oktoberrevolution in Petrograd.
- 7. November:** 3. Universal: Ukrainische Volksrepublik im Rahmen Russlands.
- 12. Dezember:** Ukrainische Sowjetregierung in Charkiw.
- 1918** **12. Januar:** 4. Universal: Unabhängigkeitserklärung der Ukraine.
- 26. Januar:** Eroberung Kiews durch die Bolschewiki.
- November:** Besetzung der Nordbukowina durch Rumänien.
- November:** Direktorium der Ukrainischen Volksrepublik in Kiew.
- 21. November:** Polnische Truppen erobern Lemberg.
- 1919** **22. Januar:** Vereinigung der Ukrainischen mit der Westukrainischen Volksrepublik.
- 5. Februar:** Die Rote Armee besetzt Kiew.
- 11. Februar:** Symon Petljura wird Vorsitzender des Direktoriums der Ukrainischen Volksrepublik.
- 8. Mai:** Die Karpatenukraine fällt an die Tschechoslowakei.
- Sommer:** Der antirevolutionäre (»weiße«) russische General Anton I. Denikin besetzt Teile der Ukraine. Besetzung Galiziens durch Polen.

- 10. September:** Friede von St. Germain: Die Bukowina fällt an Rumänien, die Karpatenukraine an die Tschechoslowakei.
- 2. Dezember:** Petljura anerkennt polnische Herrschaft über die Westukraine.
- 6. Dezember:** Die Rote Armee besetzt Kiew.
- 1920** **7. Mai:** Kiew wird von polnischen und national-ukrainischen Truppen eingenommen.
- 11. Juni:** Die Rote Armee erobert Kiew.
- 1921** **18. März:** Friedensvertrag von Riga: Regelung des Grenzverlaufs zwischen Polen und der Sowjetukraine.
- ab 1922** Die Ukraine und andere Teile des untergegangenen Zarenreiches werden Teil der formal übernationalen Sowjetunion.
- 1922** **30. Dezember:** Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR).
- 1923** **14. März:** Alliierte anerkennen polnische Herrschaft über Galizien.
- April:** Sowjetische Politik zur Einbindung nichtrussischer Völker (Korenizacija) in der Ukraine; in diesem Rahmen Beginn einer Ukrainisierungspolitik.
- 1925** **11. Juli:** Ukrainische National-Demokratische Union in Galizien.
- 1927/28** Erste »Säuberungsaktion« in der Sowjetukraine gegen »Kulaken«, die sich gegen die Zwangskollektivierung wehren.
- 1929** Begründung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) in Wien. Beginn der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion.
- 1929–1933** Erster Fünfjahresplan, Ausbau der Schwerindustrie in der Südukraine, Bau des Dnjepr-Kraftwerks.
- 1930** **Januar:** Abschaffung der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche.

Zeitalter der Weltkriege

- April:** Prozess gegen den »Bund zur Befreiung der Ukraine«. »Pazifikation« in Galizien.
- 1931–1934** Holodomor (»Tötung durch Hunger«): Hungersnot in Südrussland, Kasachstan und der Ukraine infolge der stalinistischen Zwangskollektivierung bei gleichzeitig forcierter Industrialisierung. In der Sowjetunion sterben rund 5,5 Millionen Menschen an Hunger und dessen Folgekrankheiten, davon knapp 4 Millionen in der Sowjet-Ukraine.
- 1937/38** Welle des großen Terrors (»Große Säuberungen«).
- 1938** **27. Januar:** Nikita Chruschtschow wird Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine.
24. April: Russisch wird Pflichtfach an ukrainischen Schulen.
- 1939** **März:** Karpatenukraine nach Unabhängigkeitserklärung von Ungarn besetzt.
23. August: Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt.
1. September: Deutscher Überfall auf Polen und Beginn des Zweiten Weltkriegs.
September: Besetzung Galiziens und Westwolhyniens durch sowjetische Truppen.
27. Oktober/1. November: Eingliederung der Westukraine in die Ukrainische SSR.
- 1940** **10. Februar:** Spaltung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) in zwei Fraktionen (Andrij Melnyk, Stepan Bandera).
15. April: Ukrainisches Zentralkomitee in Krakau. Nordbukowina und Südbessarabien fallen an die Ukrainische SSR.
- 1941** **22. Juni:** Deutscher Überfall auf die Sowjetunion (»Unternehmen Barbarossa«), bis 1944 Besetzung der Ukraine durch deutsche Truppen.
30. Juni: Einrichtung des Reichskommissariats Ukraine. Bis Anfang 1944 Gewaltherrschaft unter Reichskommissar Erich Koch.

Zeitalter der Weltkriege

29./30. September: Ermordung von über 33 000 Juden in Babyn Jar im Norden Kiews durch Einsatzgruppen der SS und des SD im Verantwortungsbereich der Wehrmacht.

1942/43 Ukrainische Aufstandsarmee (UPA).

1943 **Juli:** Aufstellung der 14. Waffen-SS-Division (Galizische Nr. 1) aus ukrainischen Freiwilligen.

März: Rückeroberung der Ukraine durch die Sowjetarmee (27.3. Charkiw, 6.11. Kiew).

1944 Besetzung der Westukraine (6.8. Lemberg) und (erst-mals) der Karpatenukraine (24.10. Uschhorod) durch sowjetische Verbände.

1945 **30. April:** Die Ukraine ist Gründungsmitglied der Vereinten Nationen.

8. Mai: Bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches.

Kalter Krieg und Blockkonfrontation

1946 **März:** Verbot und Verfolgung der Unierten Kirche in der Westukraine.

März: Auflösung der Griechisch-Katholischen Kirche und Vereinigung mit der Russisch-Orthodoxen Kirche.

1946/47 und 1951/52 Vom sowjetischen Regime initiierte »Säuberungen« gegen die ukrainische Widerstandsbewegung, Kampf gegen »ukrainischen Nationalismus« und »jüdischen Kosmopolitismus«.

1948–1950 Zwangskollektivierung in der Westukraine.

1954 **18. Januar:** 300-Jahr-Feier der »Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland«. Die Krim wird der Ukrainischen SSR angeschlossen.

1956 20. Parteitag der KPdSU, in der Folge Entlassung zahlreicher politischer Gefangener.

1963 Petro Schelest wird Erster Sekretär der Ukrainischen Kommunistischen Partei.

Kalter Krieg und Blockkonfrontation

- 1965 Iwan Dzjuba veröffentlicht anlässlich der Verhaftung zahlreicher ukrainischer Intellektueller sein Buch »Internationalismus oder Russifizierung?« Der Autor verliert seine Arbeit und wird zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.
- 1966 **November:** Ukrainischer Schriftstellerkongress wendet sich gegen Russifizierungstendenzen.
- 1972/73 »Säuberungen« in der Kommunistischen Partei der Ukraine und unter den ukrainischen Intellektuellen.
- 1975 **1. August:** Helsinki-Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).
- 1976 Gründung des ukrainischen Helsinki-Komitees.
- 1977–1984 Verfolgung der ukrainischen Opposition durch den sowjetischen Geheimdienst; weiter verstärkte Russifizierungspolitik.
- 1985 **11. März:** Michail Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU.
- 1986 **26. April:** Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl.
- 1987 **8. Dezember:** INF-Vertrag zwischen der UdSSR und den USA zur Begrenzung von nuklearen Mittelstreckenraketen.
- 1988 **Juli:** Massendemonstrationen in der Westukraine.
- 1989 Bergarbeiterstreiks im Donbass (Donbas).
- 10. September:** In der Ukraine entsteht eine Volksbewegung für die Perestroika.
- September:** Wolodymyr Schtscherbytzkyj, Parteichef der Ukrainischen Kommunistischen Partei, tritt zurück.
- November:** Wiedenzulassung der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche.
- 9. November:** Mit dem Fall der Berliner Mauer endet der Kalte Krieg symbolisch.

Die unabhängige Ukraine

- 1990**
- 1. Januar:** Ukrainisch wird offiziell Landessprache.
 - 9. Februar:** Gründung der ersten Oppositionspartei »Ruch« (»Ukrainische Volksbewegung«).
 - 16. Juli:** Erklärung der Souveränität der Ukraine durch den Obersten Sowjet der Ukrainischen SSR.
 - 23. Juli:** Leonid Krawtschuk wird Parlamentspräsident.
 - 19. November:** Ukrainisch-russischer Vertrag.
 - 21. November:** Gipfeltreffen der (KSZE) in Paris. Verabschiedung der Charta von Paris für ein neues Europa.
 - 12. September:** Unterzeichnung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages durch die beiden deutschen Staaten, die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion in Moskau über die Regelung der deutschen Einheit.
- 1991**
- 17. März:** Referendum über den Erhalt der Sowjetunion.
 - 1. Juli:** Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation.
 - 31. Juli:** Strategic Arms Reduction Treaty (START) zwischen den USA und der UdSSR über die Reduzierung strategischer Nuklearwaffen.
 - 18. bis 21. August:** Putschversuch gegen Gorbatschow in Moskau, den der Präsident der russischen Teilrepublik Boris Jelzin zur politischen Profilierung nutzt.
 - 24. August:** Unabhängigkeitserklärung der Ukraine.
 - 30. August:** Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine.
 - 1. Dezember:** In einer Volksabstimmung sprechen sich 90 Prozent der Bürger für die Unabhängigkeit der Ukraine aus. Wahl Krawtschuks zum ersten Präsidenten.
 - 8. Dezember:** Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).
 - 24. Dezember:** Referendum über die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine. 90,3 Prozent der Bevölkerung votierten mit Ja.
 - 25. Dezember:** Rücktritt Präsident Gorbatschows.

- 26. Dezember:** Auflösung der Sowjetunion.
- 1992**
- Januar:** Beginn des Streits mit Russland um Schwarzmeerflotte und Krim.
- 10. Januar:** Die Ukraine verlässt die Rubelzone. Neue Währung wird (bis 1996) der Karbowanez.
- 24. März:** Unterzeichnung des Open-Skies-Vertrags von 27 Staaten der NATO und des Warschauer Pakts in Helsinki.
- 23. Mai:** Unterzeichnung des Lissaboner Protokolls. Russland, Belarus, die Ukraine und Kasachstan übernehmen alle Verpflichtungen aus dem START-I-Vertrag.
- Mai:** Abtransport der taktischen Atomwaffen nach Russland abgeschlossen.
- Mai:** Freundschaftsvertrag der Ukraine mit Polen.
- 30. Juni:** Weitgehende Autonomie für die Krim innerhalb der Ukraine.
- Oktober:** Neue Regierung unter Ministerpräsident Leonid Kutschma.
- 1993**
- 3. Januar:** Der russische und der amerikanische Präsident unterzeichnen das START-II-Abkommen.
- 13. bis 15. Januar:** Unterzeichnung des internationalen Übereinkommens zum Verbot chemischer Waffen.
- Mai:** Wiederzulassung der Kommunistischen Partei in der Ukraine.
- Juni:** Streikwelle, angeführt von Bergarbeitern des Donbas.
- 3. September:** Russisch-ukrainische Verständigung über die Schwarzmeerflotte.
- September:** Ministerpräsident Kutschma tritt zurück, Präsident Krawtschuk übernimmt die Regierungsgewalt.
- 1994**
- 10./11. Januar:** Auf dem NATO-Gipfel in Brüssel wird das Programm Partnership for Peace (PfP) verabschie-

det. Ziel der PfP ist die militärische Zusammenarbeit des Bündnisses mit weiteren europäischen und asiatischen Staaten.

März/April: Erste freie Parlamentswahlen in der Ukraine bringen keine klaren Mehrheitsverhältnisse.

1. Juni: Vorläufiges Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU.

Juni: Witalij Massol wird ukrainischer Ministerpräsident.

10. Juli: Präsidentschaftswahlen in der Ukraine: Kutschma setzt sich in der Stichwahl gegen Krawtschuk durch.

Oktober: Präsident Kutschma präsentiert marktwirtschaftliche Reformen.

November/Dezember: Beitritt der Ukraine zum Atomwaffensperrvertrag (NPT) und zum START-I-Vertrag.

5. Dezember: Unterzeichnung des Budapester Memorandums durch Russland, die USA, das Vereinigte Königreich, Kasachstan, Belarus und Ukraine. Als Gegenleistung für ihren Verzicht auf Atomwaffen erhält die Ukraine Sicherheitsgarantien.

1994–1996 Erster Tschetschenienkrieg.

1995 **1. Januar:** Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wird eine Organisation (OSZE).

Januar: Handels- und Wirtschaftsabkommen mit Russland.

9. November: Beitritt der Ukraine zum Europarat.

März/April: Aufhebung der Verfassung und der Autonomie der Krim, teilweise Wiederherstellung im August.

6. März: Jewhen Martschuk wird Ministerpräsident der Ukraine.

31. Mai: Neue Verfassung bekräftigt die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine.

8. Juni: »Verfassungsvertrag« zwischen dem ukrainischen Präsidenten und dem Parlament.

- 9. November:** Aufnahme der Ukraine in den Europarat.
- 20. Dezember:** Vereinbarung zur Stilllegung des Kernkraftwerks Tschernobyl.
- 1996**
- 28. Juni:** Der Entwurf über die Verfassung wird durch das Parlament der Ukraine, die Werchowna Rada, angenommen. Sie erklärt das Ukrainische zur alleinigen Staatssprache.
- Februar/Juli:** Streiks der Bergarbeiter.
- Mai/Juli:** Pawlo Lasarenko wird Ministerpräsident der Ukraine.
- 1. Juni:** Die Ukraine wird ein atomwaffenfreier Staat.
- Juni:** Beschluss über Privatisierung von ukrainischen Großunternehmen.
- 28. Juni:** Verabschiedung einer neuen Verfassung (Präsidialdemokratie).
- September:** Einführung der Hrywnja als neue ukrainische Währung.
- 2. September:** Russland wird in den Europarat und die G7 aufgenommen, die dadurch von 1998 bis 2014 als G8 firmiert.
- 1997**
- 9. Juli:** Abschluss des militärischen Partnerschaftsvertrags zwischen der Ukraine und der NATO, genannt NATO-Ukraine-Charta.
- 21. Mai:** Deklaration über Verständigung und Aussöhnung mit Polen.
- 27. Mai:** Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte in Paris.
- 31. Mai:** Unterzeichnung des russisch-ukrainischen Abkommens über die Schwarzmeerflotte in Kyjiw und des Vertrages über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit.
- 2. Juni:** Vertrag über gute Nachbarschaft und Kooperation mit Rumänien.

- 9. Juli:** Unterzeichnung der Charta über »distinctive partnership« der Ukraine mit der NATO.
- Juli:** Beim NATO-Gipfel im Juli 1997 werden Ungarn, Tschechien und Polen zu Beitrittsgesprächen eingeladen.
- 1998**
- März:** Bei den Parlamentswahlen in der Ukraine erzielen die linken Parteien wieder Gewinne.
- Mai bis Juli:** Streiks der Bergarbeiter.
- September:** Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank gewähren der Ukraine hohe Kredite.
- 1999**
- 12. März:** Erste NATO-Osterweiterung um Polen, die Tschechische Republik und Ungarn.
- 24. April:** Membership Action Plan (MAP) der NATO zur Unterstützung neuer NATO-Partnerstaaten.
- 12. Juli:** Inkrafttreten des russisch-ukrainischen Abkommens zur Aufteilung der Schwarzmeerflotte nach Ratifizierung durch die Parlamente.
- 14. November:** Wiederwahl Kutschmas als Präsident der Ukraine.
- 8. Dezember:** Belarus und Russland unterzeichnen den »Vertrag über die Gründung eines Unionsstaates«. Belarus wird seit 1994 von Aljaksandr Lukaschenka autokratisch regiert.
- 31. Dezember:** Wladimir Putin übernimmt die Regierungsgeschäfte als Präsident der Russländischen Föderation (offizielle Amtsübernahme am 7. Mai 2000).
- 1999–2009** Zweiter Tschetschenienkrieg.
- 2000**
- ab Januar:** Auseinandersetzungen im ukrainischen Parlament zwischen pro-präsidentialer Mehrheit und linker Minderheit.
- September:** Ermordung des georgisch-ukrainischen Journalisten Heorhij Gongadse nach regierungskritischen Investigativreportagen über die Korruption im Land. Sein Tod führt zu massiven Protesten.
- 2001**
- Juni:** Besuch von Papst Johannes Paul II. in der Westukraine.

- 15. Juni:** Gründung der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet.
- 2003**
- März:** Massendemonstrationen gegen Präsident Kutschma.
- November:** Rosenrevolution in Georgien.
- 2004**
- 23. März:** Zweite NATO-Osterweiterung um Bulgarien, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und die drei baltischen Staaten.
- 5. September:** Giftanschlag auf den ukrainischen Präsidentschaftskandidaten Wiktor Juschtschenko.
- 31. Oktober:** Erster Wahlgang der ukrainischen Präsidentschaftswahlen.
- 21. November:** Zweiter Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine: Stichwahl zwischen Wiktor Janukowytsch und Wiktor Juschtschenko, aus der letzterer nur knapp als Sieger hervorgeht. Massive Wahlfälschungen zugunsten Juschtschenkos lösen in der Ukraine Proteste aus (Orangene Revolution).
- 4. Dezember:** Annullierung des gefälschten zweiten Wahlgangs.
- 8. Dezember:** Änderung der Verfassung.
- 26. Dezember:** Aus der Wiederholung der Stichwahl geht Juschtschenko als Sieger hervor.
- 2005**
- 23. Januar:** Amtseinführung Juschtschenkos als ukrainischer Präsident.
- 4. Februar:** Bestätigung der Regierung unter Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko durch das Parlament.
- 25. Februar:** Bilateraler EU-Aktionsplan mit der Ukraine.
- 8. September:** Ministerpräsidentin Tymoschenko wird entlassen und am 22.9. durch Jurij Jechanurow ersetzt.
- 2006**
- 1. bis 4. Januar:** Gazprom stoppt die Gaslieferungen in die Ukraine.
- 26. März:** Parlamentswahlen in der Ukraine.

Juli: Beginn der multinationalen Militärübungsserie Rapid Trident in der Ukraine im Rahmen des Ausbildungs- und Übungsprogramms der US-Streitkräfte.

2007

10. Februar: Auf der Münchner Sicherheitskonferenz bezeichnet Wladimir Putin die NATO-Osterweiterungen und die Präsenz amerikanischer Soldaten in Bulgarien und Rumänien als »provozierenden Faktor«.

30. September: Vorgezogene Neuwahlen des Parlaments in der Ukraine.

18. November: Schweres Unglück in einer Kohlegrube in Donezk mit 101 toten Bergleuten.

18. Dezember: Julija Tymoschenko wird erneut Ministerpräsidentin.

2008

Januar: Vor Beginn des NATO-Gipfels in Bukarest beantragen der ukrainische Präsident Juschtschenko, Ministerpräsidentin Tymoschenko und Parlamentspräsident Jazenjuk die Aufnahme ihres Landes in den Membership Action Plan der NATO. Der Ukraine wird nur eine »Beitrittsperspektive« zugestanden.

April: Der Antrag der Ukraine auf einen Aktionsplan für eine NATO-Mitgliedschaft wird abgelehnt.

Mai: Aufnahme der Ukraine in die Welthandelsorganisation (WTO).

September: Bruch der regierenden Koalition in der Ukraine.

1. Oktober: Verlängerung des Freundschaftsvertrages mit Russland um zehn Jahre.

7. August: Russland setzt in der Auseinandersetzung mit Georgien und Südossetien Cyberattacken ein.

7. bis 16. August: Georgische Offensive gegen Separatisten. Der fünftägige (Kaukasus-)Krieg zwingt die georgischen Streitkräfte zur Aufgabe der Gebiete Südossetien und Abchasien. Moskau erkennt beide abtrünnige Regionen als eigenständige Staaten an.

2009

1. Januar: Gazprom liefert erneut kein Gas mehr an die Ukraine; auch einige andere Länder sind betroffen.

- 19. Januar:** Liefer- und Transitvertrag der Ukraine mit Gazprom.
- 1. April:** Dritte NATO-Osterweiterung um Albanien und Kroatien.
- 2010**
- 17. Januar:** Erster Wahlgang der ukrainischen Präsidentschaftswahlen.
- 22. Januar:** Verleihung des Titels »Held der Ukraine« an Stepan Bandera.
- 7. Februar:** Aus dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen geht Wiktor Janukowytsch als Sieger hervor. Er wird vierter Präsident der Ukraine.
- 11. März:** Bildung einer Regierung unter Mykola Asarow.
- 21. April:** Abkommen zwischen der Ukraine und Russland zum Gashandel und über die Verlängerung des Pachtvertrags der russischen Schwarzmeerflotte.
- Oktober:** Rückkehr zur Verfassung von 1996.
- 31. Oktober:** Kommunalwahlen in der Ukraine.
- ab 20. Dezember:** Eröffnung mehrerer Strafverfahren gegen Tymoschenko wegen Amtsmissbrauchs (Verurteilung zu sieben Jahren Freiheitsentzug am 11.10.2011).
- 2011**
- 19. Dezember:** Abschluss der Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU (Unterzeichnung am 30.4./19.7.2012).
- 2012**
- 3. März:** Baubeginn einer neuen Schutzhülle für Tschernobyl.
- 8. Juni bis 1. Juli:** Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine.
- 10. August:** Verabschiedung eines Gesetzes zur Verwendung von Minderheitensprachen in der Ukraine.
- 28. Oktober:** Parlamentswahlen in der Ukraine.
- 2013**
- 14. Mai:** Verabschiedung eines neuen Antikorruptionsgesetzes.

Sommer: Wiktor Janukowytsch und Waldimir Putin be-gehen gemeinsam das 1024. Jubiläum der Christianisie- rung der Kiewer Rus. Putin betont die geistig-kulturelle Einheit der Völker Russlands und der Ukraine.

18. September: Ankündigung der ukrainischen Regie- rung, das Assoziierungsabkommen mit der EU im November zu unterzeichnen.

November: Janukowytsch verweigert die Unterschrift unter das fertig ausgehandelte Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU. Die Protestbewegung des Euromajdan treibt Janukowytsch nach blutiger Eskala- tion Mitte Februar 2014 außer Landes.

21. November: Die Regierung in Kyjiw setzt die Vorbe- reitungen für die Unterzeichnung des Assoziierungsab- kommens aus.

21. bis 24. November: Beginn des Euromajdan: Protest- demonstrationen in Kyjiw und anderen ukrainischen Städten gegen die Rücknahme des Assoziierungsabkom- mens mit der EU.

29./30. November: Eine Demonstration auf dem Majdan in Kyjiw wird gewaltsam aufgelöst.

1. Dezember: Großdemonstration auf dem Majdan.

8. Dezember: Von der Opposition in Kyjiw organisierter »Marsch der Millionen«. Der Protestzug richtet sich gegen den prorussischen Kurs von Präsident Wiktor Janukowytsch.

17. Dezember: Zusage von massiver Finanzhilfe Russ- lands an die Ukraine.

2014

16. Januar: Gesetz gegen die Demonstrationsfreiheit: In der ukrainischen Hauptstadt eskaliert die Situation.

24. Januar: Erste Tote bei Zusammenstößen in Kyjiw.

28. Januar: Rücktritt der Regierung Asarow.

18. bis 20. Februar: Bewaffnete Auseinandersetzungen in Kyjiw: Über 100 Menschen sterben.

Die unabhängige Ukraine

21. Februar: Vereinbarung zwischen Janukowytsch und den drei Oppositionsführern unter ausländischer Vermittlung. Wiedereinführung der Verfassung von 2004.

21./22. Februar: Flucht von Janukowytsch aus Kyjiw.

22. Februar: Das Parlament enthebt Präsident Janukowytsch seines Amtes. Befreiung Tymoschenkos aus dem Gefängnis.

23. Februar: Wahl von Oleksandr Turtschynow zum kommissarischen Ministerpräsidenten.

27. Februar: Wahl von Arsenij Jazenjuk zum amtierenden Ministerpräsidenten. Besetzung des Krimparlaments in Simferopol durch prorussische Separatisten.

Februar: Annexion der Krim. Abspaltung der prorussischen »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk (ukr. Luhansk) von der Ukraine.

Die Krim-Annexion

2014

1. März: Das russische Parlament erteilt Putin die Vollmacht, die Armee in der Ukraine einzusetzen.

ab 1. März: Prorussische Demonstranten besetzen Verwaltungsgebäude in der Ostukraine.

17. März: Referendum über die »Wiedervereinigung der Krim mit Russland«.

18. bis 20. März: Aufnahme der Krim in die Russländische Föderation.

21. März: Unterzeichnung des politischen Teils des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU.

ab April: Antiterroristische Operation der ukrainischen Regierungstruppen gegen die prorussischen Separatisten.

7. April: Ausrufung der Volksrepublik Donezk.

27. April: Ausrufung der Volksrepublik Lugansk.

30. April: Kreditzusage des IWF an die Ukraine.

ab April: Antiterroraktion der ukrainischen Regierungstruppen unter Verantwortung des Innenministeriums (bis 2018).

2. Mai: In Odesa kommen über 40 prorussische Demonstranten bei einem Brand ums Leben.

11. Mai: Referendum über die Unabhängigkeit der beiden »Volksrepubliken«.

25. Mai: Wahl von Petro Poroschenko zum ukrainischen Präsidenten im ersten Wahlgang.

14. Juni: Abschuss eines ukrainischen Transportflugzeugs bei Donezk fordert 59 Tote.

5. Juli: Eroberung von Slowjansk durch ukrainische Truppen.

17. Juli: Abschuss eines malaysischen Verkehrsflugzeuges (Flug MH 2017) bei Donezk fordert 298 Tote. Drei der Täter werden am 17. November 2022 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt.

Juli/August: Vorrücken der ukrainischen Armee gegen Donezk und Luhansk.

31. Juli: Rücktritt der Regierung Jazenjuk vom Parlament abgelehnt.

ab Mitte August: Gegenoffensive russischer und separatistischer Kräfte.

ab Ende August: Eröffnung einer zweiten Front im Südosten der Ukraine.

September: Auf dem NATO-Gipfel in Wales wird das Ziel bekräftigt, zwei Prozent der Staatshaushalte für Militärausgaben aufzuwenden. Für die NATO-Ostflanke ist eine verstärkte Militärpräsenz vorgesehen.

5. September: Waffenruhe nach trilateralen Gesprächen zwischen der Ukraine, Russland und Vertretern der Separatisten.

27. Oktober: Parlamentswahlen: Jazenjuk bleibt Ministerpräsident.

- 2. November:** Irreguläre Wahlen in den »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk.
- 2015**
- Januar/Februar:** Schwere Kämpfe im Donbas.
- 12. Februar:** Vereinbarung von Minsk (Minsk II) zwischen der Ukraine und prorussischen Separatisten und Waffenstillstand.
- 11. März:** Hilfskredite des IWF für die Ukraine in Höhe von 17,5 Milliarden Dollar.
- April:** Fallschirmjäger der U.S. Army bilden Soldaten der ukrainischen Nationalgarde aus.
- 2015–2019** Erfolgreiche Fernsehserie »Diener des Volkes«: Wolodymyr Selenskyj als Hauptdarsteller und Produzent (drei Staffeln: 2015, 2017 und 2019).
- 2016**
- 1. Januar:** Freihandelsabkommen mit der EU tritt in Kraft.
- Russland greift in den syrischen Bürgerkrieg ein.
- Enhanced Forward Presence der NATO als Reaktion auf die russische Annexion der Krim von 2014. Vier Kampfverbände stehen seither dauerhaft im Baltikum und in Polen.
- Russische Internet-Trolle und Hacker lancieren Cyberattacken in NATO-Staaten und beeinflussen das Brexit-Referendum und die amerikanischen Präsidentschaftswahlen.
- 2017**
- 5. Juni:** Montenegro wird das 29. NATO-Mitglied.
- 11. Juni:** Visafreiheit der Ukrainer für die EU tritt in Kraft.
- 2018**
- 31. März:** Gründung der Partei »Sluha narodu« (Diener des Volkes).
- 30. April:** Der ukrainische Präsident lässt die »Antiterroristische Operation« in »Operation der Vereinten Kräfte« umbenennen. Die Kämpfe in der Ostukraine stehen nun unter der strategischen Leitung des Generalstabs der ukrainischen Armee.

15. August: Teileröffnung der Eisenbahn- und Straßenbrücke vom russischen Festland über die Straße von Kertsch auf die Krim.

Oktober: US-Präsident Trump erklärt den Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag.

25. November: Militärischer Zusammenstoß in der Straße von Kertsch am Zugang zum Asowschen Meer.

15. Dezember: Begründung der unabhängigen Orthodoxen Kirche der Ukraine, vom Moskauer Patriarchat nicht anerkannt.

2019 **20. Mai:** Wolodymyr Selenskyi übernimmt das Präsidentenamt, nachdem er im zweiten Wahlgang mit 73 Prozent der abgegebenen Stimmen klar vor Petro Poroschenko gewonnen hatte.

2020 **27. März:** Nordmazedonien wird 30. NATO-Mitglied.

September: Billigung der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie durch Präsident Selenskyj. Material für die erste Flugabwehrbatterie (Patriot) trifft in Rumänien ein, das sieben Systeme in zwei Losen bestellt hat. Das erste Los wird von der deutschen Luftwaffe betrieben.

November: Die USA verlassen den Open-Skies-Vertrag von 1992. Russland folgt 2021.

2021 **Frühjahr:** Russland beginnt mit einem massiven Truppenaufmarsch auf der Krim und entlang der ukrainischen Ostgrenze.

September: Russisch-belarussisches Großmanöver »Zapad« (Westen).

Anfang Dezember: Der ukrainische Geheimdienst meldet die Zusammenfassung von rund 92 000 russischen Soldaten in Belarus.

17. Dezember: Russland fordert von den USA und der NATO ultimativ die schriftliche Zusicherung, dass die NATO keine weiteren Länder an der Grenze Russlands aufnimmt.

2022

20. Februar: Der belarussische Präsident Lukaschenka fordert von der Ukraine die Anerkennung der Unabhängigkeit der »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk.

21. Februar: Russische Truppen überqueren die russisch-ukrainische Grenze und beziehen Angriffsstellungen in den von prorussischen Kräften kontrollierten Rebellenrepubliken.

24. Februar: Beginn der russischen Großoffensive gegen die Ukraine auf drei Angriffsachsen. Beginn der Schlacht um Kyjiw (bis 2.4.).

Flüchtlingsströme nach Polen und weiteren westlichen Staaten. Rund drei Millionen Menschen aus der Ukraine sind auf der Flucht.

März: In einer zweiten Angriffswelle gelingt es der russischen Armee die Stadt Mariupol einzuschließen.

24. März: Die NATO beschließt enhanced Vigilance Activities. Vier weitere NATO-Kampfverbände sollen in Bulgarien, Rumänien, Slowakei und Ungarn aufgestellt werden. Deutschland plant u.a. den Einsatz einer Infanteriekompanie in der Slowakei.

März/April: Russisches Massaker an Zivilisten in Butscha.

14. April: Der russische Raketenkreuzer »Moskwa« sinkt.

Mitte April: Die russische Armeeführung verlagert ihren Schwerpunkt auf die Eroberung des Donbas sowie an die Krimfront.

21. April: Putin erklärt Mariupol für erobert. Die Verteidiger der Asow-Stahlwerke halten sich noch für einen Monat.

Mai: Polen liefert schweres Kriegsmaterial in die Ukraine, darunter Kampfpanzer von Typ T-72 und Artilleriegeschütze.

Mai/Juni: Russische Offensive im Donbas.

Juni/Juli: Erste deutsche Panzerhaubitzen 2000 und Flugabwehrpanzer Gepard treffen in der Ukraine ein.

3. Juli: Lyssytschansk wird von russischen Truppen eingenommen.

Ende Juli: Die Ukraine startet eine Gegenoffensive im Süden und Osten des Landes. Vorausgegangen waren gezielte Angriffe auf Munitionslager, Versorgungs- und Kommandoeinrichtungen der russischen Armee. Auch von den USA gelieferte Raketenwerfer kamen zum Einsatz. Schwerpunkt der Gegenoffensive sind Charkiw und Isjum im Nordosten des Landes.

8. September: Präsident Selenskyj verkündet die Rückeroberung von 1000 Quadratkilometern.

10. September: Die ukrainische Armee erzielt weitere Geländegewinne.

September: Scheinreferenden in vier russisch besetzten Gebieten.

21. September: Putin erklärt die Teilmobilmachung.

3. Oktober: Rückeroberung der Stadt Lyman in der Ostukraine durch ukrainische Truppen.

7. Oktober: Putin verkündet die Zugehörigkeit der vier russisch besetzten Gebiete zum russischen Staatsgebiet.

8. Oktober: Schwere Beschädigung der Krim-Brücke durch Sabotage.

November: Schwere Schäden an der ukrainischen Infrastruktur durch russische Luft- und Raketenangriffe.

11. November: Russische Truppen ziehen sich auf das Südostufer des Dnjepr zurück. Rückeroberung Chersons durch ukrainische Streitkräfte.

14. November: Präsident Selenskyj besucht Cherson.

15. November: Eine ukrainische Rakete schlägt auf polnischem Territorium ein und tötet zwei Menschen.

28. November: Kämpfe um Bachmut und Awdjiwka.

3. Dezember: Ukrainische Aufklärungskräfte setzen bei Cherson über den Dnjepr und hissen die ukrainische Flagge.

Literatur, Film und neue Medien

Auf der Website des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) sind alle »Wegweiser zur Geschichte« online verfügbar, darunter auch die Bände zum Baltikum (2. Aufl. 2023) und zum Kaukasus (2008), die das vorliegende Buch thematisch ergänzen. Das 2022 zuerst online erschienene Ukraine-Dossier des ZMSBw (<https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/kanal-dossiers-ukraine>) liegt mittlerweile auch gedruckt vor. Das Dossier wird bei Bedarf online ergänzt.

Wissenschaftliche Literatur

- Alexijewitsch, Swetlana, Der Krieg hat kein weibliches Gesicht, erw. und akt. Ausg., Berlin 2004
- Andruchowytch, Juri, Euromaidan: Was in der Ukraine auf dem Spiel steht, Berlin 2014
- Applebaum, Anne, Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine, München 2019
- Arutunyan, Anna, Hybrid Warriors: Proxies, Freelancers and Moscow's Struggle for Ukraine, London 2022
- Augustynowicz, Christoph, Geschichte Ostmitteleuropas. Ein Abriss, 2. Aufl., Wien 2014
- Aust, Martin u.a., Osteuropa zwischen Mauerfall und Ukrainekrieg. Besichtigung einer Epoche, Berlin 2022
- Aust, Martin, Polen und Russland im Streit um die Ukraine. Konkurrierende Erinnerungen an die Kriege des 17. Jahrhunderts in den Jahren 1934 bis 2006, Wiesbaden 2009
- Barshadska, Iuliia, Brüssel zwischen Kyjiw und Moskau. Das auswärtige Handeln der Europäischen Union im ukrainisch-russischen Konflikt 2014–2019, Stuttgart 2022
- Belton, Putins Netz. Wie sich der KGB Russland zurückholte und dann den Westen ins Auge fasste, Hamburg 2022
- The Black Sea in Antiquity. Regional and Interregional Economic Exchanges. Hrsg. von Vincent Gabrielsen und John Lund, Aarhus 2007
- Boeckh, Katrin, und Ekkehard Völkl, Ukraine. Von der Roten zur Orangen Revolution, Regensburg 2007
- Borodziej, Włodzimierz, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010
- Bruder, Franziska, »Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!« Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1928–1948, Berlin 2007
- Bulei, Ion, Kurze Geschichte Rumäniens, 3., verb. Aufl., Bukarest 2012

- Chiari, Bernhard, Alltag hinter der Front. Besetzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944, Düsseldorf 1998
- Conze, Werner, Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert, München 1992
- D’Anieri, Paul, Ukraina and Russia: From Civilized Divorce to Uncivil War, Cambridge 2019
- Deutsche Geschichte im Osten Europas: Galizien, Bukowina, Moldau. Hrsg. von Isabel Röskau-Rydel, Berlin 1999
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, 10 Bde. Hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Stuttgart, München 1979–2008 [Standardwerk zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu Politik, Ideologie, militärischen Operationen, Gesellschaft], v.a.:
 Bd 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, 2. Aufl. 1987
 Bd 5: Die Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Teilbd 2: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45
 Bd 8: Die Ostfront 1943/44, 2007
 Bd 9: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, Teilbd 2: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzungen, 2005
- Davis, Norman, Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2020
- Eigendorf, Katrin, Putins Krieg. Wie die Menschen in der Ukraine für unsere Freiheit kämpfen, Frankfurt a.M. 2022
- Ein willkommener Krieg? NATO, Russland und die Ukraine. Hrsg. von Wolfgang Gehrke und Christine Reymann, Köln 2022 [Positionen aus Sicht der Linkspartei]
- Epkenhans, Michael, und John Zimmermann, Die Wehrmacht – Krieg und Verbrechen, Ditzingen 2019 (= Kriege der Moderne)
- Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven. Hrsg. von Matthias Weber u.a., München 2011
- The EU and Ukraine. Neighbours, Friends, Partners? Hrsg. von Ann Lewis, London, 2002
- Figes, Orlando, Eine Geschichte Russlands, Stuttgart 2022
- Fischer, Sabine, Der Donbas-Konflikt. Widerstreitende Narrative und Interessen, schwieriger Friedensprozess, Berlin 2019 (= SWP-Studie)
- Frost, Robert I., The Northern Wars. War, State and Society in North-eastern Europe, 1558–1721 Harlow 2000
- Geiger, Tim, NATO-Osterweiterung, Zwischen Fakten und Perzeptionen, Ukraine-Dossier ZMSBw, 2022, <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/kanal-dossiers-ukraine>
- Geiger, Tim, Who lost Russia? Der Niedergang der europäischen Sicherheitsordnung, Ukraine-Dossier ZMSBw, 2022, <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/kanal-dossiers-ukraine>
- Geschichte der Ukraine. Hrsg. von Frank Golczewski, Göttingen 1993

- Gloger, Katja, Putins Welt. Das neue Russland, die Ukraine und der Westen, 3. Aufl., München, Berlin 2016
- Graf, Kilian, Der Transnistrien-Konflikt. Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion, Hamburg 2010
- Graf, Timo, Uneingeschränkt bündnistreu? Die Haltung der Deutschen zur Bündnisverteidigung, Ukraine-Dossier ZMSBw, 2022, <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/kanal-dossiers-ukraine>
- Greiner, Bernd, »Alleintäter Russland«: Wie man Feuer mit Benzin löscht. In: Blätter, März 2022, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/maerz/alleintaeter-russland-wie-man-feuer-mit-benzin-loescht>
- Grelka, Frank, Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42, Wiesbaden 2005
- Gruppenidentitäten in Ostmitteleuropa. Auf der Suche nach Identität. Hrsg. von Boguslaw Dybas und Jacek Bojarski, Göttingen 2021
- Halecki, Oskar, Grenzraum des Abendlandes. Eine Geschichte Ostmitteleuropas, Salzburg 1956
- Handbuch einer transnationalen Geschichte Ostmitteleuropas, Bd 1: Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Hrsg. von Frank Hadler und Matthias Middell, Göttingen 2017
- Hartmann, Christian, Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Krieg im Osten 1941–1945, München 2011
- Hartmann, Christian, Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42, 2. Aufl., München 2010
- Heyde, Jürgen, Geschichte Polens, München 2017
- Hildermeier, Manfred, Die rückständige Großmacht. Russland und der Westen, München 2022
- Hildermeier, Manfred, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991, 2. Aufl., München 2017
- Hildermeier, Manfred, Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution, 3. Aufl., München 2016
- Hitchins, Keith, Rumänien 1866–1947, Oxford 1994
- Hitchins, Keith, The Romanians 1774–1866, Oxford 1966
- Huntington, Samuel P., Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1998
- Jobst, Kerstin S., Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris, Berlin, Boston 2020
- Jobst, Kerstin S., Geschichte der Ukraine, Stuttgart 2022
- Kampf um die Ukraine. Ringen um Selbstbestimmung und geopolitische Interessen. Hrsg. von Heinz-Gerhard Justenhoven, Baden-Baden 2018
- Kappeler, Andreas, Die Kosaken, München 2013
- Kappeler, Andreas, Geschichte der Ukraine, 4. Aufl., München 2014
- Kappeler, Andreas, Kleine Geschichte der Ukraine, München 2009

- Kappeler, Andreas, Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, München 1992
- Kappeler, Andreas, Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 2. Aufl., München 2022
- Kappeler, Andreas, Russlands Krieg gegen die Ukraine. Historische Hintergründe. Vortrag an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften am 13.5.2022, <https://www.youtube.com/watch?v=dexssCXSTzI>
- Keep, John L.H., Soldiers of the Tsar. Army and Society in Russia, Oxford 1985
- King, Charles, The Moldovans. Romania, Russia and the Politics of Culture, Stanford, CA 2000
- Klein, Margarete, Russlands Militärpolitik im postsowjetischen Raum. Ziele, Instrumente und Perspektiven, September 2018, <https://www.swpberlin.org/publikation/russlands-militaerpolitik-im-postsowjetischen-raum>
- Klein, Margarete, Russlands neue Militärdoktrin. NATO, USA und »farbige Revolutionen« im Fokus, Februar 2015, https://www.swpberlin.org/publications/products/aktuell/2015A12_kle.pdf
- Krieg in der Ukraine, Hintergründe – Positionen – Reaktionen. Hrsg. von Ines-Jacqueline Werkner u.a., Heidelberg 2022
- Kusber, Jan, Katharina die Große. Legitimation durch Reform und Expansion, Stuttgart 2022
- Ukraine's Outpost. Dnipropetrovsk and the Russian-Ukrainian War. Hrsg. von Taras Kuzio u.a., Bristol 2022
- Lehnstaedt, Stephan, Der Große Nordische Krieg 1700–1721, Ditzingen 2021 (= Kriege der Moderne)
- Lehnstaedt, Stephan, Der vergessene Sieg. Der Polnisch-Sowjetische Krieg 1919–1921 und die Entstehung des modernen Osteuropas, München 2019
- Leidinger, Hannes, Der Russische Bürgerkrieg 1917–1922, Ditzingen 2020 (= Kriege der Moderne)
- Lieb, Peter, Enttäuschte Hoffnungen. Deutschland und die Ukraine im Ersten Weltkrieg, Ukraine-Dossier ZMSBw, 2022, <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/kanal-dossiers-ukraine>
- Lindner, Rainer, Unternehmer und Stadt in der Ukraine, 1860–1914. Industrialisierung und soziale Kommunikation im südlichen Zarenreich, Konstanz 2006
- Lübke, Christian, Das östliche Europa, München 2004
- Lukowski, Jerzy, und Hubert Zawadzki, A Concise History of Poland, Cambridge 2001
- Mark, Rudolf A., Das Streben nach Selbstbestimmung. Die Ukraine im 20. Jahrhundert, Ukraine-Dossier ZMSBw, 2022, <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/kanal-dossiers-ukraine>

- Mark, Rudolf A., Händler, Forscher, Invasoren. Russland und Zentralasien 1000–1900, Paderborn u.a. 2020
- The Military History of the Soviet Union. Hrsg. von Robin Higham und Frederick W. Kagan, New York, Houndmills 2002
- Müller, Rolf-Dieter, An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim »Kreuzzug gegen den Bolschewismus« 1941–1945, Frankfurt a.M. 2010
- Musial, Bogdan, Sowjetische Partisanen 1941–1944, Paderborn u.a. 2009
- Mykhaleyko, Andriy, Die katholischen Ostkirchen, Göttingen 2012
- Mykhaleyko, Andriy, Gott auf dem Majdan. Die Rolle der Kirchen in der Ukraine-Krise, Eichstätt 2015
- Mykhaleyko, Andriy, Metropolit Andrey Graf Sheptytskyj und das NS-Regime (1941–1944). Zwischen christlichem Ideal und politischer Realität, Paderborn u.a. 2019
- Nationalizing Empires. Hrsg. von Stefan Berger und Alexei Miller, Budapest, New York 2015 [u.a. mit Studien zu Nationalitäten, Nationalismus und Streitkräften im Russländischen Reich, der Habsburgermonarchie und dem Osmanischen Reich]
- Naumann, Friedrich, Mitteleuropa, Berlin 1915
- Die neue Ukraine: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991–2001). Hrsg. von Gerhard Simon, Köln u.a. 2002
- Nübel, Christoph, Konflikttraum Krim, Über russischen Imperialismus und ukrainische Souveränität, Ukraine-Dossier ZMSBw, 2022, <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/kanal-dossiers-ukraine>
- Oeldemann, Johannes, Die Kirchen des christlichen Ostens. Orthodoxe, orientalische und mit Rom unierte Ostkirchen, 4. Aufl., Regensburg 2016
- Pawlitschenko, Lyudmila, Lady Death: Stalins Scharfschützin, 2018
- Piel, Ernst u.a., Die offene Flanke der Europäischen Union, Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau, Berlin 2005
- Plenter, Tanja, Geschichte als Waffe: Der Krieg im Donbass. Die Geschichte der Bergbauregion im Donezbecken in vier Zeitbildern, Stuttgart 2020
- Plenter, Tanja, Kohle für Stalin und Hitler. Leben und Arbeiten im Donbass 1929–1953, Essen 2010
- Plokhly, Serhii, Chernobyl: A History of a Tragedy, London 2018
- Plokhly, Serhii, Das Tor Europas. Die Geschichte der Ukraine, Hamburg 2022
- Plokhly, Serhii, Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konflikts wurde, Hamburg 2022
- Plokhly, Serhii, The Cossack Myth. History and Nationhood in the Age of Empires, Cambridge 2012

- Pohl, Dieter, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, 2. Aufl., München 2009
- Pöhlmann, Markus, Verheerter Kampfraum. Raum, Operationen und Besatzungsherrschaft in der Ukraine im Zweiten Weltkrieg, Ukraine-Dossier ZMSBw, 2022, <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/kanal-dossiers-ukraine>
- The Political Cult of the Dead in Ukraine. Hrsg. von Guido Hausmann und Iryna Sklokina, Göttingen 2021
- Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armija Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Bernhard Chiari unter Mitarb. von Jerzy Kochanowski, München 2003 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 57)
- Portnov, Andrii, und Tetiana Portnova, »Die jüdische Hauptstadt der Ukraine.« Erinnerung und Gegenwart in Dnipropetrovs'k. In: Osteuropa, 10/2012, S. 25–40
- Portnov, Andrii, Polen und Ukraine. Verflochtene Geschichte, geteilte Erinnerung in Europa, Berlin 2022
- Puttkamer, Joachim von, Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010
- Quiring, Manfred, Russland – Ukrainekrieg und Weltmachtträume, Berlin 2022
- Renz, Bettina, Russia's Military Revival, Cambridge 2018
- Riemer, Pascal, Von der russischen Kriegskunst. Eine Untersuchung der dialektischen Zusammenhänge von Staatsidee und Militärwesen am Beispiel der Sowjetunion und der Russischen Föderation, Berlin 2021
- Rode, Bernhard, Pulverfaß Ukraine. Weltschlüsselkonflikt und Zentrum der Macht-Geometrie zwischen Ost und West, Tübingen 2016 [Narrativ von der westlichen Aggressionspolitik gegenüber Russland]
- Röper, Bernhard, Ukraine-Krise 2014. Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. Wie der neue Kalte Krieg begann, Gelnhausen 2019 [Narrativ von der westlichen Aggressionspolitik gegenüber Russland]
- Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Zeitenwende für die deutsche Sicherheitspolitik. Hrsg. von Stefan Hansen, Olha Husieva und Kira Frankenthal im Auftrag des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, Baden-Baden 2022
- Sakwa, Richard, Frontline Ukraine. Crisis in the Borderlands, 2. ed., 2016
- Sasse, Gwendolyn, Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen, München 2022

- Sasse, Gwendolyn, *The Crimea Question: Identity, Transition and Conflict*, Cambridge 2007
- Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. Hrsg. von Manfred Sapper und Rainer Lindner, *Zeitschrift Osteuropa* 2-4/2010
- Schubert, Christiane, und Wolfgang Templin, *Dreizack und roter Stern. Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine*, Berlin 2015
- Selenskyj, Wolodymyr, *Botschaft aus der Ukraine*, München 2022 [Auswahl der Reden des ukrainischen Präsidenten]
- Selenskyj, Wolodymyr, *Für die Ukraine – für die Freiheit. Reden im Zeichen des Krieges*, Berlin 2022
- Shparaga, Olga, *Die Revolution hat ein weibliches Gesicht. Der Fall Belarus*, Berlin 2021
- Snyder, Timothy, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2011
- Snyder, Timothy, *The Making of Modern Ukraine* [Vortragsserie des US-amerikanischen Historikers zur Geschichte der Ukraine], https://www.youtube.com/playlist?list=PLh9mgdi4rNewfxO7LhBoz_1Mx1MaO6sw_
- Stent, Angela, *Putins Welt*, Reinbek 2019
- Stevens, Carol B., *Russia's Wars of Emergence 1460–1730*, London, New York 2014
- Stökl, Günter, *Die Entstehung des Kosakentums*, München 1953
- Stone, Daniel, *The Polish-Lithuanian State, 1386–1795*, Seattle, London 2001
- Ströhlein, Frederik, *Blick über den Tellerrand. Die Renaissance des Politoffiziers*. In: *Europäische Sicherheit & Technik*, Juni 2022, S. 58–60
- Struwe, Kai, *Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine*, Berlin 2015
- Szücs, Jenő, *Die drei historischen Regionen Europas. Eine Studie*. Mit einem Vorw. von Fernand Braudel, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1994
- Tereshchenko, Volodymyr, *Evolution der politischen Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU 1991–2004*, Frankfurt a.M. 2005
- Testfall Ukraine. Europa und seine Werte. Hrsg. von Manfred Sapper, Berlin 2015
- Troebst, Stefan, *Erinnerungskultur – Kulturgeschichte – Geschichtsregion. Ostmitteleuropa in Europa*, Stuttgart 2013
- Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution*. Hrsg. von Juliane Besters-Dilger, Frankfurt a.M. 2009
- Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze*. Hrsg. von Renata Makarska und Basil Kerski, Osnabrück 2004
- Die Ukraine unter Präsident Juschtschenko. Auf der Suche nach politischer Stabilität*. Hrsg. von Heiko Pleines, Bremen 2006

- Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–1922. Hrsg. von Stefan Karner, Graz 2011
- Der Ukrainekonflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung. Hrsg. von Michael Staack, Opladen 2017
- Umbach, Frank, Chinas »prorussische Neutralität« im Russland-Ukraine-Konflikt, In: Europäische Sicherheit & Technik, April 2022, S. 38–41
- Umbach, Frank, Der Ukraine-Konflikt und die deutsche Russlandpolitik. In: Europäische Sicherheit & Technik, Februar 2022, S. 18–21
- Umbach, Frank, Russland und das EU-Ölembargo, In: Europäische Sicherheit & Technik, Juni 2022, S. 47–50
- Umstrittene Räume in der Ukraine. Politische Diskurse, literarische Repräsentationen und kartographische Visualisierungen. Hrsg. von Sabine von Löwis, Göttingen 2019
- Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. Hrsg. von Gerhard P. Groß, Paderborn u.a. 2006 (= Zeitalter der Weltkriege, 1)
- Wagner, Jürgen, NATO-Aufmarsch gegen Russland oder wie ein neuer Kalter Krieg entfacht wird, 2. Aufl., Berlin 2017
- Wehner, Markus, Putins Kalter Krieg. Wie Russland den Westen vor sich hertreibt, München 2016
- Weibliche Herrschaft im 18. Jahrhundert. Maria Theresia und Katharina die Große. Hrsg. von Bettina Braun, Jan Kusber und Matthias Schnettger, Bielefeld 2020
- Westphal, Kirsten, Russisches Erdgas, ukrainische Röhren, europäische Versorgungssicherheit – Lehren und Konsequenzen aus dem Gasstreit 2009, Berlin 2009 (= SWP-Studie)
- Wilson, Andrew, Ukraine Crisis: What it means for the West, New Haven 2014
- Wilson, Andrew, The Ukrainians. Unexpected Nation, 5. Aufl., New Haven 2022
- Wood, Elisabeth u.a., Roots of Russia's War in Ukraine, Washington, DC, New York 2016
- Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg. Hrsg. von Manfred Sapper und Rainer Lindner, Zeitschrift Osteuropa, 5-6/2014
- Zhuk, Sergei I., Rock and Roll in the Rocket City. The West, Identity, and Ideology in Soviet Dnepropetrovsk, 1960–1985, Washington 2010

Belletristik, Erinnerungsliteratur, Reiseberichte

- Andruchowytsch, Sofia, Die Amadoka-Trilogie, Bd 1: Die Geschichte von Romana, Wien 2023 [Roman um einen 2014 im Krieg schwerverletzten Soldaten ohne Erinnerung und dessen vermeintliche

- Frau. Der Roman verarbeitet schmerzhaft Themen der ukrainischen Geschichte]
- Babel, Isaak, *Die Reiterarmee*, Berlin 1994 [zuerst 1926; 38 Kurzgeschichten zum Russischen Bürgerkrieg ab 1919]
- Belorusetz, Yevgenia, *Anfang des Krieges. Tagebücher aus Kiew*, Berlin 2022 [Aufzeichnungen über den Kriegsalltag in der ukrainischen Hauptstadt]
- Brumme, Christoph D., *Im Schatten des Krieges. Tagebuchaufzeichnungen aus der Ukraine*, Stuttgart 2022 [Tagebuch von Mitte Januar bis 1. Mai 2022]
- Büscher, Wolfgang, *Berlin – Moskau: Eine Reise zu Fuß, Reinbek bei Hamburg* 2003 [»Der Osten ist immer noch weiter im Osten, wo immer man sich auch befindet.«]
- Bulgakow, Michail, *Die weiße Garde*, Berlin 2018 [Roman über die Schrecken des Bürgerkriegs in Kyjiw kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs am Beispiel einer Familie; russ. Original des Romans 1924]
- Filatjev, Pavel, *ZOV – Der verbotene Bericht. Ein russischer Fallschirmjäger packt aus*, Hamburg 2022 [beeindruckender Bericht eines russischen Fallschirmjägers, der in der Ukraine eingesetzt wurde]
- Franko, Iwan, *Im Schweiß des Angesichts*, o.O. 1890 [Erzählungen nationalukrainischer Prägung]
- Gerassimow, Sergej, *Feuerpanorama. Hörbuch*, München 2022 [aufwühlendes Kriegsjournal aus der Frontstadt Charkiw]
- Gogol, Nikolai W., *Taras Bulba* [zuerst 1835; Erzählung über einen Kosaken des 17. Jahrhunderts]
- Hilsenrath, Edgar, *Nacht*, Berlin 1964 [erschütternder Roman aus der Sicht eines Halbwüchsigen über den Überlebenskampf in einem osteuropäischen Ghetto]
- Kermani, Navid, *Entlang den Gräben. Ein Reise durch das östliche Europa bis nach Isfahan*, München 2018 [Auf seiner Reise durch Deutschland, Polen, Litauen, Belarus, Ukraine, Russland, Georgien, Armenien, Aserbaischan und Iran spricht der Autor mit den unterschiedlichsten Menschen]
- Kurkow, Andrej, *Graue Bienen*, Zürich 2019 [Roman über den Krieg in der Ostukraine nach 2014]
- Kurkow, Andrej, *Tagebuch einer Invasion*, Innsbruck, Wien 2022 [Persönliche Geschichten eines begnadeten Erzählers abseits der Medienberichte über Brennpunkte, Menschen, Schicksale im Krieg seit Februar 2022, die historische Kontinuitäten veranschaulichen und den Kampf um die Selbstbestimmung der Ukrainer begreifbar machen]

- Kurkow, Andrej, Ukrainisches Tagebuch. Aufzeichnungen aus dem Herzen des Protests, Innsbruck 2014 [Erinnerungen an die Ereignisse auf dem Majdan Nesaleschnosti 2013]
- Maljartschuk, Tanja, Blauwal der Erinnerung, Köln 2022 [Roman der Bachmann-Preisträgerin über eine Frau, die Halt in der historischen Figur des Geschichtsphilosophen und Politikers Wjatscheslaw Lypysnykj (1882–1931) findet, der unermüdlich die staatliche Unabhängigkeit forderte]
- Maljartschuk, Tanja, Gleich geht die Geschichte weiter, wir atmen nur aus, Köln 2022 [Essays über zehn Jahre russische Expansionspolitik, den vorläufigen Endpunkt Krieg und die Folgen für die Ukraine]
- Morgenstern, Soma, Die Blutsäule. Zeichen und Wunder an der Sereth, Wien u.a. 1964 [Ein von SS-Männern verübter Mord an jüdischen Bewohnern eines galizischen Dorfes fragt nach Schuld, Sinn und Gerechtigkeit]
- Morgenstern, Soma, In einer anderen Zeit. Jugendjahre in Ostgalizien, Lüneburg 1995 [Kindheits- und Jugenderinnerungen]
- Pyankkova, Tanya, Das Zeitalter der Roten Ameisen, Hamburg 2022 [Roman vor dem Hintergrund der Hungersnot in der Ukraine in den 1930er Jahren]
- Roth, Joseph, Radetzkymarsch, Berlin 1932 [Roman über den Zerfall der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn am Beispiel der Familie Trotta]
- Roth, Joseph, Die Kapuzinergruft, Bithoven 1938 [Roman über den Niedergang Österreichs am Beispiel eines Angehörigen der Familie Trotta. Handlungsort: Ostgalizien]
- Sabuschko, Oksana, Die längste Buchtour. Essay, Graz, Wien 2022 [Die Autorin im unfreiwilligen Exil schreibt über 300 Jahre europäische Geschichte – die Vorboten des Krieges in der Ukraine – und räumt mit Mythen und Stereotypen auf]
- Safran Foer, Jonathan, Alles ist erleuchtet, Köln 2003 [Ein bewegender Roman über einen jungen US-Amerikaner in der Ukraine auf der Suche nach der Frau, die seinen Großvater vor den Nazis gerettet hat]
- Schlögel, Karl, Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang, 2. Aufl., München 2008 [Essays zur Umbruchzeit zwischen 1989 und 2001 u.a. in den postsowjetischen Staaten, zur Migration in Europa, usw.]
- Schlögel, Karl, Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen, München 2015 [Bericht des Osteuropahistorikers über seine Reisen in der Ukraine zwischen den 1980er Jahren und 2014]
- Schulz, Bruno, Die Zimtläden, München 2008 [Kindheitserinnerungen an ein jüdisches Shtetl in Galizien]
- Schwarze Milch. Zurückgehaltene Briefe aus den Todeslagern Transnistriens. Hrsg. Von Benjamin Grilj, Innsbruck 2013

- Sygar, Michail, Endspiel. Die Metamorphosen des Wladimir Putin, 2. Aufl., Köln 2015 [Beschreibung der letzten 20 Jahre in Russland von einem Kenner des Kremls und seiner Machteliten]
- Szilvashi, Tiberiy, Der Himmel über Kyiv. Tagebuch 24.2.2022–7.4.2022, Berlin 2022 [»Es gibt das Wort Krieg, und es ist in all seiner Brutalität konkret. Es gibt das Wort Sieg – es ist präsent, auch wenn es nicht geschrieben steht. Und zwischen ihnen schwebt das unsichtbare Wort Freiheit. Es ist das wichtigste Wort.«]
- Tokarczuk, Olga, Die Jakobsbücher, Zürich 2019 [Monumentalroman der Nobelpreisträgerin über die polnisch-litauische Adelsrepublik]
- Tschech, Artem, Nullpunkt, Wuppertal 2022 [Bericht von der Verwandlung eines Zivilisten in einen Soldaten ab Mai 2015 und über das Erleben der Parallelwelt des Krieges im Donbass]
- Tolstoi, Leo, Krieg im Kaukasus. Übers. und komm. von Rosemarie Tietze, Berlin 2018 [Erzählungen, u.a. über den Kampf der Kosaken gegen das russische Zarenreich im 19. Jahrhundert]
- Zhadan, Serhij, Die Erfindung des Jazz im Donbass, Berlin 2014 [Roman über die Suche nach Freiheit und Heimat]
- Zhadan, Serhij, Himmel über Charkiw. Nachrichten vom Überleben im Krieg, Berlin 2022 [Eindrückliche Erlebnisse in einer umkämpften Stadt anhand von Posts in den sozialen Netzwerken]
- Zhadan, Serhij, Internat, Berlin 2018 [Auseinandersetzung mit dem Krieg im Donbass in Romanform]

Filme

Auf zahlreiche Filme und Dokumentationen kann auf Youtube zugegriffen werden. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD, ZDF, ARTE, 3-SAT, Deutschlandradio, ...) bieten in ihren Mediatheken zahlreiche, auch umfassende Infobeiträge zu Geschichte, Gesellschaft und Politik der einzelnen Länder des Wegweisers, insbesondere zur Ukraine. Zum Genre Kino lohnt sich das Dossier »Die Ukraine im Film«, 8.7.2022: <https://www.bpb.de/lernen/filmbildung/ukraine-im-film/>

- Alisa in Warland. Ukraine 2015, Regie: Alisa Kovalenko und Liubov Durakova [Dokumentarfilm zum Beginn des Ukraine Konflikts, 2015]
- An einem Samstag. Russland 2011, Regie: Aleksandr Mindadze [Drama über den Reaktorunfall in Tschernobyl]
- Anthropoid. Tschechien, Großbritannien, Frankreich 2016, Regie: Sean Ellis [Eine gelungene wie spannende Darstellung des Attentats auf Reinhard Heydrich am 27.5.1942 in Prag]

- Chernobyl. USA, Großbritannien 2019, Regie: Johan Renck [Miniserie über die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986, die 2020 den Golden Globe in der Kategorie Beste Miniserie/Bester Fernsehfilm erhielt]
- Diener des Volkes. Ukraine 2015/2017/2019 [Erfolgsserie in 3 Staffeln mit Wolodymyr Selenskyj als Geschichtslehrer Wassyl Holoborodko, der Präsident der Ukraine wird], <https://www.arte.tv/de/videos/RC-021804/diener-des-volkes/>
- Donbass. Deutschland 2018, Regie: Sergei Loznitsa [Drama über den Kriegszustand im Osten der Ukraine]
- Dr. Schiwago. USA, Großbritannien, Italien 1965, Regie: David Lean [Ein nach wie vor sehenswertes Epos, das eine Ahnung davon vermittelt, welche Folgen der Erste Weltkrieg und die Oktober-Revolution für Russland und Ostmitteleuropa hatten]
- Erde [Zemlya]. Ukraine 1930, Regie: Oleksandr Dowschenko [Spielfilm über einen jungen Traktoristen, der von einem Kulaken erschossen wird]
- Das Hamlet Syndrom. Polen, Deutschland 2022, Regie: Elwira Niewiera, Piotr Rosolwski [Kinodokumentation über die junge ukrainische Generation in Form der Auseinandersetzung eines Schauspielensembles mit den Kriegstraumata beim Proben des Shakespeare-Stückes]
- Katyn, Polen 2007, Regie: Andrzej Wajda [Eine eindrucksvolle Darstellung über das Massaker, das Angehörige des NKWD an polnischen Offizieren im April/Mai 1940 in Katyn verübten]
- Leonids Geschichte. Deutschland 2011, Regie: Tetyana Chernyavska, Rainer Ludwigs [Animationsdoku über die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl]
- Maidan. Ukraine 2014, Regie: Sergei Loznitsa [Dokumentarfilm über die zivilen Unruhen auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kyjiw im Winter 2013/14]
- Mariupolis. Frankreich, Deutschland, Litauen 2016, Regie: Mantas Kvedaravičius [Dokumentation des litauischen Filmemachers über die Kämpfe in der Stadt Mariupol von 2016], <https://www.arte.tv/de/videos/067103-000-A/mariupolis/>
- Mariupolis 2 [Fortsetzung über die Belagerung der Stadt. Noch vor Fertigstellung des Films fiel der Filmemacher im April 2022 dem Krieg zum Opfer], <https://www.arte.tv/de/videos/109827-000-A/mariupolis-2/>
- 1944 – Brüder/Feinde. Estland 2015, Regie: Elmo Nüganen [Eine der interessantesten und qualitativ besten Kriegsfilm der letzten Jahre. Geschildert wird die Endphase des Zweiten Weltkriegs im Baltikum aus Sicht einiger estnischer Soldaten, die sowohl auf deutscher wie auf sowjetischer Seite kämpfen]

- Red Secrets – Im Fadenkreuz Stalins. Ukraine 2019, Regie: Agnieszka Holland [Ein walisischer Journalist will die Wahrheit über den Holodomor von 1933 veröffentlichen. Der Spielfilm beruht auf wahren Begebenheiten]
- Rhino. Ukraine 2022, Regie: Oleh Senzow [Der Aufstieg eines jungen Ukrainers in den kriminellen Milieus der 1990er Jahre]
- Der russische Specht. USA 2015, Regie: Chad Gracia [Dokumentation über die Hintergründe der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl]
- Schindlers Liste. USA 1993, Regie: Steven Spielberg [Ein grandioses Epos über den Holocaust, dargestellt am Beispiel des Krakauer Ghettos, des KZ Plaszow und der Biografie von Oskar Schindler]
- Son of Saul. Ungarn, 2015, Regie: László Nemes [Vermutlich einer der wenigen künstlerisch relevanten Filme, die es zum Thema Holocaust und insbesondere zu Auschwitz gibt]
- Ukraine Is Not A Brothel. Australien 2013, Regie: Kitty Green [Dokumentarfilm über die ukrainische Frauenbewegung Femen]
- Ukraine On Fire. USA 2016, Regie: Igor Lopatonok [Dokumentation, produziert von Oliver Stone, zu den Majdan-Protesten 2013/14, beruhend auf der These, es habe sich dabei um einen Staatsstreich unter Federführung der USA gehandelt]

Internet

Nicht aufgeführt sind Onlineauftritte gängiger Medien, Zeitungen und Fernsehsender sowie die offiziellen Internetseiten von Parteien, Verbänden, Kirchen usw.

https://www.blz.bayern.de/hintergrundinformationen-zum-krieg-in-der-ukraine_a_32.html [Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit]

<http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts> [engl. Übersetzung der Reden Vladimir Putins]

<https://dekoder.org> [Zentrum für Osteuropa und internationale Studien, ZOiS, & Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen]

<https://gulagu.net> [Projekt gegen Korruption und Folter in Russland]

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/ukraine-node> [Auswärtiges Amt]

<https://www.bpb.de/themen/europa/krieg-in-der-ukraine/> [Bundeszentrale für politische Bildung]

<https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/nachgefragt-gespraech-zum-ukrainekrieg> [Onlineportal der Bundeswehr zum Ukrainekrieg; mit zahlreichen Links zu den Publikationen der Autorinnen und Autoren im pdf-Format]

- <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt> [Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg]
- <https://osteuropa.lpb-bw.de/transnistrien-konflikt> [Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg]
- <https://www.ji-hlava.cz> [Internationales Dokumentarfilmfestival Ostmitteleuropa]
- <https://www.milak.at/ausbildung/forschung-entwicklung/ukrainekrieg> [Theresianische Militärakademie des Österreichischen Bundesheeres u.a. mit zahlreichen informativen Podcasts zu Verlauf und Hintergründen des Ukrainekrieges]
- <https://www.nzz.ch/international/putins-radikalisierung-seine-wichtigsten-reden-in-der-analyse-ld.1689895>
- <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/ukraine-analyse-von-selenskis-reden-e782698/?reduced=true>
- <https://www.swp-berlin.org/themen/dossiers/russlands-krieg-gegen-die-ukraine> [Stiftung Wissenschaft und Politik]
- <https://www.understandingwar.org/> [Institute for the Study of War; Standardreferenz des US-amerikanischen Thinktanks mit tagesaktuellen Informationen zum Kriegsverlauf]
- <https://ukrainer.net/de/> [Medienprojekt zur Ukraine und zum Krieg aus ukrainischer Sicht]
- <https://zeitschrift-osteuropa.de> [Fachzeitschrift zur Geschichte Ost- und Ostmitteleuropas mit zahlreichen wichtigen Aufsätzen zum Konflikt]
- <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/kanal-dossiers-ukraine> [Dossier zur Ukraine bzw. zum ukrainisch-russischen Krieg]

Konkordanz der Toponyme

Die Tabelle verzeichnet Orte auf dem Gebiet der Ukraine, deren Transkription aus dem Russischen von jener aus dem Ukrainischen abweicht; gleichlautende Toponyme (z.B. Butscha, ukr./russ. Буча) sind hier nicht aufgelistet. Bezeichnungen in anderen Sprachen sind, sofern sie in unserem Band verwendet wurden, neben der russischen Variante in Klammer vermerkt.

Ukrainisch

Awdijiwka
 Babyn Jar
 Balaklija
 Charkiw
 Chmelnyzkyj
 Dnipro (Fluss)
 Dnipro (Stadt)
 Dnister
 Donbas
 Hadjatsch
 Halytschyna
 Hostomel
 Irpin
 Jaworiw
 Kreminna
 Krym
 Krywyj Rih
 Kyjiw
 Luhansk
 Lwiw
 Lyssytschansk
 Makijiwka
 Mykolajiw
 Odesa
 Prypjat
 Saporischschja
 Schytomyr
 Siwerskyj Donez
 Slowjansk
 Starobilsk
 Tscherkassy
 Tschernihiw
 Tscherniwzi
 Tschornobyl

Russisch (dt./andere)

Awdejewka
 Babi Jar
 Balakleja
 Charkow
 Chmelnizki
 Dnjepr
 Dnjepropetrowsk
 Dnjestr (rum. Nistru)
 Donbass
 Gadjatsch
 Galicija (dt. Galizien)
 Gostomel
 Irpen
 Jaworow
 Kremennaja
 Krim
 Kriwoj Rog
 Kiew
 Lugansk
 Lwow (dt. Lemberg, poln. Lwów)
 Lissitschansk
 Makejewka
 Nikolajew
 Odessa
 Pripjat
 Saporoschje
 Schitomir
 Sewerskij Donez
 Slawjansk
 Starobelsk
 Tscherkassy
 Tschernigow
 Tschernowzy (dt. Czernowitz)
 Tschernobyl

Uschhorod
Winnyzja
Wolodymyr
Wolyn

Uschgorod
Winniza
Wladimir
Wolyn (dt. Wolhynien)

Personenregister

- Adenauer, Konrad 195
- Albrecht I. (röm.-dt. König) 47
- Alexander der Jagellione (König von Polen) 48 f., 312
- Alexander II. (Kaiser von Russland) 71, 316 f.
- Alexander III. (Kaiser von Russland) 50
- Alexei I. (Zar von Russland) 60, 65, 313
- Anna (Kaiserin von Russland) 225
- Asarow, Mykola 330 f.
- Askold (Waragäerfürst) 42
- al-Assad, Baschar 156
- Attila (Hunnenkönig) 36
- August II., der Starke (Kurfürst von Sachsen, König von Polen, Großfürst von Litauen) 57, 61
- Baerbock, Annalena 298
- Baker, James A. 145, 148
- Bandera, Stepan 108, 330
- Báthory, Stefan (Fürst von Siebenbürgen, König von Polen, Großfürst von Litauen) 56
- Biden, Joe 129, 157, 257
- Bolotnikow, Iwan 60, 62
- Brandt, Willy 195
- Breschnew, Leonid 113, 247
- Brzezinski, Zbigniew 26
- Bulawin, Kondraty 61
- Bush, George H.W. 144, 148, 252
- Bush, George W. 125, 152 f., 253, 255
- Chmelnyzkyj, Bohdan 56, 62, 313
- Chodorkowski, Michail 154
- Chruschtschow, Nikita 111 f., 197, 320
- Clinton, Bill 150, 272
- Denikin, Anton I. 318
- Dir (Waragäerfürst) 42
- Dschamaladinowa, Susana siehe Jamala
- Dschaparow, Sadyr 168
- Dzjuba, Iwan 322
- Elisabeth (Kaiserin von Russland) 65 f., 224 f.
- Erhard, Ludwig 195
- Filatow, Borys 248
- Franz Ferdinand (Erzherzog von Österreich) 77
- Franz I. Stephan (röm.-dt. Kaiser) 224
- Friedrich I., der Große 225
- Genscher, Hans-Dietrich 145, 148
- Gerassimow, Waleri 173
- Gongadse, Heorhij 327
- Gorbatschow, Michail 114 f., 117, 144 f., 148, 216, 236, 247, 322 f.
- Gratschow, Pawel 160
- Groener, Wilhelm 83
- Habeck, Robert 263
- Hadrian II. (Papst) 213
- Halecki, Oskar 25, 26
- Hedwig von Anjou/Jadwiga (»König« von Polen) 55
- Heinrich III. (König von Polen, Großfürst von Litauen) 56
- Hitler, Adolf 91 f., 94, 108
- Hollande, François 155
- Huntington, Samuel P. 26
- Ismay, Hastings, 1. Baron Ismay 181
- Iwan III. (Großfürst von Moskau) 59

- Iwan IV., der Schreckliche (Zar von Russland) 56, 224, 239
- Iwanowna, Anna siehe Anna
- Jadwiga siehe Hedwig von Anjou
- Jamala (Sängerin) 232
- Jan III. Sobieski (König von Polen, Großfürst von Litauen) 57
- Janukowytsch, Wiktor 19, 123-127, 328, 330-332
- Jaroslaw der Weise (Fürst der Kiewer Rus) 214, 311
- Jazenjuk, Arsenij 125 f., 329, 332 f.
- Jechanurow, Jurij 328
- Jelzin, Boris 117, 120, 144, 146, 149-151, 159, 163
- Jermak Timofejewitsch 62
- Jogaila siehe Władysław II. Jagiełło
- Johann (König von Böhmen) 47 f.
- Johann I. Albrecht (König von Polen) 48
- Johannes Paul II. (Papst) 327
- Joseph II. (röm.-dt. Kaiser) 224, 226
- Juschtschenko, Wiktor 19, 116, 119, 123-125, 328
- Justinian I. (oström. Kaiser) 219
- Karl der Große (röm. Kaiser) 40
- Karl XII. (König von Schweden) 61, 314
- Karl I. (König von Ungarn und Kroatien) 47 f.
- Kasimir III. (König von Polen) 47, 48
- Kasimir IV. Andreas (König von Polen, Großfürst von Litauen) 48
- Katharina I. (Kaiserin von Russland) 224 f.
- Katharina II., die Große (Kaiserin von Russland) 17, 57, 58, 66, 67, 137, 222, 224-226, 242-244, 314
- Kennedy, John F. 194 f., 200
- Klemens VIII. (Papst) 215
- Klitschko, Vitali 13, 98
- Klitschko, Wladimir 13 f., 116
- Koch, Erich 107, 320
- Kohl, Helmut 148
- Konaschewytsch-Sahaidatschnyj, Petro 313
- Kotljarewskyj, Iwan 315
- Kramp-Karrenbauer, Annegret 299, 301
- Krawtschuk, Leonid 117, 163, 165, 323, 324, 325
- Kutschma, Leonid 18, 118 f., 122 f., 247, 324 f., 327 f.
- Kyryll I. (Patriarch von Moskau) 212, 218
- Kyryll (Slawenapostel) 41
- Ladislaus V. siehe Wenzel III.
- Lasarenko, Pawlo 326
- Lawrow, Sergei 133
- Lebed, Alexander 158, 160, 162
- Lenin, Wladimir I. 87, 100
- Lenna, Anastasia 223
- Lisowska, Anastasia 228
- Litwinenko, Alexander 154
- Lukaschenka, Aljaksandr 133, 168, 175-177, 232, 327, 336
- Lyschytschko, Ruslana 116, 231
- Machno, Nestor 245
- Macron, Emmanuel 157
- Mais, Alfons 299
- Maizière, Thomas de 279
- Maria Theresia (»Kaiserin von Österreich«) 216, 224, 314
- Martschuk, Jewhen 325

- Masepa, Iwan 61, 65, 314
 Massol, Witalij 325
 Matthäus von Krakau (Bischof) 45
 Medwedew, Dmitri 154, 192, 280
 Melnyk, Andrij 320
 Merkel, Angela 155, 192, 197, 200
 Method (Slawenapostel) 41
 Michael III. (byzantin. Kaiser) 311
 Michail I. (Zar von Russland) 56, 60
 Mithradates VI. (pont. König) 36
 Mohyla, Petro 313
 Mützenich, Rolf 301
 Naumann, Friedrich 23
 Nawalny, Alexei 154
 Nemzow, Boris 154
 Nikolaus II. 227
 Obama, Barack 156, 277, 280
 Oleg (Rurik-Fürst) 42
 Olga von Kiew (Regentin der Kiewer Rus, Hl. Olga) 38
 Olszewski, Jan 167
 Orlow, Grigori 225 f.
 Owsjannikowa, Marina 234
 Paul I. (Kaiser von Russland) 224, 226
 Pawlitschenko, Ljudmilla »Ljuda« 230
 Peskow, Dmitri 133
 Peter I., der Große (Kaiser von Russland) 17, 60 f., 65, 217, 224 f., 283, 314
 Peter II. (Kaiser von Russland) 225
 Peter III. (Kaiser von Russland) 66, 224 f.
 Petljura, Symon 87, 117, 318
 Piłsudski, Józef 77
 Politkowskaja, Anna 154
 Poroschenko, Petro 127 f., 333
 Potjomkin, Grigori 66, 226, 243 f.
 Potocki, Andrzej Kazimierz 317
 Prokop von Caesarea (byzant. Historiker) 40
 Pugatschow, Jemeljan (»Peter III.«) 66
 Putin, Wladimir 9, 17, 26, 60, 120, 122 f., 125-127, 129, 133, 138, 142, 146, 151-154, 156 f., 168 f., 181, 190, 192, 201, 204, 210, 212, 232, 239, 249, 257, 299 f., 302, 305, 327, 331 f., 336 f.
 Rahmon, Emomalij 168
 Rasin, Stenka 61
 Rasumowski, Alexei 225
 Rasumowski, Kirill 65 f., 314
 Reagan, Ronald 196, 200
 Repin, Ilja 50
 Roth, Joseph 19
 Rühle, Volker 150
 Rurik (Wikingerfürst) 42
 Saakaschwili, Micheil 128
 Saddam Hussein 152
 Samo (fränk. Herrscher) 40
 Schelest, Petro 112, 321
 Schewtschenko, Taras 316
 Schmidt, Helmut 196, 302
 Schoigu, Sergei 173
 Scholz, Olaf 12, 200, 298, 301-303
 Schröder, Gerhard 192, 197, 200
 Schtscherbytzkyj, Wolodymyr 113, 322
 Schuschkewitsch, Stanislau 117
 Schwarzenberg, Felix von 23
 Selenskyj, Wolodymyr 14, 18, 19, 128, 129, 172, 180, 188, 223, 238, 239, 240, 249, 334 f., 337
 Sigismund II. August (König von Polen, Großfürst von Litauen) 56
 Sigismund III. Wasa (König von Polen,

- Großfürst von Litauen) 56
 Sineus (Wikingerfürst) 42
 Skoropadskyj, Pawlo 87, 245
 Skripal, Sergei 154
 Sofia Alexejewna (Regentin von Russland) 60
 Stalin, Josef 24, 98, 103-106, 110 f., 118, 139, 229, 231
 Stanislaus II. August Poniatowski (König von Polen, Großfürst von Litauen) 57, 225
 Stoltenberg, Gerhard 148, 167
 Strabon (antiker Geograph) 29
 Süleyman I. 228
 Szeptycki, Andrzej 317
 Szúcs, Jenő 25
 Theoderich der Große (ostgot. König) 34
 Toqajew, Qassym-Schomart 168, 178
 Trump, Donald 156 f., 200, 255, 335
 Truwor (Wikingerfürst) 42
 Tschernomyrdin, Wiktor 120
 Turtschynow, Oleksandr 247, 332
 Tymoschenko, Julija 124 f., 180, 231, 247, 328-330, 332
 Valens (röm. Kaiser) 34, 36
 Vladislav II. (König von Böhmen, König von Ungarn und Kroatien) 48
 Warnig, Mathias 192
 Wenzel III./Ladislav V. (König von Böhmen, König von Ungarn, König von Polen) 47
 Wenzel II./Wacław I. (König von Böhmen, König von Polen) 47
 Winnick, Katheryn 233
 Władysław II. Jagiełło (König von Polen, Großfürst von Litauen) 55
 Władysław IV. (König von Polen, Großfürst von Litauen) 56
 Zichanouskaja, Swjatlana 232

Autorinnen und Autoren

Johannes Aclassato (JA), Berlin

Dr. Stefan Maximilian Brenner (SMB), Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Dr. Eike Faber, Universität Potsdam

Dr. Stefan Gatzhammer, Universität Potsdam

Dr. Tim Geiger, Institut für Zeitgeschichte München – Berlin

Cornelia Grosse M.A. (CG), Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Oberstleutnant Dr. Helmut R. Hammerich (HH), Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Dr. Christian Hartmann (CH), Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Clemens Haug (CLH), Berlin

Major Dr. Friederike Hartung (FH), Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Hauptmann Helene Heldt M.A., Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

PD Dr. Agilolf Kefelring (AK), National Defence University, Helsinki

Oberstleutnant Dr. Dieter H. Kollmer (DHK), NATO Headquarters, Brüssel

Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt (SL), Touro College Berlin

Dr. Peter Lieb, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin

Prof. Dr. Christian Lübke (CL), Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa, Leipzig

Prof. Dr. Rudolf Mark, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr, Hamburg

PD Dr. Andriy Mykhaleyko, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Prof. Dr. Sönke Neitzel, Universität Potsdam

Dr. Christoph Nübel (CN), Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Severin Pleyer (SP), Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr, Hamburg

Prof. Dr. Andrii Portnov, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

Major Martin Reese M.A., Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Lilith Reuter (LR), Berlin

Oberstleutnant i.G. Jörn Oliver Rist, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin

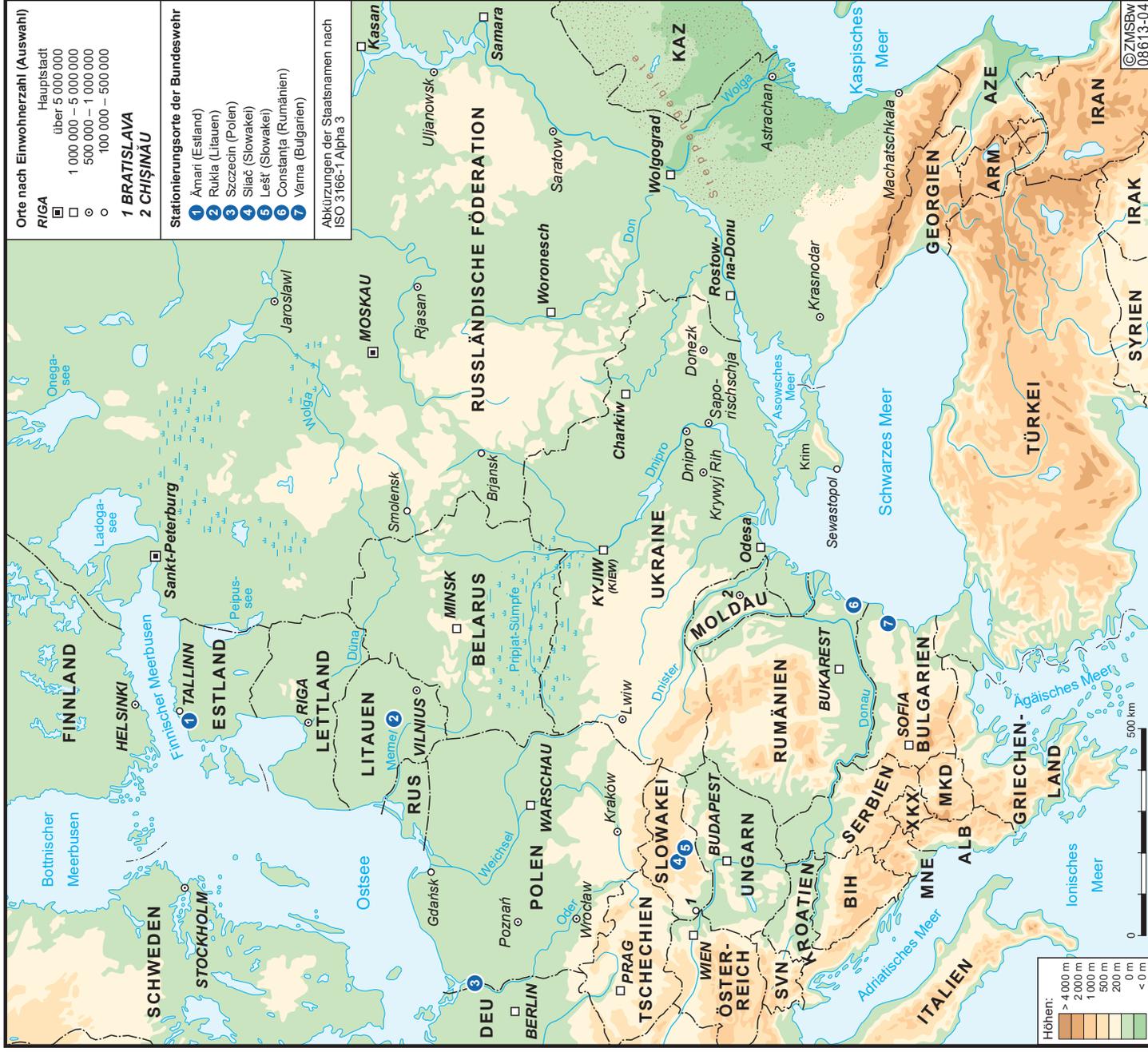
Dr. Martin Rink (MR), Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Dr. Cornelia Schenke, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Dr. Florian Seiller (FS), Berlin und Bonn

Dr. Henning de Vries, Internationales Forschungs- und Dokumentationszentrum Kriegsverbrecherprozesse, Universität Marburg

Leutnant Fabian Weigand (FW), Universität der Bundeswehr München



Orte nach Einwohnerzahl (Auswahl)

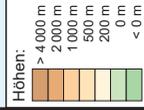
- RIGA**
- Hauptstadt
 - über 5 000 000
 - 1 000 000 – 5 000 000
 - 500 000 – 1 000 000
 - 100 000 – 500 000

- 1 BRATISLAVA
- 2 CHIŞINĂU

Stationierungsorte der Bundeswehr

- 1 Ämari (Estland)
- 2 Rukla (Litauen)
- 3 Szczecin (Polen)
- 4 Sliac (Slowakei)
- 5 Lešť (Slowakei)
- 6 Constanta (Rumänien)
- 7 Vama (Bulgarien)

Abkürzungen der Staatsnamen nach ISO 3166-1 Alpha 3



500 km

0

Auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine reagierte die NATO mit einer Stärkung ihrer Ostflanke, Schweden und Finnland streben seither die NATO-Mitgliedschaft an.

Die NATO-Ostflanke deckt nach der Erweiterungsphase des Bündnisses bis 2009 einen Großteil Ostmitteleuropas ab. Diese Region war in der europäischen Geschichte sowohl umkämpftes Grenzgebiet als auch ein Raum des friedvollen Zusammenlebens unterschiedlicher Nationalitäten und Religionen. Derzeit ist die Ukraine Austragungsort einer Systemkonfrontation zwischen dem freiheitlich-demokratischen und einem autokratisch-imperialen Politik- und Gesellschaftsmodell. Der Krieg hat Auswirkungen auf Europa und die Welt, sein Ausgang wird das Miteinander der Staatengemeinschaft verändern.

Der »Wegweiser zur Geschichte. Ukraine und Ostmitteleuropa« versammelt Beiträge von renommierten Expertinnen und Experten aus verschiedenen wissenschaftlichen Fachdisziplinen, die über die Geschichte und die Gesellschaften der Region schreiben, aber ebenso die aktuellen Konfliktlinien und Herausforderungen analysieren. Die Texte sind allgemeinverständlich formuliert. Der Band ist mit zahlreichen Bildern, Karten, Grafiken und einem umfassenden Anhang ausgestattet.

ISBN 978-3-506-79153-5



9 783506 791535

Eine Publikation des Zentrums für
Militär- und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr
im Verlag Brill | Schöningh